

Die deutsche Berufsausbildung hat international im Allgemeinen einen guten Ruf. Analytisch lassen sich derzeit drei Teilbereiche im deutschen Berufsausbildungssystem unterscheiden > E1:

- Duales System: Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO)
- Schulberufssystem: Ausbildung für einen gesetzlich anerkannten Beruf in vollzeitschulischer Form
- Übergangssystem: berufliche und allgemeinbildende Bildungsangebote, die zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen, sondern das Ziel haben, die Kompetenzen von Jugendlichen ohne Ausbildungszugang zu verbessern, um die Aufnahme einer anerkannten Berufsausbildung, das Nachholen eines allgemeinbildenden Schulabschlusses oder die Aufnahme einer Beschäftigung zu ermöglichen

Die Anzahl der Neuzugänge in das Berufsbildungssystem ist von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, so von der Verfügbarkeit von Lehrstellen, der individuellen Prioritätensetzung; dem Abgang von mehr oder weniger geburtenstarken Jahrgängen von den allgemeinbildenden Schulen. Die Verteilung der Neuzugänge auf die drei Teilsysteme ist auch von deren Angebot bestimmt.

Die betriebliche Berufsausbildung hat in der Vergangenheit zu dem Ergebnis geführt, dass ein großer Teil der betrieblich Ausgebildeten nach der Ausbildung vom Ausbildungsbetrieb übernommen wurde und die Jugendarbeitslosigkeit im internationalen Vergleich in Deutschland gering gehalten werden konnte. Die Marktabhängigkeit der Dualen Ausbildung bringt es allerdings mit sich, dass in Zeiten konjunktureller Schwächen die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zurückgeht und die Schere zwischen dem Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen und der Nachfrage immer weiter auseinanderklafft. Die Betriebe sind heute in der Lage, Jugendliche mit den besten Voraussetzungen für die betriebliche Ausbildung auszuwählen. Jugendliche mit schlechteren Voraussetzungen haben größere Schwierigkeiten beim Einstieg in die Berufsbildung. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass durch staatliche Förderung eine Vielzahl von oft unkoordiniert nebeneinanderstehenden allgemein- und berufsbildenden Maßnahmen aufgebaut wurde, die die Chancen von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz verbessern sollen, eine anerkannte Berufsausbildung zu absolvieren.

Neben der betrieblichen Ausbildung > E2 hat es in Deutschland schon früh eine vollzeitschulische Berufsausbildung, vor allem in sozialen Dienstleistungsberufen, gegeben > E3. Durch den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel von der Produktion zu den Dienstleistungen – und nicht zuletzt durch die Engpässe in der Dualen Berufsausbildung – hat sich der Anteil der vollzeitschulischen Berufsausbildung innerhalb des Ausbildungssystems merklich erhöht.

Mit der Verteilung auf die verschiedenen Bereiche der Berufsausbildung sind auf der individuellen Ebene wichtige Weichenstellungen für die Berufschancen der Jugendlichen verbunden. Aus der Perspektive von Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt geht es um die Frage, ob das Berufsbildungssystem in der Lage ist, ausreichend beruflich ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung zu stellen. Aus der Bildungssystemperspektive kann die Entwicklung Hinweise auf mögliche Handlungserfordernisse von Wirtschaft und staatlicher Steuerung geben, wie die Effektivität des Berufsausbildungssystems

verbessert werden kann. Von Interesse sind insbesondere die Strukturverschiebungen zwischen den drei Teilsystemen und die weitere quantitative und qualitative Entwicklung innerhalb des Übergangssystems > E4.

Erfolgreiche Berufsabschlüsse sind ein zentraler Indikator für die Effektivität des Berufsausbildungssystems. Sie sind u. a. ein Prädiktor für die Chancen von jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt > E5.

E1 Ausbildungsanfänge - Strukturentwicklung

Die Anteile der drei Bereiche an der beruflichen Ausbildung haben sich stark verändert. Während bundesweit noch Mitte der 1990er Jahre die Duale Ausbildung das quantitativ größte berufliche Teilsystem war, zeichnet sich über inzwischen mehr als eine Dekade die folgende Entwicklungstendenz ab: der abnehmende Anteil des Dualen Systems, die relative Zunahme des Schulberufssystems und insbesondere des Übergangssystems.

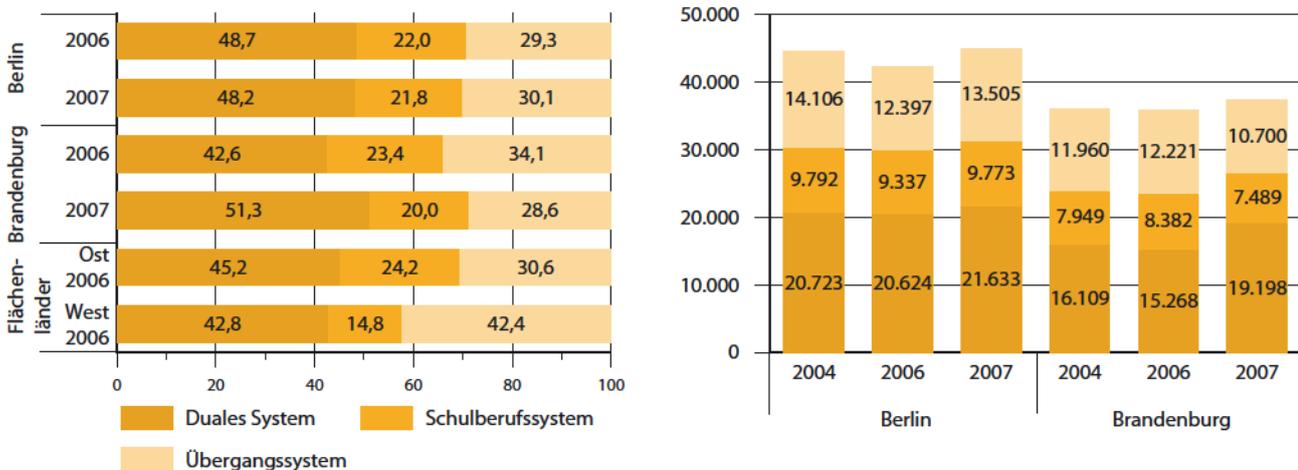
Die korrekte Zuordnung von Berufsbildungsangeboten zum Dualen bzw. zum Übergangssystem ist an vielen Stellen schwierig. So sind z. B. die in Berlin eingeführten Modular-Dualen-Qualifizierungsmaßnahmen (MDQM), in Stufe I dem Übergangssystem und in Stufe II der Dualen Ausbildung zuzurechnen > E4. Auch im Schulberufssystem werden Ausbildungen angeboten, die ebenso im Dualen System absolviert werden können > E3.

Deutschlandweit sind die Neuzugänge in das Berufsbildungssystem 2006 gegenüber 2004 angestiegen. Sie verteilen sich zu 43,5% auf das Duale System, zu 16,8% auf das Schulberufssystem und zu 39,7% auf das Übergangssystem¹ mit deutlichen Unterschieden zwischen den Flächenländern West und Ost (NBB, 2008, S. 98). Damit liegt der Anteil der Neuzugänge zu Ausbildungsangeboten, die zu Berufsabschlüssen führen, deutschlandweit bei nur noch 60,3%.

In Berlin und Brandenburg sieht die Situation 2007 etwas günstiger aus. 69,9%^{BE} bzw. 71,4%^{BB} der Neuzugänge haben Ausbildungsplätze, die zu Berufsabschlüssen führen > Abb. E1-1. Die Erhöhung des Anteils des Dualen Systems in Brandenburg geht mit einer Reduktion der BBiG/HwO-Berufe im Schulberufssystem einher > E3.

Anteil des Übergangssystems hoch aber niedriger als im Bundesdurchschnitt

E1-1 (links) Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des Berufsbildungssystems 2006 bzw. 2007 nach Ländern, (rechts) Anzahl der Neuzugänge auf die drei Sektoren des Berufsbildungssystems nach Ländern > Tab. E1-1



1 Ggf. liegen im geringen Umfang Doppelzählungen vor.

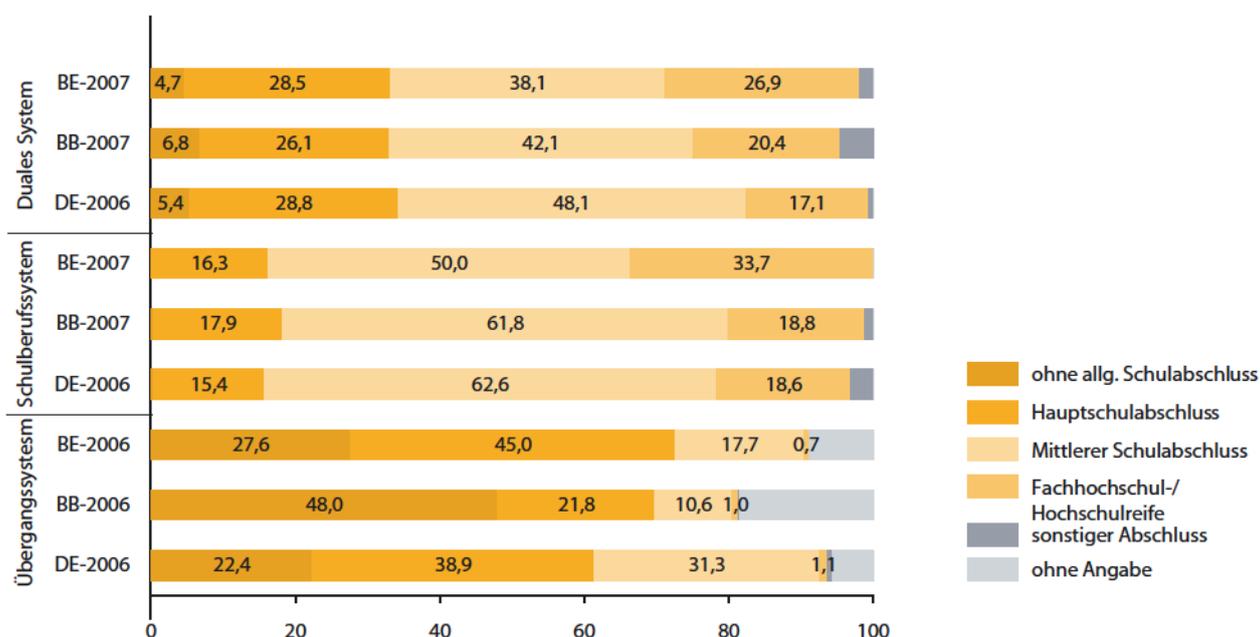
In Berlin ist der Anteil der Neuzugänge zum Übergangssystem gegenüber 2004 um 1,5 Prozentpunkte gesunken, gegenüber 2000 sogar um 5,2 Prozentpunkte – liegt aber immer noch bei 30,1%. In Brandenburg beträgt der Anteil im Übergangssystem nach einem deutlichen Rückgang 28,6%, bei einem erheblichen Anstieg der Neuzugänge in die Duale Ausbildung.

In beiden Ländern hat der Anteil der jungen Erwachsenen, die mit einer Fachhochschulreife bzw. einer allgemeinen Hochschulreife in die Duale Ausbildung übergehen, seit 2000 um 6,5^{BE} bzw. 7,5^{BB} Prozentpunkte zugenommen > E2. In Berlin hat mittlerweile ein Viertel, in Brandenburg ein Fünftel der Neuzugänge die Hochschulreife > Abb. E1-2. Noch deutlicher sind die Zuwächse der Personen mit Hochschulreife im Schulberufssystem mit 13,7^{BE} bzw. 9,8^{BB} Prozentpunkten > E3.

Viele Neuzugänge in der Dualen Ausbildung in Brandenburg

Hoher Anteil mit Hochschulzugangsberechtigung in der Dualen Ausbildung

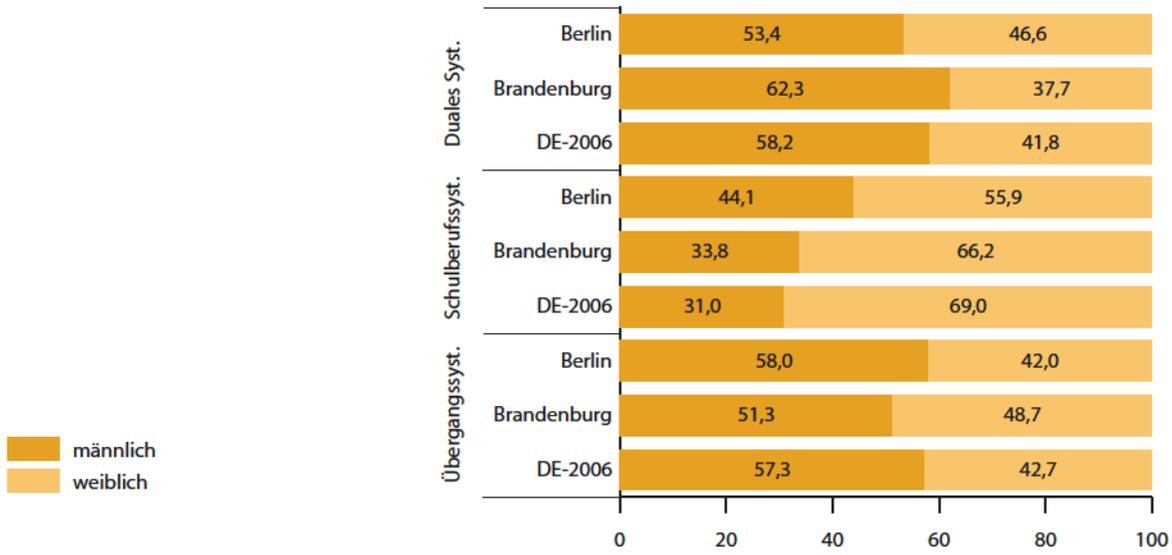
E1-2 Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des Berufsbildungssystems nach Ländern und allgemeinbildendem Schulabschluss (Es ist nicht möglich, die Zahlen im Übergangssystem 2007 nach Schulabschluss auszuweisen, da die Unterteilung aufgrund der Umstellungen bei der Bundesagentur für Arbeit für die dort nachgewiesenen Personen nicht vorliegt.) > Tab. E1-2



Das Übergangssystem sollte all jene aufnehmen, die keine Lehrstelle oder keinen Schulberufplatz gefunden haben und ihre Chancen durch Kompetenzerweiterung bzw. das Erreichen eines allgemeinbildenden Schulabschlusses erhöhen wollen. Allerdings reicht inzwischen ein Hauptschulabschluss nicht aus, um den Zugang zum Dualen System zu sichern, denn es gibt einen Verdrängungseffekt durch die generelle Tendenz zu höheren Schulabschlüssen bei den Jugendlichen, die eine Ausbildung im Dualen System oder im Schulberufssystem aufnehmen > E4.

Zwischen Berlin und Brandenburg sind deutliche Unterschiede hinsichtlich der Anteile von Frauen und Männern in den verschiedenen Ausbildungssystemen festzustellen > Abb. E1-3. Während der Anteil der männlichen Auszubildenden im Dualen System in Brandenburg weit über dem von Berlin liegt, ist dies im Schulberufssystem umgekehrt. Im von Gesundheits-, Sozial- und erzieherischen Berufen dominierten Schulberufssystem sind die Anteile der Frauen in beiden Ländern deutlich geringer als im Bundesdurchschnitt.

E1-3 Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des Berufsbildungssystems 2007 nach Ländern und Geschlecht (für Deutschland aktuell nur 2006 verfügbar) > Tab. E1-3



E2 Angebot und Nachfrage in der Dualen Ausbildung

Über den tatsächlichen Bedarf an Lehrstellen und Ausbildungsplätzen kann anhand der verfügbaren Datenlage nur schwer eine Aussage gemacht werden. Die Entwicklungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt werden im Rahmen des Berufsbildungsberichtes, den das Bundesministerium für Bildung und Forschung jährlich vorlegt, ausführlich analysiert (gemäß § 86 Abs. 1 Berufsbildungsgesetz (BBiG)).

Ein verfügbares Merkmal zur quantitativen Situationsbeschreibung ist die Angebot-Nachfrage-Relation^{M1} (ANR). Im Ausbildungsplatzförderungsgesetz wurde 1976 festgelegt, wie diese zu berechnen ist. Die berechnete Relation ist nur eine Schätzung des Angebots, ohne eine Passung bzgl. des Ausbildungswunsches und der späteren Beschäftigungsperspektive zu berücksichtigen. Sie kann ausschließlich für das Duale System ermittelt werden, für das Schulberufssystem fehlen entsprechende Daten. Für das Duale System gilt zudem die Einschränkung, dass nur die bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldeten Stellen und die dort bekannten Bewerberinnen und Bewerber in die Berechnung einfließen. Für alle, die nicht bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet sind, und eine Ausbildungsstelle finden oder auch nicht, liegen hingegen keine Daten vor.

Eine weitere Datenquelle ist die Einmündungsstatistik der BA. Zum Abschluss des Vermittlungsjahres wird ausgewiesen, für welche Option sich die Bewerberinnen und Bewerber, die im Vermittlungsjahr bei der BA gemeldet waren und von der Berufsberatung als „ausbildungsreif“ eingestuft wurden, entschieden haben. Erfasst werden auch neben den vermittelten die nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerber^{M2} sowie Personen, die sich für eine Ausbildungsalternative entschieden haben, jedoch weiterhin an der Vermittlung eines Ausbildungsplatzes interessiert sind.

Angebot-Nachfrage-Relation

Deutschlandweit wird das Lehrstellendefizit zwischen den Jahren 2005 und 2007 auf 13% geschätzt (NBB, 2008, E2, S. 101). Die leichte Verbesserung der Angebot-Nachfrage-Relation in 2006 und 2007 kann die entstandene Lücke nicht schließen, u. a. aufgrund einer steigenden Anzahl der nicht vermittelten Altbewerberinnen und -bewerber.

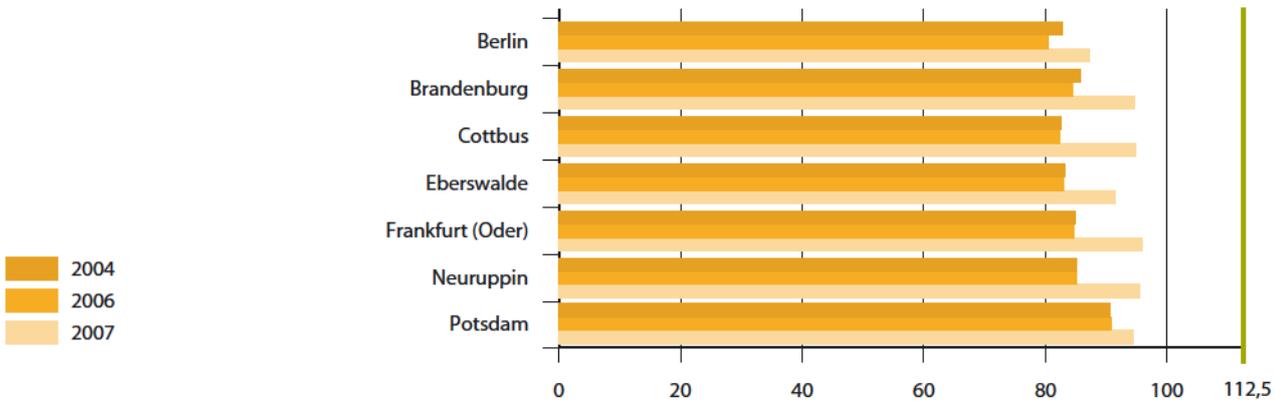
Es zeigen sich erhebliche regionale Unterschiede in der Angebot-Nachfrage-Relation. Betrachtet man alle Arbeitsagenturbezirke in Deutschland, so kann 2006 eine Spanne von 77,8% in Bautzen bis 109,9% in Hildesheim festgestellt werden. Die Werte für 2007 liegen etwas höher zwischen 85,6% in Gelsenkirchen und 114,4% in Ansbach. Ansbach ist zugleich der einzige Agenturbezirk in dem die Grenze von 112,5% überschritten wird, die eine gewisse Chance für eine fachliche Auswahl der Lehrstelle garantieren soll.

Trotz leichter Verbesserungen ist die Situation in Berlin (87,3%) und Brandenburg (91,5% - 97,8%) als kritisch anzusehen > Abb. E2-1. Berlin hat damit die zweitniedrigste Angebot-Nachfrage-Relation der 176 Agenturbezirke in Deutschland, die Brandenburger Bezirke liegen im letzten Viertel. Verschärft wird die Situation dadurch, dass die ANR das tatsächliche Defizit unterschätzt, da der BA zwar auch nicht alle Ausbildungsplätze stärker jedoch nicht alle Lehrstellensuchenden bekannt sind (NBB, 2008, S. 103).

Weiterhin Lehrstellendefizit von mindestens 13%

Lehrstellensituation auch in der Metropolregion weiterhin kritisch

E2-1 Angebot-Nachfrage-Relation (ANR) in der Dualen Ausbildung zum 30.9. der Jahre 2004, 2006 und 2007 nach Arbeitsagenturbezirken der Metropolregion in % > Tab. E2-1



81,4%^{BE} bzw. 90,6%^{BB} der Ausbildungsplätze im jeweiligen Land haben Auszubildende, die auch im jeweiligen Land wohnen, inne. Der Wert für Berlin liegt dabei deutlich über dem der anderen Stadtstaaten (60,9% Bremen, 66% Hamburg; BIBB, 2008, Übersicht 8).

Da die Anzahl der Ausbildungsplätze in Relation zu den potentiellen Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerbern zu niedrig ist, bewerben sich 43% auf Ausbildungsplätze, die mehr als 100km vom Wohnort entfernt liegen. So hatten Ende 2006 20% mehr Brandenburgerinnen und Brandenburger einen Ausbildungsplatz als in Brandenburg Ausbildungsplätze zur Verfügung standen (BBIB, 2008, S. 82), was die tatsächliche Mobilität aufgrund der nicht berücksichtigten dauerhaften Umzüge jedoch noch unterschätzt.

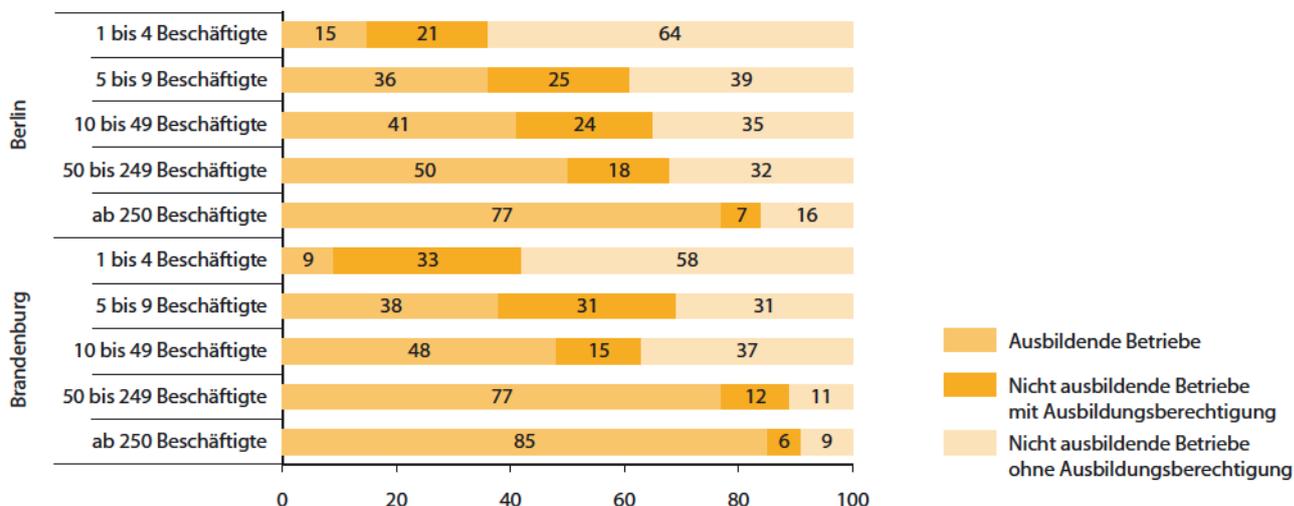
In Berlin und Brandenburg stellt sich die Situation im Hinblick auf die Perspektive, nach dem Abschluss der Ausbildung und der Übernahme in den Ausbildungsbetrieb übernommen zu werden, aufgrund der hohen Anzahl der außerbetrieblichen^{M3} Ausbildungsplätze ungünstig dar. Von den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen 2007 waren 19,7%^{BE} bzw. 33,8%^{BB} außerbetrieblich durch Sonderprogramme z. B. des Bundes und der Länder oder der Bundesagentur für Arbeit gefördert.

2007 bilden 27%^{BE, BB} aller Betriebe aus, wobei jedoch 51%^{BE} bzw. 45%^{BB} aller Betriebe ohne Ausbildungsberechtigung sind (in Deutschland 40%). Damit hat sich seit 1998 der Anteil der ausbildenden Betriebe um 2 Prozentpunkte in beiden Ländern erhöht. Ob Betriebe ausbilden dürfen und dies auch tun, hängt entscheidend mit der Betriebsgröße zusammen > Abb. E2-2.

Mobilität bei der Ausbildungsplatzsuche

E2-2 Ausbildungsbeteiligung der Betriebe nach Größenklassen 2007 in %

> Tab. E2-2



Der Anteil der ausbildungsberechtigten Betriebe, die nicht ausbilden, ist in Berlin über die letzten Jahre von ehemals 30% (2005) auf 22% gesunken. Er liegt in Brandenburg nach erheblichen Schwankungen in den letzten Jahren bei aktuell 28%. Von den ausbildungsberechtigten Betrieben bilden 34%^{BE} bzw. 38%^{BB} kontinuierlich aus, 45%^{BE} bzw. 38%^{BB} pausieren und 21%^{BE} bzw. 24%^{BB} sind ausbildungspassiv, wobei letztere überwiegend Klein- und Kleinstbetriebe sind. Die Betrachtung über 7 Jahre hinweg zeigt jedoch, dass insgesamt 80%^{BE} bzw. 75%^{BB} aller ausbildungsberechtigten Betriebe ausgebildet haben (IAB-Betriebspanel, 2008, S. 46 ff.).

Ausbildungspotential bei den Betrieben vorhanden

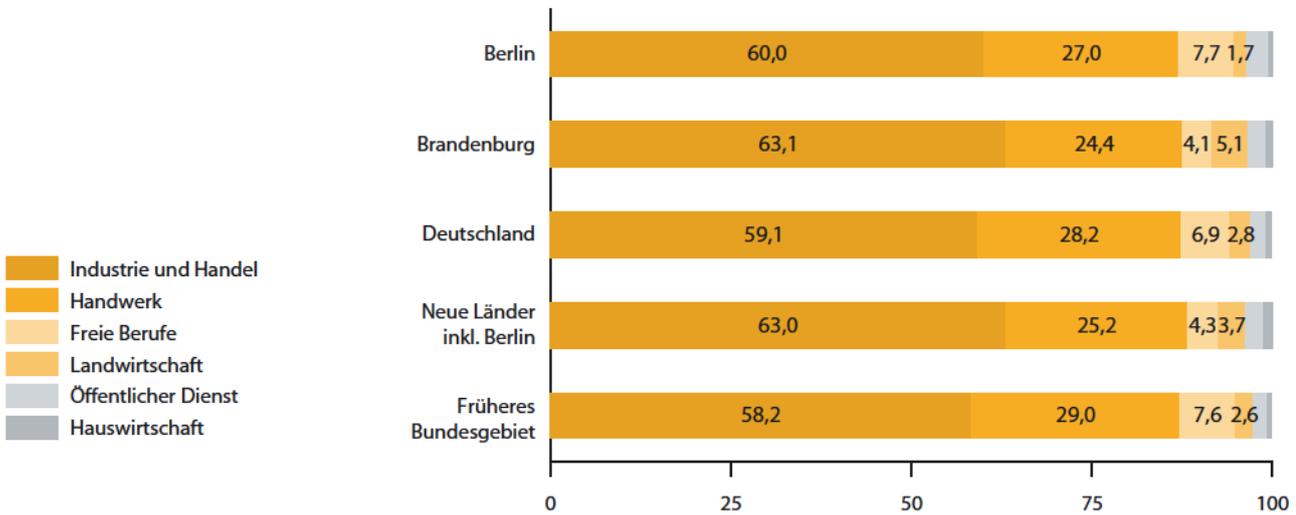
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

Die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge hat 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 5,0%^{BE} bzw. 4,3%^{BB} zugenommen¹. Die Verteilung der Neuzugänge auf Berufsgruppen unterscheidet sich nicht von der Situation in 2006 > Abb. E2-3. Die Zugewinne gab es insbesondere im Bereich Industrie und Handel mit 5,1%^{BE} bzw. 7,6%^{BB} sowie im Berliner Handwerk mit 8,2%. Der deutlichste Unterschied zwischen den Ländern liegt nach wie vor im Bereich der Freien Berufe. Die Situation in Berlin ist vergleichbar mit der in Westdeutschland, während Brandenburg eher den Wert von Ostdeutschland (ohne Berlin) erreicht.

Teilweise länderspezifische Entwicklung der Neuzugänge

¹ Die methodische Abgrenzung „abgeschlossener Ausbildungsvertrag“ wurde von 2006 zu 2007 verändert. Mit der alten Berechnungsmethode liegen die Veränderungsdaten bei 4,4%^{BE} bzw. 3,6%^{BB}.

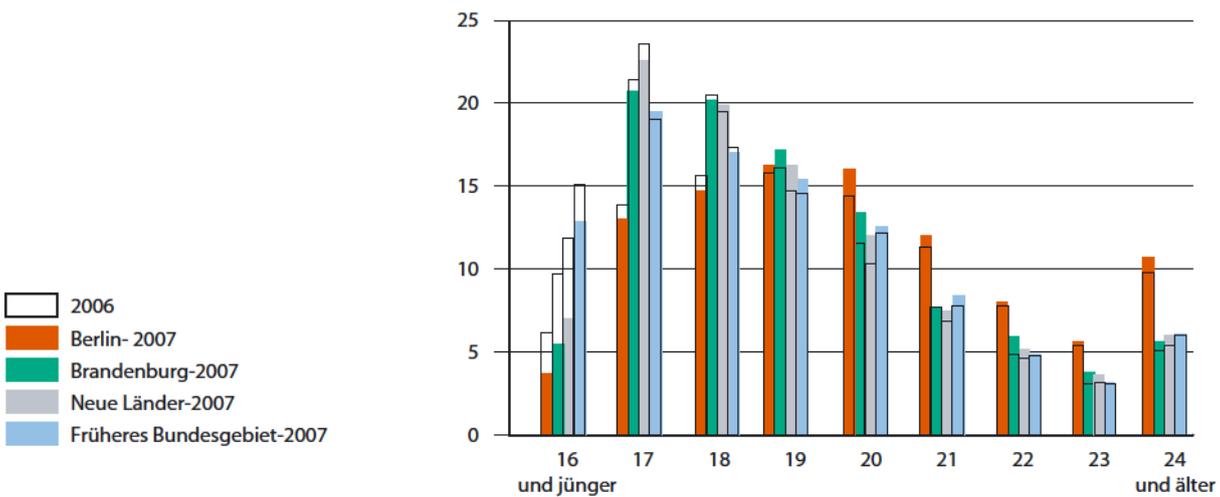
E2-3 Verteilung der Neuzugänge auf die Berufsgruppen 2007 in % (kleine Abweichungen zu E1 ergeben sich aufgrund des anderen Stichtags und der Erhebung am Schul- bzw. Ausbildungsort) > Tab. E2-3



Neuzugänge in Berlin älter als in Brandenburg

In der Metropolregion hat sich das durchschnittliche Alter der Personen, die einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, seit dem Vorjahr erhöht. Während im Jahr 2006 noch 51,4%^{BE} bzw. 67,6%^{BB} Personen 19 Jahre und jünger waren, gilt dies 2007 nur noch für 47,7%^{BE} bzw. 63,6%^{BB} > Abb. E2-4. Der Wert für Berlin liegt damit deutlich unter dem nationalen Durchschnitt von 65,0%, d. h. die Auszubildenden sind vergleichsweise deutlich älter.

E2-4 Altersverteilung der Personen mit neuem Ausbildungsvertrag 2006 und 2007 in % > Tab. E2-4



In Deutschland stieg der Anteil der Schulabsolventinnen und -absolventen mit Fachhoch- und Hochschulreife, die eine Duale Ausbildung aufnehmen > Abb. E2-5. Wesentlich deutlicher ist dies bei dem ohnehin schon knappen Lehrstellenangebot in der Metropolregion. In Berlin haben jetzt mehr als ein Viertel der Personen in der Dualen Ausbildung einen Schulabschluss, der auch ein Studium ermöglicht hätte. Rückläufig war der Anteil der Personen mit Mittlerem Schulabschluss in Berlin und mit Hauptschulabschluss in Brandenburg.

Der Anteil derer, die ohne Schulabschluss bzw. mit einem Hauptschulabschluss eine Lehrstelle gefunden haben, erhöhte sich in Berlin leicht. In Brandenburg hat sich die ehemals bessere Situation seit 2000 deutlich verschlechtert und ist 2007 vergleichbar mit der Berliner. Deutschlandweit sind Auszubildende mit einem Hauptschulabschluss dreimal häufiger in einer außerbetrieblichen Ausbildung zu finden als solche mit einem Mittleren Schulabschluss (BBIB, 2008, S. 67).

Hoher Anteil mit Hochschulzugangsberechtigung in der Dualen Ausbildung in Berlin

E2-5 Neuzugänge nach Anteil der allgemeinbildenden Schulabschlüsse in % für 2000 und 2007 > Tab. E2-5



41,3% der neuen Ausbildungsverträge in Deutschland wurden mit Frauen abgeschlossen, in der Metropolregion waren es 46,6%^{BE} bzw. 37,7%^{BB}. Frauen, die eine Duale Ausbildung aufgenommen haben, besitzen zu 33,1%^{BE} bzw. 27,7%^{BB} die Fachhochschul- oder Hochschulreife > Tab. E2-6. Frauen haben seltener keinen allgemeinbildenden Schulabschluss oder einen Hauptschulabschluss als Männer.

Vorzeitige Auflösung von Ausbildungsverträgen

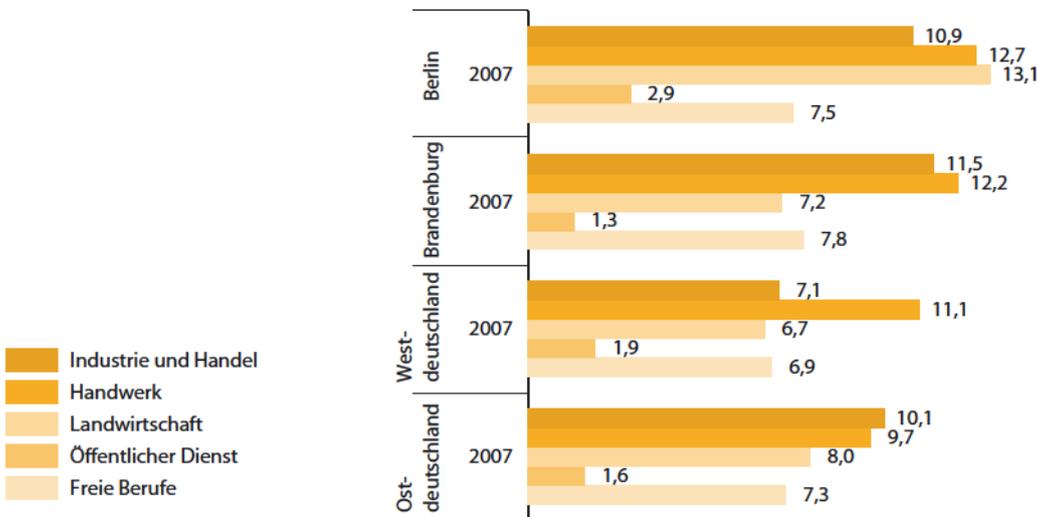
Nach Aufnahme der Ausbildung werden Verträge aus unterschiedlichen Gründen vorzeitig gelöst. Auszubildende erkennen beispielsweise, dass der gewählte Beruf doch nicht das Gewollte ist (Abbruch oder ggf. Wechsel). Der Ausbildungsvertrag wird aber auch gelöst, wenn z. B. die ausbildende Firma Insolvenz anmelden musste. Gut ein Drittel bis zur Hälfte der Auszubildenden führt nach dem Abbruch ihre Ausbildung fort, indem sie sich für einen anderen Ausbildungsberuf entscheiden oder in ein anderes Unternehmen wechseln (Berufsbildungsbericht, 2008, S. 102). Der Abbruch ist kein spezifisches Problem der beruflichen Bildung, auch im Hochschulbereich liegen die Abbrüche auf relativ hohem Niveau > F4.

Im Jahr 2007 wurden 5.995^{BE} bzw. 5.434^{BB} Ausbildungsverträge^{M4} vorzeitig aufgelöst, was je Land einem Anteil von 11% an allen Verträgen entspricht. Damit ist der Anteil deutlich größer als die deutschlandweite Quote (8,5%), aber auch größer als in

Hohe Vertragsauflösungsanteile in ausbildungstarken Bereichen

Ost- und Westdeutschland (9,5% bzw. 8,2%). Der Anteil im jeweiligen Ausbildungsbereich zeigt deutliche Differenzen in der Metropolregion zu den Werten von Ost- und Westdeutschland > Abb. E2-6. Insbesondere in den ausbildungstarken Bereichen Industrie und Handel sowie Handwerk sind die Auflösungsanteile vergleichsweise hoch.

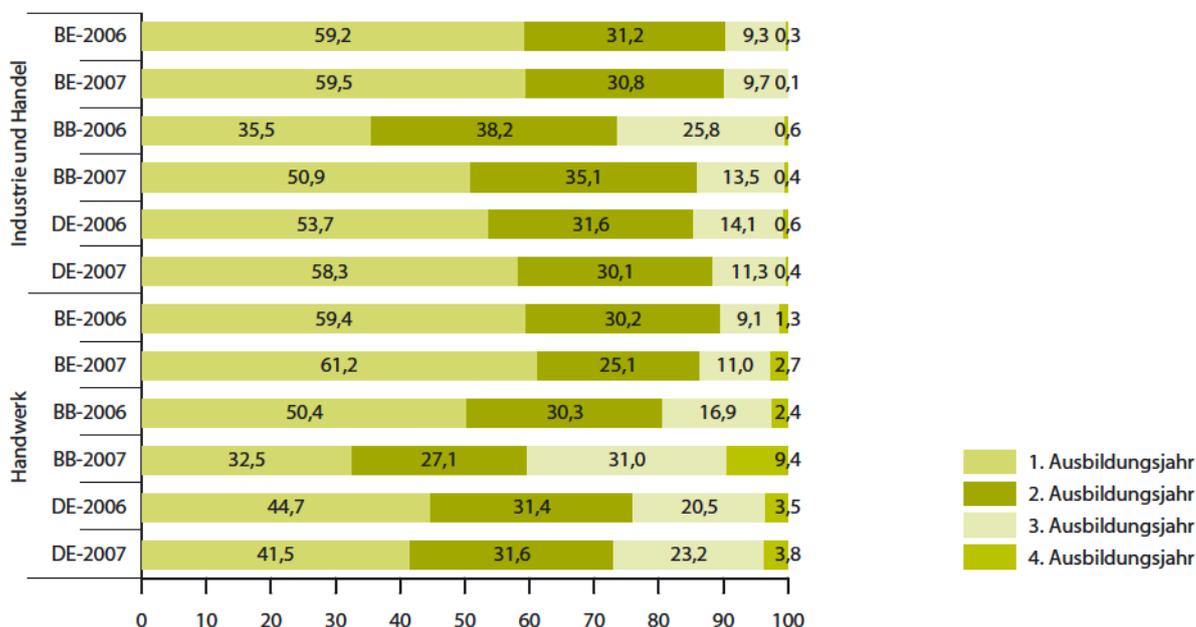
E2-6 Anteil vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge an allen Ausbildungsverträgen nach Ausbildungsbereichen 2007 in % > Tab. E2-6



Frauen und Männer unterscheiden sich hinsichtlich der gelösten Ausbildungsverträge nicht wesentlich > Tab. E2-6. Der wesentliche Unterschied sowohl in Berlin als auch in Brandenburg ist im ausbildungstarken Bereich Handwerk anzutreffen, wo der Anteil bei den Frauen bei 15,7%^{BE} bzw. 15,5%^{BB}, bei den Männern hingegen bei 11,4%^{BE} bzw. 11,3%^{BB} liegt.

Von den aufgelösten Verträgen werden 32,5%^{BE} bzw. 26,7%^{BB} schon während der Probezeit beendet. Damit liegt Berlin über und Brandenburg unter dem Bundeswert von 30,1%. In den Bereichen Industrie und Handel erfolgen mehr als 50% der Vertragsauflösungen bereits im 1. Lehrjahr. Im Bereich Handwerk werden in Berlin 61,2% der vorzeitig gelösten Verträge im 1. Lehrjahr gelöst, in Brandenburg sind es hingegen nur 32,5% > Abb. E2-7.

E2-7 Anteil vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge nach Ausbildungsbereich und Ausbildungsjahr 2006 und 2007 in % > Tab. E2-6



Methodische Erläuterungen

> **M1:** Die Angebot-Nachfrage-Relation ist der Quotient aus Angebot und Nachfrage. Angebot = Zahl der zwischen dem 1. Oktober und dem 30. September des Folgejahres neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zuzüglich der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Ausbildungsstellen, die am 30. September noch nicht besetzt waren. Nachfrage = Zahl der im gleichen Zeitraum abgeschlossenen Ausbildungsverträge zuzüglich der am 30. September bei den Arbeitsagenturen gemeldeten, noch Ausbildungsplätze suchenden Personen. Ein Angebot wird als ausreichend angesehen, wenn der Quotient mindestens einem Wert von 112,5% entspricht, d. h. mehr Lehrstellen angeboten als nachgefragt werden, so dass eine gewisse fachliche Auswahlmöglichkeit garantiert ist.

> **M2:** Unvermittelte Bewerberinnen und Bewerber sind Jugendliche, die sich im Verlauf des jeweiligen Vermittlungsjahres für die Vermittlung einer Ausbildung bei der Berufsberatung gemeldet haben, als Bewerber und Bewerberin registriert wurden und damit über die erforderliche Ausbildungsreife und Berufseignung verfügen, jedoch am Stichtag 30. September ohne eine konkrete Option auf eine Ausbildung waren und sich auch nicht für eine Alternative entschieden haben.

> **M3:** Ausbildungsverhältnisse sind „außerbetrieblich“, wenn sie vollständig oder nahezu vollständig durch staatliche Programme oder auf gesetzlicher Grundlage mit öffentlichen Mitteln bzw. Mitteln der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden. „Betrieblich“ sind die Ausbildungsverhältnisse, wenn die Finanzierung (des betrieblichen Teils der Dualen Ausbildung) vollständig oder weitgehend durch die Ausbildungsbetriebe erfolgt. Maßgeblich für die Unterscheidung nach außerbetrieblicher und betrieblicher Ausbildung ist die Form der Finanzierung, nicht der Lernort. Folglich findet auch bei den „außerbetrieblichen“ Auszubildenden die Ausbildung teilweise in Betrieben statt.

> M4: Die Zahlen des Berufsbildungsbericht vom BIBB und der amtlichen Berufsbildungsstatistik unterscheiden sich aufgrund einer Vielzahl von Gründen:

1. Unterschiedliche Erhebungsstichtage: Die Zahlen des BIBB werden jeweils zum 30.9. eines Jahres erhoben, die der Berufsbildungsstatistik zum 31.12.
2. Die nachgewiesenen Zahlen zu den Vertragsabschlüssen des BIBB basieren auf dem Datum der Vertragsunterzeichnung; die der Berufsbildungsstatistik auf dem Zeitpunkt des Ausbildungsbeginns.
3. Muss ein Ausbildungsvertrag beendet werden, weil der Ausbildungsbetrieb z. B. insolvent geworden ist, und wird die Ausbildung bei einem anderen Betrieb fortgesetzt, so wird dieser Anschlussvertrag in der amtlichen Statistik als Neuvertrag erfasst, beim BIBB nicht.

Hinsichtlich der Abweichungen bei der Anzahl der vorzeitig aufgelösten Verträge ist insbesondere (1) relevant (vgl. u. a. auch Flemming, Uhly & Ulrich (2004). Verwirrung um den Lehrstellen Zuwachs 2004 <http://www.bibb.de/de/18599.htm> [27.11.2008]).

E3 Schulberufssystem

Das Schulberufssystem als Gesamtheit aller voll qualifizierenden schulischen Berufsbildungsangebote unterhalb der Hochschulebene stellt nach Organisationsform und Ausbildungsstandards kein einheitliches System dar. Es kann jedoch aufgrund seiner historischen Ursprünge als ein eigenständiger Berufsausbildungsweg angesehen werden. Er wurde von seinen Anfängen bis heute, insbesondere in den Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen, stärker von Frauen wahrgenommen.

Die vollzeitschulische Berufsausbildung hat einen Anteil von 22,0%^{BE} bzw. 23,4%^{BB} an allen Neuzugängen > E1, Abb. E1-1. Die leicht positive Entwicklung lässt sich auch mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel hin zu personenbezogenen Dienstleistungsberufen im Gesundheitswesen, der Erziehung, dem sozialpflegerischen Bereich und den Kommunikations- und Wissensdienstleistungen in den modernen Medienberufen in Verbindung bringen > A4.

Das Schulberufssystem ist in den einzelnen Ländern äußerst heterogen institutionalisiert, was die Vergleichbarkeit erschwert. In keinem Land sind Daten über Angebote an vollzeitschulischen Ausbildungsplätzen vorhanden, die für eine systematische Ausbildungsplanung geeignet wären. Somit muss zur Erfassung des schulischen Ausbildungsangebots auf die Anzahl der Schülerinnen und Schüler im ersten Ausbildungsjahr zurückgegriffen werden.

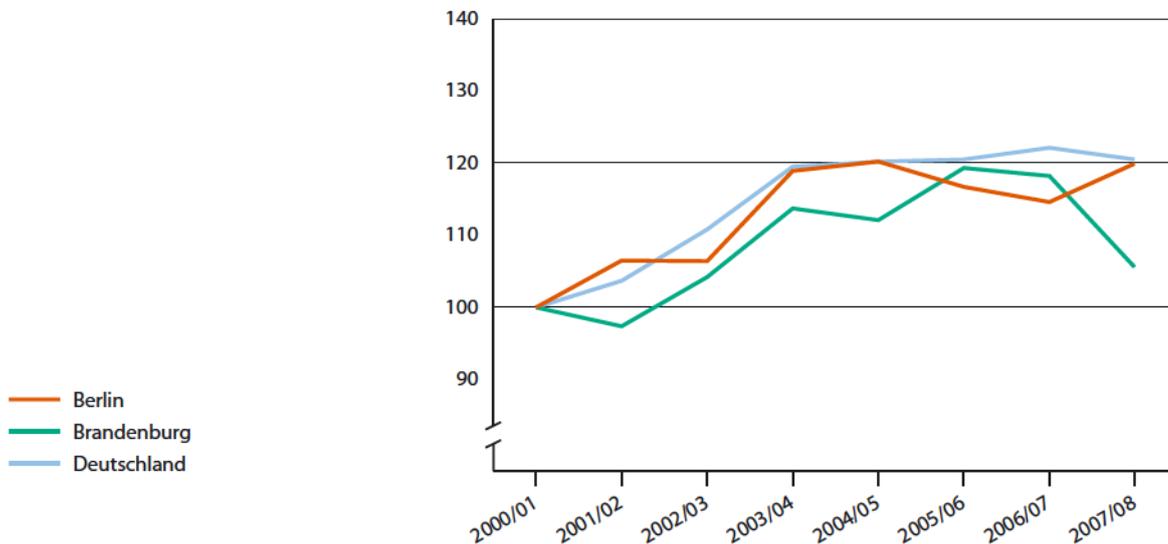
Im Schulberufssystem sind die Schularten Berufsfachschulen (BFS) mit einem Angebot in BBiG/HwO-Berufen, vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO-Berufen, Fachschulen (FS) und Schulen des Gesundheitswesens (SdG) zusammengefasst. Diese Abgrenzung nach Schulart ist im Hinblick auf die Ausbildungsberufe nicht ganz trennscharf, da die Fachschulen zum Teil in den gleichen Berufen ausbilden wie die Schulen des Gesundheitswesens.

Neuzugänge in das Schulberufssystem

Bundesweit ist die Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Schulberufssystem von den Schuljahren 2000/01 bis 2007/08 um insgesamt 20,5% angestiegen. In Berlin und Brandenburg liegt der Zuwachs bei 19,9%^{BE} bzw. 5,6%^{BB} > Abb. E3-1. Im Schuljahr 2007/08 waren 9.773^{BE} bzw. 7.489^{BB} Schülerinnen und Schüler im 1. Schuljahr^{M1} im Schulberufssystem gemeldet. Brandenburg hat damit gegenüber dem Vorjahr einen starken Rückgang von 10,7% zu verzeichnen, der fast ausschließlich aus den Rückgängen bei den BBiG/HwO-Berufen resultiert.

Die Angebote des Schulberufssystems werden stärker von Frauen wahrgenommen

E3-1 Veränderungen der Anzahl der Schülerinnen und Schüler des Schulberufsystems im 1. Schuljahr (Index 2000/01 = 100) > Tab. E3-1

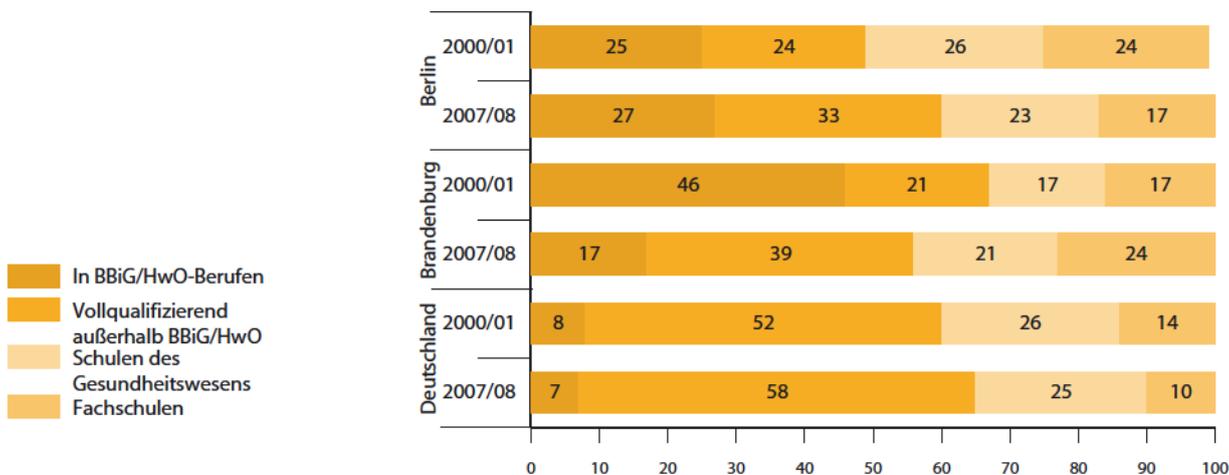


Größter Anteil der Schülerinnen und Schüler außerhalb BBiG/HwO-Ausbildungen

In beiden Ländern entfällt der größte Teil der Schülerinnen und Schüler im 1. Schuljahr jeweils auf Berufsqualifikationen außerhalb BBiG/HwO, an zweiter Stelle stehen die BBiG/HwO-Berufe > Abb. E3-2. Die großen Veränderungen in Brandenburg können sich einerseits aus der allgemeinen demographischen Entwicklung ergeben. Von 2006 auf 2007 ist die Absolventenanzahl mit dem i. d. R. für Ausbildungen in diesem Segment benötigten Realschulabschluss oder der allgemeinen Hochschulreife um rund 2.000 zurückgegangen.

Zum anderen könnte die Abwanderung von Brandenburger Auszubildenden nach Berlin ein Teil der Erklärung sein, der zu dem Anstieg der Zahlen in Berlin konform ist.

E3-2 Anteile Schülerinnen und Schüler im 1. Schuljahr nach Schulberufsarten 2000/01 und 2007/08 in Berlin, Brandenburg und Deutschland insgesamt in % > Tab. E3-1

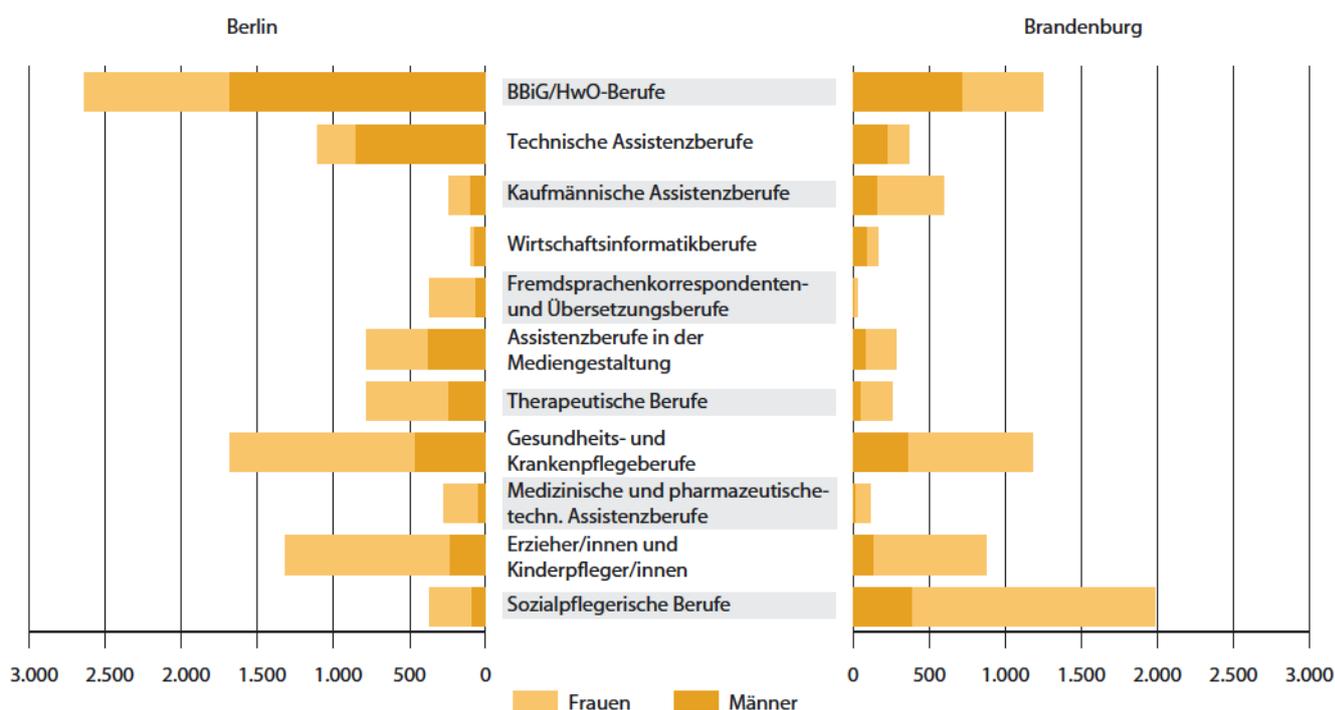


Der Frauenanteil in der vollzeitschulischen Ausbildung liegt bundesweit 2006 insgesamt bei 70%, die Spannweite reicht von 17% in den Wirtschaftsinformatikberufen bis 89% in den medizinischen und pharmazeutisch-technischen Assistenzberufen (NBB, 2008, S. 284, Tab. E3-6A).

In der Metropolregion lag der Anteil der Frauen 2007/08 bei 55,9%^{BE} bzw. 66,2%^{BB}. Die Differenzierung nach Berufsclustern zeigt klare geschlechtsspezifische Unterschiede, wobei diese in Brandenburg deutlich geringer ausfallen als in Berlin > Abb. E3-3. Die niedrigsten Frauenanteile haben in Berlin die Wirtschaftsinformatik (21,6%^{BE}) und in beiden Ländern die technischen Assistenzberufe (22,3%^{BE} bzw. 36,8%^{BB}), die höchsten die Erziehungs- und Kinderpflegeberufe (81,4%^{BE} bzw. 84,7%^{BB}).

Auch in der Metropolregion geschlechtsspezifische Unterschiede nach Berufsclustern

E3-3 Anzahl der Schülerinnen und Schüler im 1. Schuljahr nach Berufscluster und Geschlecht > Tab. E3-2



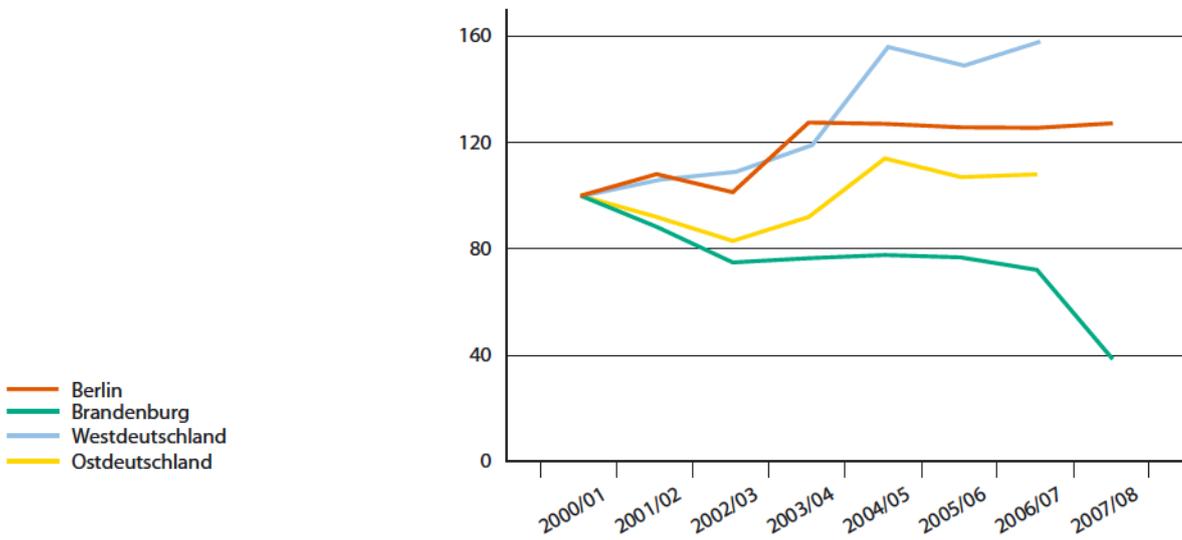
BBiG/HwO-Berufe an Berufsfachschulen

Die Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen an Berufsfachschulen ist im Allgemeinen als Ersatz für all diejenigen zu sehen, die keinen betrieblichen oder außerbetrieblichen Ausbildungsplatz für eine Duale Ausbildung im entsprechenden Beruf gefunden haben^{M1}. Diese Art der Ausbildung spielt zurzeit auf nationaler Ebene keine bedeutende Rolle. Die Anzahl der Neuzugänge hat zwar seit 2000 von niedrigem Niveau aus um 25,4% zugenommen, dennoch blieb der Anteil an allen Neuzugängen über Jahre hinweg nahezu konstant bei ca. 7-8%.

Im Schuljahr 2007/08 waren insgesamt 6.148^{BE} bzw. 6.052^{BB} Schülerinnen und Schüler in Berufsfachschulen mit dem Ausbildungsziel eines BBiG/HwO-Berufs. In Berlin hat die Anzahl der Neuzugänge bis 2003/04 um 27,5% zugenommen und blieb seitdem weitgehend konstant > Abb. E3-4. In Brandenburg war ein starker Rückgang der Neuzugänge zu verzeichnen, da die Kammern in Brandenburg der vollschulischen Ausbildung in BBiG/HwO-Berufen nicht weiter zugestimmt haben.

BBiG/HwO-Neuzugänge weiterhin mit sehr hohem Anteil in Berlin

E3-4 Entwicklung der Neuzugänge in BBiG/HwO-Berufen im Schulberufssystem (Index 2000/01 = 100) > Tab. E3-1

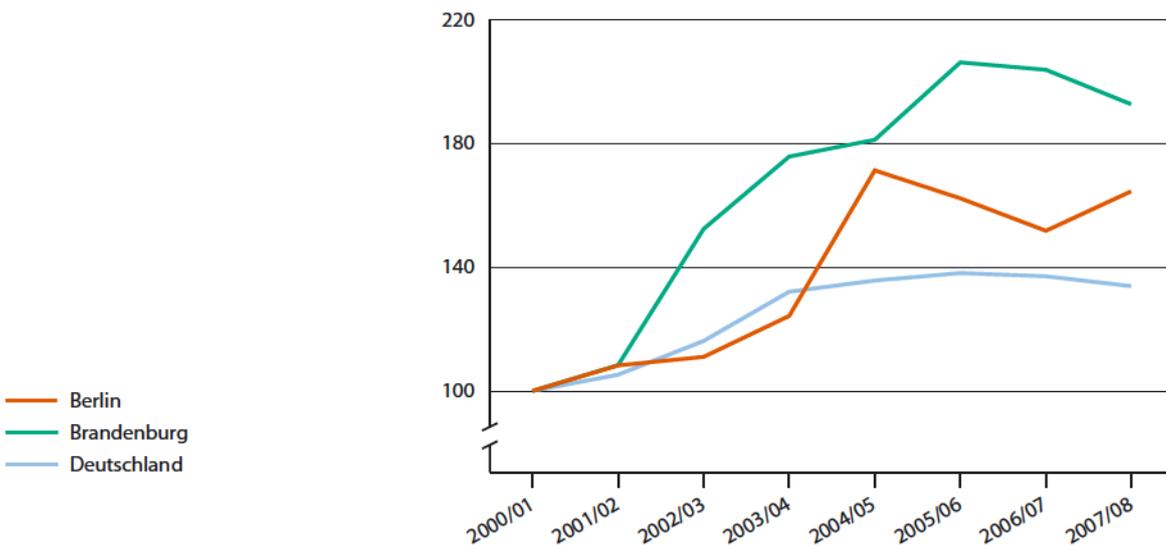


Vollqualifizierende Ausbildungen außerhalb von BBiG/HwO-Berufen

Der Zuwachs des Schulberufssystems verläuft gegenüber 2000 in Berlin und Brandenburg, wie auch in den anderen Ländern, überwiegend zu Gunsten der Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO > Abb. E3-5. Im Schuljahr 2007/08 sind an den Berliner und Brandenburger Berufsfachschulen mit dieser Ausbildungsrichtung 6.941^{BE} bzw. 5.699^{BB} Schülerinnen und Schüler zu verzeichnen. In beiden Ländern hat sich die Anzahl der Neuzugänge in den letzten acht Jahren nahezu verdoppelt und lag im letzten Schuljahr bei rund 3.000 Personen je Land. Dennoch ist der Anteil dieses Ausbildungsbereichs im Schulberufssystem gegenüber den anderen mit 33,3%^{BE} bzw. 38,6%^{BB} im Vergleich zum Bundesgebiet (58,6% 2006) sehr gering.

Langfristig steigende Anzahl in den Nicht-BBiG/HwO-Berufen

E3-5 Entwicklung der Neuzugänge außerhalb der BBiG/HwO-Berufe an Berufsfachschulen im Schulberufssystem (Index 2000/01 = 100) > Tab. E3-1



2007/08 besuchten 5.839^{BE} bzw. 4.236^{BB} Schülerinnen und Schüler die Schulen des Gesundheitswesens. Es waren 2.248^{BE} bzw. 1.550^{BB} Neuzugänge zu verzeichnen. Seit 2000/01 ist dies ein Zuwachs von 5,5%^{BE} bzw. 30,6%^{BB}. Der Anteil an allen Neuzugängen im Schulberufssystem liegt bei 23,0%^{BE} bzw. 20,7%^{BB} und damit unter dem konstanten nationalen Wert von 25,1%.

Methodische Erläuterungen

> **M1:** Die Neuzugänge – im Sinne von neu abgeschlossenen Arbeitsverträgen – und die Schülerinnen und Schüler im 1. Schuljahr sind nicht identisch. Im 1. Schuljahr befinden sich auch die Wiederholer. Einige Klassen sind auch Mischklassen im 1. und 2. Schuljahr. Neuzugänge müssen bei Anerkennung von Vorbildungsanteilen nicht zwingend in das 1. Schuljahr eintreten, sondern können auch im 2. Schuljahr beginnen.

> **M2:** Die Ausbildung wird mit einer Externen-Prüfung vor der zuständigen Kammer abgeschlossen (§ 43 (2) BBiG) und die Absolventinnen und Absolventen erhalten von Kammern ihr Abschlusszeugnis bzw. je nach Beruf ein sonstiges Zertifikat (z. B. Kaufmannsgehilfenbrief).

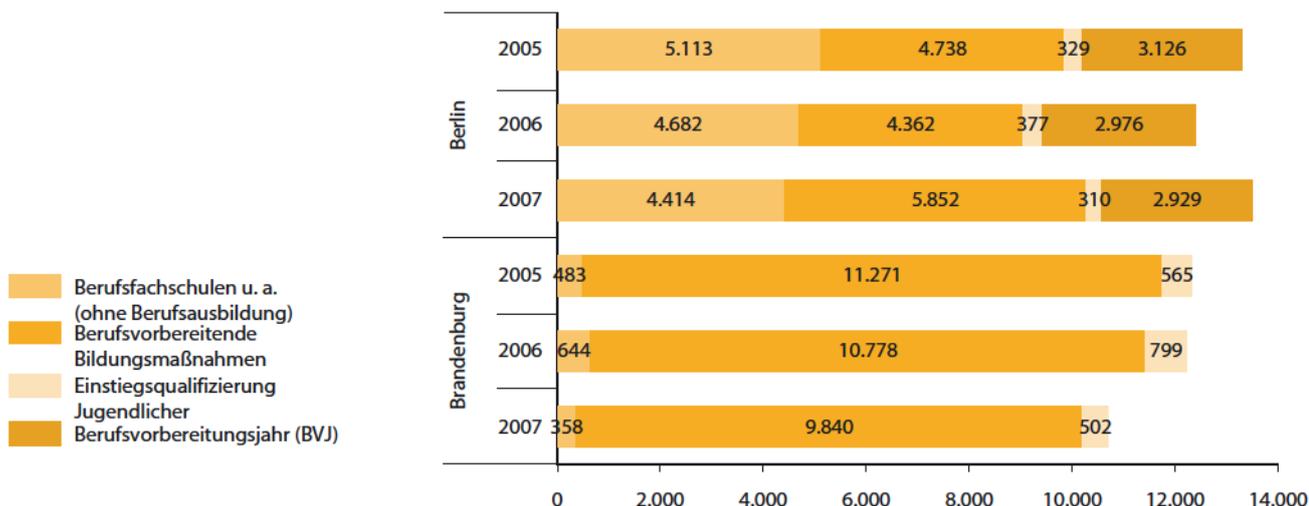
E4 Übergangssystem

Anteil der Personen im Übergangssystem unter dem Bundesdurchschnitt

Das Übergangssystem nimmt Personen auf, denen es nicht gelungen ist, einen Ausbildungsplatz im Dualen System oder Schulberufssystem zu bekommen. Problematisch ist, wenn das Übergangssystem¹ lediglich eine Art Warteschleife darstellt, in der keine für den angestrebten Beruf nutzbaren und formal anrechenbaren Qualifikationen erworben werden. Deutschlandweit nahm das Übergangssystem in den letzten Jahren immer mehr Neuzugänge auf. 2006/07 waren es in Deutschland insgesamt 39,7% aller Neuzugänge in das Berufsbildungssystem. In Berlin und Brandenburg lag der prozentuale Anteil vergleichsweise niedriger mit 29,3%^{BE} bzw. 34,1%^{BB} > E1.

2007/08 ist der Anteil in Berlin um 0,8 Prozentpunkte leicht angestiegen, in Brandenburg um 5,4 Prozentpunkte zurückgegangen. Insgesamt waren 13.505^{BE} bzw. 10.700^{BB} Neuzugänge im Übergangssystem in den unterschiedlichen Angeboten der Länder zu verzeichnen, die sich in Berlin auf vier und in Brandenburg auf drei Maßnahmenarten verteilten > Abb. E4-1.

E4-1 Verteilung der Personen im Übergangssystem nach Maßnahmentypen^{M1}
> Tab. E4-1



Im Übergangssystem mehr Männer als Frauen

Insgesamt sind 2007/08 in Berlin 5.668 Frauen und 7.837 Männer, in Brandenburg 5.214 Frauen und 5.486 Männer neu hinzugekommen. Der Anteil der Frauen liegt damit bei 41,9%^{BE} bzw. 48,7%^{BB}.

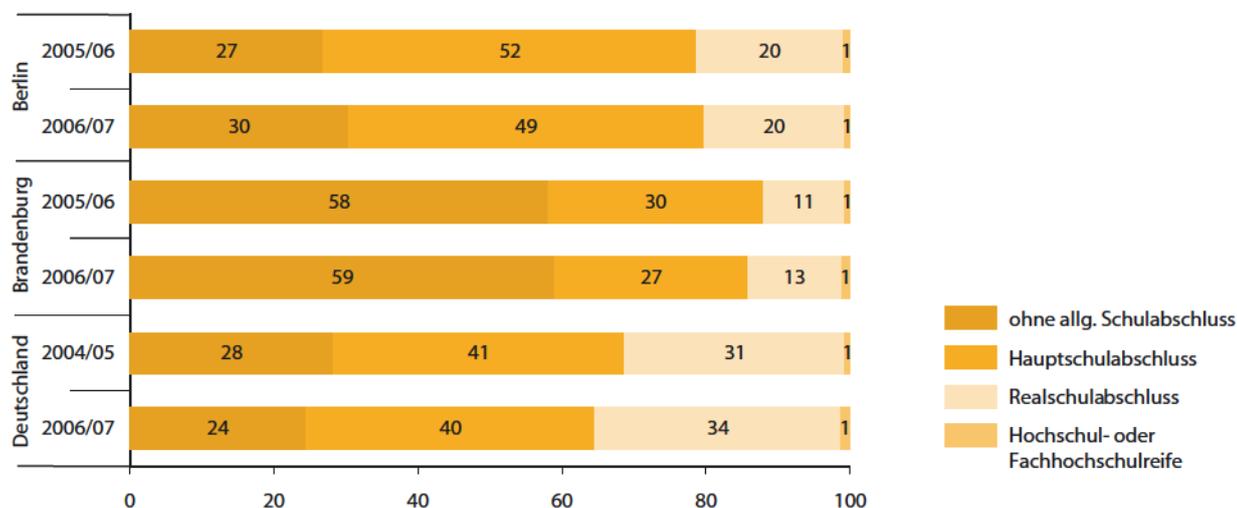
Für das Jahr 2007/08 liegen die Zahlen für die Neuzugänge bzgl. der allgemeinbildenden Schulabschlüsse nur unvollständig vor, da die BA aufgrund von Umstellungsarbeiten für die Übergänge mit SGB III-Förderung keine Aussagen mehr treffen kann. Somit lässt sich über die Schulabschlüsse von 32,7%^{BE} bzw. 57,3%^{BB} der Personen im Übergangssystem keine Aussage machen.

In Berlin anteilig mehr Personen mit Schulabschluss im Übergangssystem als in Brandenburg

In beiden Ländern haben die Personen im Übergangssystem 2006/07 keine oder nur niedrige schulische Qualifikationen. 30,3%^{BE} bzw. 59,0%^{BB} konnten bisher keinen allgemeinbildenden Schulabschluss erreichen > Abb. E4-2. Deutschlandweit sind es 24,4%, was bedeutet, dass anteilig betrachtet mehr junge Menschen mit Schulabschlüssen in das Übergangssystem gelangen.

¹ Die Bundesagentur für Arbeit weist die Zahlen in der Kategorie Chancenverbesserungssystem aus.

E4-2 Anteil der Schulabschlussarten bei den Neuzugängen im Übergangssystem in % (ohne sonstiger Abschluss bzw. keine Angabe) > Tab. E4-2



Deutschlandweit gab es 2006/07 fast 6.000 Neuzugänge mit einer Fachhochschul- oder Hochschulreife im Übergangssystem, in der Metropolregion waren es 92^{BE} bzw. 124^{BB}.

Bei den Teilnehmern ohne allgemeinbildenden Schulabschluss überwiegt der Anteil der Männer (2006/07: 64,4%^{BE} bzw. 68,9%^{BB}), ebenso wie bei den Teilnehmern mit Hauptschulabschluss (55,9%^{BE} bzw. 61,4%^{BB}).

Mehr Männer als Frauen im Übergangssystem

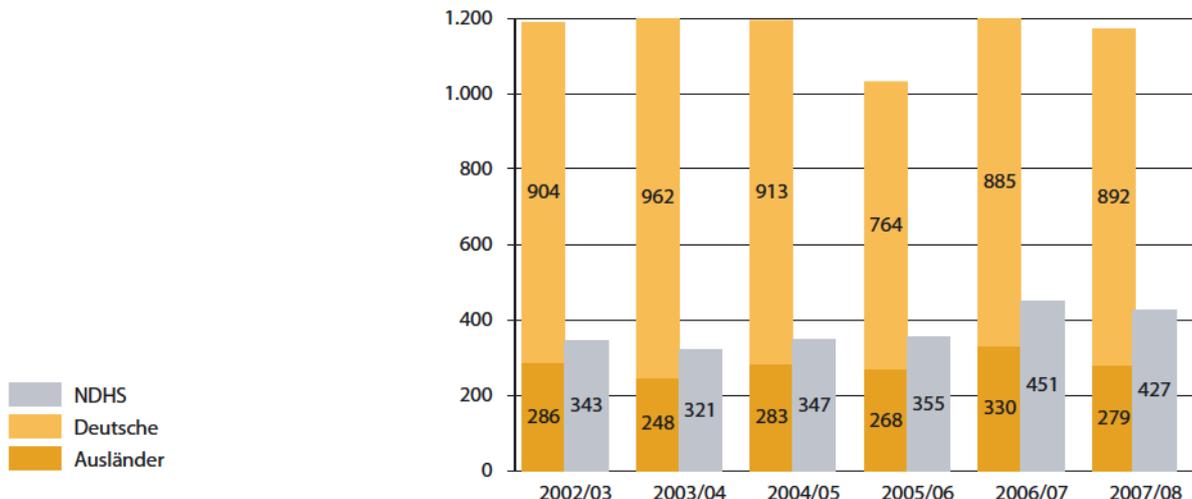
Besondere Berliner Maßnahmen im Übergangssystem

Die Modulare Duale Qualifizierungsmaßnahme (MDQM), die in Berlin 1999 initiiert wurde, besteht aus zwei Stufen, der Berufsausbildungsvorbereitung (MDQM I) und der beruflichen Ausbildung (MDQM II) > E1. Es werden Ausbildungen in verschiedenen anerkannten Berufen – so im kaufmännischen, im gewerblich-technischen und Dienstleistungsbereich angeboten. Arbeitslose Jugendliche können die Maßnahme statt eines berufsqualifizierenden Lehrgangs im Sinne der Berufsschulordnung besuchen. In MDQM I kann ein allgemeinbildender Schulabschluss (Hauptschul- oder erweiterter Hauptschulabschluss) nachgeholt werden. Wird der Schulabschluss erreicht und die MDQM Stufe I erfolgreich absolviert, dann kann an Stufe II teilgenommen werden, d. h. eine Ausbildung in einem BBiG/HwO-Beruf begonnen werden. Durch diese Verbindung zwischen Schulabschluss und Ausbildungsplatz soll der Anreiz erhöht werden, die schulische Ausbildung abzuschließen. In Stufe II wird dann eine zwei- bis dreieinhalbjährige schulische Berufsausbildung absolviert, die je nach gewähltem Beruf zur Prüfung vor der IHK, HWK bzw. der Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales führt und ggf. einen Mittleren Schulabschluss beinhaltet.

In den letzten Jahren haben sich um die 1.100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Maßnahmen der MDQM Stufe I beteiligt, wobei 58,2% über keinen allgemeinbildenden Schulabschluss verfügten, 39,5% hatten einen Hauptschulabschluss (9. Klasse) > Abb. E4-3.

Personen in MDQM überwiegend mit keinem oder niedrigem Schulabschluss

E4-3 Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der MDQM-Stufe I > Tab. E4-3



2007 haben insgesamt 1.229 Personen die Stufe I verlassen. 31,6% verließen die Maßnahme vorzeitig. 29,0% beendeten die Maßnahme ohne Erfolg. 39,4% durchliefen die Maßnahme vollständig und mit Erfolg, so dass sie in die Stufe II eintreten können. 390 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben dabei den Hauptschul- oder erweiterten Hauptschulabschluss erworben > E5.

Methodische Erläuterungen

>M1: Das **Einstiegsqualifizierungsjahr (EQJ)** ist ein staatlich gefördertes Berufspraktikum für Jugendliche ohne Lehrstelle. **Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB)** werden von der BA gefördert, wenn Jugendliche und junge Erwachsene das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ohne berufliche Erstausbildung sind und ihre allgemeine Schulpflicht erfüllt haben. Im **Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)** können die Schülerinnen und Schüler ihre Berufsschulpflicht erfüllen und ggf. den Hauptschulabschluss nachholen. Im BVJ wird berufliches Grundwissen in einem oder mehreren Berufsfeldern vermittelt, so dass neben einer verbesserten Ausbildungsreife auch eine berufliche Orientierung möglich ist.

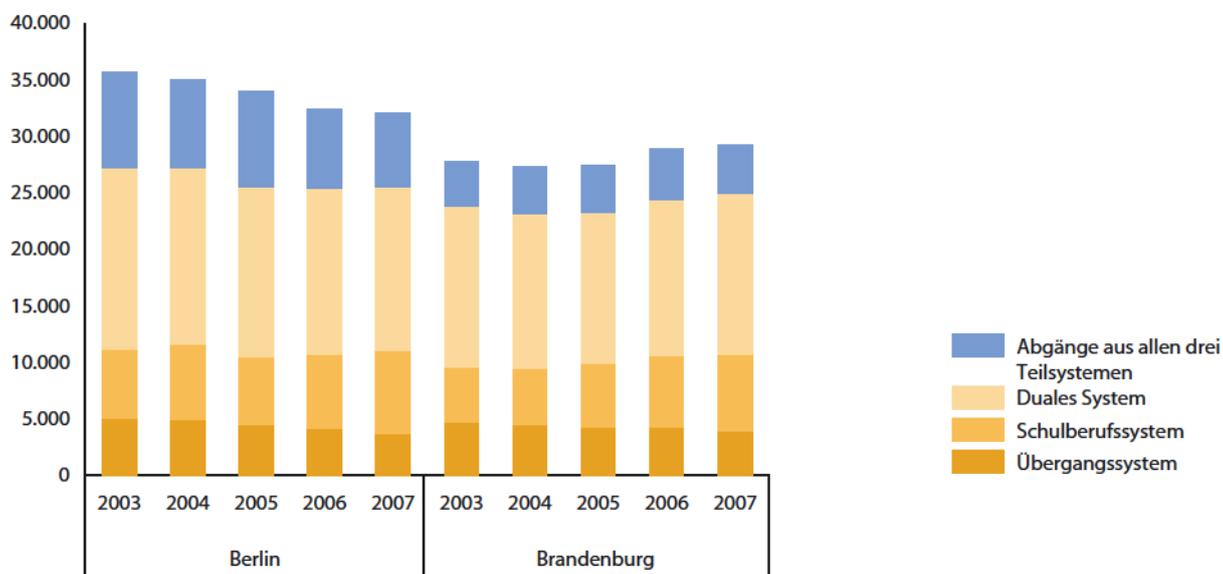
E5 Abschlüsse und Abgänge

Erfolgreiche Berufsabschlüsse sind ein wichtiger Indikator für die Effektivität des Berufsbildungssystems. Sie sollen den Absolventinnen und Absolventen regional wie auch überregional den Übergang in eine ausbildungsadäquate Beschäftigung ermöglichen > I2. Der Indikator gibt damit auch Auskunft über das künftig verfügbare Fachkräftpotezial in der Region Berlin-Brandenburg.

Im Jahr 2007 haben insgesamt 32.074^{BE} bzw. 29.394^{BB} Personen das Berufsbildungssystem nach Abschluss des Ausbildungsgangs¹ verlassen, wobei sich nicht alle in Maßnahmen befunden haben, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen konnten > E4. Ein anerkannter Berufsabschluss konnte nur von Absolventinnen und Absolventen des Dualen Systems > E2 bzw. Schulberufssystems > E3 erworben werden^{M1}. 2007 waren dies 65,9%^{BE} bzw. 71,2%^{BB}. Die anderen Absolventinnen und Absolventen haben z. B. allgemeinbildende Schulabschlüsse erreicht oder Leistungen erbracht, die auf eine sich anschließende Ausbildung anrechenbar sind.

In Berlin haben 2007 insgesamt 20,3%^{BE} der Personen, die das Berufsbildungssystem verlassen, keinerlei Abschluss erreicht (Abgänge), womit der Anteil gegenüber den Vorjahren leicht zurückgegangen ist. In Brandenburg waren es wie in den Vorjahren um die 14,6%^{BB} > Abb. E5-1.

E5-1 Absolventinnen und Absolventen aus den drei Bereichen des Berufsbildungssystems sowie Abgänge ohne Abschluss aus allen drei Teilsystemen 2003 – 2007 > Tab. E5-1



¹ Die Personen, die vor Beendigung des Bildungsganges ausgeschieden sind, bleiben damit unberücksichtigt. In Berlin sind dies weitere 9.670 Personen, u. a. die mit einem vorzeitig aufgelösten Ausbildungsvertrag > Tab. E2-6.

Ausbildungsabsolventenquote

Die Ausbildungsabsolventenquote ist ein Indikator mit Aussagekraft zur Qualifikation und Verfügbarkeit potentieller Erwerbstätiger. Sie ist der Anteil der Absolventinnen und Absolventen an der alterstypischen Bevölkerung (21-Jährige) im jeweiligen Land². Bei der Interpretation der Quote sind neben der Nachfrage zum Zeitpunkt der Aufnahme der Berufsausbildung auch die Schwankungen, die sich aus dem Ausbildungsplatzangebot und der Abbruchquote ergeben, zu berücksichtigen.

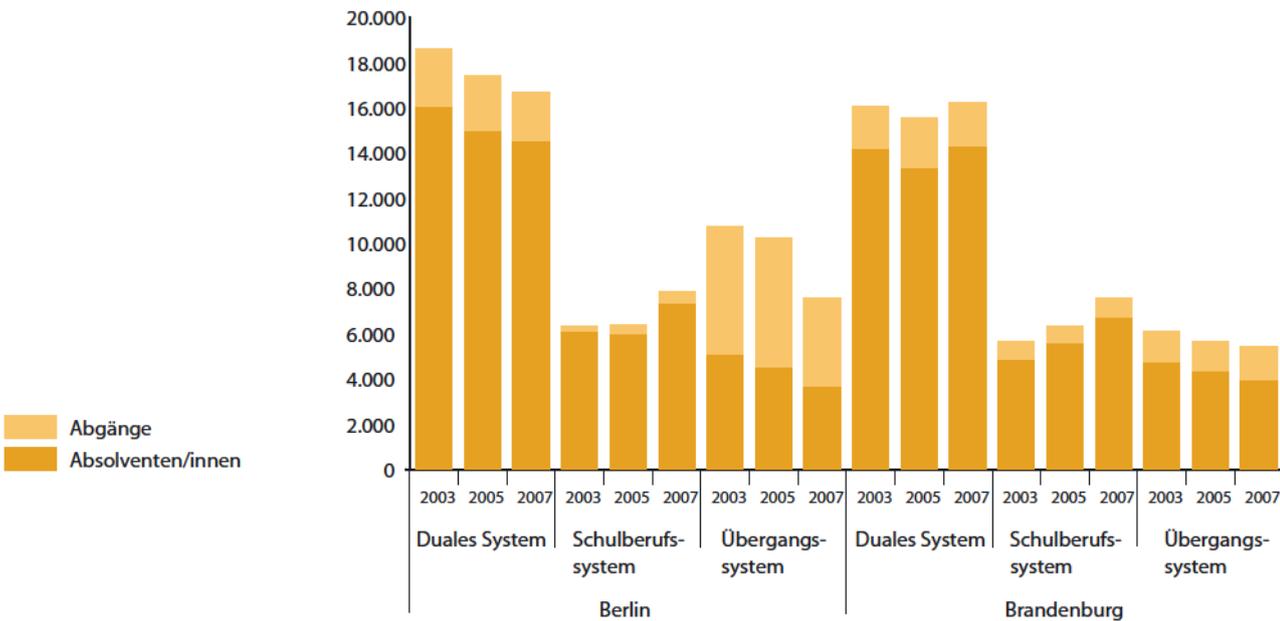
Ausbildungsabsolventenquote gesunken

Sie liegt 2007 für das Duale System bei 36,9%^{BE} bzw. 42,5%^{BB} und ist damit in beiden Ländern gegenüber dem Vorjahr um 3,8^{BE} bzw. 9,4^{BB} Prozentpunkte gesunken > Tab. E5-2. Im Schulberufssystem werden aktuell Quoten von 15,8%^{BE} bzw. 20,2%^{BB} erreicht, im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Zuwachs von 2,0^{BE} bzw. 1,4^{BB} Prozentpunkten. Damit liegt der Anteil in Berlin für beide Abschlussarten wie auch insgesamt unter dem nationalen Durchschnitt von 2006³, was auch damit einhergeht, dass Ausbildungsplätze in der Metropolregion relativ knapp sind und sich auch viele Schulabsolventinnen und -absolventen für ein Studium entscheiden > E2, F1, F3.

Art der Abschlüsse

Von den Absolventinnen und Absolventen erreichen rund zwei Drittel^{BE, BB} ihren Abschluss im Rahmen einer Dualen Ausbildung, ein Drittel^{BE, BB} im Schulberufssystem. An allen Abgängen ohne einen erfolgreichen beruflichen oder schulischen Abschluss bzw. Bildungsabschluss im Übergangssystem sind die Personen aus dem Übergangssystem überproportional beteiligt > Abb. E5-2.

E5-2 Anzahl der Abschlüsse und Abgänge aus dem Berufsbildungssystem 2007 nach Teilbereichen > Tab. E5-1



2 International erfolgt die Berechnung der Quote anhand der 19-Jährigen. Herangezogen wird die Bevölkerung des jeweiligen Alters zum Stichtag 31.12. des Vorjahrs.
 3 Deutschland 2006: Duales System 50,6%, Schulberufssystem 15,8%, insgesamt 66,4% (NBB, 2008, S. 289)

Die meisten Auszubildenden schließen den gewählten Bildungsgang ab > Tab. E2-4 und bestehen die Prüfung. Die Dualen Ausbildungsprüfungen werden zu 84,5%^{BE} bzw. 82,0%^{BB} bestanden > Tab. E5-3, im Schulberufssystem zu 94,0%^{BE} bzw. 86,0%^{BB}.

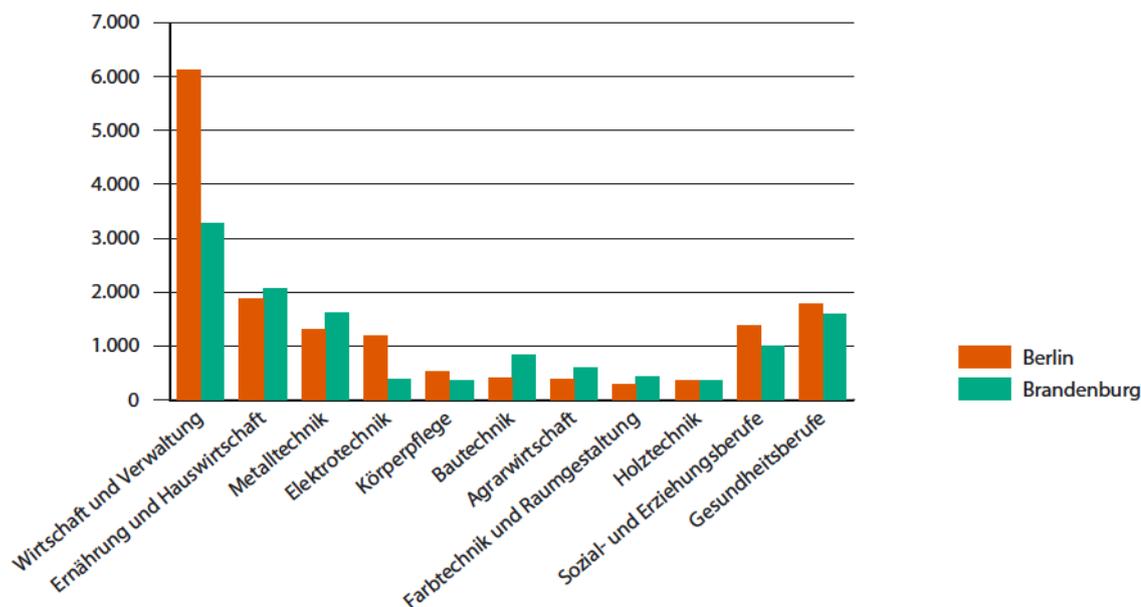
Die Angebote des Übergangssystems werden in Berlin und Brandenburg mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen beendet (u. a. > E1). In Berlin wurde das Übergangssystem von weniger als der Hälfte der Personen (48,6%^{BE}) erfolgreich abgeschlossen. Von diesen machten 58,3%^{BE} einen allgemeinbildenden Schulabschluss (Hauptschulabschluss oder MSA). In Brandenburg waren hingegen 72,3% erfolgreich, jedoch machten lediglich 15,5% einen schulischen Abschluss (Hauptschulabschluss) > Tab. E5-1, E5-4.

Der Bereich Wirtschaft und Verwaltung ist der absolventenstärkste; dies gilt insbesondere für Berlin mit 42,1% aller Absolventinnen und Absolventen der Dualen Ausbildung.

Hohe Absolventenzahlen finden sich auch in den Dualen Ausbildungsbereichen Ernährung und Hauswirtschaft, Metall-, Elektro- und Bautechnik sowie in den zum Schulberufssystem gehörenden Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufen. > Abb. E5-3.

Übergangssystem häufig ohne formale Qualifikation beendet

E5-3 Erfolgreiche Ausbildungsabschlüsse in der Dualen Ausbildung und dem Schulberufssystem nach Ausbildungsbereichen > Tab. E5-5



Die Personen, die berufliche Schulen, wie Berufsoberschulen, Fachoberschulen oder Fachgymnasien besuchen, haben das Ziel, einen allgemeinbildenden Schulabschluss nachzuholen oder zu verbessern. Gleichzeitig werden auch berufsspezifische Qualifikationen ohne einen Berufsabschluss erworben. 2007 verließen 4.199^{BE} bzw. 3.831^{BB} Schülerinnen und Schüler diese beruflichen Schulen, wobei 83,6%^{BE} bzw. 83,0%^{BB} mit der Fachhochschulreife oder allgemeinen Hochschulreife abschlossen > Tab. E5-6.

Hohe Absolventenraten mit schulischen Abschlüssen an beruflichen Schulen

>> Zusammenfassung

Der Anteil der Neuzugänge in die zwei Sektoren des Berufsbildungssystems, die zu anerkannten Berufsabschlüssen führen, liegen in der Metropolregion zwar über dem Bundesdurchschnitt, dennoch sind rund ein Drittel der Jugendlichen in Maßnahmen, die diese Perspektive nicht eröffnen.

Die Neuzugänge in die drei Sektoren unterscheiden sich hinsichtlich der schulischen Vorbildung deutlich. Von den neuhinzugekommenen Personen, die höchstens einen Hauptschulabschluss besitzen, sind in Berlin über die Hälfte und in Brandenburg knapp 40% im Übergangssystem zu finden. Dort gelingt es weniger als der Hälfte, formale Qualifikationen zu erwerben, die für den weiteren beruflichen Werdegang verwertbar sind.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Lehrstellensituation in der Metropolregion zwar etwas gegenüber den Vorjahren verbessert hat, den angehenden Auszubildenden dennoch nicht viele Wahlmöglichkeiten lässt. Es gibt immer noch ein Defizit an Ausbildungsplätzen sowie ein Passungsproblem. Insbesondere Jugendliche mit niedrigem allgemeinbildendem Schulabschluss haben schlechte Chancen auf dem Ausbildungsmarkt. Hinzu kommt, dass eine nicht unerhebliche Anzahl von Ausbildungsplätzen nicht in Ausbildungsbetrieben verortet ist, was den späteren Übergang in die Beschäftigung erschwert (NBB, 2008, S. 180; Berufsbildungsbericht, 2008, S. 155). Die in der Probezeit aufgelösten Ausbildungsverträge sind ein weiteres Indiz für Passungsprobleme. Diese können u. a. aus dem Mangel an Ausbildungsalternativen resultieren oder aus Fehlentscheidungen der Auszubildenden, die aufgrund von mangelnden Vorabinformationen oder der falschen Einschätzung der eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten zustande gekommen sind – also ähnliche Probleme, wie sie auch beim Studienabbruch eine Rolle spielen können > F4.

Methodische Erläuterungen

> M1: Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt für die Duale Ausbildung anhand der Berufsbildungsstatistik (Erhebung bei den Kammern, Prüfungsergebnisse vor den Kammern, Erhebung am Ausbildungsort) sowie der Berufsschulstatistik (Erhebung am Ort der Schule). Die Daten zum Schulberufssystem stammen aus der Schulstatistik. Bei vollzeitschulischen Angeboten, die mit einer Prüfung vor einer Kammer enden (BBiG/HwO-Berufe), liegen ergänzend Daten aus der Berufsbildungsstatistik vor. Da zusätzlich die Stichtage der Erhebungen nicht übereinstimmen, gibt es kleine Differenzen zwischen den Ergebnissen sowohl in der Anzahl wie auch der Zuordnung zu den Bundesländern.

Die Berliner Hochschullandschaft bietet den Studierenden mit ihren Einrichtungen vielfältige Möglichkeiten > Abb. F-1. Im Wintersemester 2007/08 waren 134.504 Studierende an den Berliner Hochschulen eingeschrieben, wobei 15,4% aus dem Ausland kamen > Tab. F1-5. Dies bedeutet einen Zuwachs von 1,3% gegenüber dem Vorjahr. An privaten Hochschulen sind 3,5% der Studierenden immatrikuliert.

F-1 Öffentliche Hochschulen in Berlin*



Durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates wurden dem deutschen Hochschulsystem klare Ziele gesetzt. Der Beitrag, den die einzelnen Länder hierbei leisten können, ist natürlich aufgrund ihrer Bevölkerungszahlen, der historischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der länderspezifischen politischen Zielsetzungen unterschiedlich. Vergleiche zwischen den Ländern – so zwischen dem „großen“ Nordrhein-Westfalen und dem „kleinen“ Saarland, den Flächenländern und den Stadtstaaten, aber auch zwischen den neuen und alten Ländern sind daher nicht immer sinnvoll bzw. müssen in die jeweiligen Kontexte eingeordnet werden.

In Berlin können die Studienangebote ohne Studienbeiträge wahrgenommen werden, während in anderen Ländern nun auch an öffentlichen Hochschulen Beiträge eingeführt wurden. Da es sich hierbei um die Länder mit hohen Studierendenanteilen handelt, sind derzeit ca. 70% der Studierenden von den Beiträgen betroffen. Sie belaufen sich auf ca. 1.000 € pro Studierenden und Jahr. 2006 wurden auf diesem Wege bundesweit insgesamt 189 Millionen Euro eingenommen.

Ein wichtiger Indikator für den Nachwuchs in den Berufen mit wissenschaftlichen Qualifikationsanforderungen ist die quantitative Größe „Studienanfänger“ > F1. Da der inhaltlichen Betreuung, Begleitung und Beratung der Studierenden im Hinblick auf den Studienerfolg und insbesondere auf die Reduzierung der Abbruchquoten > F4 große Bedeutung beigemessen wird, sind die Betreuungsrelationen ein weiterer wichtiger Aspekt > F2. Um einen Eindruck von den sozialen Bedingungen der Studierenden zu bekommen, werden die Ergebnisse zur Studienfinanzierung vorgestellt > F3. Zentrales Ziel des Studiums ist natürlich der erfolgreiche Abschluss. Die Absolventenzahlen dokumentieren aber nicht nur den individuellen Erfolg der Studierenden, sondern stellen auch ein zentrales Maß für die Effektivität der Hochschulen und der Studienrahmenbedingungen dar > F5.

F1 Studienanfängerinnen und Studienanfänger

Deutschland hat im internationalen Vergleich einen Aufholbedarf nicht nur im Qualifikationsbereich der Hochschulabsolventinnen und -absolventen > B3. Daher ist es das Bestreben, sowohl die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger, als auch die Zahl der erfolgreichen Studienabschlüsse zu erhöhen. Zur Beschreibung der Situation werden neben der Darstellung der absoluten Anfängerzahlen drei Quoten berechnet.

- Die Studienberechtigtenquote gibt Auskunft darüber, wie viele Personen bezogen auf das Alter von 18 bis unter 21 Jahren ein Studium aufnehmen könnten.
- Die Brutto-Studierquote weist aus, wie viele Personen mit einer in Deutschland erworbenen Hochschulzugangsberechtigung das Studium aufgenommen haben, d. h. sie gibt Auskunft, inwieweit die erworbene formale Befähigung zum Hochschulstudium genutzt wird.
- Die Studienanfängerquote gibt Auskunft darüber, wie viel Prozent der entsprechenden Jahrgänge tatsächlich ein Studium aufnehmen.

Studienberechtigtenquote

Die Quote der Studienberechtigten – international berechnet als Anteil der Bevölkerung zwischen 18 bis unter 21 Jahren¹, der zum Studium berechtigt ist – steigt kontinuierlich. Die Anzahl der potentiellen Studienanfängerinnen und -anfänger liegt 2007 in Deutschland bei 44,5%². Damit ist zwar ein neuer Höchststand erreicht, jedoch nicht die Zielvorgabe des Wissenschaftsrats von 50% (WR, 2006, S. 65), welcher den Nachwuchsbedarf sowohl für das Hochschulsystem als auch für die hoch qualifizierten Teile des beruflichen Bildungssystems antizipiert > A4.

1 Stichtag 31.12.

2 Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.3.1, Tab. 10

In Berlin liegt die Quote bei 44,0% (36,0% mit allg. Hochschulreife; 8,0% mit Fachhochschulreife). Damit liegt sie unter der durchschnittlichen Quote der Stadtstaaten (45,3%). Dies kann auch durch das relativ hohe Alter der Berliner Abiturientinnen und Abiturienten bedingt sein, die somit in der Quotenberechnung bis unter 21 Jahren nicht erfasst werden > F4. Die Quote hat sich seit 2000 um 7,2 Prozentpunkte erhöht.

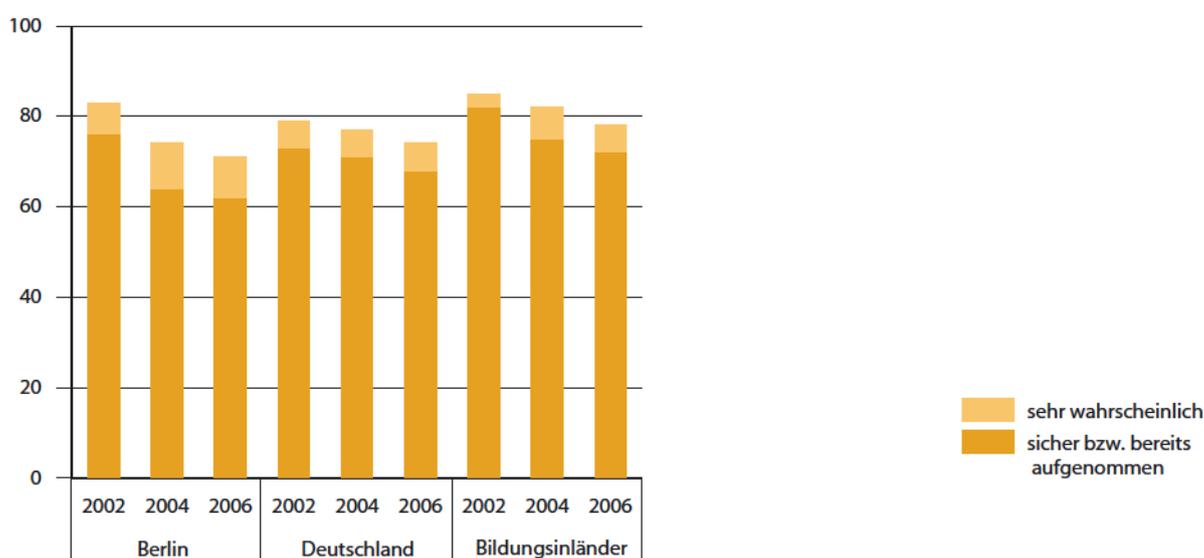
Brutto-Studierquote

Die Übergangsquote³ weist aus, wie viele Personen mit einer in Deutschland erworbenen Hochschulzugangsberechtigung das Studium aufgenommen haben bzw. die feste Absicht haben, dies zu tun. Sie gibt Auskunft über die Ausschöpfung des Gesamtpotentials. Die Brutto-Studierquote wird anhand der Studienberechtigtenbefragung von der HIS GmbH an deutschen Schulen ermittelt (Heine, Spangenberg & Willich, 2007, 2008)^{M3}. Die Ergebnisse sind für die einzelnen Bundesländer repräsentativ. Die Angaben für Personen mit Migrationserfahrung^{SOZ} sind nur für Deutschland insgesamt verfügbar, da dieses Merkmal nicht zur Stichprobenziehung verwendet, sondern nur nachträglich aus den Angaben auf den Fragebögen rekonstruiert werden kann.

In Deutschland ist die Brutto-Studierquote seit 2002 von 73% auf 68% gesunken > Abb. F1-1. In Berlin ist die Situation vergleichbar. Auch hier ist die Häufigkeit der Antwort, dass ganz „sicher“ studiert werden wird, seit 2002 um 14 Prozentpunkte gefallen und liegt nun unter dem Bundesdurchschnitt (62%). Weitere 9% der Befragten halten es für „sehr wahrscheinlich“, dass sie studieren werden.

Übergangsquote nach Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung rückläufig und unter Bundesdurchschnitt

F1-1 Brutto-Studierquote und Maximalquote gemäß Befragung sechs Monate nach Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung (HZB) für Deutsche und Bildungsinländer nach Studienberechtigtenjahrgang und Land des Erwerbs der HZB in % > Tab. F1-1



³ Die bis zum Jahr 2001 durch das Statistische Bundesamt berechnete Studierquote berücksichtigte nicht die Personen, die die Absicht erklärten, ein Studium aufzunehmen. Nach diesem Verfahren wurde die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen), die einem Studienberechtigtenjahrgang angehören, über mehrere Jahre addiert und dann als Anteilswert berechnet. Diese Vorgehensweise liefert Quoten, die erst nach fünf Jahren annähernd vollständig verfügbar sind.

Hohe Studierbereitschaft bei Schulabsolventinnen und -absolventen mit Migrationserfahrung

Für Personen mit Migrationserfahrung⁵⁰² liegen die Quoten für Deutschland zwischen 72% und 78% und damit höher als bei allen Befragten. Wenn Personen mit Migrationshintergrund das selektive Schulsystem mit der Hochschulzugangsberechtigung abschließen konnten > D6, dann besteht auch eine hohe Bereitschaft, das Studium aufzunehmen.

Studienanfängerquote

Die Studienanfängerquote^{M1} wird nach einer nationalen und nach einer international vergleichbaren Definition berechnet. Sie gibt Auskunft darüber, wie viel Prozent der alterstypischen Bevölkerung tatsächlich ein Studium aufnehmen.

Sie liegt nach internationaler Definition für Deutschland 2007 bei 34,4% und damit einen Prozentpunkt niedriger als im Vorjahr > Tab. F1-2. 2008 wird ein Wert von 36,2% erreicht. Die Quote in nationaler Abgrenzung⁴ liegt 2007 bei 37,1% und 1,4 Prozentpunkte höher als im Vorjahr, für 2008 nach vorläufigen Berechnungen bei 39,3%.

Die Unterschiede zwischen den Quoten resultieren zum einen aus der Berücksichtigung der Verwaltungsfachhochschulen bei der nationalen Kennziffer. Bei der internationalen Kennziffer werden die Studierenden im 1. Hochschulsemester des jeweiligen Sommersemesters und des vorhergehenden Wintersemesters berücksichtigt. Bei der nationalen Berechnung geht man jedoch das auf das Sommersemester folgende Wintersemester ein.

Die Forderung nach hohen Anfängerquoten ergibt sich aus Überlegungen zum Erhalt der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit. Aus der ökonomischen Perspektive des Wirtschaftsstandorts Deutschland soll aber nicht nur in die Bildung investiert, sondern auch von den gebildeten Personen profitiert werden > I3. Folglich muss es ein vorrangiges Interesse sein, qualifizierte Personen im Land zu halten. Unter der Voraussetzung, dass es wahrscheinlicher ist, dass ausländische Studierende⁵ Deutschland wieder verlassen werden, hat es einen Sinn, auch deren Anteile an den Studienanfängerinnen und -anfänger zu betrachten. Ihre Anzahl ist 2007 mit 63.507 Personen vergleichbar zum Vorjahr. Von diesen sind 13,9% Bildungsinländer^{M2}. Folglich liegt die erreichte internationale Quote für die deutschen Studienanfängerinnen und -anfänger bei nur 31,4%. 2008 wird ein Wert von 33,2% erreicht.

Unterhalb der nationalen Ebene werden zwei Studienanfängerquoten berechnet: a) eine Quote, die darüber Auskunft gibt, wie viele Personen der alterstypischen Bevölkerung in Berlin studieren und b) wie viele Personen aus Berlin insgesamt in Deutschland studieren.

Die erste Quote gibt also Auskunft über die Bildungsbeteiligung im Hochschulsystem des jeweiligen Landes; die zweite Quote darüber, ob die Personen aus dem jeweiligen Land ihre schulische Qualifikation zum Studium nutzen.

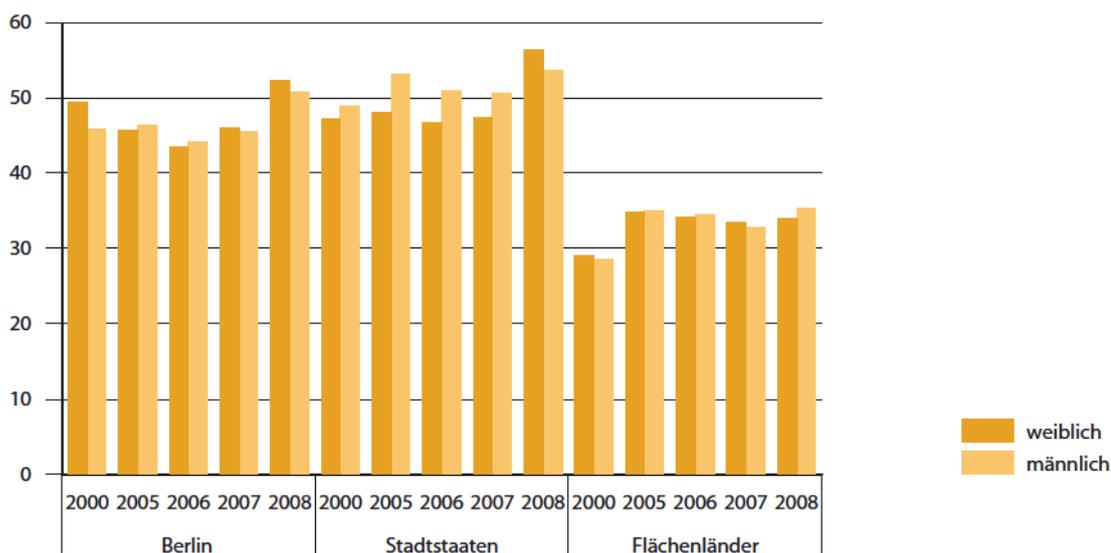
Bei Betrachtung aller Länder ist eine große Bandbreite in Bezug auf die Studienanfängerquote der ersten Art festzustellen, was u. a. durch das Studienangebot, die Verfügbarkeit von Studienplätzen, aber auch demographische Faktoren wie die altersbezogene Zusammensetzung der Bevölkerung sowie die Attraktivität der Region für junge Erwachsene bedingt ist. In Berlin ist die international vergleichbare Quote 2007 mit 45,7% und 2008 mit 51,4% wie für Stadtstaaten üblich hoch und liegt deutlich unter der der beiden anderen Stadtstaaten (Hamburg: 2007 = 51,6%, 2008 = 57,0%, Bremen: 2007 = 58,2%, 2008 = 66,1%) > Abb. F1-2. Die Anfängerquote ist bei den Männern seit 2007 im Gegensatz zu den anderen Stadtstaaten etwas niedriger als die der Frauen > B3.

4 Die Empfehlung des Wissenschaftsrats liegt bei 40% (<http://bildungsklick.de/pm/62310/wr-vorsitzender-stroh-schneider-absolventenquote-steigern/> [20.12.2008], u. a. auch Koalitionsvertrag der Regierungsparteien)

5 2006 sind 25% der Auswanderer Deutsche gewesen und 75% Ausländer. Quelle: Bevölkerungsstatistik

Anfängerquote für Deutschland unter 40%

F1-2 Studienanfängerquote im Land des Studienortes nach Ländern und Geschlecht in % > Tab. F1-2



Die Quote der Studienanfängerinnen und -anfänger, die ihre Hochschulzugangsberechtigung (HZB) in Berlin erworben haben und in Deutschland ihr Studium aufnehmen, liegt 2007 bei 29,9%⁶. Von den Berlinern nahmen die Männer mit 30,7% etwas häufiger das Studium auf als die Frauen mit 29,2%.

Studienanfängerinnen und -anfänger

Im Studienjahr 2007 haben in Deutschland wie auch in Berlin insgesamt mehr Personen das Studium aufgenommen als im Vorjahr > Tab. F1-3. In Deutschland waren es 4,8% mehr Studienanfängerinnen und -anfänger als im Vorjahr. Die Gesamtzahl der Studierenden ist seit dem Vorjahr um ca. 2% zurückgegangen und liegt nunmehr bei 1,94 Millionen.

Die Anfängerzahlen in Berlin steigerten sich um 9,9% gegenüber dem Vorjahr. In Berlin erhöht sich damit das erste Mal seit 2004 die Anzahl der Neuzugänge. Der Frauenanteil bei den Studienanfängern liegt mit 51,8% über dem nationalen Durchschnitt von 49,8% > Tab. F1-3, wobei die Spanne zwischen den Ländern von 46% bis 53% reicht. Die Frauen haben dadurch überproportional zum Anstieg der Studienanfänger beigetragen. Die Neuzugänge im WS 2007/08 verteilen sich auf die Hochschularten unterschiedlich > Abb. F1-3.

Zunahme der Studienanfängerinnen und -anfänger

⁶ Quelle: Fachserie 11, Reihe 4.3.1 Statistisches Bundesamt

F1-3 Anzahl der Studienanfängerinnen und -anfänger in Berlin im 1. Hochschulsemester nach Hochschulart im Wintersemester 2007/08 >Tab. F1-4



Neben der HZB können auch Begabtenprüfungen oder berufliche Qualifikationen den Weg in eine Hochschule eröffnen (KMK, 2002a, b; WR, 2004, S. 18). Im WS 2007/08 wird diese Möglichkeit aber weiterhin nicht von vielen genutzt. Der Anteil der Neuzugänge mit beruflicher Qualifikation lag bei 2,0%. Die Begabtenprüfung konnten 0,2% mit Erfolg ablegen⁷.

Regionale Herkunft der Studienanfängerinnen und -anfänger

Der Anteil der Neuzugänge an den Berliner Hochschulen liegt wie auch schon in den Vorjahren⁸ mit 6,1% aller Neuzugänge in Deutschland ähnlich wie in anderen Stadtstaaten gemessen an dem Bevölkerungsanteil überproportional hoch.

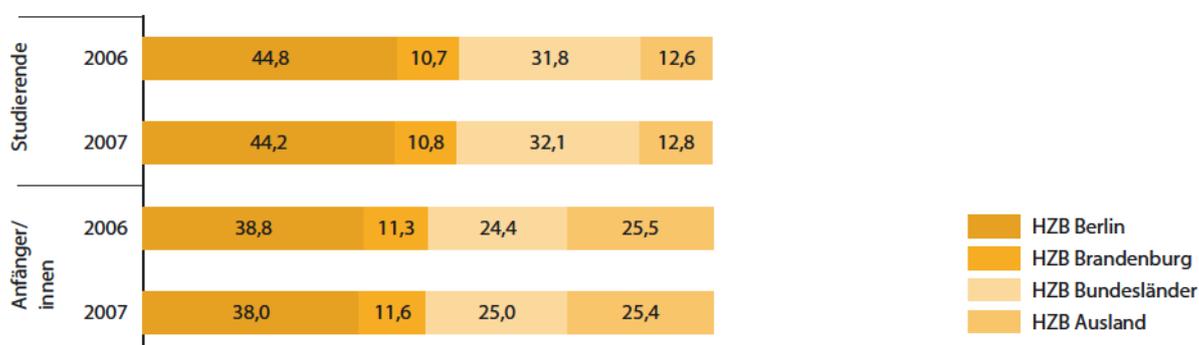
Die Studienanfängerinnen und -anfänger im Wintersemester 2007/08 haben ihre Hochschulzugangsberechtigung⁹ (HZB) zu 49,6% in Berlin oder Brandenburg erworben. Es besteht eine enge Verflechtung zwischen den beiden Ländern. 11,6% aller Neuzugänge an den Hochschulen in Berlin kommen aus Brandenburg. Dies sind 2.153 Studierende.

⁷ Quelle: Hochschulstatistik

⁸ 2006 waren es 5,9% (vgl. hierzu auch NBB, 2006, F2-5web)

⁹ Fachserie 11, Reihe 3, Tab. ZUS-06

F1-5 Studierende und Studienanfängerinnen und -anfänger in Berlin nach Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (mit Verwaltungsfachhochschulen) in % > Tab. F1-5



Neben den Brandenburgern sind in Berlin Studierende aus Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern die stärksten Gruppen von „Studieneinwanderern“ > Tab. F1-6. Von allen Berlinern, die das Studium aufnahmen, haben sich 51,0% für eine Berliner Hochschule entschieden.

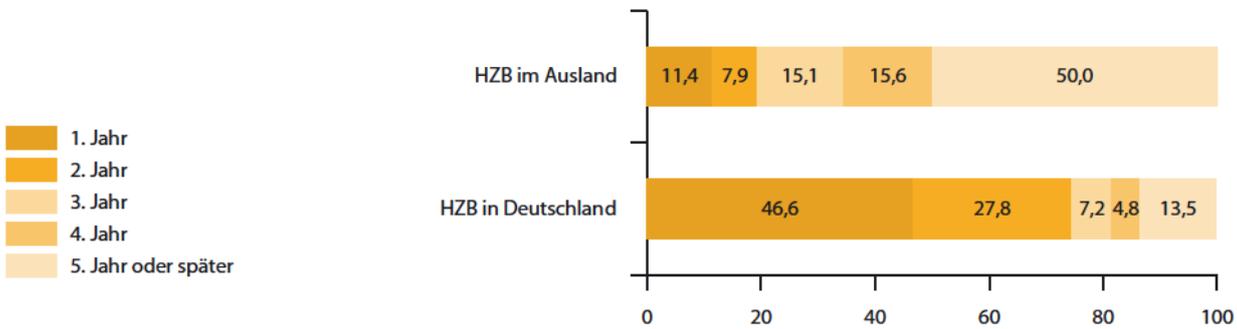
Ähnlich wie im Vorjahr hat mit 25,4% ein großer Anteil der Berliner Studienanfängerinnen und -anfänger die HZB im Ausland erworben (4.775). Davon hatte der überwiegende Teil auch eine ausländische Staatsbürgerschaft (93,3%). Insgesamt studieren an Berliner Hochschulen Angehörige von 163 Nationalitäten. 8,5% der ausländischen Studierenden haben die polnische, 8,3% die türkische, 6,6% die chinesische Staatsbürgerschaft.

Zeitpunkt des Studienbeginns und Alter der Studierenden

74,4% der Studienanfängerinnen und -anfänger in Berlin, die in Deutschland die Schule abgeschlossen haben, nahmen im 1. bzw. 2. Jahr nach dem Erreichen der HZB das Studium auf > Abb. F1-6. Personen mit einer ausländischen HZB beginnen deutlich später das Studium in Deutschland und sind durchschnittlich auch älter, wobei keine Informationen darüber vorliegen, welche Studienzeiten bereits im Ausland absolviert wurden.

Rund Dreiviertel der Studienanfängerinnen und -anfänger beginnen das Studium innerhalb der ersten zwei Jahre nach Erwerb der HZB

F1-6 Studienanfängerinnen und -anfänger in Berlin im 1. Hochschulsemester im WS 2007/08, Beginn des Studiums in Jahren nach Erreichen der HZB in %
 > Tab. F1-8



Studienanfängerinnen und -anfänger im internationalen Vergleich relativ alt

Die Studienanfängerinnen und -anfänger in Deutschland sind älter als in vielen OECD-Ländern, was z. B. durch die längere Schulzeit, den Wehrdienst oder das Ableisten eines Sozialen Jahres bedingt ist. 2006 lag das Alter, in dem 50% das Studium¹⁰ aufgenommen haben, bei 21,2 Jahren. Lediglich in vier OCED-Staaten (Schweden, Finnland, Island, Schweiz) war der Wert noch höher (OECD-EAG, 2008, S. 68). Die Berliner Vergleichswerte lagen bei 21,8 Jahren > Tab. F1-8.

Das Durchschnittsalter der Studienanfängerinnen und -anfänger lag im WS 2007/08 deutschlandweit bei 21,6 Jahren, das der Deutschen bei 21,3, das der Ausländer bei 23,2¹¹ Jahren. In Berlin war das durchschnittliche Alter 22,5 Jahre > Tab. F1-9.

Angestrebter Studienabschluss

Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge hat sich in den letzten Jahren schnell entwickelt (HRK-Statistik, 2008). Von den deutschlandweit angebotenen 12.298 Studiengängen werden zum Wintersemester 2008/09 an den Universitäten 71,2%, an den Kunst- und Musikhochschulen 27,9% und an den Fachhochschulen 94,3% nach der neuen Konzeption angeboten (HRK-Statistik, 2008, S. 9). Deutschlandweit gibt es 768 Bachelorstudiengänge, die nach einem sich anschließenden Masterstudium zum Lehramt befähigen (konsekutiver Studiengang). Damit hat sich das Angebot seit dem Sommersemester um 9% erhöht.

Die Anzahl der Studienangebote der Hochschulen, die auf Bachelor und Master umgestellt sind, schwankt zwischen den Ländern stark, wobei aber die Bandbreite geringer geworden ist. Das Minimum liegt bei 53,8%, das Maximum bei 93,1% (HRK-Statistik, 2008, S. 12). Im WS 2007/08 waren deutschlandweit 30,9% der Studierenden in Bachelor- und Master-Studiengängen eingeschrieben. Dies ist eine Steigerung von 11,4 Prozentpunkten gegenüber dem vorherigen Wintersemester. Bei den Studienanfängerinnen und -anfängern waren es 64,5% - eine Steigerung um 20,1 Prozentpunkte.

Seit dem WS 2008/09 bieten die Berliner Hochschulen fast alle Studiengänge mit Bachelor- oder Masterabschlüssen an (90,3%), womit der Anteil deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 75,1% liegt¹². Es gibt 438 Bachelorstudiengänge mit Regelstudienzeiten zwischen 6 und 8 Semestern sowie 437 Masterstudiengänge zwischen

10 Dies ist der Wert für internationale Vergleiche. Es werden dort die 20-, 50- und 80-Perzentile verglichen.

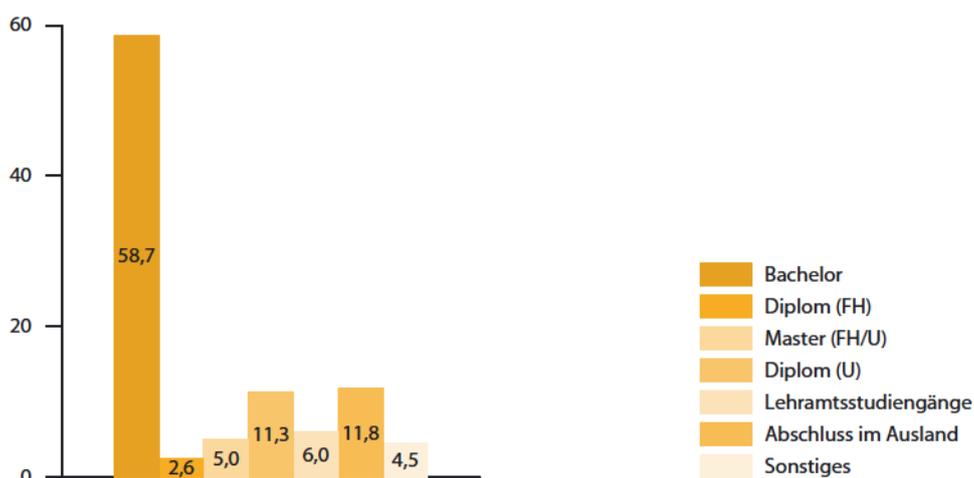
11 Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.1, Tab. 05

12 Quelle: HRK-Statistik, Sommersemester 2008, http://www.hrk.de/de/download/dateien/HRK_StatistikBA_MA_WiSe2008_09_final_mit_Cover.pdf

2 und 4 Semestern, wovon 31,5% akkreditiert^{M4} sind > Tab. F1-10, >Tab. F1-11. Eine örtliche Zulassungsbeschränkung haben 81,5% der Bachelorstudiengänge.

58,2% der Studienanfängerinnen und -anfänger haben im WS 2007/08 einen Bachelorstudiengang begonnen, 6,0% streben einen Lehramtsabschluss an. Hiervon sind 65,7% Frauen > Abb. F1-7.

F1-7 Anteile der angestrebten Studienabschlüsse der Studienanfängerinnen und -anfänger in Berlin im WS 2007/08 in % > Tab. F1-12



Methodische Erläuterungen

>M1: Die Studienanfängerquote gibt Auskunft über den Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Hochschulsemester (Studierende im Erststudium) an der Bevölkerung des entsprechenden Alters und ist nicht identisch mit der Bildungsbeteiligung der Bevölkerung nach Alter. Die Studienanfängerquote ist der Quotient aus der Zahl der Studienanfänger eines Altersjahrgangs geteilt durch die Bevölkerung in diesem Altersjahrgang. Anschließend werden die Anteilswerte addiert (Quotensummenverfahren). Ausgewiesen wird der international vergleichbare Wert ohne Verwaltungsfachhochschulen.

>M2: Es wird bei den ausländischen Studierenden seit 1997 zwischen Bildungsinländern und -ausländern unterschieden. Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Studienberechtigung in Deutschland erworben haben, werden als Bildungsinländer bezeichnet. Personen mit im Ausland erworbener Studienberechtigung, die zum Studium nach Deutschland kommen, als Bildungsausländer.

>M3: Die Befragung von der HIS GmbH basiert auf einer repräsentativen Stichprobe auf Bundes- und Landesebene, nach Geschlecht, Hochschulreife- und Schulart von angehenden Studienberechtigten ein halbes Jahr vor dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung sowie ein halbes Jahr danach. Lediglich die Ergebnisse der zweiten Befragung gehen in die Quotenberechnung ein. Die Schülerinnen und Schüler wurden zu ihren Studien- und Berufsausbildungsplänen befragt. Einbezogen wurden Personen, die im Schuljahr 2005/06 an 644 allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen die Fachhochschulreife oder das Abitur erworben haben. Die Befragung wurde Ende 2005/Anfang 2006 durchgeführt. Der verwertbare Rücklauf lag bei 12.204 Fragebögen (Heine et al., 2007, S. 5).

>M4: Das Akkreditierungssystem, das zur Qualitätssicherung der verschiedenen Studienangebote an deutschen Hochschulen und somit zur Verwirklichung des europäischen Hochschulraums eingeführt wurde, ist dezentral organisiert. Die Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland (Akkreditierungsrat) akkreditiert Agenturen, die dann ihrerseits die Studiengänge bzw. Cluster (mehrere Studiengänge) akkreditieren. Die Akkreditierung kostet ca. 13.000€ und ist im Rhythmus von 5 Jahren zu wiederholen. Die KMK beschließt Strukturvorgaben, nach denen alle Bachelor- und Masterstudiengänge akkreditiert werden müssen (§ 9 Abs. 2 HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen vom 10.10.2003 i.d.F. vom 22.09.2005). Es gibt derzeit sechs Agenturen, die sich thematisch spezialisiert haben (<http://www.akkreditierungsrat.de>). Da die Akkreditierung – neben den Kosten – einen nicht unerheblichen Arbeitsaufwand bei den Hochschulen verursacht und sich die Verfahren zum Teil über lange Zeiträume erstrecken, sind derzeit nicht annähernd alle Studiengänge akkreditiert. Dies kann auch damit zusammenhängen, dass neben der Einzel- oder Programmakkreditierung von den Hochschulen die so genannte Systemakkreditierung angestrebt wird (www.akkreditierungsrat.de/fileadmin/Seiteninhalte/Beschluesse_AR/08.02.29_Kriterien_Systemakkreditierung.pdf).

F2 Lehrendes Personal an Hochschulen

Für das wissenschaftliche Personal an Hochschulen werden lehrende, forschende und künstlerische Aufgaben unterschieden > B2. Diese Aufgaben werden vom Personal mit einem bestimmten Anteil der Arbeitskapazität wahrgenommen. Die Lehrverpflichtungen erstrecken sich je nach Hochschulart und Personalgruppenzugehörigkeit auf 4 bis 20 Semesterwochenstunden.

Begriffliche Abgrenzung

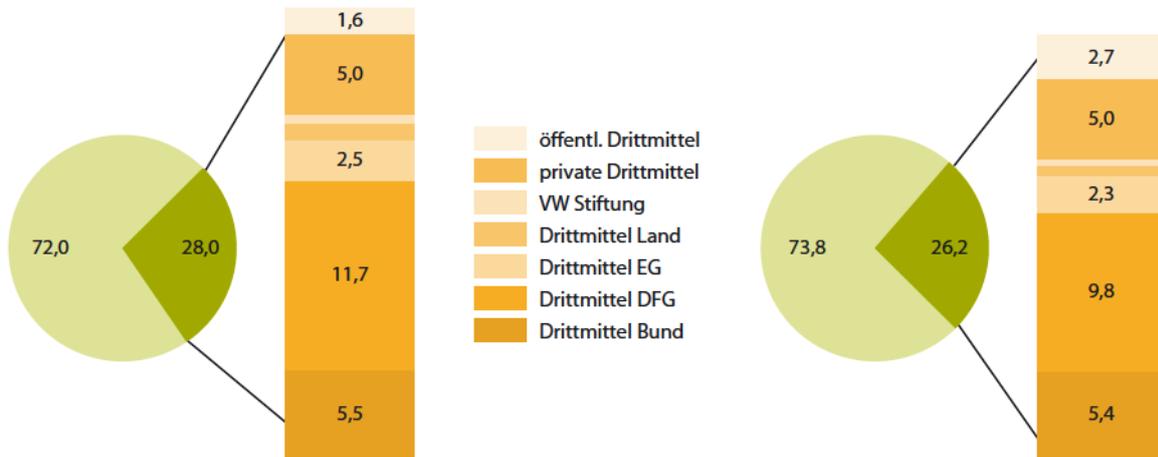
Unter dem Begriff der Betreuungsrelation wird das Zahlenverhältnis von Studierenden zu Lehrkräften^{M1} verstanden (NBB, 2008, S. 123). Unterstellt wird hierbei, dass durch die Lehrkräfte nicht nur die Lehre, sondern auch die inhaltliche Betreuung, Begleitung und Beratung der Studierenden erfolgt – ein Aspekt, dem im Hinblick auf den Studierenerfolg große Bedeutung beigemessen wird. Die Kontinuität sowohl in der Lehre als auch in der Betreuung wird schwerpunktmäßig durch Personal, welches längerfristig beschäftigt ist, sichergestellt. Insbesondere werden Lehrbeauftragte i. d. R. nur für die Anzahl der gelehrten Semesterwochenstunden, die weder die Vor- noch Nachbereitung einschließen, bezahlt.

Die Berechnung der Betreuungsrelation wird aufgrund der Vielzahl der möglichen Beschäftigungsmodelle auf der Basis von Vollzeitäquivalenten (VZÄ) durchgeführt^{M2}. Es ist möglich, unterschiedliche Personalgruppen und sowohl das aus Grundmitteln finanzierte wie auch das gesamte Personal, welches sowohl aus Grund- wie auch aus Drittmitteln finanziert wird^{M3}, einzubeziehen.

Die Berechnungen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Finanzquellen fokussieren unterschiedliche Aspekte. Die Grundmittelvariante bezieht sich auf die relativ kontinuierliche Verfügbarkeit der finanziellen Ressourcen, aus denen die Lehre bereitgestellt werden kann. Die Variante, die sowohl Grundmittel wie auch Drittmittel berücksichtigt, bildet die aktuell vorhandene Kapazität ab. Hier ist jedoch einschränkend anzumerken, dass viele drittmittelfinanzierte Stellen forschungsorientiert sind und daher kaum Lehrdeputat und Betreuungsleistungen vorsehen. D. h., dass die Berechnungsvariante inkl. der Drittmittel die tatsächliche Situation zu günstig, die Grundmittelvariante hingegen die Situation zu ungünstig darstellt.

Das wissenschaftliche und künstlerische Personal (VZÄ) an den Berliner Hochschulen wird 2007 zu 73,8% aus Grundmitteln finanziert > Abb. F2-1. Der wichtigste Drittmittelgeber im Hinblick auf die Finanzierung von zusätzlichem Personal ist die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

F2-1 Finanzierungsquellen der Vollzeitäquivalente aller Lehrkräfte 2007 in Berlin ohne Human-, Veterinärmedizin und Pharmazie (links), alle Bereiche (rechts) > Tab. F2-1



Effektive Studierende-Lehrkraft-Relationen sind von der Fachrichtung und den sonstigen Rahmenbedingungen des Studiums abhängig. Daher sollte die Interpretation der Relationen mit aller Vorsicht und im Sinne einer Grenzwertbetrachtung erfolgen. Das Augenmerk gilt vor allem den Fällen, bei denen die Relation so hoch liegt, dass die Anzahl der Studierenden im Rahmen der Vollzeitäquivalente nicht mehr bewältigt werden kann.

Die Studierenden-Lehrkraft-Relation muss nicht das Ergebnis einer gezielten Steuerung sein. Bleibt beispielsweise das Hochschulpersonal bei sinkenden oder steigenden Studierendenzahlen konstant, ergeben sich automatisch niedrigere bzw. höhere Quoten.

Betreuungsrelation an Universitäten

Die Betreuungsrelation liegt 2006 an den deutschen Universitäten bei 13 Studierenden je wissenschaftlicher oder künstlerischer, aus Grundmitteln finanzierter Lehrkraft (VZÄ). Die Relation erhöht sich auf 18 Studierende, wenn das Personal zur Patientenbetreuung und in der Facharztausbildung an den Hochschulkliniken nicht mit einbezogen wird (NBB, 2008, F2-2A, S. 296). Die Betreuungsrelation je grundmittelfinanzierter Professur liegt deutschlandweit bei 62 Studierenden je Professur.

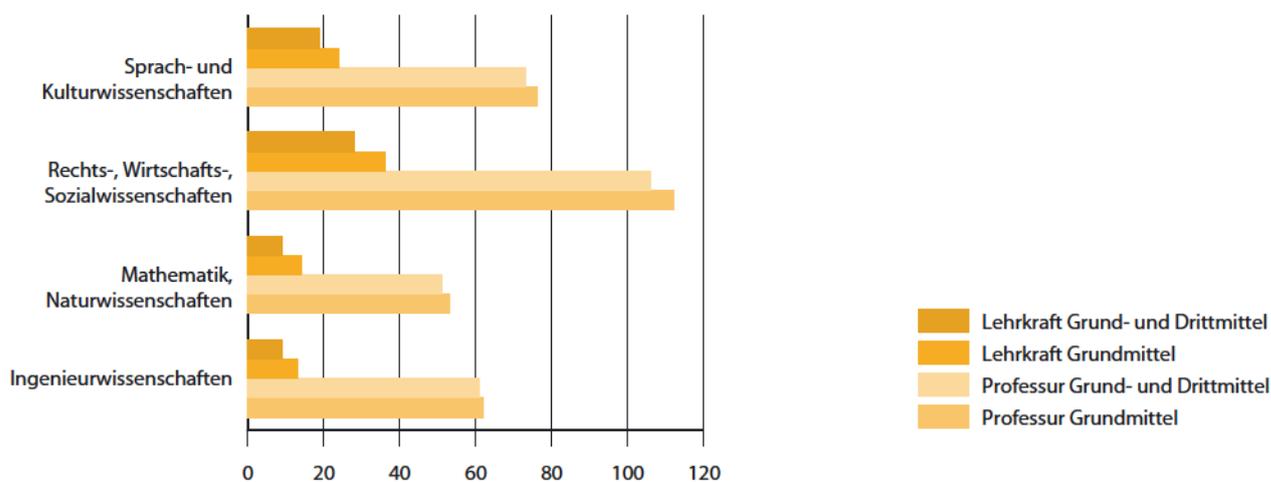
In Berlin blieb die Betreuungsrelation an Universitäten 2007 im Wesentlichen unverändert bei 20 Studierenden je Lehrkraft aus der Grundmittelfinanzierung¹ > Tab. F2-1 (für 2006 siehe NBB, 2008, S. 297, Tab. F2-4A). Wird auch das drittmittelfinanzierte Personal herangezogen, verändern sich die Relationen positiv zu 14 Studierenden je Lehrkraft > Tab. F2-2. Diese großen Unterschiede in Abhängigkeit von der Berechnungsvariante sind im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass rund 26% der VZÄ aus den verschiedensten Quellen drittmittelfinanziert sind > Abb. F2-1. Die durchschnittliche Relation je grundmittelfinanzierte Professur beträgt 75 Studierende je Professur, bei Berücksichtigung der Drittmittel 72.

Betreuungsrelation je Professur weiterhin hoch

¹ In der Grundmittelfinanzierung sind wie im Nationalen Bildungsbericht 2008 die VZÄ aus den Kategorien „aus dem Stellenplan, nicht finanziert, ohne Angabe sowie sonstige Haushaltsmittel“ berücksichtigt. Das Klinikpersonal ist in allen Berechnungen nicht berücksichtigt.

Die Betreuungsrelation variiert je nach Fächergruppe > Abb. F2-2. Die höchsten Werte an den Universitäten sind in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaft anzutreffen – hier liegt der Wert deutlich über dem nationalen Wert, allerdings noch weit entfernt von den Maximalwerten, die in anderen Ländern Deutschlands erreicht werden².

F2-2 Betreuungsrelationen an Berliner Universitäten als Anzahl der Studierenden je wissenschaftlicher und künstlerischer Lehrkraft bzw. Professur, finanziert aus Grundmitteln sowie aus Dritt- und Grundmitteln an Universitäten nach ausgewählten Fächergruppen 2007 > Tab. F2-2



Das drittmittelfinanzierte Personal hat in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) die höchsten Anteile am Gesamtpersonal mit 36,6% in der Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaft sowie 31,4% in den Ingenieurwissenschaften.

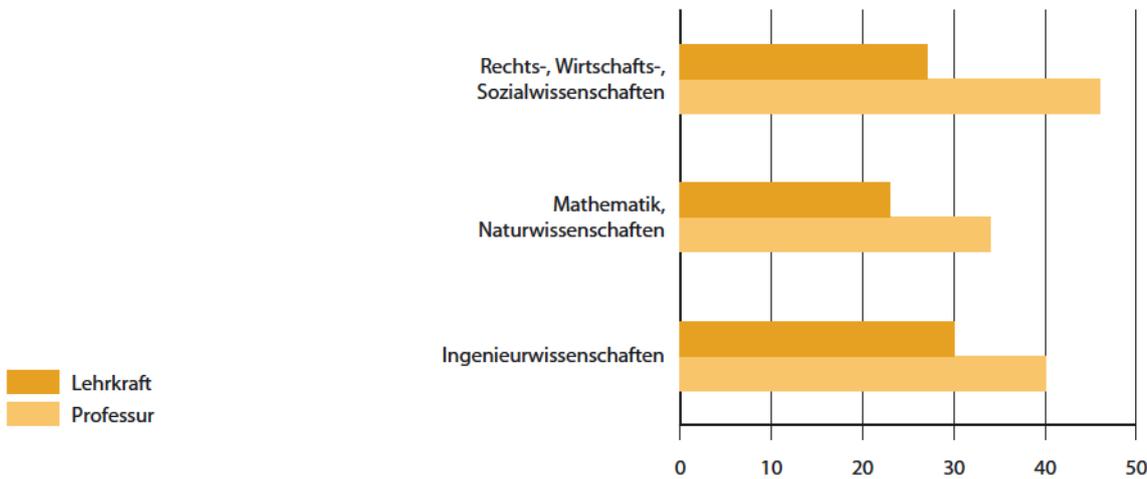
Betreuungsrelation an Fachhochschulen

In den Betreuungsrelationen der Fachhochschulen spiegelt sich die gegenüber den Universitäten andere Personalstruktur wider. Die Betreuungsrelationen je Lehrkraft sind an den Fachhochschulen vergleichsweise höher als an Universitäten. Bei der Berechnungsmethode aus Grundmitteln liegt die Relation bei 25 und damit unter dem Bundeswert von 27 in 2006 (NBB, 2008, S. 297). Die Betreuungsrelationen je Professur sind im Vergleich zu den Universitäten mit 41 deutlich geringer > Tab. F2-1, wobei auch hier fachgruppenspezifische Unterschiede vorliegen > Abb. F2-3.

Betreuungsrelation an Fachhochschulen je Lehrkraft höher – je Professur niedriger als an Universitäten

² Der Maximalwert für diese Fächergruppe lag 2006 bei 160 Studierenden je Professur. Die Werte für 2007 sind noch nicht für alle Länder bekannt.

F2-3 Anzahl der Studierenden je wissenschaftlicher und künstlerischer Lehrkraft bzw. Professur finanziert aus Grundmitteln an Berliner Fachhochschulen nach ausgewählten Fächergruppen 2007 > Tab. F2-3



Lehrbeauftragte

Lehrbeauftragte sollen das Studienangebot an den Hochschulen ergänzen^{M4}. Sie werden häufig in den praxisnahen Seminaren und Übungen eingesetzt, aber auch im Theoriebereich. Lehrbeauftragte eröffnen einerseits die Chance, spezielle Themen anzubieten, die schon allein aufgrund ihrer Vielfalt durch das Hochschulpersonal nicht abgedeckt werden können. Andererseits ist es aber auch Realität, dass sich Fächer „billig“ Kapazitäten einkaufen, bei aktuellen Mindeststundensätzen je gelehrter Stunde³ von 21,40 €. Lehrbeauftragte können ihre Lehraufgaben im Rahmen der vom Fach gewählten Thematik selbständig wahrnehmen.

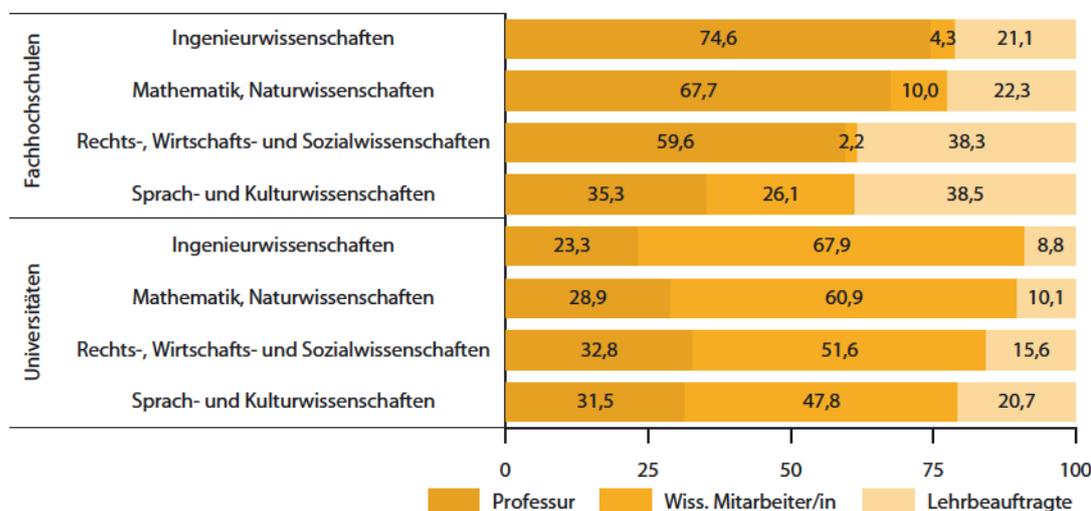
Die Zahl der Lehrbeauftragten hat 2006 in Deutschland mit 38.116 Personen die Zahl der Hochschullehrer (23.361) überschritten. Umgerechnet in VZÄ (7.623) machen Lehrbeauftragte ein Drittel (33,4%) der Lehrkapazität der Professuren aus (22.835 VZÄ, NBB, 2008, S. 121 ff.). In Berlin verhält sich die Situation 2007 ähnlich. Umgerechnet in Vollzeitäquivalente ergeben sich 1.147 für die Lehrbeauftragten, bezahlt aus der Grundmittelfinanzierung an allen Hochschularten ohne Verwaltungshochschulen. Diesen stehen 2.287 Vollzeitäquivalente der Professuren⁴ gegenüber > Abb. F2-4.

³ Die Mitwirkung an Prüfungen, Korrekturen etc. wird mit mindestens 15,30 € vergütet (siehe Ausführungsvorschriften über die Vergütung von Lehraufträgen, 27.11.2007, gültig ab 1.4.2008). Die Vergütung kann bis 52 € betragen. Eine Öffnungsklausel erlaubt auch die Vereinbarung einer höheren Bezahlung. Das Grundgehalt von Professuren beträgt West W2: 4.006,73 Euro, Ost: 3598,28 Euro, Grundgehalt W 3: 4.865,32 Euro, Ost: 4369,34 Euro.

⁴ Für Berlin ohne Medizin, Veterinärmedizin, Pharmazie.

F2-4 Anteile der VZÄ nach ausgewählten Fächergruppen für Professuren, wissenschaftliche und künstlerische Lehrkräfte an Berliner Hochschulen 2007 aus der Grundfinanzierung in % an Berliner Hochschulen 2007 aus der Grundfinanzierung in % (ohne wissenschaftliche Hilfskräfte, Gastprofessuren, Emeriti)

> Tab. F2-4



Methodische Erläuterungen

> **M1:** Als Lehrkräfte werden berücksichtigt Akademische Räte, Oberräte und Direktoren/innen, Studienräte im Hochschuldienst, Professor/innen der Besoldungsgruppen C2, C3, C4, W1, W2, W3, Fachlehrer/innen, technische Lehrer/innen, Gastprofessoren/innen, Honorarprofessoren/innen, Hochschuldozenten/innen, Tutoren/innen, Lehrbeauftragte, Lektoren/innen, Oberassistenten/innen, Oberingenieure/innen, Privatdozenten/innen, außerplanmäßige Professoren/innen, Lehrkräfte für besondere Aufgaben, wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter/innen, wissenschaftliche Hilfskräfte. Studentische Hilfskräfte gehen nicht mit in die Berechnung ein. Es werden die Personalgruppen Dozenten und Assistenten, Gastprofessoren und Emeriti, Lehrbeauftragte, Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Professoren und wissenschaftliche Hilfskräfte unterschieden.

> **M2:** Die Vollzeitäquivalente werden nach der folgenden Vorschrift berechnet: Vollzeitbeschäftigte = Faktor 1,0; hauptberufliches Personal in Teilzeit = Faktor 0,5; nebenberuflich beschäftigtes Personal = Faktor 0,2. Fünf Lehrbeauftragte werden als ein Vollzeitäquivalent eingerechnet.

> **M3:** Werden die Vollzeitäquivalente des lehrenden wissenschaftlichen Personals insgesamt, d. h. aus Grund- wie auch Drittmitteln, herangezogen, dann führt dies rechnerisch insbesondere zu einer Kapazitätserhöhung im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter von 28% an Universitäten und 22% an Fachhochschulen deutschlandweit und damit zu günstigeren Betreuungsrelationen.

> **M4:** Das Hochschulrahmengesetz (HRG) verlor am 1.10.2008 seine Gültigkeit aufgrund der neuen Zuständigkeitsregelungen im Rahmen der Föderalismusreform I.

HRG §55: 1) Zur Ergänzung des Lehrangebots können Lehraufträge erteilt werden. 2) An Kunsthochschulen können Lehraufträge auch zur Sicherstellung des Lehrangebots in einem Fach erteilt werden. 3) Die Lehrbeauftragten nehmen die ihnen übertragenen Lehraufgaben selbständig wahr.

BerlHG §120: (1) Den Lehrbeauftragten obliegt es, selbständig 1. Lehraufgaben wahrzunehmen, die nicht von den Hochschullehrern und Hochschullehrerinnen wahrgenommen werden können, oder 2. die wissenschaftliche und künstlerische Lehrtätigkeit durch eine praktische Ausbildung zu ergänzen.

F3 Studienfinanzierung und sozialer Hintergrund

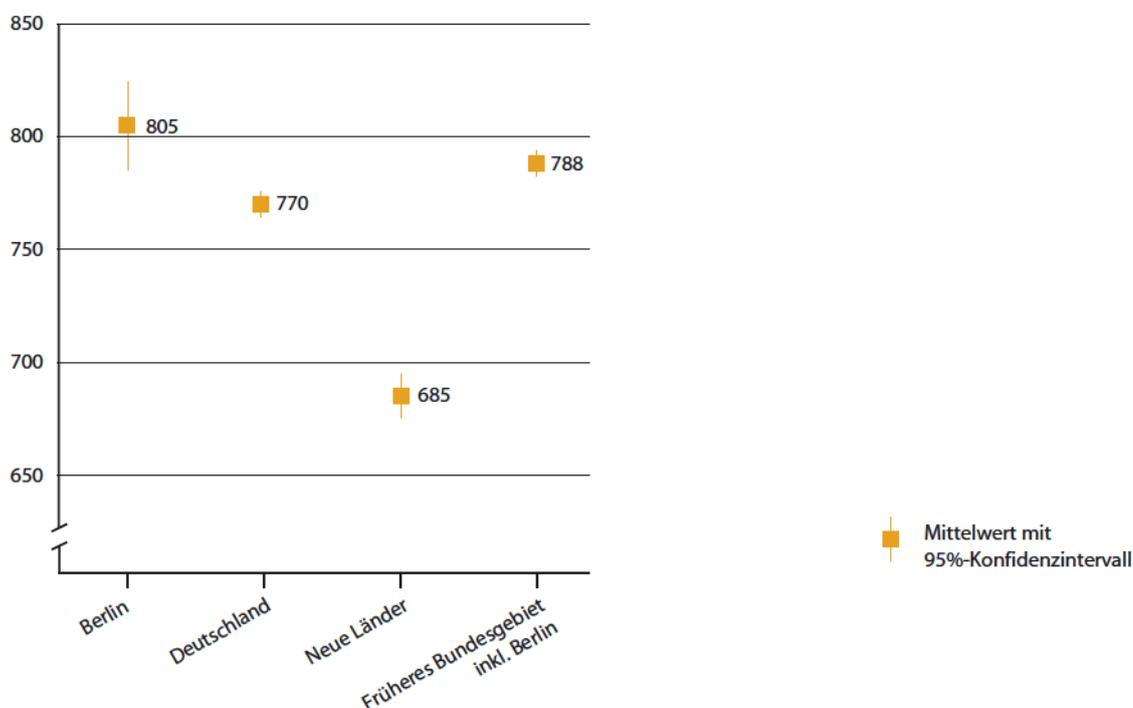
Die Studienfinanzierung ist für viele Personen mit Studienwunsch wie auch für bereits Studierende ein zentrales Thema. Detaillierte Daten stellt die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zur Verfügung¹, die alle drei Jahre – zuletzt 2006 – durchgeführt wird. Die Studienfinanzierung ist in Deutschland i. d. R. eine Mischung aus öffentlichen Mitteln und privaten Finanzquellen. Welchen Anteil diese Quellen zur Finanzierung beitragen, ist international aber auch national unterschiedlich.

Einnahmen

An monatlichen Einnahmen stehen „Normalstudenten“ – ledige Studierende, außerhalb des Elternhauses wohnend und sich im Erststudium befindend – 770 Euro zur Verfügung. Der Anteil der „Normalstudenten“ an allen Studierenden, die eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen bzw. Bildungsinländer sind, liegt deutschlandweit bei 65% (Isserstedt, Middendorff, Fabian & Wolter, 2007, S. 174).

90% dieser Studierenden werden von ihren Eltern mit durchschnittlich 448 Euro monatlich unterstützt. Weitere Finanzierungsquellen sind Mittel gemäß BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz), die eigene Erwerbstätigkeit und sonstige Einnahmen. Das Gesamteinnahmenvolumen der 1,1 Millionen „Normalstudenten“ von ca. 10,2 Milliarden Euro kommt aus folgenden Quellen: 52% Eltern, 14% BAföG, 24% eigene Erwerbstätigkeit und 10% andere Einkünfte. Zu den anderen Einkünften zählen auch Stipendien von verschiedenen Stiftungen, wie der Studienstiftung des Deutschen Volkes oder parteigebundenen Stiftungen. Die Berliner Studierenden haben durchschnittlich 805 Euro zur Verfügung^{M1} > Abb. F3-1.

F3-1 Monatliche Einnahmen der „Normalstudenten“: Mittelwert, 2006 nach Ländern in Euro > Tab. F3-1



¹ Nicht immer sind alle Merkmale für alle Hochschulstandorte der Länder verfügbar, da es sich um eine Stichprobe von Hochschulen handelt und somit nicht alle Hochschulen der Länder vertreten sind (www.sozialerhebung.de).

Traditionell besteht in Deutschland die Möglichkeit, die öffentliche Förderung nach dem BAföG in Anspruch zu nehmen, wenn die Förderbedingungen erfüllt sind (Förderungshöchstsatz ab Herbst 2008 643 Euro, davor 585 Euro). Der Anteil der geförderten Studierenden lag an allen Studierenden (Standard-Quote^{M3}) 2006 bundesweit bei 23%, wobei der Anteil für die Universitäten 21% und für die Fachhochschulen 28% betrug.

In Berlin liegt diese Förderquote über dem Durchschnitt bei 25%, wobei die Spanne zwischen allen Ländern von 14% bis 40% reicht. Diese Quote ändert sich nicht, wenn nur die Studierenden betrachtet werden, die auch in Berlin ihre HZB erworben haben.

Hoher Anteil von Erwerbstätigkeit in Berlin

Die Erwerbstätigkeit spielt bei den Studierenden eine wichtige Rolle. Die Motive hierfür sind vielfältig – neben der Sicherung des minimalen Lebensunterhalts spielt sicherlich auch das Erreichen eines darüber hinausgehenden Lebensstandards eine Rolle. Bieten sich die Möglichkeiten, so sind viele Studierende erwerbstätig, wenn keine öffentliche Förderung möglich oder gewünscht ist, so z. B. aufgrund der Verpflichtung, das BAföG später anteilig zurückzuzahlen. In den neuen Ländern werden durchschnittlich 6, in den alten Ländern 7 und in Berlin 8 Stunden je Woche während der Vorlesungszeit für Erwerbstätigkeit eingesetzt (Isserstedt, Middendorff, Fabian & Wolter, 2007, S. 293). In Berlin sind 65% der Studierenden erwerbstätig, wobei die Spanne deutschlandweit von 47% bis 76% reicht (Isserstedt et al., 2007, S. 324 f.).

Steigende Erwerbstätigkeit bei zunehmendem Alter – Höchstwerte in Berlin

In der vorlesungsfreien Zeit sind 42% der Studierenden erwerbstätig, womit in Berlin der Maximalwert aller Länder erreicht wird (Wertespanne: 27% bis 42%). Ein möglicher Zusammenhang ist hier insbesondere für Berlin mit dem hohen Alter der Studierenden zu sehen > F1. Generell verschiebt sich der Anteil der jeweils für Erwerbstätigkeit und Studium aufgewendeten Zeit mit zunehmendem Alter zugunsten der Erwerbstätigkeit. Die Hälfte der über 28-Jährigen ist laufend – also auch während der Vorlesungszeit – erwerbstätig (Isserstedt, Middendorff, Fabian & Wolter, 2007, S. 328).

Unklar ist, wie sich die Beteiligung und das Volumen der Erwerbstätigkeit vor dem Hintergrund der weiteren Komprimierung des Studiums aufgrund der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge entwickeln werden. Welche Konsequenzen dies für die Studierbereitschaft hat, kann derzeit noch nicht durch die vorliegenden Daten abgebildet werden. Ein Teilzeitstudium ist auf Antrag möglich, so die Hochschulen es in ihrer Satzung geregelt haben. Es wird jedoch bisher kaum wahrgenommen (1,7%).

Ausgaben

Zwei große Ausgabenbereiche sind die Kosten für Ernährung und die Wohnung. Der „Normalstudent“ gibt 2006 für eine allein genutzte Wohnung durchschnittlich 266 Euro inkl. Nebenkosten aus, (Isserstedt, Middendorff, Fabian & Wolter, 2007, S. 229). Im Städtevergleich ist München am teuersten (336€). Berlin nimmt den 15. Platz ein (282€).

Die Angaben über die Ausgaben für Ernährung pro Monat schwanken in den Einzeldaten extrem, wobei 2/3 der Werte ähnlich wie 2003 zwischen 80 bis 200 Euro liegen (Isserstedt, Middendorff, Fabian & Wolter, 2007, S. 230). Folglich sind die Durchschnittswerte nur als grobe Orientierung anzusehen. Im Durchschnitt werden monatlich 147 Euro für Ernährung ausgegeben, womit der Wert seit 2003 kaufpreisbereinigt um 14% gesunken ist. Für Berlin liegt er bei 158 Euro.

Sozialer Hintergrund

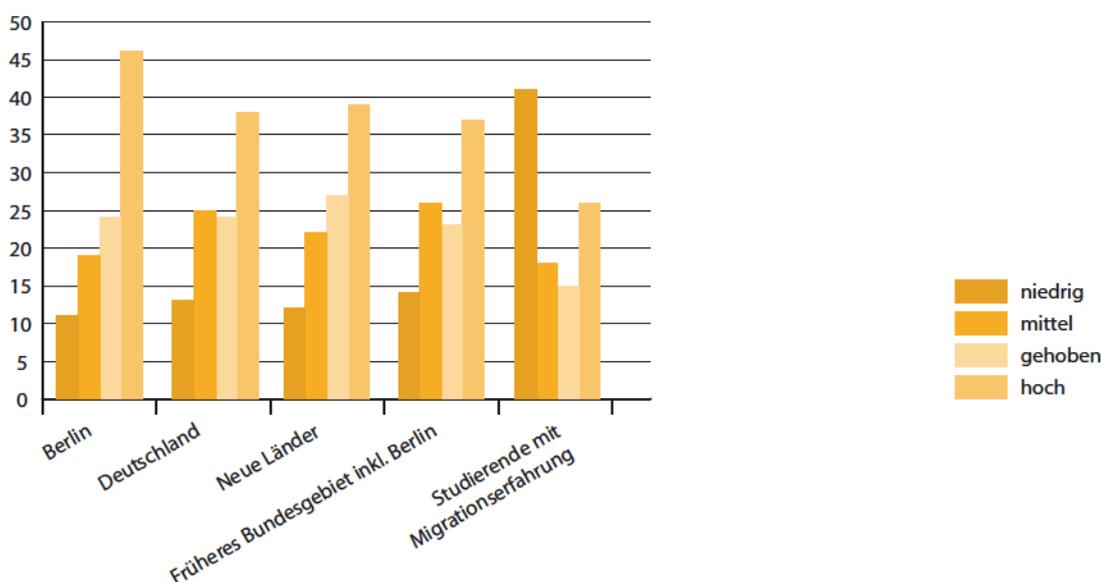
Der soziale Hintergrund der Familie, hier vor allem der Erwerbsstatus der Eltern und deren Bildungsstand, hat eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung für das Bildungsvverhalten der Kinder, insbesondere auch bei der Entscheidung für ein Studium.

Die Studierenden unterscheiden sich hinsichtlich des Erwerbsstatus der Eltern deutlich (Isserstedt, Middendorff, Fabian & Wolter, 2007, S. 134 ff.). Bundesweit sind bei 51% der Studierenden beide Eltern erwerbstätig, bei 33% nur ein Elternteil und bei 16% kein Elternteil. Bei den Studierenden in Berlin ist der Anteil der Eltern ohne jegliche Erwerbstätigkeit um 2 Prozentpunkte höher (18%). Der minimale Wert liegt in den Ländern bei 9% und der maximale bei 24%. Der Anteil der Studierenden mit zwei erwerbstätigen Elternteilen beträgt je nach Land 41% bis 62% – in Berlin 51%. Allerdings lässt sich aus dem Vorhandensein der Erwerbstätigkeit nicht auf den Umfang der finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten der Eltern für ihre Kinder schließen.

Im Rahmen der Sozialerhebung wird die soziale Herkunft der Studierenden durch die Merkmale höchster allgemeinbildender und berufsqualifizierender Abschluss > B4 sowie die berufliche Stellung der Eltern definiert^{M2}. Die Ergebnisse für Deutschland zeigen, dass die Studierenden nicht im gleichen Umfang den vier Kategorien zuzuordnen sind > Abb. F3-2. Schätzungen anhand von Mikrozensusdaten^{M4} ergeben, dass sich die Struktur der Verteilung nicht mit der der Gruppen in der Bevölkerung deckt und eher in einer umgekehrt proportionalen Beziehung stehen. D. h., dass insbesondere die Gruppe der Studierenden mit „niedriger“ sozialen Herkunft an den Hochschulen unterrepräsentiert ist.

Bei 18% der Studierenden kein Elternteil erwerbstätig

F3-2 Soziale Herkunft der Studierenden nach Ländern 2006 in % > Tab.F3-2, F3-3



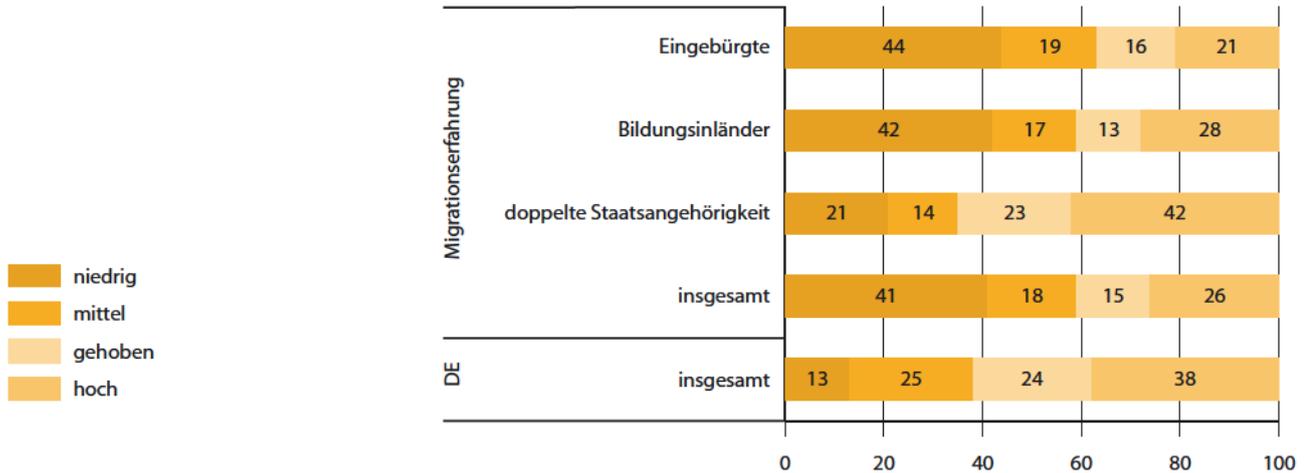
Studierende mit Migrationserfahrung

Der Migrationshintergrund bzw. die eigene Migrationserfahrung^{M5} kann bei der Sozialerhebung als Merkmal bei der Ziehung der Stichprobe nicht gezielt berücksichtigt werden. Somit kann nur nach Eingang der Fragebögen anhand der Angaben eine Klassifikation vorgenommen werden (Isserstedt, Middendorff, Fabian & Wolter, 2007, S. 432 ff.), wobei nur die eigene Migrationserfahrung erfragt wird.

Bei der Erhebung 2006 waren im Rücklauf deutschlandweit 1.300 Fragebögen (8%) von Studierenden mit Migrationserfahrung, wovon 43% Bildungsinländer, 46% Eingebürgerte und 11% Personen mit zwei Staatsangehörigkeiten waren. Auffällig ist, dass sich die Studierenden mit Migrationserfahrung hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft unterscheiden > Abb. F3-3. Der Anteil derer mit hoher sozialer Herkunft ist bei den Studierenden mit doppelter Staatsangehörigkeit mit 42% besonders hoch. Die Rücklaufzahlen für Berlin waren mit 959 Fragebögen für alle Studierenden zu gering, so dass eine regionale Auswertung bzgl. der Migrationserfahrung nicht möglich ist.

Keine regionalen Aussagen zu Studierenden mit Migrationserfahrung möglich

F3-3 Soziale Herkunft der Studierenden nach Migrationsstatus in Deutschland und Deutschland insgesamt 2006 in % > Tab. F3-3



Methodische Erläuterungen

>M1: Die Lebenshaltungskosten werden beschrieben über die Veränderung des Geldwertes anhand der Preise der für die Lebenshaltung wichtigen Güter und Dienstleistungen. Ausgangspunkt ist der so genannte Warenkorb, der eine große Anzahl von Gütern und Dienstleistungen des typischen Verbrauchs enthält. Aufgrund der bisher fehlenden Erkenntnisse über regionale Preisindizes als Maß für die Lebenshaltungskosten kann diese Differenz nicht interpretiert werden. Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten hat daher einen Expertisewettbewerb ausgeschrieben (Weißer Fleck – Regionale Preisindizes – Wie kann die Wissenslücke geschlossen werden?)

> M2: Im Rahmen der Sozialerhebung wird die soziale Herkunft der Studierenden durch die Merkmale höchster allgemeinbildender sowie berufsqualifizierender Abschluss und die berufliche Stellung der Eltern definiert, wobei die höchste Zuordnung eines der Elternteile für die Zuordnung der Kinder verwendet wird (Sozialerhebung 2007, S. 493). Es sind vier Kategorien vorgesehen: niedrig, mittel, gehoben und hoch. Z.B.: niedrig = einfacher oder mittlerer Dienst, mittel = gehobener Dienst ohne Hochschulabschluss, gehoben = gehobener Dienst mit Hochschulabschluss, höherer Dienst ohne Hochschulabschluss, hoch = Selbständiger mit großem Betrieb bzw. Einkommen, höherer Dienst mit Hochschulabschluss

> M3: Neben der Standard-Quote wird auch die normative Quote berechnet, die Auskunft gibt über den Anteil der BAföG-Empfänger an dem näherungsweise bestimmten Kreis der anspruchsberechtigten Studierenden. Die Anspruchsberechtigten werden ermittelt, indem diejenigen unberücksichtigt bleiben, die bereits die Förderungshöchstdauer/Regelstudienzeit überschritten haben, die nach eigener Angabe wegen fehlender Leistungsbescheinigung, Fachwechsel bzw. Überschreitens der Altersgrenze vor Studienaufnahme keinen Anspruch auf BAföG mehr geltend machen können (Sozialbericht, 2008, S.247). Die normative Quote fällt höher aus als die Standard-Quote.

> M4: Zur Schätzung wurde die Klassifikation der sozialen Herkunft aus der Sozialerhebung (2007, S.493) in die Klassifikation des Mikrozensus zur Stellung in Betrieb/Behörde analog umgesetzt. Dieses Merkmal wurde zuletzt 2004 erhoben. Es wurde die Altersgruppe der 40- bis 60-Jährigen als Gruppe der potentiellen Eltern der Studierenden und die Person mit der höchsten beruflichen Qualifikation im Haushalt zur Eingruppierung herangezogen.

> M5: Studierende mit Migrationserfahrung sind im Rahmen der Sozialerhebung (2007, S. 433)

- Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland die HZB erworben haben
- Eingebürgerte Studierende
- Studierende, die neben der deutschen, eine weitere Staatsangehörigkeit haben. Ausländische Studierende, die erst zum Zwecke des Studiums nach Deutschland gekommen sind – so genannte Bildungsausländer –, bleiben hier unberücksichtigt.

Der Migrationsbegriff ist damit deutlich enger als beim Einwohnerregister oder Mikrozensus, da nur Personen mit eigener Migrationserfahrung bei der Klassifikation berücksichtigt werden.

F4 Studienverlauf, Studiendauer, Studienabbruch

Verzögerungen im Studienverlauf oder ein Studienabbruch beruhen meistens auf individuellen multikausalen Ursachen. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass einige der Problemlagen, die sich für die Studierenden ergeben, durch Angebote der Hochschulen vor und während des Studiums gemildert bzw. beseitigt werden können.

Als Einflussgrößen werden u. a. die Informationen vor Studienbeginn über Studieninhalt und -anforderungen, die Betreuung durch das Lehrpersonal > F2 sowie die Organisation des Studiums gesehen. Da sich die Studienfachwahl in den ersten Semestern für die Studierenden zunächst bewähren muss, können der Fachwechsel oder der Abbruch auch als ein Indiz für eine Diskrepanz zwischen Informationen, Erwartungen und den eigenen Fähigkeiten gesehen werden. So fordert der Wissenschaftsrat schon seit längerem eine größere Professionalisierung der Beratung und die stärkere Kooperation zwischen Schule und Hochschule (WR, 2004, S. 5 ff.).

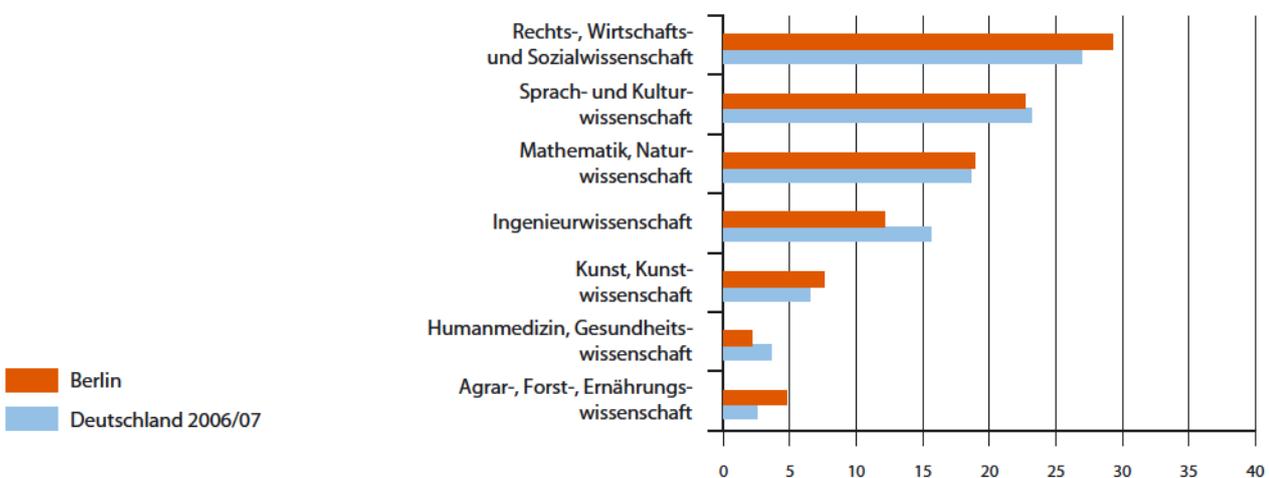
Studienverlauf

Der Studienverlauf kann sich durch Wechsel des Faches, der Abschlussart und/oder der Hochschule verzögern. 2006 studierten rund ein Fünftel der Studierenden nicht mehr an der Hochschule ihrer Ersteinschreibung. Ein Drittel der Studierenden in Berlin waren nicht mehr an der Hochschule ihrer Erstimmatrikulation. Rund die Hälfte dieser Studierenden wechselten aus anderen Bundesländern nach Berlin (NBB, 2008, S. 300).

Deutschlandweit lag der Anteil der Fachwechsel vom Sommersemester 2007 zum Wintersemester 2007/08 bei 2,8%, wobei Wechsel an Universitäten häufiger als an Fachhochschulen auftraten. Davon wechselten bundesweit 41,6% innerhalb einer Fächergruppe^{M1}, die übrigen Studienfachwechsel erfolgten in eine andere Fächergruppe. In Berlin fällt der Anteil der Wechsel mit 2,3% (2.188 Studierende) etwas niedriger als der Bundesdurchschnitt aus. 34,6% entfielen auf Wechsel innerhalb der Fachgruppe. Beim fachübergreifenden Wechsel waren insbesondere die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Sprach- und Kulturwissenschaften bevorzugte aufnehmende Fächergruppen > Abb. F4-1.

Weniger Fachwechsel in Berlin als im Bundesdurchschnitt

F4-1 Anteil der aufnehmenden Fächergruppen bei fächergruppenübergreifenden Wechseln an Berliner Hochschulen in % vom Sommersemester 2007 zum Wintersemester 2007/08 > Tab. F4-1a,b



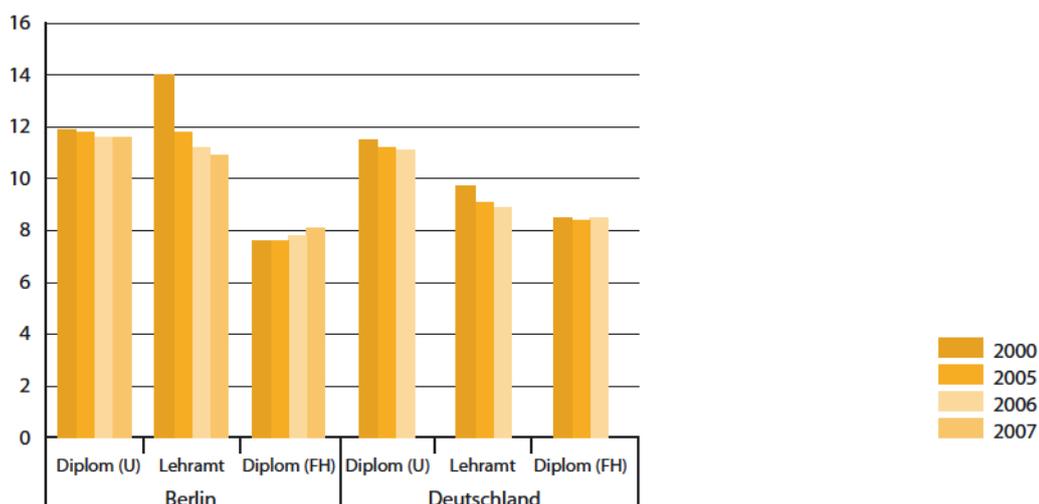
Studiendauer

Hinsichtlich der Studiendauer ist zwischen Fachstudien- und Gesamtstudiendauer^{M2} zu unterscheiden. Studienfachwechsel werden i. d. R. zu einer längeren Gesamtstudiendauer als Fachstudiendauer führen, insbesondere dann, wenn fächergruppenübergreifend gewechselt wird. Die Studiendauer variiert stark je nach Art der besuchten Hochschule und des Studienfachs. Nur einem Viertel der Studierenden in Deutschland gelang es, nach zehn Fachsemestern, was in etwa der Regelstudienzeit entspricht, ihr Studium abzuschließen (NBB, 2008, S.130).

Die Abschlussarten Master und Bachelor werden hier noch nicht betrachtet, da sie erst seit zu kurzer Zeit weitgehend flächendeckend eingeführt wurden, die Abschlusszahlen noch sehr gering sind und sich nur auf wenige Fächer beschränken. In Berlin ist die lange Fachstudiendauer bei der Abschlussart Lehramt auffällig, die 2007 bei 10,9 Semestern lag, aber schon erheblich reduziert werden konnte > Abb. F4-2.

Lange Studiendauer für Lehramtsabschlüsse

F4-2 Median der benötigten Fachsemester (Fachstudiendauer) im Erststudium nach ausgewählten Abschlussarten und Prüfungsjahren > Tab. F4-2

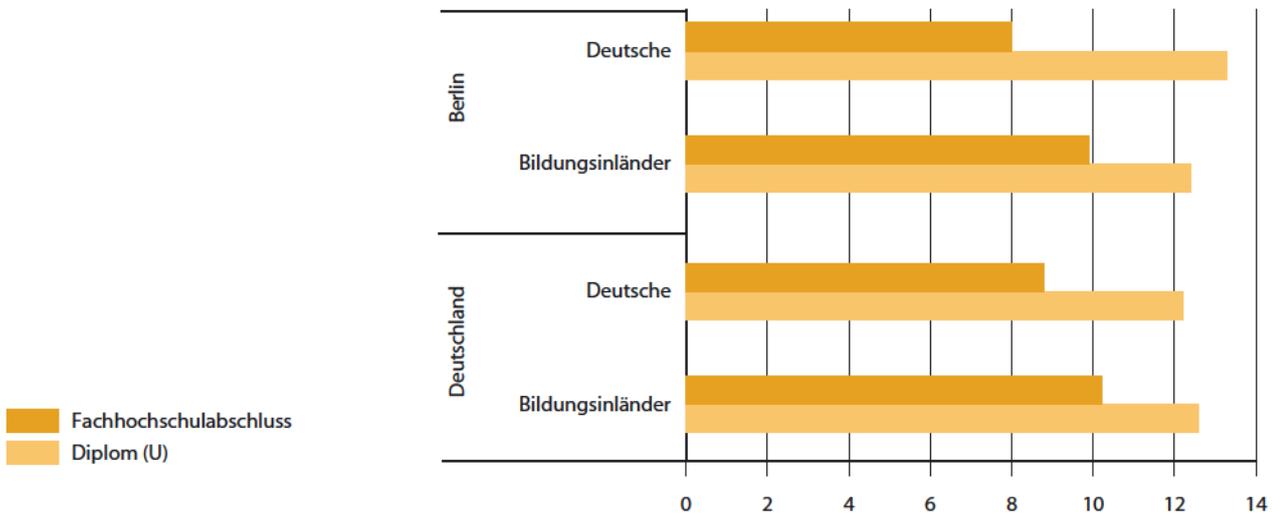


Die Bildungsausländer erreichen beim Diplom an Universitäten durchweg geringere Studienzeiten, was jedoch aufgrund der Tatsache, dass im Rahmen dieser Statistik keine Aussagen über die Studienzeiten im Ausland gemacht werden, nicht interpretiert werden kann > Tab F4-3. Die Daten sind allerdings konsistent mit den Befunden aus der Sozialerhebung, die zeigt, dass ein hoher Anteil von Bildungsausländern bereits mit Studierfahrung in dem in Deutschland studierten Fach nach Deutschland kommt (Isserstedt & Link, 2008, S. 14).

Die Studienzeiten der Bildungsinländer in Berlin liegen bei beiden Abschlussarten nahe beim Bundesergebnis. An den Fachhochschulen brauchen Bildungsinländer ca. 2 Semester länger für den Abschluss ihres Studiums als Deutsche.

Längere Studiendauer der Bildungsinländer an Berlins Fachhochschulen

F4-3 Mittlere Semesterzahl (Median) der benötigten Semester (Gesamtstudien-dauer) nach Abschlussart und Bildungsherkunft 2006 (Deutsche und Bildungsinländer) > Tab. F4-3



Studienabbruch

Beim Studienabbruch wird das Hochschulbildungssystem verlassen, ohne dass ein erster Abschluss erreicht werden konnte. Hierfür kann es eine Vielzahl von Gründen geben – das Scheitern an Studienanforderungen ist nur eine der möglichen Erklärungen. Die Studienabbruchquote^{M3} liegt in Deutschland bei 21% (Heublein, Schmelzer & Sommer, 2008; Daten aus 2006, S. 3) und hat sich seit dem Vorjahr um einen Prozentpunkt verringert. Die Abbruchquoten an Universitäten sanken um 4 Prozentpunkte auf 20%, während sie an Fachhochschulen um 5 Prozentpunkte auf 22% zunahmen. Frauen brechen mit 15% das Studium seltener ab als Männer mit 26%.

Besonders hohe Abbruchquoten sind in den Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften (28%), Sprach- und Kulturwissenschaft (27%) sowie Ingenieurwissenschaften (25%) anzutreffen, wobei der Abbruchrückgang bei den Sprach- und Kulturwissenschaften um 5 Prozentpunkte wesentlichen Einfluss auf den Gesamtrückgang hatte. Innerhalb der Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften hatten mit 36% Physik und Geowissenschaften, 32% Mathematik und 31% Informatik die höchsten Quoten (NBB, 2008, F4, S. 131 ff.).

Von Interesse ist insbesondere die Situation in den Bachelorstudiengängen, wobei allerdings für die Absolventinnen und Absolventen von 2006 gilt, dass sie zum Zeitpunkt ihres Studienbeginns nur in einem beschränkten Umfang Bachelorangebote auswählen konnten. Die aktuelle Abbruchquote liegt dort bei 30%, an den Universitäten bei 25% und an den Fachhochschulen bei 39%. Jedoch ist eine Bewertung noch schwierig, da der Umstieg auf die neuen Abschlüsse nicht in allen Fächern gleichzeitig erfolgte. So sind Studiengänge, wie Medizin, die traditionell niedrige Abbruchquoten aufweisen und damit die Gesamtquote senken, bisher noch nicht oder erst später auf das neue System umgestellt worden (Heublein, Schmelzer & Sommer, 2008, S. 3ff.). Zudem sind mit der Umstellung der Studienstruktur tiefgreifende Veränderungen des gesamten Studiensystems verbunden, was die Hochschulen vor weitere Herausforderungen stellte und die Studierbarkeit beeinflusste.

Abbruchquoten bei Bachelor- und Masterstudiengängen noch nicht aussagekräftig

Länderspezifische Abbruchquoten können mit der aktuellen Datenbasis nicht berechnet werden. Hilfsweise kann eine Schwundquote bestimmt werden, welche ausweist, wie viele Studierende eines bestimmten Jahrgangs nach einer gewissen Anzahl von Semestern noch im jeweiligen Studiengang studieren. Bei diesem Schwund ist jedoch im Gegensatz zur Abbruchquote nicht klar, ob das Studium abgebrochen oder lediglich die Hochschule oder das Fach gewechselt wurde. Insofern stellt der Wert der Schwundquote den maximal möglichen Wert für die Abbruchquote dar.

Die Berliner Hochschulen haben zwischen dem Wintersemester 2004/05 und dem Wintersemester 2005/06 ihr Studienangebot nahezu flächendeckend auf Bachelor- und Masterangebote umgestellt > F1. Die Veränderungen im Studiensystem erfordern den Aufbau neuer Zeitreihen zur quantitativen Analyse und Bewertung der Situation für diese neuen Studiengänge. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ermöglichen diese noch keine belastbaren Aussagen, da die Studiengänge noch nicht lange genug laufen.

Derzeit liegen nur Daten zur Regelstudienzeit für die erste Kohorte in den Bachelorstudiengängen mit Studienbeginn Wintersemesters 2004/05 vollständig vor. Für alle folgenden Zulassungsjahrgänge sind noch keine vollständigen Durchläufe der Regelstudienzeit möglich gewesen. Da sich in der ersten Kohorte Schwächen in der Konstruktion der neuen Studiengänge im „Praxistest“ besonders niederschlagen, können die Daten dieser Gruppe nicht als repräsentativ angesehen werden. Um belastbare quantitative Analysen zum Studienabbruch vornehmen zu können, müssen sich die neuen Studiengänge in einem „eingeschwungenen“ Zustand befinden. Dieser dürfte erreicht sein, wenn die Studiengänge etwa die 1,5- bis 2-fache Regelstudienzeit durchlaufen haben.

Die Umstellungen wurden an vielen Hochschulen durch qualitative Befragungen begleitet, die auch universitätsinternen Qualitätssicherungsmaßnahmen dienen. Zu den Gründen ihres Weggangs befragte beispielsweise die FU Berlin die Exmatrikulierten des Sommersemesters 2007. Über solche Untersuchungen wird versucht, Hinweise für Verbesserungen in der Konstruktion der neuen Studienangebote sowie der Struktur und Organisation des Beratungs-, Lehr- und Prüfungsangebotes zu bekommen.

Methodische Erläuterungen

> M1: Beim Studienfachwechsel wurden hier nur Studierende in einem Erststudium – ohne Master- und Lehramtsstudierende einbezogen. Es liegen keine Wechsel vor, wenn im Vergleich zum Vorsemester nur die Reihenfolge der Studienfächer getauscht wurde. Gleiches gilt für Studierende, die im Vorsemester „Studienkolleg“ angegeben haben. Bei der Bezugsgröße „in Relation zu allen Studierenden im Erststudium“ sind alle in einem Erststudium (ohne Lehramt-Master und Master) im zweiten oder höheren Hochschulsemester berücksichtigt, für die das Merkmal „Studienfach im Vorsemester“ bekannt war. Fächergruppen sind Sprach- und Kulturwissenschaften, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Mathematik und Naturwissenschaften, Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Ingenieurwissenschaften sowie Kunst und Kunstwissenschaften.

> M2: Die Gesamtstudiendauer ist der Zeitraum zwischen Erstimmatrikulation bis zur Exmatrikulation.

> M3: Die beste Methode, die Quote des Studienabbruchs zu ermitteln, würde in einer individuellen hochschulübergreifenden Studienverlaufsstatistik liegen, die jedoch in Deutschland anders als in Österreich, der Schweiz und Finnland nicht vorliegt.

Als Hilfsrechnung wird ein Kohortenvergleich durchgeführt. Die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen eines Jahres (Output), die ihren ersten Hochschulabschluss erwerben, wird ermittelt und festgestellt, wie viele Semester X durchschnittlich studiert wurden. Dann wird die Anzahl der Studierenden ermittelt, die das Studium vor X Semestern begonnen haben (Input). Die Studienabbruchquote ergibt sich aus $100 - 100 \times \text{Output} / \text{Input}$. Wenn ein Fachwechsel vollzogen wird und später ein Abbruch erfolgt, dann wird der Abbruch dem Fach der Erstimmatrikulation zugeschrieben. Berücksichtigt werden nur die deutschen Studierenden (Quelle der Zahlen: Heublein, Schmelzer & Sommer, 2008). Unschärfen ergeben sich durch den nicht berücksichtigten Schwund ins Ausland. Für die OECD-Berichterstattung wird zweifach – zwischen längeren und kürzeren Studienzeiten (Uni und FH) – differenziert (www.his.de/pdf/Kia/kia200501.pdf).

F5 Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen

Die Absolventenzahlen stellen ein zentrales Maß für die Effektivität der Hochschulen und die Adäquanz der Studienrahmenbedingungen dar > F2, F3, F4. Für die Wirtschaft ist die Attraktivität einer Region auch durch das angehende akademische Fachkräftepotential bestimmt, wobei insbesondere den so genannten MINT-Fächern – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften sowie technik- und ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen – besondere Bedeutung beigemessen wird.

Die Hochschulen profitieren von erfolgreichen Abschlüssen und Einsteigern in das Berufsleben, steigern diese doch auch die Attraktivität der Hochschule. Der hohe Bedarf an Hochqualifizierten korrespondiert mit dem Innovationsindex^{M1} von Berlin. Das Land erreichte nach Baden-Württemberg und gleichauf mit der Île de France den zweithöchsten Wert der 68 untersuchten Regionen in Europa, der im Wesentlichen auf den hohen technologischen Ist-Stand zurückzuführen ist.

Im Prüfungsjahr 2007 haben deutschlandweit 7,8% mehr Studierende ihr Studium beendet als im Vorjahr. Die Bachelorabschlüsse haben an Universitäten um 38,1% (14.483 Abschlüsse) und an Fachhochschulen um 95,5% (8.824 Abschlüsse) zugenommen¹, da inzwischen die ersten größeren Absolventengruppen mit dieser Abschlussart ihr Studium beendet haben. Die Anzahl der Masterabschlüsse erhöhte sich um 30,7% an Universitäten (8.443) und um 23,2% an Fachhochschulen (4.119). Insgesamt machen die Abschlussarten Bachelor und Master derzeit 13,1% aller Abschlüsse aus.

Absolventenquote

Die Quote der Absolventinnen und Absolventen^{M2} gibt Auskunft über den Anteil der Hochschulabsolventen an der gleichaltrigen 25-26-jährigen Bevölkerung. Sie ist unmittelbar abhängig von der Studienberechtigten-, Studienanfänger- und Studienabbruchquote > F1. Mit seit 1997 steigender Tendenz liegt der Wert für Deutschland 2007 bei 23,2%, während in anderen Staaten trotz höherem Ausgangsniveau deutliche Steigerungen zu verzeichnen sind (NBB, 2008, S. 133 f., Tab. F5-8web). Der Wissenschaftsrat empfiehlt als Orientierungswert, dass 35% eines Altersjahrgangs einen Studienabschluss erreichen.

Der regionalisierte Indikator der Absolventenquote ist für Länder mit einem kleinen und wenig vielfältigen Studienangebot nur eingeschränkt aussagefähig, da der Anteil der Absolventinnen und Absolventen unter anderem von der Zuwanderung, der Passung zwischen den Studieninteressen und dem verfügbaren regionalen Angebot sowie den Kapazitäten abhängig ist.

In Berlin ist die Absolventenquote mit 33,3% deutlich höher als der nationale Wert. Für Frauen ist die Quote um 2,6 Prozentpunkten höher als für Männer. Die Absolventenquoten stiegen seit 1997 in Deutschland um 6,5 Prozentpunkte, in Berlin vergleichbar um 6,2 Prozentpunkte. Die Steigerung ist bei Frauen mit 9,7 Prozentpunkten deutlich höher als bei Männern mit 2,7 Prozentpunkten, so dass die Absolventenquote der Frauen 2002 erstmals höher ausfiel als bei Männern.

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.2, Tab. Zus-10; <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,n0000.csp&treeid=21300>

Art des Abschlusses

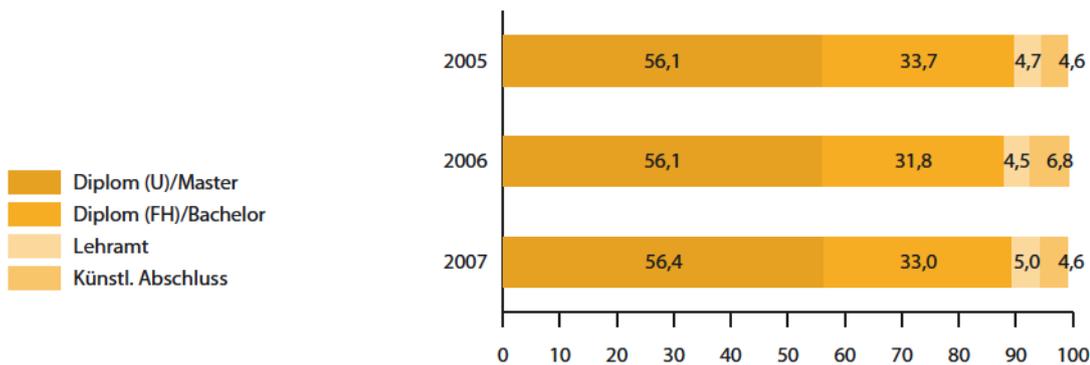
Studienabschlüsse lassen sich in folgende vier Kategorien unterteilen: (a) Diplom (Universität), Master, Magister; (b) Diplom (Fachhochschule) und Bachelor; (c) Lehramts- sowie (d) künstlerische Abschlüsse. In der ISCED Kategorie 5A sind alle Abschlussarten zusammengefasst. Die Abschlüsse der Kategorie (a) und einige Lehramtsabschlüsse sind in Deutschland die Voraussetzung für den weiterführenden Abschluss Promotion (ISCED 6). In der Anzahl und Art der erreichten Abschlüsse spiegeln sich auch die unterschiedliche Ausstattung der Bundesländer mit Universitäten bzw. Fachhochschulen und deren Angebote wider.

Im Prüfungsjahr 2007 schlossen in Berlin 17.982 Studierende ihr Erst- oder ein weiterführendes Studium ab (ISCED 5A). Der Einfluss der im Zuge des Bologna-Prozesses eingeführten neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master auf die Abschlussarten ist noch nicht groß, da das Angebot in den Anfangsjahren weder umfangreich noch vielfältig war > F1, F4. So entfielen 19,5% der ISCED 5A-Abschlüsse auf Bachelor und Master, mit einem Anteil der Bachelorabschlüsse von 9,0%. 154 Studierende haben die Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden. Damit wurden in Berlin 6,9% aller Abschlüsse in Deutschland abgelegt. Die Studienabschlüsse verteilen sich auf die Kategorien ähnlich wie in den Vorjahren > Abb. F5-1.

Ähnliche Abschlussarten wie in den Vorjahren

Anzahl der Bachelorabschlüsse noch gering

F5-1 Erfolgreiche Abschlüsse in Berlin in den Prüfungsjahren 2005 bis 2007 nach Abschlusskategorien ohne Promotionen in % > Tab. F5-1



Der Anteil von Diplom- und vergleichbaren Abschlüssen an allen Abschlüssen für sich alleine genommen ist seit 2005 an den Berliner Universitäten und an den Fachhochschulen zurückgegangen (Universität: -4,7, FH: -7,0 Prozentpunkte), ein Befund, der hauptsächlich auch auf die Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse zurückgeht.

In den letzten Jahren schlägt sich der verstärkte Zustrom von Frauen an die Hochschulen auch in den Absolventenzahlen nieder. Ihr Anteil an allen Abschlüssen liegt inzwischen bei rund 52,0%, wobei der Anteil der Lehramtsabschlüsse bei Frauen deutlich höher als bei Männern ist > Abb. F5-2.

52% der Hochschulabsolventen sind Frauen

F5-2 Verteilung der Abschlüsse im Prüfungsjahr 2007 in Berlin nach Geschlecht ohne Promotion in % > Tab. F5-1



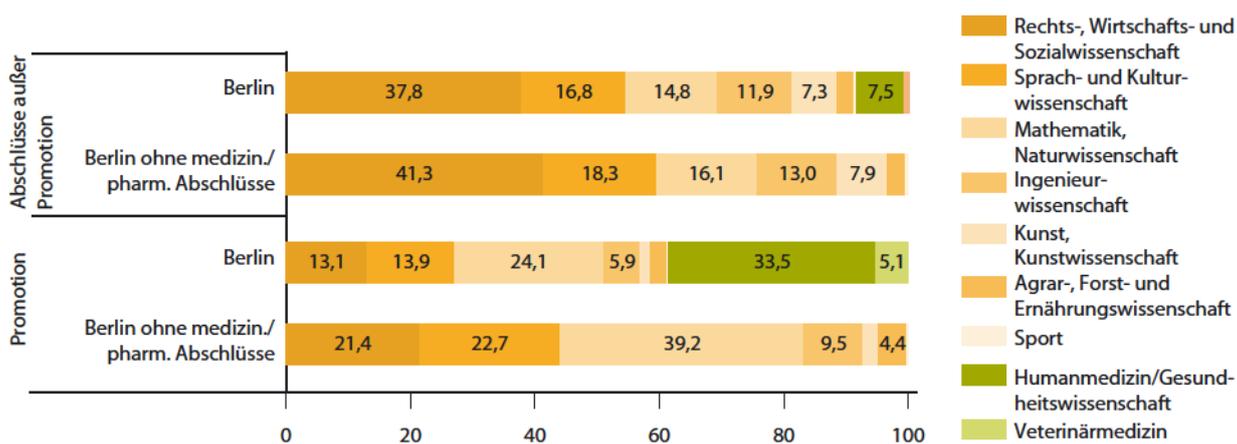
Erfolgreiche Abschlussprüfungen nach Fächergruppen

2007 wurden insgesamt 19.892 Abschlussprüfungen^{M3} inklusive Promotionen erfolgreich abgelegt. Bei den Abschlüssen ohne Promotionen hat die Fächergruppe Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften den größten Anteil an allen Absolventinnen und Absolventen > Abb. F5-3.

1.910 Personen wurden 2007 promoviert, in Berlin sind die medizinischen und pharmazeutischen Fächer mit 33,5% ein Schwerpunkt. Berücksichtigt man die medizinischen Fächer nicht, dann liegt der Schwerpunkt bei den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften. 47,4% aller Promotionen wurden von Frauen abgelegt. In Berlin wurden 8,0% aller Promotionen in Deutschland abgeschlossen².

Berlin promotionsstark

F5-3 Erfolgreiche Abschlussprüfungen 2007 in Berlin nach Fächergruppen im Erst- und Aufbaustudium sowie Promotion in % > Tab. F5-2



² Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.2, Tab. ZUS-03, 2008, <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,n0000.csp&treeid=21300>

Der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit ausländischer Staatsbürgerschaft lag bei 12,3% aller Absolventen und damit deutlich unter dem Anteil derer, die in den Jahren 2002/03 das Studium aufgenommen haben (ca. 18%). An allen Promotionen hatten die Ausländerinnen und Ausländer einen Anteil von 13,1%.

>> Zusammenfassung und Ausblick

Fast 90% der Studiengänge sind in Berlin inzwischen auf Bachelor- und Masterangebote umgestellt. Gleichzeitig ist ein deutlicher Zuwachs an Studienanfängerinnen und -anfängern zu verzeichnen. Mehr als die Hälfte von ihnen hat ihre Hochschulzugangsberechtigung in Berlin oder Brandenburg erworben. Die Berliner Hochschulen erweisen sich auch für ausländische Studienanfängerinnen und -anfänger als attraktiv.

Berlin hält die Anzahl der Studierenden, die zuvor im Zuge der Mittelkürzung für die Hochschulen seit 2003 zurückgegangen waren. Die ersten vorläufigen Ergebnisse für das Studienjahr 2008 weisen ein Plus von 5,2% bei den Studienanfängerinnen und -anfängern gegenüber dem Vorjahr aus (DE: +6,7%).

Die aktuellen Angaben zur Studierbereitschaft stammen aus 2006. Die dort nachgewiesene Stagnation in Deutschland wie auch in Berlin ist sicherlich u. a. im Zusammenhang mit finanziellen Aspekten zu sehen, so dem Vermeiden einer Verschuldung durch die Inanspruchnahme von rückzahlbaren Unterstützungen bei einer ungewissen beruflichen Perspektive sowie der Doppelbelastung durch Studium und Erwerbstätigkeit. Auch die geringe Teilhabe von Personen aus Elternhäusern mit einfachen und auch mittleren Berufsabschlüssen kann hierin begründet sein. Welche Konsequenzen die Komprimierung des Studiums im Zuge der Umstellung zu den Bachelor- und Masterabschlüssen auf die Möglichkeit zur studienbegleitenden Erwerbstätigkeit hat, kann in den Daten von 2006 noch nicht abgebildet werden. Probleme könnten sich dort ergeben, wo die Erwerbstätigkeit der Grundsicherung dient. Hier bleiben die Ergebnisse der nächsten Sozialerhebung 2009 vor dem Hintergrund der seit 2005 erstmals wieder gestiegenen Studienanfängerquote abzuwarten.

Im Juni 2007 wurde von Bund und Ländern der Hochschulpakt unterzeichnet, welcher es durch zusätzliche Finanzierung ermöglichen soll, bis 2010 bundesweit ca. 91.000 zusätzliche Studierende aufzunehmen. Im Rahmen der Qualifizierungsoffensive³ wird das Ziel von 275.000 zusätzlichen Studienanfängerinnen und -anfänger bis 2015 gesetzt. Welche Konsequenzen sich aus diesen Maßnahmen hinsichtlich der Studienanfängerzahlen sowie der Hochschullandschaft ergeben, bleibt ebenso abzuwarten, wie mögliche Wanderungsbewegungen als Konsequenz aus der Einführung von Studienbeiträgen in vielen Bundesländern.

Insgesamt lässt sich aus den Befunden hinsichtlich der Wechsel, dem Abbruch sowie der Studiendauer schließen, dass die Studieneffektivität in Berlin, wie auch in den übrigen Ländern, verbessert werden kann. Die relativ hohen Abbrecherquoten für die Bachelor- und Masterstudiengänge können derzeit aufgrund der relativ geringen Anzahl an Studierenden bzw. an Studiengängen wie auch der relativ kurzen Zeit seit der Einführung noch nicht bewertet werden. Dennoch dürfte klar sein, dass eine größere Strukturiertheit des Studiums allein die vielfältigen Problemlagen, die u. a. zum Abbruch führen, nicht wird beseitigen können. Diskutiert wurden und werden in diesem Zusammenhang vielfältige Maßnahmen, unter denen sicherlich die intensive Begleitung der Entscheidungsphasen vor dem Übergang in die Hochschule eine zentrale Bedeutung hat (u. a. WR, 2004, S. 5). Die Lehrenden an den Schulen kennen die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler, ihre Stärken und Schwächen. Die Lehrenden der Universitäten kennen die Anforderungen ihres Faches sowie die häufig auftretenden Schwierigkeiten der Studierenden. So lautete dann auch die Forderung des Wissenschaftsrates: „An Schulen ist die Funktion eines Studien- und Berufsberaters

³ <http://www.bmbf.de/de/13133.php>

durchgängig zu etablieren, Studien- und Berufsvorbereitung müssen obligatorischer Bestandteil der schulischen Ausbildung werden“ (WR, 2004, S. 5). Diesen Empfehlungen wurde bereits durch vielfältige Maßnahmen Rechnung getragen.

Methodische Erläuterungen

> **M1:** Der Innovationsindex setzt sich aus den zwei Komponenten „Niveau“ und „Dynamik“ zusammen. 12 Indikatoren gehen ein, so u. a. Forschungs- und Entwicklungs (FuE)-Ausgaben, FuE-Personal, Erwerbstätige und Existenzgründungen in Hochtechnologie-Branchen, Patentanmeldungen; http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/VolkswPreise/Indikatoren/IX-FE_innovatIndexLARG.asp [4.12.2008]

> **M2:** Die Absolventenquote ist der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Erstabschluss in der Kategorie ISCED 5A an der Bevölkerung des entsprechenden Alters. Bei der Bruttoquote wird der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Erstabschluss ungeachtet deren Alters an der Bevölkerung im typischen Abschlussalter ausgewiesen. Für Deutschland sind das bei kürzeren Studiengängen (3 bis unter 5 Jahre) die 25-Jährigen in der Bevölkerung, bei längeren Studiengängen (5 und 6 Jahre) die 26-Jährigen. Die Nettoquote zeigt, wie hoch der Anteil der Absolventinnen und Absolventen an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Zur Berechnung der Nettoquote wird für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der Absolventinnen und Absolventen berechnet und addiert. Für Deutschland weist die OECD Nettoquoten aus.

> **M3:** Abschlussprüfungen sind Prüfungen, die im Rahmen des Aufbau-, Ergänzungs-, Erweiterungs-, Erst- und Kontaktstudiums, der Weiterbildung, der Promotion, des Weiterstudiums zur Notenverbesserung sowie des Zweitstudiums abgelegt werden.

Weiterbildung und lebenslanges Lernen werden schon lange als eine zentrale Voraussetzung für den Erhalt der individuellen Leistungsfähigkeit und gesellschaftlichen Integration sowie für die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft angesehen. Weiterbildung ist auch für alle Arbeitgeber ein Teil der Personalentwicklungsstrategie, um die Wettbewerbs- bzw. Leistungsfähigkeit zu erhalten und auszubauen > B1. So schlägt der vom BMBF initiierte Innovationskreis Weiterbildung (IKWB) eine Beteiligung der Bevölkerung am lebenslangen Lernen bis 2015 von 80% und für die formalisierte Weiterbildung von 50% vor.

Wie bedeutsam das Kompetenzniveau der Erwachsenen eingeschätzt wird, findet unter anderem auch Ausdruck in den Überlegungen der OECD zum neuen Programm „PISA für Erwachsene“ (Programme for the International Assessment of Adult Competencies, PIAAC). Die erste Erhebung mit dem Schwerpunkt auf den für die Partizipation am Erwerbsleben erforderlichen kognitiven und beruflichen Fähigkeiten und Fertigkeiten soll 2011 erfolgen. Kritiker der PIAAC-Studie befürchten zu undifferenzierte und damit für die Weiterbildungssteuerung schlecht verwendbare Ergebnisse. Vor dem Hintergrund der OECD-Studie IALS zur Lesekompetenz der Bevölkerung zwischen 16 und 65 Jahren, welche für Deutschland bei 14,4% der Bevölkerung eine unzureichende und bei 34,2% eine problematische Lesefähigkeit bei erheblich abweichender Selbsteinschätzung diagnostizierte, erscheint es erforderlich, die Erkenntnisse im Bereich Erwachsenenqualifikation zu vertiefen (International Adult Literacy Survey, 2000, S. 136, S. 161).

Die große Bedeutung, die dem Bereich Bildung im Lebenslauf beigemessen wird, und die insgesamt wenig detaillierte Datenlage stehen in einem Widerspruch. Dies resultiert ganz wesentlich aus der grundsätzlich positiven Situation, dass es vielfältigste Möglichkeiten der Weiterbildung gibt > G1. Während es für Bildungsinstitutionen wie Schulen prinzipiell einfach ist, Daten über die Schülerinnen und Schüler kontinuierlich zu erfassen, ist dies für den gesamten Weiterbildungsbereich völlig ausgeschlossen. Output-Indikatoren sind ebenfalls nur für Teilbereiche erfassbar, da häufig keine formalen und staatlich anerkannten Abschlüsse > G3 und Zertifikate angestrebt werden.

Von Interesse sind natürlich neben der Teilnahme an der Weiterbildung > G2 auch die Erträge, insbesondere die Arbeitsmarkterträge der beruflichen Weiterbildung. Hier müssen sicherlich unterschiedliche Erwartungen in Abhängigkeit davon formuliert werden, ob es sich z. B. um Aufstiegsfortbildungen wie Meisterkurse oder lediglich firmeninterne Produktschulungen handelt. Punktuelle Erkenntnisse zum Übergang von Absolventen aus Fördermaßnahmen gemäß § 11 SGB III stehen aus den Eingliederungserhebungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Verfügung, wobei diese nur einen Weiterbildungstyp und nur den Erwerbsstatus nach Beendigung der Maßnahme erfassen.

G1 Weiterbildungsarten und -daten

Im Weiterbildungsbereich lassen sich viele Dimensionen unterscheiden – die Dauer und das angestrebte Ziel sind zwei. Während viele Ausbildungs- und Bildungsangebote, wie die Berufsausbildung und das Studium eher mittel- und langfristig angelegt sind, reagieren Weiterbildungsangebote auch häufig kurzfristig auf einen gesellschaftlichen oder individuellen Bedarf. Es gibt eine Vielzahl von Programmen zur Grundbildung von Erwachsenen für spezifische Zielgruppen wie z. B. Kurse zur Alphabetisierung, zur Integration u. a. sowie Angebote zur politischen Bildung. Daneben gibt es aber auch die Angebote, wie den Zweiten Bildungsweg, die zu anerkannten schulischen oder beruflichen Abschlüssen durch Weiterqualifikation führen. Neben der Weiterbildung, die einen Zusammenhang zu dem bisherigen Beruf voraussetzt, spielt im Rahmen der Erwachsenenbildung auch die Umschulung eine Rolle, die aus vielfältigen Gründen erforderlich werden kann, z. B. durch die regionale Umstrukturierung des Arbeitsmarkts oder Erkrankungen.

Eine weitere Dimension sind unterschiedliche Anbieter – Volkshochschulen, Kollegs, Hochschulen, Betriebe und Berufsakademien, kommerziell und nicht-kommerziell ausgerichtete Träger –, die auch vielfältige Fernlern- und Internetangebote bereitstellen.

Daten aus personenbezogenen Erhebungen

Daten zur beruflichen Weiterbildung von Erwerbspersonen können aus dem Mikrozensus erschlossen werden. In dieser Datenquelle liegen Informationen zur Beteiligung an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, zum Besuch von Techniker- oder Meisterschulen sowie zum Besuch von Lehrgängen, Kursen, Seminaren vor^{M1}. Aufgrund des geringen Stichprobenumfangs für diese Merkmale können diese Daten für kleine Länder wie Berlin und Brandenburg nicht differenziert ausgewertet werden.

Die Berufsbildungs- und Berufsschulstatistik erfasst auch die Fortbildungs-, Umschulungs- sowie Ausbildereignungsprüfungen, wobei auch Daten über den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss sowie die berufliche Vorbildung vorliegen. Diese Daten sind jedoch erst seit 2007 auf Einzeldatenbasis verfügbar.

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), durchgeführt durch das DIW, ist eine repräsentative Längsschnittstudie privater Haushalte in Deutschland. Seit 1984 werden jährlich ca. 11.000 Haushalte mit mehr als 20.000 Personen befragt. Es werden Daten zu Erwerbs- und Familienbiographien, zur Bildungs- und Erwerbsbeteiligung sowie beruflichen Mobilität erhoben.

Die BA-finanzierten Maßnahmen (gemäß SGB II, III) werden durch die gemeldeten Eintritte in und Austritte aus Maßnahmen zur beruflichen Förderung im Bundesgebiet dokumentiert^{M2}. Die Förderfälle bzw. Teilnahme werden erfasst und nicht die Personen. Folglich wird eine Person, die in einem Zeitraum oder zu einem Zeitpunkt mehrere Förderleistungen erhält, mehrfach erfasst. Führen die Maßnahmen zu anerkannten Berufsabschlüssen, so sind diese in der Berufsbildungs- bzw. Schulstatistik nachgewiesen.

Das Berichtssystem Weiterbildung (BSW) ist eine Datenbasis für die kontinuierliche, differenzierte Weiterbildungsberichterstattung. Seit 1979 werden alle drei Jahre repräsentativ in Deutschland 7.000 Personen befragt. Das AES (Adult Education Survey), an dem sich Deutschland 2008 das erste Mal freiwillig beteiligte, wurde in die BSW-Erhebung integriert. Eine regionale Auswertung auf Länderebene ist aufgrund der kleinen Stichprobe nicht möglich. Insgesamt ist die Datenlage im Weiterbildungsbereich für einzelne Regionen als rudimentär zu bezeichnen.

Sehr unvollständige regionale Datenlage

Daten aus Einrichtungen und Organisationen

Die berufliche Weiterbildung in Unternehmen wird durch die Europäische Erhebung CVTS3 (Continuing Vocational Training Survey) erfasst. Erhoben werden das Angebot der Unternehmen an verschiedenen Formen der beruflichen Weiterbildung (Lehrveranstaltungen, geplante Phasen der Weiterbildung am Arbeitsplatz, Job-Rotation, Lern- und Qualitätszirkel), die Teilnahmequote der Beschäftigten in Unternehmen, die Lehrveranstaltungen sowie die Stunden pro teilnehmender Person.

Die Fernunterrichtsstatistik ist eine weitere Datenquelle, die eine kontinuierliche Nachfrage ausweist. Die Teilnehmerzahlen liegen 2006 geschätzt bei rund 235 Tsd. in Deutschland, wobei keine Informationen verfügbar sind, woher die einzelnen Teilnehmenden kommen.

Aus- und Weiterbildungsdaten sind auch aus dem IAB-Betriebspanel¹ verfügbar. Fortbildungsmaßnahmen in Wirtschaftsorganisationen werden durch die Statistiken über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Fortbildungsprüfungen der Industrie- und Handelskammern sowie an Meisterprüfungen der Handwerkskammern erfasst^{M3}.

Klassifikation von Weiterbildungsaktivitäten

Im Rahmen von AES wird zwischen formalen/non-formalen sowie informellen Bildungsaktivitäten differenziert. Formale Maßnahmen (formal education – FED) sind reguläre Bildungsgänge, die zu allgemeinbildenden Schulabschlüssen, Berufs- sowie Hochschulabschlüssen führen. Unter non-formalen Maßnahmen (non-formal education – NFE) werden Angebote wie Einzelunterricht/Training, Lehrgänge, Seminare und Schulungen gefasst. Hierzu gehört auch die Kategorie „guided on the job training“ sowie Fernunterricht in herkömmlicher Form oder tutoriell unterstütztes e-Learning. Informelles Lernen (informal learning – INF) ist die Kategorie, die Angebote außerhalb von angeleiteten Lehr-Lernprozessen erfasst, so auch informelles Selbstlernen. Diese Kategorie beinhaltet nicht das inzidentelle Lernen, welches häufig beiläufig und unabsichtlich in vielen Lebenssituationen erfolgt.

¹ IAB – Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

G2 Weiterbildungsangebote und -teilnahme

Weiterbildungsinstitutionen

Die Orte, an denen die allgemeine und berufliche Weiterbildung stattfindet, sind vielfältig: betriebsexterne Veranstaltungen bei kommerziellen oder öffentlichen Anbietern, Inhouse-Schulungen mit freien oder institutionell gebundenen Lehrkräften, kommerzielle oder freie Angebote unter Nutzung von Medien – im Speziellen das Internet.

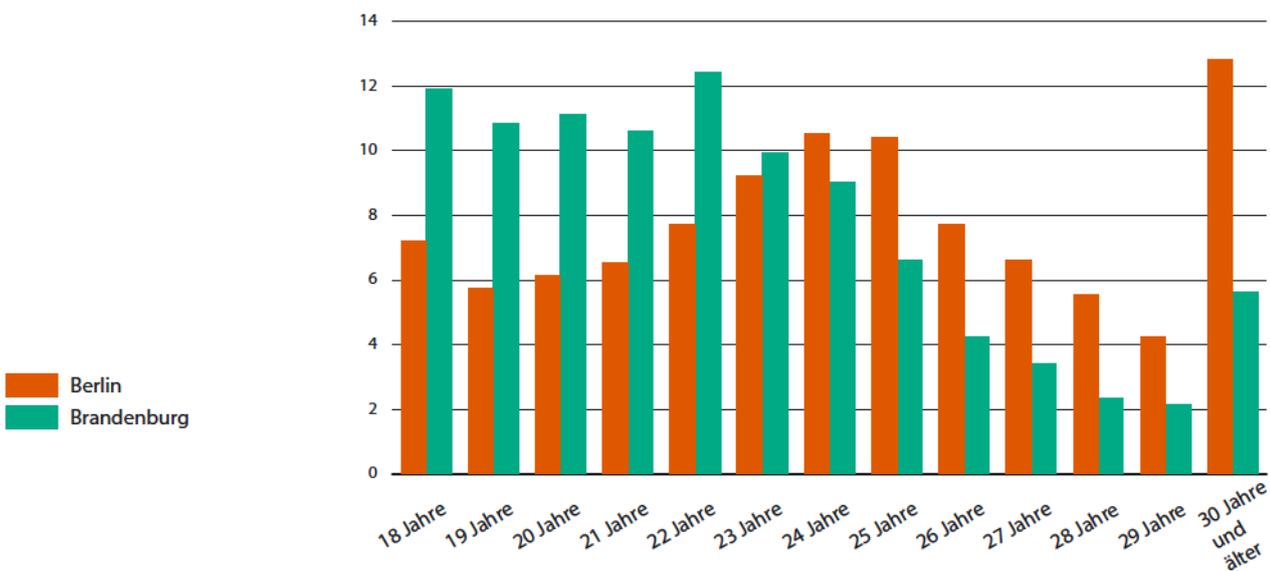
Die Volkshochschulen sind der öffentliche Anbieter mit der längsten Tradition in der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung (siehe Artikel 148 der Reichsverfassung von 1919). In der Metropolregion stehen 12^{BE} bzw. 20^{BB} Volkshochschulen zur Verfügung. Die rund 16.000^{BE} bzw. 6.300^{BB} Kursveranstaltungen in 2006 wurden von durchschnittlich 13^{BE} bzw. 10^{BB} Personen besucht > Tab. G2-5. Das Angebot wurde zu 75,5%^{BE} bzw. 76,1%^{BB} von Frauen wahrgenommen. Darüber hinaus wurden 1.085^{BE} bzw. 443^{BB} Einzelveranstaltungen angeboten. An den Volkshochschulen werden auch Schulexternenprüfungen^{BE} bzw. Nichtschülerprüfungen^{BB} durchgeführt.

Unter den überwiegend öffentlich finanzierten Einrichtungen haben auch vermehrt die Hochschulen den Weiterbildungsmarkt mit der berufsspezifischen wissenschaftlichen Weiterbildung, Schulungen für Führungskräfte, Sprachlehrgängen für sich entdeckt, auch in Form von ortsungebundenen e-Learning- oder anderen Fernlernangeboten.

Schulische Weiterbildung

Ein allgemeinbildender Schulabschluss kann im Rahmen des Zweiten Bildungswegs an 24^{BE} bzw. 30^{BB} Abendhauptschulen², -realschulen, -gymnasien sowie Kollegs und abschlussbezogenen Lehrgängen nachgeholt werden. Im Schuljahr 2007/08 haben 4.647^{BE} bzw. 2.436^{BB} Personen das Angebot wahrgenommen. In Brandenburg waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Durchschnitt zwei Jahre jünger als in Berlin > Abb. G2-1.

G2-1 Anteil der Schülerinnen und Schüler in Angeboten des Zweiten Bildungswegs 2007/08 in % nach Alter > Tab. G2-1, G2-2



² nur in Berlin

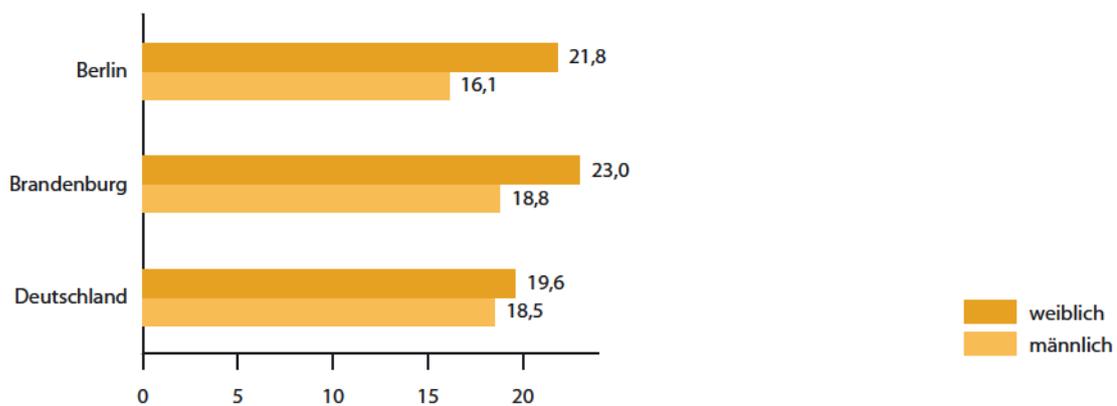
Vielfältiges Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten in der Metropolregion

Berufliche Weiterbildung

An der beruflichen Weiterbildung beteiligten sich laut der Angaben im Mikrozensus 2007 18,7%^{BE} bzw. 20,8%^{BB} der Erwerbspersonen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren. Im Gegensatz zur nationalen Situation sind es in beiden Ländern deutlich mehr Frauen als Männer > Abb. G2-2. In Berlin ist die Beteiligung von Personen ohne Migrationshintergrund^{MZ} mit 21,5% deutlich höher als die von Personen mit Migrationshintergrund mit 9,0%, womit die Situation vergleichbar mit der in Deutschland insgesamt ist.

Personen mit Migrationshintergrund weniger an Weiterbildung beteiligt

G2-2 Beteiligung der Erwerbspersonen zwischen 25 und unter 65 Jahren an der beruflichen Weiterbildung in den letzten 12 Monaten nach Geschlecht 2007 in % > Tab. G2-3



Berufliche Weiterbildungen können sich in Bezug auf Umfang, Inhalt und Abschlussarten stark unterscheiden, so z. B. spezielle Firmenschulungen, Produktschulungen, Schulungen zur Erweiterung des Fachgebiets. Eine weitere Art sind Fortbildungen, die gemäß Berufsbildungsgesetz (§53, §54) und Handwerksordnung (§42) geregelt sind, wie Meister- oder Technikerprüfungen. Fortbildungen setzen häufig eine einschlägige Berufspraxis über eine gewisse Dauer voraus.

Das IAB-Betriebspanel³ erhebt, wie viele Beschäftigte und Betriebe sich an Weiterbildungsmaßnahmen beteiligt haben. Erfasst werden inner- und außerbetriebliche Weiterbildungen, für die die Beschäftigten freigestellt bzw. die Kosten für diese Maßnahmen übernommen wurden. Dies war 2007⁴ bei 47%^{BE} bzw. 44%^{BB} der befragten Betriebe bzw. Dienststellen der Fall. Damit hat sich die Beteiligung seit 1997 um 10^{BE} bzw. 7^{BB} Prozentpunkte erhöht, liegt jedoch noch unter dem ostdeutschen Wert von 48% (Westdeutschland 45%). Weiterbildungen werden insbesondere in den Bereichen Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen sowie öffentliche Verwaltung wahrgenommen.

Generell gilt, je größer der Betrieb, umso eher werden Weiterbildungen angeboten. Von den Kleinstbetrieben meldeten lediglich 32%^{BE} bzw. 28%^{BB}, dass sie Weiterbildungsmaßnahmen für ihre Beschäftigten ermöglicht haben. In 50%^{BE} bzw. 64%^{BB} der Betriebe werden die Maßnahmen während der Arbeitszeit durchgeführt, bei 42%^{BE} bzw. 31%^{BB} während Arbeits- und Freizeit und bei 8%^{BE} bzw. 5%^{BB} ausschließlich in der

Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe erhöht

Weiterbildungsmaßnahmen sowohl in Arbeits- wie auch Freizeit

3 <http://www.iab.de/de/erhebungen/iab-betriebspanel.aspx>

4 jeweils 1. Halbjahr 2007

5 Es wird zwischen den direkten Kosten und indirekten Kosten unterschieden. Direkte Kosten sind die Kursgebühren, indirekte Kosten sind die Kosten, die dem Arbeitgeber entstehen durch Lohnfortzahlung bzw. Beschäftigung von Vertretungen.

Weiterbildungsquote qualifikationsabhängig

Freizeit. Der überwiegende Teil der Betriebe (78%^{BE} bzw. 65%^{BB}) beteiligt die Beschäftigten nicht an den direkten Weiterbildungskosten⁵ wie z. B. Kursgebühren. Bei 10%^{BE} bzw. 20%^{BB} der Betriebe müssen die Beschäftigten die direkten Weiterbildungskosten selbst tragen.

Die Weiterbildungsquote gibt Auskunft über den Anteil der Beschäftigten, die sich an den Weiterbildungsmaßnahmen beteiligen. Nach der IAB-Datenquelle liegt die Quote bei 27%^{BE} bzw. 23%^{BB} und liegt damit über der Quote aus dem Mikrozensus für die 25- bis 64-Jährigen, berücksichtigt jedoch ungeachtet des Alters alle Beschäftigten. Die Betriebsgröße hat für die Weiterbildungsquote keine wesentliche Bedeutung. Frauen beteiligen sich überproportional an den Angeboten – ein Befund, der mit den Mikrozensus-Ergebnissen konform geht. Beschäftigte ohne Berufsabschluss nahmen zu 13%^{BE} bzw. 15%^{BB} teil, mit Berufsabschluss zu 33%^{BE} bzw. 26%^{BB} und mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss zu 37%^{BE} bzw. 41%^{BB}.

Betriebe bevorzugen für die berufliche Weiterbildung ihrer Beschäftigten institutionalisierte Lehr- und Lernformen (IAB-Betriebspanel). 85%^{BE} bzw. 79%^{BB} der Betriebe ermöglichten die Teilnahme an externen Kursen, Lehrgängen und Seminaren, 62%^{BE} bzw. 46%^{BB} an Vorträgen und Fachtagungen, 41%^{BE} bzw. 33%^{BB} machten Weiterbildungsangebote in Form von Inhouse-Schulungen.

Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit

Unterschiedliche Entwicklung bei SGB II und III Maßnahmen

Die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit sind darauf ausgerichtet, die Chancen, eine Erwerbstätigkeit zu finden, zu erhöhen. 2007 wurden 21.214^{BE} bzw. 30.016^{BB} Eintritte in BA-finanzierte Qualifizierungsmaßnahmen für Personen im Rechtskreis SGB II^{M4} nachgewiesen. 42,5%^{BE} bzw. 25,7%^{BB} der Eintritte entfielen auf Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, die übrigen auf Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Der Teilnehmerbestand lag im Jahresdurchschnitt bei 3.718^{BE} bzw. 4.010^{BB} Personen und hat sich seit dem Vorjahr um 30,5%^{BE} bzw. 24,4%^{BB} verringert. Auf die berufliche Weiterbildung entfielen dabei 80,2%^{BE} bzw. 74,6%^{BB} aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer > Tab. G2-4.

Ein gegenteiliger Trend ist bei den Qualifikationsmaßnahmen im Rechtskreis SGB II^{M4} festzustellen. Hier sind die Eintritte in Maßnahmen um 33,8%^{BE} bzw. 19,4%^{BB} gegenüber 2006 gestiegen. Im Jahresdurchschnitt stieg die Zahl der teilnehmenden Personen pro Monat analog um 39,6%^{BE} bzw. 16,4%^{BB}. An der beruflichen Weiterbildung beteiligten sich 73,6%^{BE} bzw. 56,3%^{BB} aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die übrigen nahmen Eignungsfeststellungen und Trainingsmaßnahmen wahr.

In der Metropolregion lag 2007 der Anteil der Arbeitslosen in den Fortbildungsmaßnahmen der BA bei 83,1%, der der Langzeitarbeitslosen bei 21,7%. 10,6% waren beim Eintritt in die Maßnahme unter 25 Jahre, 13,2% mindestens 50 Jahre und älter. Der Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die einen anerkannten Ausbildungsberuf anstreben, ist um 9,3 Prozentpunkte auf 37,8% seit 2006 zurückgegangen.

Informelle Weiterbildung

Das Berichtssystem Weiterbildung (BSW) weist für Deutschland insgesamt einen Zuwachs der informellen Lernaktivitäten nach. 68% der Erwerbstätigen in Deutschland berichten von arbeitsplatznahen Aktivitäten in den letzten 12 Monaten. Drei Jahre vorher waren es nur 61%. 39% statt der bisher 35% der befragten Personen geben an, dass sie sich selbst in der Freizeit „etwas beigebracht“ haben (BSW, 2008, S. 4). Nach Ländern regionalisierte Daten sind aus dieser Erhebung jedoch nicht verfügbar.

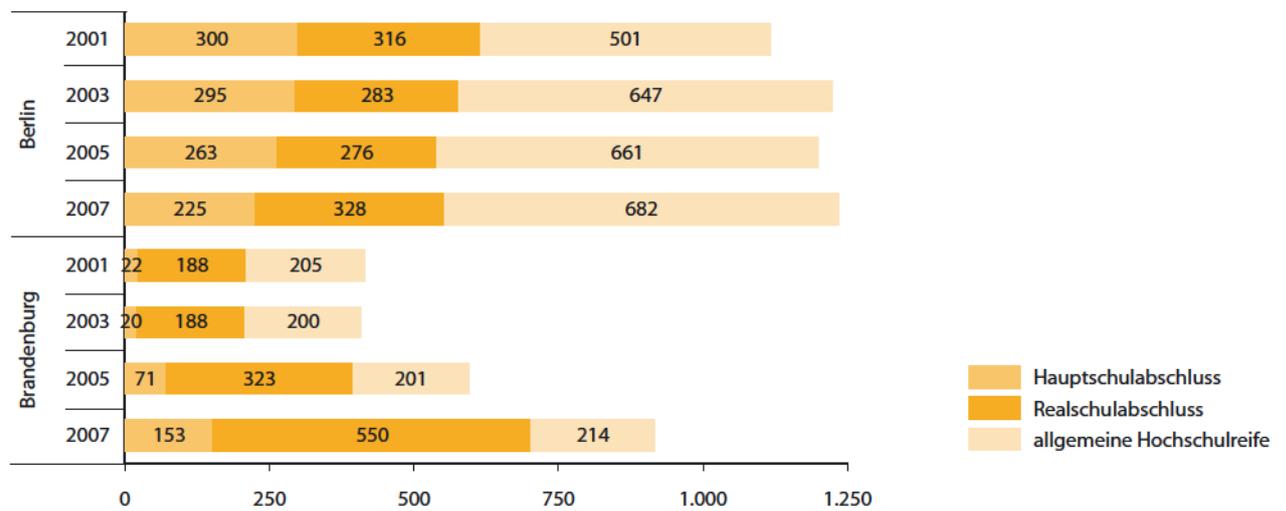
G3 Abschlüsse

Allgemeinbildende Schulabschlüsse

In Berlin werden seit Jahren in relativ konstantem Umfang allgemeinbildende Schulabschlüsse nachgeholt mit leicht ansteigender Tendenz für die allgemeine Hochschulreife und abnehmender Tendenz bei den Hauptschulabschlüssen. In Brandenburg ist der Zuwachs der letzten Jahre wesentlich auf die Realschulabschlüsse zurückzuführen > Abb. G3-1. Von den Absolventen waren 54,3%^{BE} bzw. 43,0%^{BB} Frauen. In Berlin hatten 8,3% eine ausländische Staatsbürgerschaft.

Leicht steigende Anzahl
nachgeholter Abschlüsse in
Brandenburg

G3-1 Anzahl der auf dem Zweiten Bildungsweg erreichten allgemeinbildenden Schulabschlüsse > Tab. G3-1, G3-2



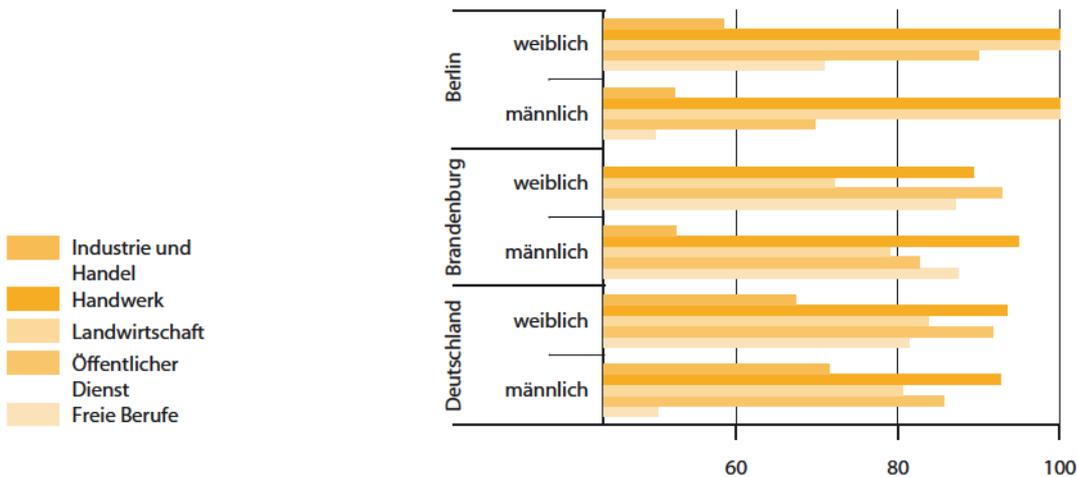
Des Weiteren werden Abschlüsse über die Schulfremdenprüfungen^{BE} bzw. Nichtschülerprüfungen^{BB} erlangt, die jährlich zweimal u. a. an Volkshochschulen stattfinden können > Tab. G3-1. Im Schuljahr 2007/08 haben 732^{BE} bzw. 120^{BB} Personen auf diesem Weg den Hauptschulabschluss nachgeholt, den Realschulabschluss schafften 212^{BE} bzw. 29^{BB}, die allgemeine Hochschulreife 38^{BE} bzw. 25^{BB}. Der Anteil der Frauen bei den erfolgreichen Prüfungen beträgt 50,1%^{BE} bzw. 33,5%^{BB}.

Fortbildungsprüfungen im Bereich Industrie und Handel öfter nicht bestanden

Fortbildungs- und Umschulungsprüfungen

Von den 2.732^{BE} bzw. 2.963^{BB} Teilnehmerinnen und Teilnehmern an beruflichen Fortbildungsprüfungen^{M5} 2006⁶ haben 71,6%^{BE} bzw. 74,6%^{BB} ihre Prüfung bestanden, womit beide Länder unter dem nationalen Durchschnitt von 80,6% liegen > Abb. G3-2, > E5. Geringe Bestehensquoten traten in beiden Ländern im Bereich Industrie und Handel auf. Sie liegen sowohl für die Frauen wie auch die Männer deutlich unter dem Bundeswert. Während in Berlin Frauen in allen Wirtschaftsbereichen die Prüfungen öfter erfolgreich bestehen als Männer, ist dies in Brandenburg nur im öffentlichen Dienst der Fall.

G3-2 Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit bestandenen Fortbildungsprüfungen 2006 nach Ausbildungsbereichen und Ländern in % > Tab. G3-3



Die Umschulungen^{M6} erfolgten weitestgehend mit dem Ziel, einen anerkannten Ausbildungsberuf im Bereich Handel und Industrie zu erlangen. Bei den 3.673^{BE} bzw. 1.311^{BB} Personen in Umschulungsmaßnahmen liegt die Bestehensquote bei 74,9%^{BE} bzw. 76,7%^{BB} > Tab. G3-4.

Austritte aus Maßnahmen der BA

2007 sind aus den Maßnahmen der BA 8,0% der Austritte aus der beruflichen Weiterbildung vorzeitig erfolgt, dies ist eine Steigerung von 3,3 Prozentpunkten. In 41,6% der Fälle war die Arbeitsaufnahme der Anlass, bei 33,0% waren es mangelnde Leistungen oder Fehlzeiten. Von den Personen, die bis zum Ende an der Maßnahme teilnahmen, haben 81,3% die Prüfung bestanden, wobei bei den Prüfungen zu einem anerkannten Ausbildungsabschluss alle 1.505 Männer und 1.856 Frauen erfolgreich waren.

⁶ Aufgrund der Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Einzeldaten und den entstandenen Inkonsistenzen können noch keine Daten für 2007 nachgewiesen werden.

>> Ausblick

Die Situation der Weiterbildung darzustellen, ist aufgrund der Heterogenität der Angebote, der Anbieter, Zugangsmöglichkeiten sowie formalen Rahmenbedingungen schwierig. Viele Facetten werden durch die derzeitige Datenlage nicht abgebildet. Stabilere Befunde für den Bereich der Berufsabschlüsse und formalen Weiterbildung werden nach der Konsolidierung der auf Einzeldaten umgestellten Berufsbildungsstatistik erwartet.

Methodische Erläuterungen

>M1: Berufliche Weiterbildung kann im Betrieb oder am Arbeitsplatz, in speziellen Fortbildungsstätten von Betrieben, Verbänden, Handwerkskammern usw. oder auch als Fernunterricht stattfinden. Voraussetzung für die Beteiligung an den Maßnahmen ist eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine angemessene Berufserfahrung. Lehrgänge, die der Allgemeinbildung, der Berufsausbildung oder -vorbereitung dienen, zählen nicht als Maßnahmen der beruflichen Fortbildung.

> M2: Die Förderstatistik erfasst Förderungen bzw. Teilnahmen von Personen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung (§ 3 SGB III Abs. 4) und Leistungen zur Eingliederung (§ 16 SGB II) des Bundes. Eine Förderung ist gegeben, wenn für eine Person bzw. im Rahmen der Teilnahme an einer Maßnahme der aktiven Arbeitsförderung eine Zahlung geleistet wird. Erfasst werden die Teilnehmer mit Wohnort im Bundesgebiet sowie die Daten zu Förderungen bzw. Teilnahmen von Personen gegliedert nach Eintritt und Austritt in einem Berichtszeitraum und Bestand zu einem Berichtszeitpunkt.

> M3: Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Meisterprüfung sind in der Regel die erfolgreiche Abschlussprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf und eine mehrjährige entsprechende Berufstätigkeit.

> M4: Rechtskreis SGB III: Arbeitslose im Rechtskreis SGB III sind alle arbeitslosen Personen, die Anspruch auf Leistungen (Arbeitslosengeld I) nach dem Dritten Sozialgesetzbuch (SGB III) haben, sowie die Personen, die keine Leistungen mehr erhalten. Die Leistungen nach dem SGB III werden aus der Arbeitslosenversicherung finanziert. Rechtskreis SGB II: Arbeitslose im Rechtskreis SGB II sind alle arbeitslosen Personen, die Anspruch auf Leistungen (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende – haben. Das Arbeitslosengeld II ist keine Versicherungsleistung, sondern eine steuermittelfinanzierte Fürsorgeleistung.

> M5: Fortbildungsprüfungen (§ 56 BBiG): Fortbildung ist eine besondere Form der beruflichen Weiterbildung (Erwachsenenbildung). Sie baut auf einer beruflichen (Erst-)Ausbildung auf, erweitert das Fachwissen und führt zu einer neuen Berufsbezeichnung. Zu den Fortbildungsprüfungen zählen sowohl Prüfungen in Fortbildungsberufen mit bundeseinheitlicher Fortbildungsordnung (§ 53 BBiG) als auch solche nach Fortbildungsregelungen der zuständigen Stellen (§ 54 BBiG). Zu den Fortbildungsprüfungen zählen auch die Meisterprüfungen. Hinweise zur statistischen Erfassung: Wenn die Fortbildungsprüfung aus mehreren Teilen (z. B. Kursen) besteht, werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nur dann statistisch erfasst und nachgewiesen, wenn sie sich in der letzten Stufe befinden, die nach erfolgreichem Abschluss eine neue Berufsbezeichnung zulässt.

> M6: Umschulungsprüfungen (§ 62 BBiG): Umschulungsprüfungen dienen zum Nachweis von Kenntnissen und Fertigkeiten, die durch eine berufliche Umschulung erworben wurden. Aufgabe der beruflichen Umschulung ist es, durch geeignete Maßnahmen die berufliche Neuorientierung der Berufstätigen zu fördern und damit zu einer anderen beruflichen Tätigkeit zu befähigen. Erwachsene können auf diese Weise überhaupt eine oder eine weitere qualifizierte Berufsausbildung erreichen. Umschülerinnen und Umschüler können sowohl in Betrieben als auch in entsprechenden Fördereinrichtungen ausgebildet werden. Umschulungsprüfungen werden von den zuständigen Stellen in anerkannten Ausbildungsberufen

oder in anderen Berufen durchgeführt. Die Prüfungsordnungen für die Umschulungsprüfungen, die nicht in anerkannten Ausbildungsberufen erfolgen, werden entweder über Umschulungsverordnungen des Bundes oder von den zuständigen Stellen selbst erlassen.

Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung

Fragen der Qualitätssicherung und -entwicklung haben in den letzten Jahren in allen Bereichen des Bildungssystems zunehmend an Bedeutung gewonnen. Besonders prominent ist die Entwicklung im allgemeinbildenden schulischen Bereich, die in diesem Kapitel exemplarisch dargestellt wird. Als Reaktion auf das bestenfalls mittelmäßige Abschneiden deutscher Schülerinnen und Schüler in den internationalen Leistungsvergleichen (PISA, TIMSS, IGLU) um das Jahr 2000 hat in Deutschland ein inhaltlicher und struktureller Reformprozess im schulischen Bildungssystem eingesetzt. Dieser Reformprozess („Paradigmenwechsel“) setzt auf eine Ergänzung der bis dahin dominierenden Input- und Prozessorientierung durch Elemente einer verstärkten Output-Steuerung: Verbesserungen in der Bildungsqualität sollen demnach durch eine Konzentration auf die Bildungserträge der Schülerinnen und Schüler, der Schulen und des schulischen Bildungssystems insgesamt erzielt werden und nicht mehr, wie vormals, vorrangig über die Modifikation von Lehrplänen, die Verbesserung der Lehrkräfteausbildung oder die Entwicklung und Erprobung didaktischer Modelle. Steuerung soll auf diese Weise evaluationsbasiert erfolgen (Altrichter & Heinrich, 2006).

Die Gesamtstrategie der KMK zum Bildungsmonitoring in der Schule

Die KMK hat im Jahre 2006 eine Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring¹ verabschiedet. Diese umfasst vier Bereiche: (I) die Teilnahme an internationalen Schulleistungsuntersuchungen, (II) die Einführung und Überprüfung länderübergreifender Bildungsstandards, (III) die Durchführung von Vergleichsarbeiten und (IV) die gemeinsame Bildungsberichterstattung von Bund und Ländern.

Die Länder nehmen in Zusammenarbeit mit dem Bund an internationalen Leistungsvergleichsuntersuchungen wie PISA, IGLU und TIMSS teil, um die Leistungsfähigkeit im internationalen Vergleich feststellen zu können. Bildungsstandards beruhen auf einem länderübergreifenden Konsens über Leistungserwartungen an Schülerinnen und Schüler und formulieren fachbezogene Kompetenzen (einschließlich zugrunde liegender Wissensbestände), die diese zu bestimmten Zeitpunkten erworben haben sollen. Sie sind outputorientiert und sollen prinzipiell durch Kompetenztests erfassbar sein. Die zurzeit verabschiedeten Bildungsstandards in den Fächern Mathematik und Deutsch für den Primarbereich, Mathematik, Deutsch, Erste Fremdsprache (Englisch, Französisch) für den Hauptschulabschluss und den Mittleren Schulabschluss sowie zusätzlich für Letzteren die Naturwissenschaften (KMK, 2003, 2004) sind seit 2004 bzw. 2005 in allen Ländern verbindlich. Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) entwickelt die Testaufgaben, um im Rahmen von bundesweiten Stichprobenuntersuchungen das Erreichen der Standards ländervergleichend zu überprüfen. Darüber hinaus entwickelt das IQB Aufgaben, die in den flächendeckenden Vergleichsarbeiten der Jahrgangsstufe 8 (VERA 8) und ab 2010 auch in der Jahrgangsstufe 3 (VERA 3) eingesetzt werden. Diese Aufgaben beruhen auf denselben Kompetenzmodellen wie die Bildungsstandards und ermöglichen es den Schulen und den einzelnen Lehrkräften, zu diagnostischen Zwecken den Leistungsstand ihrer Schülerinnen und Schüler auf dem Wege der Standarderreicherung zu überprüfen.

¹ Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 02.06.2006

Ziel des vierten Bereichs der KMK-Gesamtstrategie, der gemeinsamen Bildungsberichterstattung von Bund und Ländern, ist es, anhand wichtiger Indikatoren aus den drei zuvor genannten Bereichen und weiteren Quellen eine Zusammenschau der Leistungsfähigkeit des gesamten Bildungssystems zu geben und kontinuierlich fortzuschreiben > Tab. H1.

Gemeinsame Maßnahmen und Institutionen in der Bildungsregion Berlin-Brandenburg

Berlin und Brandenburg haben in den letzten Jahren über die Gesamtstrategie der KMK hinaus ergänzende Maßnahmen der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung im Bildungswesen eingeführt. So wurde, wie in anderen Ländern Deutschlands auch, ein Konzept der eigenverantwortlichen oder selbstständigen Schulen implementiert (Berliner Schulgesetz, 2004; Brandenburger Schulgesetz, 2002). Als Gegengewicht zum größeren Handlungsspielraum, so das Konzept, sollen die Schulen verpflichtet werden, Verantwortung für den Lernerfolg ihrer Schülerinnen und Schüler zu übernehmen und Rechenschaft über ihre Arbeit abzulegen (Altrichter, 2008; Böttcher, 2005).

Im Einzelnen handelt es sich u. a. um die Maßnahmen der Implementierung der länderübergreifenden Bildungsstandards im Unterricht, z. B. durch entsprechende Ausrichtung der Rahmenlehrpläne, die Entwicklung von Handlungs- bzw. Orientierungsrahmen, in denen Merkmale und Messkriterien schulischer Qualität festgelegt werden, die Einführung von Schulprogrammen, die Unterstützung der Selbstevaluation von Schulen, die Durchführung von externen Evaluationen durch die Schulinspektion (Berlin) bzw. die Schulvisitation (Brandenburg), die Einführung zentraler Abschlussprüfungen sowie eine, an die nationalen Formate angelehnte, regionale Bildungsberichterstattung.

Berlin und Brandenburg haben in den letzten Jahren im Bereich der Qualitätssicherung mehrere Zweiländer-Institutionen durch Fusion oder Neugründung geschaffen. Mit dem 2006 gegründeten Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg (ISQ) und dem 2007 fusionierten gemeinsamen Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM), das einen gemeinsamen Bildungsserver betreibt, sind länderübergreifende Strukturen geschaffen worden, die für zentrale Felder der Qualitätsentwicklung eine Angleichung der bestehenden Ländersysteme ermöglichen. Im Sinne der eingangs erwähnten Klassifikation sind die zentralen Aufgabenbereiche des LISUM eher input-, die des ISQ eher outputorientiert. So betreibt das LISUM z. B. Unterrichtsentwicklung, konzipiert Rahmenlehrpläne und Prüfungsaufgaben, qualifiziert Schulleitungspersonal und regionale Fortbildnerinnen und Fortbildner und führt Schul- und Modellversuche durch. Mithilfe empirisch-statistischer Methoden erfasst und analysiert das ISQ Schülerleistungsdaten aus Vergleichs- und Prüfungsarbeiten, unterstützt schulische Selbst- und Fremdevaluation, überprüft den Umsetzungsgrad der KMK-Bildungsstandards u. a. m., um datengestützte Entscheidungen in den Schulen und den Bildungsadministrationen zu ermöglichen. Als weitere gemeinsame Bildungsinstitution kommt das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) hinzu.

Im Folgenden werden der Handlungs- bzw. Orientierungsrahmen Schulqualität für Berlin und Brandenburg beschrieben > H1, interne und externe Maßnahmen der Evaluation vorgestellt sowie deren Ergebnisse zusammengefasst > H2. Zudem wird das Abschneiden Berliner und Brandenburger Schülerinnen und Schüler in internationalen Schulleistungsuntersuchungen (PISA, IGLU) dokumentiert sowie die zentrale Befundlage der Berliner ELEMENT-Studie zusammengefasst > H3. Abschließend werden Konzept und zentrale Ergebnisse der flächendeckenden Vergleichsarbeiten > H4 dargestellt.

H1 Qualitätsmodelle: Handlungs- und Orientierungsrahmen für Schulqualität

Qualitätsmodelle sind konsensuelle, normativ formulierte Vorstellungen darüber, was „gute Schule“ ausmacht. Grundlage für systematische Qualitätsentwicklungsprozesse ist in beiden Ländern der Metropolregion ein Qualitätsrahmen, der relevante schulische Qualitätsbereiche festlegt > Abb. H1-1, H1-2. Die Einteilung und Bezeichnung der sechs Qualitätsbereiche ist in beiden Ländern identisch. Der erste Bereich thematisiert die sogenannte Outputqualität, d. h. die Bildungserträge der Schule im Sinne gemessener Schülerkompetenzen, während die restlichen fünf Bereiche Prozessqualitäten von Schulen sowohl auf Unterrichts- (Qualitätsbereich 2: Lehr- und Lernprozesse) als auch auf Schulebene (Qualitätsbereiche 3 bis 6: Schulkultur, Schulmanagement, Personal- und Qualitätsentwicklung) behandeln. In Berlin sind die 25 Qualitätsmerkmale durch insgesamt 73 Qualitätskriterien ausführlich beschrieben, in Brandenburg sind es 90 Kriterien für 27 Qualitätsmerkmale.

Handlungs- und Orientierungsrahmen als Grundlage systematischer Qualitätsentwicklung

H1-1 Handlungsrahmen Schulqualität in Berlin (SenBWF, 2007). Diejenigen Aspekte des Handlungsrahmens, die im Zuge der Schulinspektion betrachtet werden, sind farblich unterlegt

1 Ergebnisse der Schule	2 Lehr- und Lernprozesse	3 Schulkultur	4 Schulmanagement	5 Lehrerprofessionalität und Personalentwicklung	6 Ziele und Strategien der Qualitätsentwicklung
1.1 Personale und soziale Kompetenzen	2.1 Schulinternes Curriculum	3.1 Soziales Klima in der Schule und in den Klassen	4.1 Schulleitungshandeln und Schulgemeinschaft	5.1 Zielgerichtete Personalentwicklung	6.1 Schulprogramm
1.2 Fachkompetenzen	2.2 Unterrichtsgestaltung/ Lehrerhandeln im Unterricht	3.2 Gestaltung der Schule als Lebensraum	4.2 Schulleitungshandeln und Qualitätsmanagement	5.2 Arbeits- und Kommunikationskultur im Kollegium	6.2 Schulinterne Evaluation
1.3 Methodenkompetenzen	2.3 Leistungsanforderungen und Leistungsbewertungen	3.3 Beteiligung der Schülerinnen und Schüler und Eltern	4.3 Verwaltungs- und Ressourcenmanagement	5.3 Personaleinsatz der Beschäftigten	6.3 Maßnahmen zum schulübergreifenden Vergleich
1.4 Schullaufbahn	2.4 Schülerunterstützung und -förderung im Lernprozess	3.4 Kooperation mit gesellschaftlichen Partnern	4.4 Unterrichtsorganisation		6.4 Dokumentation und Umsetzungsplanung
1.6 Schulzufriedenheit und Schulimage	2.6 Schülerberatung und -betreuung				

H1-2 Orientierungsrahmen Schulqualität in Brandenburg (MBS, 2008). Diejenigen Aspekte des Qualitätsrahmens, die im Rahmen der Schulvisitation betrachtet werden, sind farblich unterlegt

1 Ergebnisse der Schule	2 Lehren und Lernen – Unterricht	3 Schulkultur	4 Führung und Schulmanagement	5 Personaleinsatz der Lehrkräfte	6 Ziele und Strategien der Qualitätsentwicklung
1.1 Personale Kompetenzen	2.1 Schulinternes Curriculum	3.1 Gestaltung der Schule als Lebensraum	4.1 Führungsverantwortung der Schulleitung	5.1 Zielgerichtete Personalentwicklung und Qualifizierung	6.1 Schulprogramm
1.2 Fachkompetenzen	2.2 Schülerunterstützung und -förderung im Lernprozess	3.2 Wertschätzung und soziales Klima in der Schule und in den Klassen	4.2 Schulleitungshandeln und Qualitätsmanagement	5.2 Personaleinsatz	6.2 Evaluation
1.3 Lern- und Methodenkompetenz	2.3 Fachliche und didaktische Gestaltung von Lernen im Unterricht	3.3 Schülerberatung und -betreuung	4.3 Verwaltungs- und Ressourcenmanagement	5.3 Arbeits- und Kommunikationskultur im Kollegium – Kooperation	6.3 Planung, Umsetzung und Dokumentation
1.4 Schullaufbahn und weiterer Bildungsweg	2.4 Selbstbestimmtes und selbstgesteuertes Lernen	3.4 Beteiligung der Schülerinnen und Schüler und Eltern	4.4 Unterrichtsorganisation		
1.5 Zufriedenheit mit der Schule als Ganzem	2.5 Gestaltung von Beziehungen, Zeit und Raum für Lernen	3.5 Kooperation mit gesellschaftlichen Partnern	4.5 Arbeitsbedingungen		
	2.6 Leistungsanforderungen und Leistungsbewertung				

Die Handlungs- und Orientierungsrahmen selbst liefern mit ihrer Definition relevanter Qualitätsaspekte und -kriterien eine Grundlage für weitere Maßnahmen der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung. Dies trifft insbesondere für den sechsten Qualitätsbereich zu, der explizit Ziele und Strategien der Qualitätsentwicklung zum Thema hat: Die Entwicklung des Schulprogramms, die Durchführung der internen Evaluation und Maßnahmen infolge der schulübergreifenden Leistungsvergleiche.

Jede Schule in Berlin und Brandenburg ist verpflichtet, ein Schulprogramm zu entwickeln und darin das schulspezifische pädagogische und organisatorische Profil zu beschreiben sowie Entwicklungsziele festzulegen. Das Schulprogramm wird im Rahmen des kontinuierlichen Entwicklungs- und Evaluationsprozesses fortgeschrieben. Es enthält auch Aussagen zur internen Evaluation, anhand derer jede Schule den Erfolg ihrer pädagogischen Arbeit überprüft. Diese schulinternen Aktivitäten werden durch die externe Perspektive der Schulinspektion bzw. Schulvisitation ergänzt.

>> Ausblick

Handlungs- und Orientierungsrahmen sind Instrumente, die bei der Sicherung und Entwicklung der Schulqualität für alle Beteiligten einen einheitlichen Bezugspunkt liefern sollen. Die Erkenntnisse aus interner wie externer Evaluationen > H2 sollen dazu beitragen, dieses Koordinatensystem weiterzuentwickeln, um einerseits den Katalog auf die bedeutsamsten Aspekte zu reduzieren und andererseits die Qualitätsbereiche genauer durch aussagekräftige Indikatoren zu unterlegen.

H2 Interne und externe Maßnahmen der Evaluation

Interne Evaluation: Selbstevaluation von Schulen

Aufbau von Kompetenzen zur internen Evaluation

Schulen werden bei ihrer internen Evaluation auf mehrfache Weise unterstützt. So wurden aus dem Kreis der Kollegien Schulevaluations- und Schulentwicklungsberaterinnen und -berater ausgebildet. Zusätzlich können Schulen an dem Selbstevaluationsverfahren SEIS (Selbstevaluation in Schulen) teilnehmen, das sich insbesondere für eine Überblicksevaluation über die Organisation Schule als Ganzes eignet².

An der ersten SEIS-Erhebung im Jahr 2005 haben 120^{BE} bzw. 55^{BB} Schulen teilgenommen. 2006 und 2007 kamen in Berlin etwa 20 Schulen dazu, ca. 50 beteiligten sich zum wiederholten Mal. In Brandenburg fanden weitere Befragungsrunden in den Schuljahren 2006/07 und 2007/08 mit jeweils ca. 25 Schulen statt.

Viele dieser Schulen nutzten nach eigenen Angaben die Ergebnisse der Befragung als Stärken-Schwächen-Analyse und damit als Ausgangspunkt für den eigenen Schulentwicklungsprozess. Zusätzlich wird vom Institut für Schulqualität (ISQ) seit 2008 eine Internetplattform angeboten, über die Lehrkräfte anhand empirisch erprobter Fragebögen anonym und gezielt evaluative Rückmeldungen über den eigenen Unterricht bei ihren Klassen erheben können.

Externe Evaluation: Schulinspektion/Schulvisitation

Schulinspektion / Schulvisitation als Form der externen Evaluation

Vor dem Hintergrund erhöhter Eigenverantwortlichkeit der Schulen kommt der Schulinspektion/-visitation eine gesteigerte Bedeutung zu. Die Diagnose schulischer Qualität im Zuge der Schulinspektion/-visitation und die Rückmeldung der Ergebnisse soll zum einen der Selbstvergewisserung der Schule über den jeweiligen Stand ihrer Arbeit und als Planungshilfe für weitere Entwicklungsprozesse dienen, zum anderen auch der Bildungspolitik schulübergreifendes Steuerungswissen zur Weiterentwicklung auf Systemebene liefern. In beiden Ländern sind in den letzten Jahren Schulinspektorate mit der Zielsetzung aufgebaut worden, in einem Fünf-Jahres-Rhythmus alle öffentlichen Schulen einmal zu inspizieren^{M1}.

Zum 1. November 2005 nahm auf Grundlage des § 9 des Schulgesetzes für Berlin die Schulinspektion ihre Arbeit auf. Die Inspektionsteams bestehen aus Schulaufsichtsvertretern, Schulleitungsmitgliedern und Lehrkräften. In Berlin gibt es daneben die Möglichkeit, nach einer entsprechenden Schulung als ehrenamtlicher Externer z. B. aus der Gruppe der Eltern an einer Inspektion teilzunehmen. Organisatorisch ist die Berliner Schulinspektion Bestandteil der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung (SenBWF). In Berlin hat die Schulinspektion zur zweiten Hälfte des Schuljahres 2005/06 mit der Inspektion von 45 Schulen begonnen. Im Schuljahr 2006/07 wurden 150 Schulen besucht und im Laufe des Schuljahres 2009/10 soll der erste Inspektionszyklus für alle öffentlichen Schulen beendet sein > [Tab. H2-1](#).

In Brandenburg wurde die Schulvisitation im Herbst des Jahres 2004 als eigene Arbeitsstelle außerhalb der staatlichen Schulämter und der Abteilung Schulaufsicht des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS) gegründet. Die Pilotphase der Schulvisitation wurde nach einer halbjährigen Phase der Qualifizierung des erforderlichen Personals und bei gleichzeitiger Entwicklung der Verfahren und Instrumente vom Februar bis zum Juni 2005 durchgeführt. Die Visitationsteams bestehen aus Schulrätinnen und Schulräten, Schulleiterinnen und Schulleitern sowie Lehrkräften, die in Voll- oder Teilzeit zur Schulvisitation abgeordnet sind. In der Pilotphase wurden zunächst 29 Schulen visitiert. Im Regelverfahren wurden im anschließenden Schuljahr 2005/06 100 Schulen, im Schuljahr 2006/07 118 Schulen und im Schuljahr 2007/08 160 Schulen extern evaluiert > [Tab. H2-1](#).

² SEIS wurde von der Bertelsmann Stiftung entwickelt (vgl. Stern, Ebel & Müncher, 2008) und wird inzwischen vom SEIS-Deutschland Konsortium angeboten, an dem mehrere Bundesländer beteiligt sind (www.seis-deutschland.de).

Ergebnisse der Schulinspektion/Schulvisitation

Die Bewertung der Schulen erfolgt in beiden Ländern weitgehend standardisiert, d. h. alle erhobenen Informationen werden in zahlenmäßigen Bewertungen ausgedrückt (Ratingskalen), die schließlich in einem Stärken-Schwächen-Profil gemittelter Inspektionsurteile zusammengefasst werden. Die Rückmeldung der Ergebnisse erfolgt in beiden Ländern „schulöffentlich“, eine Veröffentlichung des Ergebnisberichtes über den Rahmen der Schule hinaus beschließt ggf. die Schulkonferenz.

In Berlin liegen bislang die Ergebnisse der ersten 45 inspizierten Schulen des Schuljahres 2005/06 sowie die Ergebnisse der 152 besuchten Schulen des Schuljahres 2006/07 vor. In Brandenburg stehen die Resultate der Erprobungsphase sowie die Jahresberichte der Schulvisitation der Schuljahre 2005/06 und 2006/07 zur Verfügung.

Über alle 152 Berliner Schulen hinweg, die im Schuljahr 2006/07 inspiziert wurden, zeichnen sich im Hinblick auf die im Handlungsrahmen Schulqualität beschriebenen Anforderungen besondere Stärken und Schwächen ab. Zu den generellen Stärken bei mehr als 80% der inspizierten Schulen gehört die ausgeprägte Kooperation mit gesellschaftlichen Partnern (z. B. anderen Schulen, Vereinen, Kindertagesstätten, Hochschulen, Jugendämtern) in gemeinsamen Projekten, das Schulleitungshandeln und Qualitätsmanagement (d. h. die vorrangige Unterstützung der Steuergruppe bei der kontinuierlichen Entwicklung des Schulprogramms) sowie die Unterrichtsorganisation (d. h. die effektive und transparente Planung der Maßnahmen zur Unterrichtsorganisation, sowie Regelungen zur Vermeidung von Unterrichtsausfall).

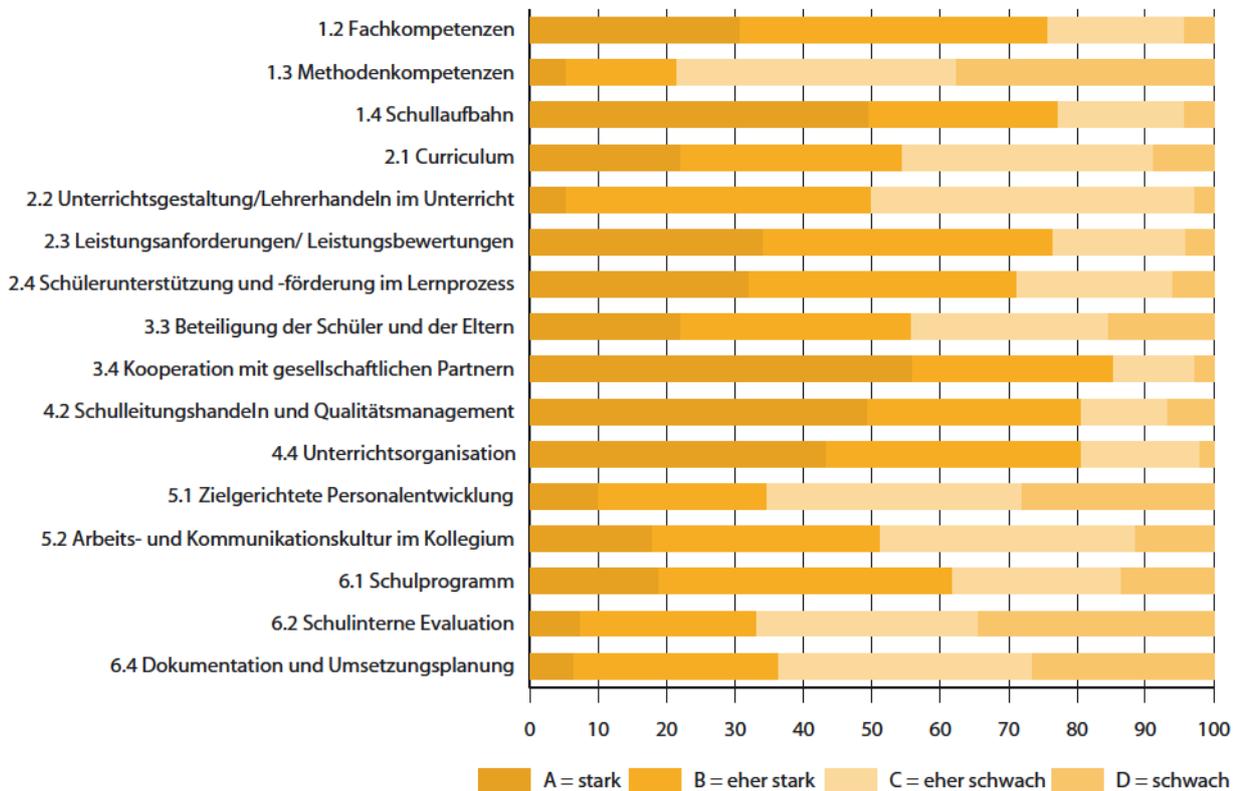
Mehr als 60% der Schulen zeigen hingegen Entwicklungsbedarf im Bereich der Ausbildung von Methodenkompetenzen (d. h. hinsichtlich „Lernen lernen“, Medien-, Moderations- und Präsentationskompetenz), in der zielgerichteten Personalentwicklung (d. h. bei Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gesprächen sowie im aktiven Einwirken auf die Verbesserung der Unterrichts- und Erziehungsarbeit), in der schulinternen Evaluation, sowie in der Dokumentation und Umsetzungsplanung (d. h. in der Übereinstimmung der Schulprogramme mit der Ausführungsvorschrift sowie im Dialog mit der zuständigen Schulaufsicht und bei der Pflege des Schulporträts) > [Abb. H2-1](#).

152 Berliner Schulen im Schuljahr 2006/07 inspiziert

Berliner Schulen stark in Zusammenarbeit, Schulleitungshandeln und Unterrichtsorganisation

Entwicklungsbedarf der Berliner Schulen in Methodenkompetenzen, Personalentwicklung, schulinterner Evaluation und Dokumentation

H2-1 Stärken-Schwächen-Profile als Ergebnis der Schulinspektion in Berlin im Schuljahr 2006/07 in % > Tab. H2-1



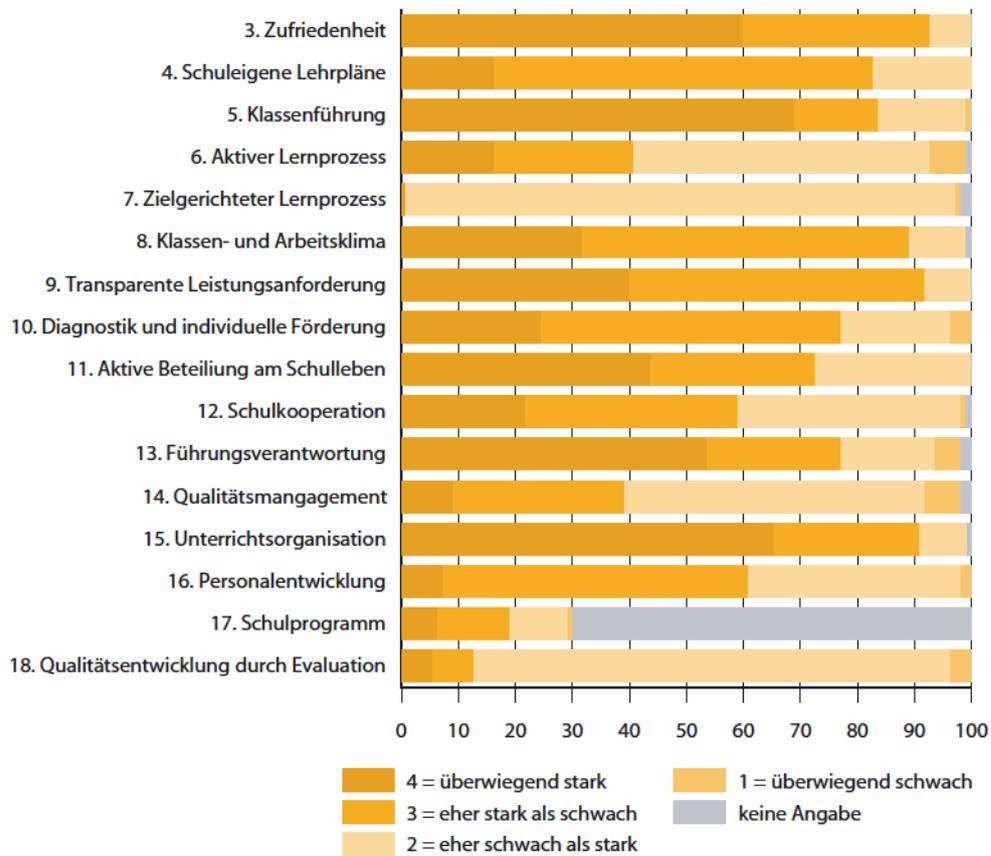
Brandenburger Schulen stark in Klassenführung, Zufriedenheit und Unterrichtsorganisation

Fasst man die bisherigen Ergebnisse der Schulvisitation in Brandenburg zusammen, so ergeben sich für über 80% der Schulen schulformübergreifende Stärken im Bereich der Klassenführung (d. h. zum Beispiel in der effektiven Nutzung der Unterrichtszeit und im Umgang mit Unterrichtsstörungen), hinsichtlich der Zufriedenheit der Schülerschaft, Eltern und Lehrkräfte mit der eigenen Schule, sowie hinsichtlich der Unterrichtsorganisation (d. h. im Vermeiden von Unterrichtsausfall durch eine sinnvolle Unterrichts- und Vertretungsorganisation) (MBS, 2008) > Abb. H2-2.

Brandenburger Schulen mit Entwicklungspotenzial in aktiven und zielgerichteten Lernprozessen, Qualitätsentwicklung und -management

Genereller Entwicklungsbedarf zeichnet sich für über 60% der Brandenburger Schulen ab im Bereich „Aktiver Lernprozess“ (d. h. hinsichtlich der Anregung von Schülerinnen und Schülern aktiv teilzunehmen, zusammenzuarbeiten sowie sich gegenseitig zu unterstützen), „Zielgerichteter Lernprozess“ (d. h. in der Strukturierung des Unterricht, im Erklärverhalten, im regelmäßigen Überprüfen des Verstehens, in der abwechslungsreichen und realitätsnahen Gestaltung der Arbeitsformen), in der „Qualitätsentwicklung durch Evaluation“ (d. h. in der systematischen Evaluation der Unterrichtsqualität) sowie im Qualitätsmanagement (d. h. bezüglich der Überprüfung der Unterrichtsqualität, der Vorkehrungen zur Verbesserung des Unterrichts, des kollegialen Unterrichtsbesuchs und der Personalentwicklungskonzepte) > Abb. H2-2.

H2-2 Stärken-Schwächen-Profile als Ergebnis der Schulvisitation in Brandenburg im Schuljahr 2006/07 in % (alle Schulen außer Förderschulen)³ > Tab. H2-2



Beim Vergleich der ersten Ergebnisse der Inspektorate beider Länder muss beachtet werden, dass es sich hier prinzipiell um zwei eigenständige Verfahren handelt, die jeweils eigenständig formulierte Anforderungen überprüfen. Trotz dieser Unterschiede gleichen sich die Stärken der bisher in beiden Ländern besuchten Schulen im Bereich Unterrichtsorganisation ebenso wie die Schwächen im Bereich schulinterner Qualitätsentwicklung durch (Selbst-)Evaluation.

Stärken in der Unterrichtsorganisation, Entwicklungspotenzial im Bereich schulinterner Evaluation

>> Ausblick

Insgesamt stehen die Schulen der Metropolregion am Beginn des Aufbaus von Kompetenzen zur Selbstevaluation. Die Fähigkeit, eine Bestandsanalyse schulischer Qualität eigenständig durchzuführen, auszuwerten und zu interpretieren, um daraus Schlüsse für die weitere Schul- und Unterrichtsentwicklung abzuleiten, stellt neuartige Anforderungen an alle Beteiligten. Entsprechend sind weitere Unterstützungsangebote erforderlich.

Die Einführung der Schulinspektion/-visitation hat einen Prozess eingeleitet, der auf nachhaltigen und standardisierten Indikatoren beruhende Informationen über die Qualität der Berliner und Brandenburger Schulen zu liefern verspricht und somit neues Steuerungswissen sowohl auf Einzelschul- als auch auf Systemebene. In den nächsten

³ Die Beurteilung der Schule im Rahmen der Schulvisitation basiert nicht auf allen 27 Qualitätsmerkmalen des Orientierungsrahmens, sondern auf einer Auswahl von Aspekten, die dann umformuliert als Profilerkmale bezeichnet werden.

Jahren werden detaillierte Ergebnisse aus Unterrichtsbeobachtungen oder Vorabbe-fragungen Aussagen über Entwicklungen von Stärken und Schwächen der Schulen im Zeitverlauf zulassen.

Voraussetzung für den Steuerungsnutzen dieser Informationen ist jedoch, dass die Instrumente der Schulinspektion (z. B. Unterrichtsbeobachtungsbögen) reliabel und valide sind. Hier befindet sich die wissenschaftliche Begleitforschung noch in den Anfängen.

Methodische Erläuterungen

> **M1 Ablauf einer Schulinspektion/-visitation:** Die Schulinspektion in Berlin und die Schulvisitation in Brandenburg gleichen sich hinsichtlich ihres Vorgehens stark. Zum Ablauf einer Schulinspektion/-visitation gehört:

1. die Auswahl der Schule, die entweder freiwillig, durch Los oder per Benennung durch die Schulaufsicht erfolgen kann,
2. die Information der Schule ca. 2 bis 3 Monate vor dem Schulbesuch,
3. ein Vorgespräch zur Organisation des Schulinspektion/-visitation,
4. die Vorabbefragung von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern (bei beruflichen Schulen auch der Ausbildungsbetriebe),
5. eine Daten- und Dokumentenanalyse,
6. die Inspektion/-visitation der Schule an 2 bis 3 Tagen,
7. die Berichterstellung.

Im Ergebnisbericht werden die Erkenntnisse aus allen Datenquellen zusammengetragen und anhand der Struktur des Qualitätsrahmens sowohl schriftlich als auch in Form eines Stärken-Schwächen-Profiles zurückgemeldet. Bevor der endgültige Ergebnisbericht an die Schule, die Schulaufsicht und den Schulträger gesandt wird, hat die Schule die Möglichkeit, eine Stellungnahme zum vorläufigen Bericht abzugeben, welche dem endgültigen Bericht angehängt wird.

Zum typischen Methodenrepertoire einer Schulinspektion/-visitation gehören neben der Daten- und Dokumentenanalyse die Unterrichtsbeobachtung, das Interview, der Einsatz von Fragebögen und der Schulrundgang. Die gesamte Vorgehensweise ist transparent in den entsprechenden Handbüchern dargestellt (Handbuch Schulinspektion, SenBJS, 2006; Konzeption und Handbuch zur Schulvisitation, MBS, 2006).

Die Bewertung der Schulen erfolgt in beiden Ländern weitgehend standardisiert, d. h. alle erhobenen Informationen werden in zahlenmäßigen Bewertungen ausgedrückt (Rating-Skalen), die schließlich in einem Stärken-Schwächen-Profil gemittelter Inspektionsurteile zusammengefasst werden. Die Rückmeldung erfolgt in beiden Ländern „schulöffentlich“, d. h. die Entscheidung über eine Veröffentlichung des Ergebnisberichtes liegt in den Händen der Schulen.

In beiden Ländern ist vorgesehen, dass die Ergebnisse der Inspektionsberichte als Grundlage für Zielvereinbarungsgespräche mit der Schulaufsicht über den weiteren Schulentwicklungsprozess genutzt werden. Bei sehr schwachen Ergebnissen setzt in beiden Ländern das Prinzip der Nachinspektion ein. Dies bedeutet, dass Schulen, bei denen ein dringender Handlungsbedarf bzgl. Schul- und Unterrichtsentwicklung gesehen wird, schon nach zwei Jahren wiederholt inspiziert wird. In beiden Ländern hat das jeweilige Inspektionsteam einen gewissen Ermessensspielraum, ab wann eine Schule als „unter Standard“ gilt und nachinspiziert wird (> Tab. H2-1).

H3 Internationale, nationale und regionale Schulleistungsstudien

Die großen Schulleistungsstudien bilden die zentralen Komponenten der KMK-Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring > [Einleitung zum Kapitel H](#). Berlin und Brandenburg haben sich im Rahmen der stichprobenbasierten internationalen Studien IGLU und PISA auch an deren nationalen Erweiterungen (IGLU-E und PISA-E) beteiligt, so dass regionale Werte aus der Primar- und Sekundarstufe vorliegen, die sich in Relation zu wichtigen Bezugspunkten setzen lassen: So werden die Ergebnisse der Schulleistungsstudien aus Berlin und Brandenburg vergleichend zum Bundesergebnis sowie – wo dies sinnvoll möglich ist – zum jeweiligen internationalen Gesamtergebnis berichtet. Skizziert werden ebenfalls Resultate der Berliner Längsschnittstudie ELEMENT, die die Leistungsentwicklung in den Klassenstufen 4 bis 6 untersuchte, also die Jahrgänge vor dem Übergang von der Primar- zur Sekundarstufe. Beginnend mit dem regionalen Bildungsbericht im Jahr 2010 werden an dieser Stelle die Ergebnisse der Ländervergleiche Eingang finden, die das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) bei der Überprüfung der Bildungsstandards ermittelt.

IGLU

Mit PIRLS (Progress in International Reading Literacy Study) / IGLU (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung) wird das Leseverständnis von Schülerinnen und Schülern der vierten Jahrgangsstufe in Zyklen von fünf Jahren international vergleichend getestet. 2001 nahmen in Deutschland 7 Länder und 2006 alle 16 Länder an dieser Studie sowie an IGLU-E 2006, der nationalen Erweiterung, teil. Die nächste Erhebung erfolgt 2011.

Im Folgenden werden nur die Ergebnisse von IGLU-E 2006 dargestellt. Brandenburg hat zwar an IGLU 2001 teilgenommen, da aber nur wenige Vergleichsbundesländer existieren, werden die Ergebnisse an dieser Stelle nicht berichtet.

IGLU hat zum Ziel, die Leseleistungen der Lernenden in der vierten Jahrgangsstufe und die Rahmenbedingungen des Lesenlernens zu erfassen. Die Rahmenbedingungen beziehen sich auf schulische, unterrichtliche sowie außerschulische Aspekte, wie beispielsweise Merkmale des Elternhauses. Diese werden durch Fragebögen für die am Lernprozess beteiligten Personengruppen erhoben. Auf dem gleichen Weg werden die Lesemotivation, das Leseselbstkonzept und das Leseverhalten der Schülerinnen und Schüler ermittelt. Der Lesetest untersucht das Textverständnis, wobei vier Verstehensaspekte unterschieden werden, sowie die Leseintention der Viertklässlerinnen und -klässler.

Im Ländervergleich zu IGLU 2006, der im Dezember 2008 veröffentlicht wurde, erreichten Berliner und Brandenburger Schülerinnen und Schüler 525^{BE} bzw. 540^{BB} Punkte und weichen somit nicht signifikant vom Bundesdurchschnitt ab > [Tab. H3-1](#).

Bei IGLU wurden sowohl literarische als auch informierende Texte untersucht, um den verschiedenen Leseabsichten der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden¹. Berlin erzielte bei den literarischen Texten 527 Punkte, Brandenburg 540 (Deutschland: 549). Bei den informierenden Texten erreichte Berlin 521 und Brandenburg 532 Punkte (Deutschland: 544). Die Differenz der Leseleistung zwischen literarischen und informierenden Texten ist mit 6^{BE} bzw. 8^{BB} Punkten signifikant (Deutschland: 5) > [Tab. H3-1](#).

Bei IGLU werden fünf Kompetenzstufen unterschieden^{M1}, die von der elementaren Lesefähigkeit bis zu einem souveränen Umgang mit Texten reichen. Dabei sind vor allem die erste und zweite sowie die fünfte Kompetenzstufe zu betrachten, da ihnen wegen der unzureichenden bzw. herausragenden Lesekompetenz eine große Bedeutung zukommt.

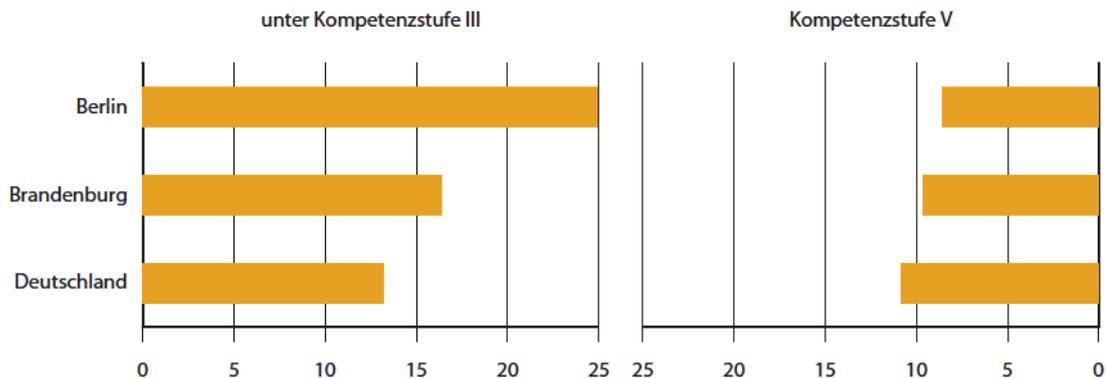
Konzeption von IGLU

Bessere Ergebnisse bei literarischen als bei informierenden Texten

¹ Im Folgenden wird verkürzend von „Berlin“ und „Brandenburg“ gesprochen, womit stets die durchschnittlichen Leistungen der Berliner und Brandenburger Schülerinnen und Schüler gemeint sind.

Schülerinnen und Schüler auf der Kompetenzstufe V sind zu Abstraktionen, Verallgemeinerungen und zur Begründung von Präferenzen fähig. In der Metropolregion sind sie mit 8,6%^{BE} bzw. 9,6%^{BB} vertreten. Berlin führt auf Platz 13 somit die Gruppe der Stadtstaaten an, Brandenburg befindet sich auf Platz 11 im Bundesvergleich (Deutschland: 10,8%) > Abb. H3-1.

H3-1 IGLU-E, Anteil der Schülerinnen und Schüler unter der Kompetenzstufe III und auf der Kompetenzstufe V 2006 in % > Tab. H3-2



Die Schülerinnen und Schüler, welche die Kompetenzstufe III unterschreiten, verfügen lediglich über sehr basale Kompetenzen. Sie können nur Wörter und Sätze dekodieren sowie explizit im Text angegebene Informationen identifizieren und bedürfen „dringend einer besonderen Leseförderung, um in der Sekundarstufe erfolgreich weiterlernen zu können“ (IGLU, 2008). Ihr Anteil liegt in Berlin bei 24,9%, was dem letzten Platz im Ländervergleich entspricht. In Brandenburg beträgt der Anteil 16,4% und weicht damit nicht signifikant vom Bundeswert von 13,2% ab > Abb. H3-1.

Hinsichtlich der Leseleistung schneiden Mädchen in der Regel besser ab als Jungen. Lediglich in Berlin findet sich ein anderes Bild, da nur hier die Jungen etwas besser lesen als die Mädchen. Die Jungen erreichen 526, die Mädchen 524 Punkte. In Brandenburg lesen die Mädchen hingegen mit 548 Punkten deutlich besser als die Jungen mit 532 Punkten (Deutschland: Mädchen: 551, Jungen: 544) > Tab. H3-3.

Neben der Leseleistung wurden auch Fragebögen eingesetzt, um die Rahmenbedingungen des Leseerwerbs zu untersuchen. Hinsichtlich des Leseverhaltens geben in Berlin 15% der Schülerinnen und Schüler an, außerhalb der Schule nie bzw. fast nie zum Vergnügen zu lesen. In Brandenburg beträgt dieser Anteil 21% (Deutschland: 14%). Brandenburg belegt damit im Ländervergleich den vorletzten Platz, Berlin schneidet mit Platz 9 unter den Stadtstaaten am besten ab > Tab. H3-4.

Der soziale Hintergrund der Schülerinnen und Schüler wurde über die Anzahl der Bücher im Elternhaus erfasst, welche Rückschlüsse über den Bildungsstand der Eltern zulässt. Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern schneiden gegenüber Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern bei IGLU 2006 deutlich besser ab. Der Vorsprung der Kinder aus Haushalten mit mehr als 100 Büchern vor den Kindern aus Haushalten mit weniger als 100 Büchern beträgt in Berlin 70 Punkte, in Brandenburg 55 Punkte (Deutschland: 40). Damit weist Berlin im Ländervergleich die höchste, Brandenburg die dritthöchste Differenz zwischen Kindern aus bildungsnahen und bildungsfernen Familien auf > Tab. H3-5.

Betrachtet man die Leseleistungen der Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung des Migrationshintergrundes, so wird deutlich, dass Berliner Kinder aus Familien ohne Migrationshintergrund (552^{BE} bzw. 542^{BB}) eine deutlich bessere Leseleistung zeigen als Kinder mit Migrationshintergrund. Schülerinnen und Schüler mit einem Eltern-

teil das im Ausland geboren wurde, erreichten 517^{BE} bzw. 561^{BB} Punkte (Deutschland: 545). Wurden beide Elternteile nicht in Deutschland geboren, erzielt Berlin 504 und Brandenburg 524 Punkte (Deutschland: 516) > [Tab. H3-6](#).

PISA

Seit 2000 nimmt Deutschland an der internationalen Leistungsmessung PISA (Programme for International Student Assessment) teil; insgesamt haben sich im Jahr 2000 28 OECD-, im Jahr 2003 und 2006 jeweils 30 OECD-Staaten beteiligt. PISA ist von der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) als Systemmonitoring konzipiert, das Aussagen zu wichtigen Aspekten von Bildungssystemen generieren soll, um Steuerungswissen zur weiteren Entwicklung des Schulwesens zu gewinnen. Alle drei Jahre werden von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern Basiskompetenzen erfasst, „die in modernen Gesellschaften für eine befriedigende Lebensführung in persönlicher und wirtschaftlicher Hinsicht sowie für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben notwendig sind“.² Die PISA-Studie konzentriert sich dabei auf die drei Domänen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften, wobei der inhaltliche Schwerpunkt 2000 auf dem Bereich Lesen lag, 2003 auf Mathematik und 2006 auf Naturwissenschaften.

Deutschland hat die internationale PISA-Studie in den Jahren 2000, 2003 und 2006 um zusätzliche Erhebungen auf nationaler und regionaler Ebene erweitert, um einen Ländervergleich zu ermöglichen. An diesen PISA-E-Studien nahmen jeweils ca. 40.000 Schülerinnen und Schüler teil. Berlin konnte die Beteiligungsquote im Jahr 2000 nur an den Gymnasien erfüllen, weshalb schulartübergreifende Vergleiche für dieses Jahr nicht möglich sind.

Die Einzelleistungen der 15-jährigen Jugendlichen werden in den jeweiligen Inhaltsbereichen verschiedenen Kompetenzstufen zugeordnet, die von „elementaren“ Fähigkeiten bis zu „Expertenwissen“ reichen. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler auf der untersten Kompetenzstufe I und darunter kennzeichnet die Risikoschülerschaft, die nicht über hinreichende Basiskompetenzen verfügt. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler auf den höchsten Kompetenzstufen (Ma, NW: Stufe VI, Lesen: Stufe V) kennzeichnet die Schülerschaft, die sich durch herausragende Leistungen im jeweiligen Inhaltsbereich auszeichnet. Wegen der besonderen Bedeutung der untersten bzw. obersten Kompetenzstufe, liegt das Augenmerk im Folgenden besonders auf diesen beiden Gruppen.

Lesekompetenz: Um die Lesekompetenz abzuschätzen, wird anhand verschiedener Textsorten, die sowohl alltags- als auch bildungsbezogene Aspekte verknüpfen, überprüft, inwiefern die Jugendlichen in der Lage sind, einem Text Informationen zu entnehmen, diese zu interpretieren und den Text hinsichtlich seiner Form und seines Inhalts zu reflektieren.

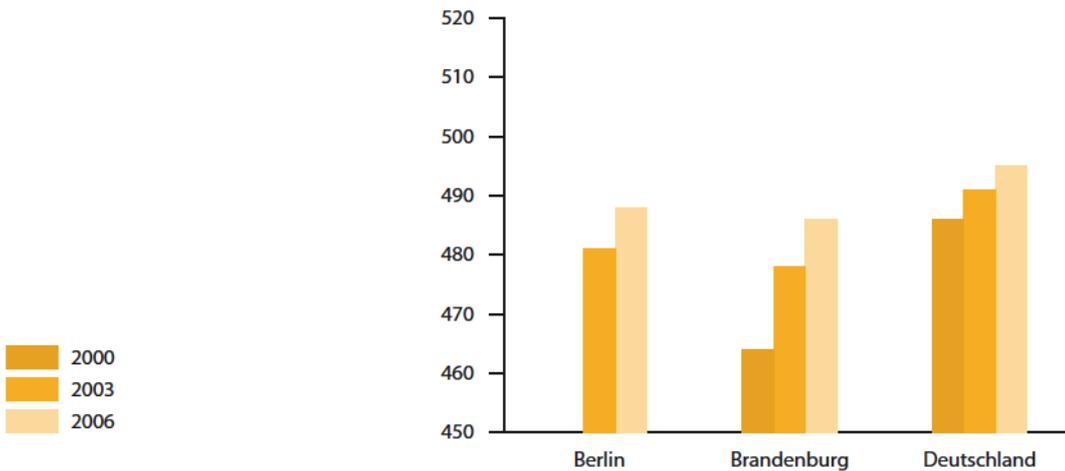
2006 wichen sowohl Berlin als auch Brandenburg mit 488^{BE} bzw. 486^{BB} Punkten nicht signifikant vom OECD- und Bundesdurchschnitt ab (OECD: 492, Deutschland: 495)³. Bei PISA 2003 hatten beide Länder mit 481^{BE} bzw. 478^{BB} noch unterhalb des OECD-Durchschnitts und des Bundesdurchschnitts (491 Punkte) gelegen. Während sich das Abschneiden beider Länder bei PISA 2006 somit leicht verbesserte, war der Zugewinn nur in Brandenburg statistisch signifikant. Im Vergleich zur ersten PISA-Erhebung im Jahr 2000 konnte sich Brandenburg im Jahr 2006 um 22 Punkte deutlich verbessern (Deutschland: 14) > [Abb. H3-2](#).

Gegenüber den früheren Datenerhebungen bedeutet dies eine deutliche Anhebung des Leistungsniveaus, denn 2003 lagen beide Länder noch signifikant unter dem OECD-Durchschnitt und unter dem Bundesdurchschnitt von 491 Punkten (481^{BE}, 478^{BB}). Die Differenz des Brandenburger Werts von 464 Punkten zum Bundesdurchschnitt von 486 Punkten war 2000 noch größer > [Abb. H3-2](#).

² Deutsches PISA-Konsortium (Hg.): PISA 2000. Opladen 2001, S. 12

³ Der OECD-Durchschnitt liegt, wenn nicht – wie hier – anders angegeben, bei 500 Punkten.

H3-2 Mittelwerte der Lesekompetenz bei PISA 2000 bis 2006 nach Ländern
 > Tab. H3-7

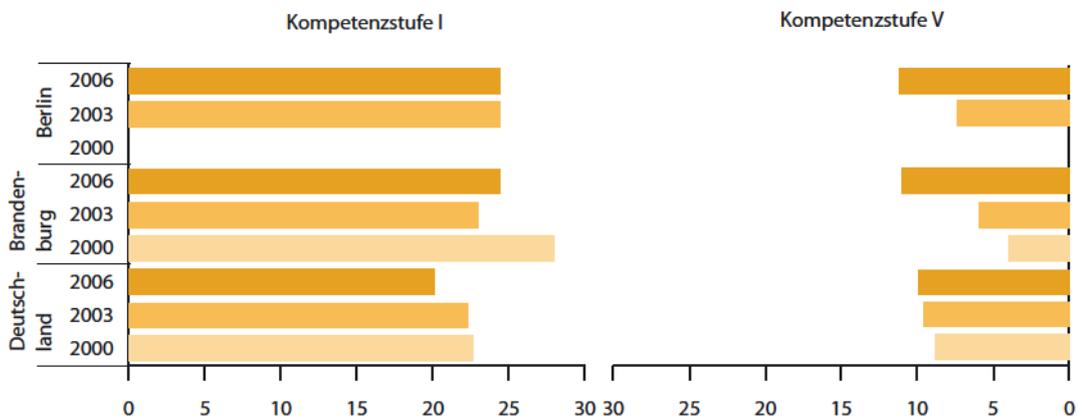


Gruppe leistungsstarker Leser hat sich vergrößert

Im Jahr 2006 befinden sich auf der höchsten Kompetenzstufe V 11,2%^{BE} bzw. 11,0%^{BB} der Schülerinnen und Schüler (Deutschland: 9,9%, OECD: 8,6%). Schülerinnen und Schüler auf dieser Kompetenzstufe sind in der Lage, unvertraute und komplexe Texte flexibel zu nutzen. In Bezug auf den Anteil dieser hochkompetenten Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschülerschaft steht Berlin an der Spitze der Stadtstaaten, Brandenburg führt hierbei die Gruppe der ostdeutschen Flächenländer an. Die Gruppe der Kompetenzstufe V hat sich 2006 im Vergleich zu 2003 vergrößert (Berlin: 7,4%, Brandenburg: 5,9%). 2000 lag dieser Wert in Brandenburg nur bei 4,0%.

Der Anteil der Risikoschülerinnen und -schüler (Kompetenzstufe I und darunter) betrug im Jahr 2006 in den beiden Ländern Berlin und Brandenburg jeweils 24,4%. Diese 15-Jährigen waren somit nur zu einem oberflächlichen Verständnis einfacher Texte fähig (Deutschland: 20,0%, OECD: 20,1%). Auch hier schneidet Berlin in der Gruppe der Stadtstaaten am besten ab und Brandenburg belegt im Ländervergleich Platz 12. Der Berliner Anteil an Risikoschülerinnen und -schülern hat sich von 2003 zu 2006 nicht verändert. In Brandenburg lag der Anteil der 15-Jährigen auf der Kompetenzstufe I im Jahr 2000 bei 28,0% und 2003 bei 23,0%, womit er deutlich zurückging, aber 2006 mit 24,4% wieder leicht anstieg > Abb. H3-3.

H3-3 Anteil der Schülerinnen und Schüler auf den Lesekompetenzstufen I und V bei PISA 2000 bis 2006 in % > Tab. H3-8



Mathematische Kompetenz: „In vielen Berufs-, Wirtschafts- und Kulturbereichen stellt die mathematische Kompetenz eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Handeln dar“ (PISA-Konsortium Deutschland, 2008, S.127). Mathematische Kompetenz muss sich bei der Lösung verschiedener Problemsituationen in unterschiedlichen Kontexten erweisen.

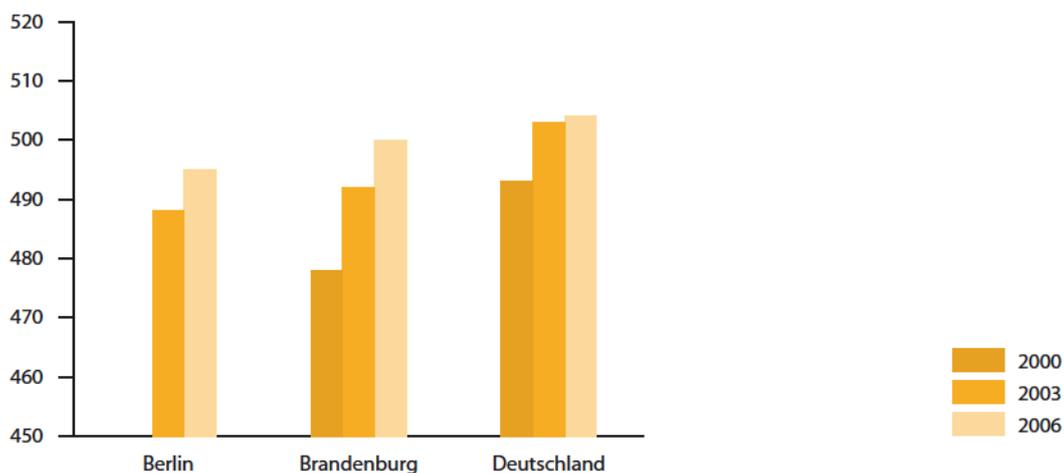
2006 waren sowohl der Berliner Mittelwert von 495 als auch der Brandenburger Mittelwert von 500 Punkten nicht signifikant vom OECD-Durchschnitt verschieden; der deutschlandweite Mittelwert betrug 504 Punkte.

Im Jahr 2003 lag Berlin mit 488 Punkten noch unterhalb des OECD-Durchschnitts, konnte sich also deutlich verbessern und nimmt 2006 einen Platz im Mittelfeld ein. Brandenburg (2003 mit 492 Punkten) konnte sich ebenfalls verbessern. Der Bundesdurchschnitt lag 2003 bei 503 Punkten. In Brandenburg wurden 2000 durchschnittlich 478 erreicht, der Bundesmittelwert betrug 493 Punkte > [Abb. H3-7](#).

**Berlin und Brandenburg
2006 im OECD-Durchschnitt
in Mathematik**

H3-4 Mittelwerte der mathematischen Kompetenz bei PISA 2003 und 2006

> [Tab. H3-7](#)



2006 befinden sich in der Metropolregion 4,5%^{BE} bzw. 5,3%^{BB} der Jugendlichen auf der Kompetenzstufe VI (Deutschland: 4,5%, OECD: 3,3%). Sie verfügen über sehr gute Voraussetzungen für mathematikbezogene Bildungsgänge und Berufe. 2003 lag dieser Anteil in Berlin bei 3,0% bzw. bei 1,9% in Brandenburg. In Brandenburg lag 2000 der Anteil der Jugendlichen auf der Kompetenzstufe V⁴ bei 1,0% > [Tab. H3-9](#).

Betrachtet man demgegenüber die Risikoschülerschaft, so befanden sich 25,8%^{BE} bzw. 22,9%^{BB} der 15-Jährigen auf der Kompetenzstufe I oder darunter (Deutschland: 19,9%, OECD: 21,3%). Diese Schülerinnen und Schüler verfügen somit nicht über grundlegende mathematische Kompetenzen und haben daher keine günstige Prognose für ihre weitere Bildungs- und Berufslaufbahn. 2003 betrug ihr Anteil 26,2%^{BE} und 21,5%^{BB}. 2000 lag er in Brandenburg bei 25,0% > [Tab. H3-9](#).

Naturwissenschaftliche Kompetenz: Naturwissenschaften und Technik beeinflussen unsere „materielle, intellektuelle und kulturelle Umwelt“ (PISA-Konsortium Deutschland, 2008, S.68), weshalb ein Grundwissen in diesen Gebieten wichtig für die gesellschaftliche Partizipation ist. Dabei werden drei Bereiche unterschieden: Naturwissenschaftliche Fragestellungen erkennen, naturwissenschaftliche Phänomene erklären und naturwissenschaftliche Evidenz nutzen. Dieser Lernbereich bildete 2006 den Schwerpunkt der PISA-Erhebung.

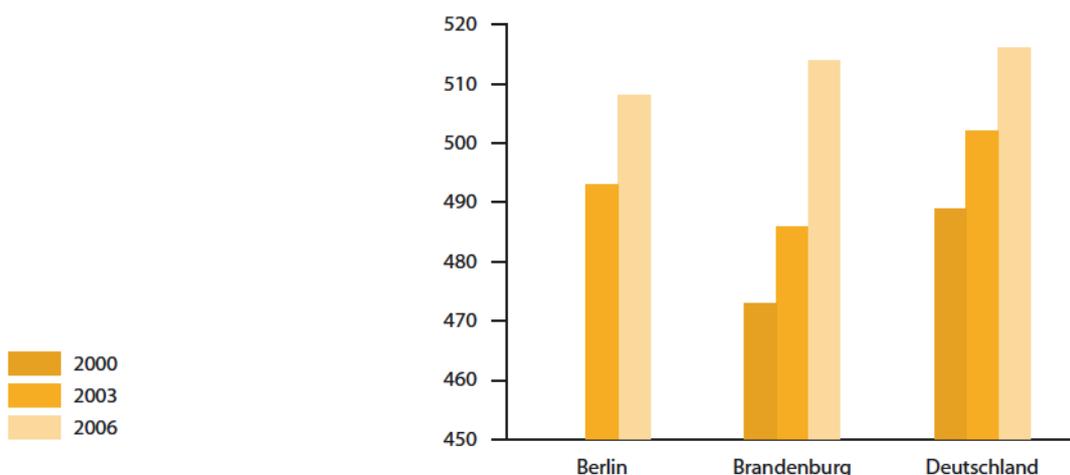
4 Bei PISA 2000 gab es nur die Kompetenzstufen I bis V.

Bei PISA 2006 deutlich bessere Leistungen in Naturwissenschaften

Berlin lag mit 508 Punkten und Brandenburg mit 514 Punkten erstmals signifikant über dem OECD-Durchschnitt (Deutschland: 516). Insgesamt liegt die Metropolregion 2006 im deutschen Mittelfeld.

Beide Länder haben sich gegenüber 2003 deutlich verbessert, kein anderes Land weist einen größeren Zuwachs an Punkten als Brandenburg auf. Während 2003 Berlin mit 493 Punkten nicht signifikant vom OECD-Durchschnitts abwich, aber vom Bundesdurchschnitt (502) befand, lag Brandenburg damals mit 486 Punkten unterhalb beider Durchschnittswerte. Brandenburg war 2000 mit 473 Punkten sowohl unter dem OECD- als auch unter dem Bundesdurchschnitt (489) > Abb. H3-5.

H3-5 Mittelwerte der naturwissenschaftlichen Kompetenz bei PISA 2000 bis 2006
> Tab. H3-7



2006 befinden sich 13,5%^{BE} bzw. 12,9%^{BB} der Schülerinnen und Schüler auf den Kompetenzstufen V und VI (Deutschland: 11,8%, OECD: 9,0%). Diese 15-Jährigen sind sehr gut für natur- oder ingenieurwissenschaftliche Bildungsgänge vorbereitet. 2003 lag der Anteil beider Länder bei 5,6%^{BE} bzw. 3,0%^{BB}.⁵ In Brandenburg befanden sich 2000 3,0% Schülerinnen und Schüler auf der Kompetenzstufe V > Tab. H3-10.

Auf bzw. unter der Kompetenzstufe I befanden sich in Berlin 20,4% der 15-Jährigen, in Brandenburg waren es 15,7% (Deutschland: 15,4%, OECD: 19,2%). Diesen Schülerinnen und Schülern fehlen naturwissenschaftliche Basiskompetenzen, d. h. sie sind nicht in der Lage, einfache Phänomene naturwissenschaftlich zu erklären und naturwissenschaftliche Informationen zu interpretieren. 2003 lag der Anteil der Jugendlichen auf der Kompetenzstufe I oder darunter in Berlin bei 26,3% und in Brandenburg bei 24,0%, wo er allerdings 2000 mit 31,0% noch deutlich größer gewesen war > Tab. H3-10.

Ergebnisse von PISA 2003 und PISA nach 2006 nach Schularten: Über die bislang berichteten Länderwerte hinausgehend ist es interessant, die Ergebnisse weiter zu differenzieren, da die 15-jährigen Schülerinnen und Schüler in Berlin und Brandenburg an verschiedenen Schularten unterrichtet werden und diese sich möglicherweise in Bezug auf das Abschneiden bei PISA unterscheiden. In beiden Ländern werden bei PISA Stichproben der Schülerinnen und Schüler von Realschulen, Gesamtschulen sowie Gymnasien getestet, in Berlin auch von Hauptschulen.

Der Vergleich des Abschneidens der Schülerinnen und Schüler der verschiedenen Schularten sowie im Vergleich der Erhebungen von 2003 und 2006 zeigt über die Inhaltsbereiche hinweg ein ähnliches Muster. An den Gymnasien werden die höchsten

⁵ Bei PISA 2000 und 2003 gab es nur die Kompetenzstufen I bis V.

Punktzahlen erreicht und das Gymnasium ist auch diejenige Schulart, die sich über die Erhebungszeitpunkte hinweg am stärksten verbessern konnte. Die anderen Schularten haben sich hingegen kaum bzw. gar nicht verbessert oder sind sogar hinter ihren Leistungen zurückgeblieben. Die oben berichtete Verbesserung beider Länder geht somit vor allem auf den Leistungsanstieg an den Gymnasien zwischen 2003 und 2006 zurück.

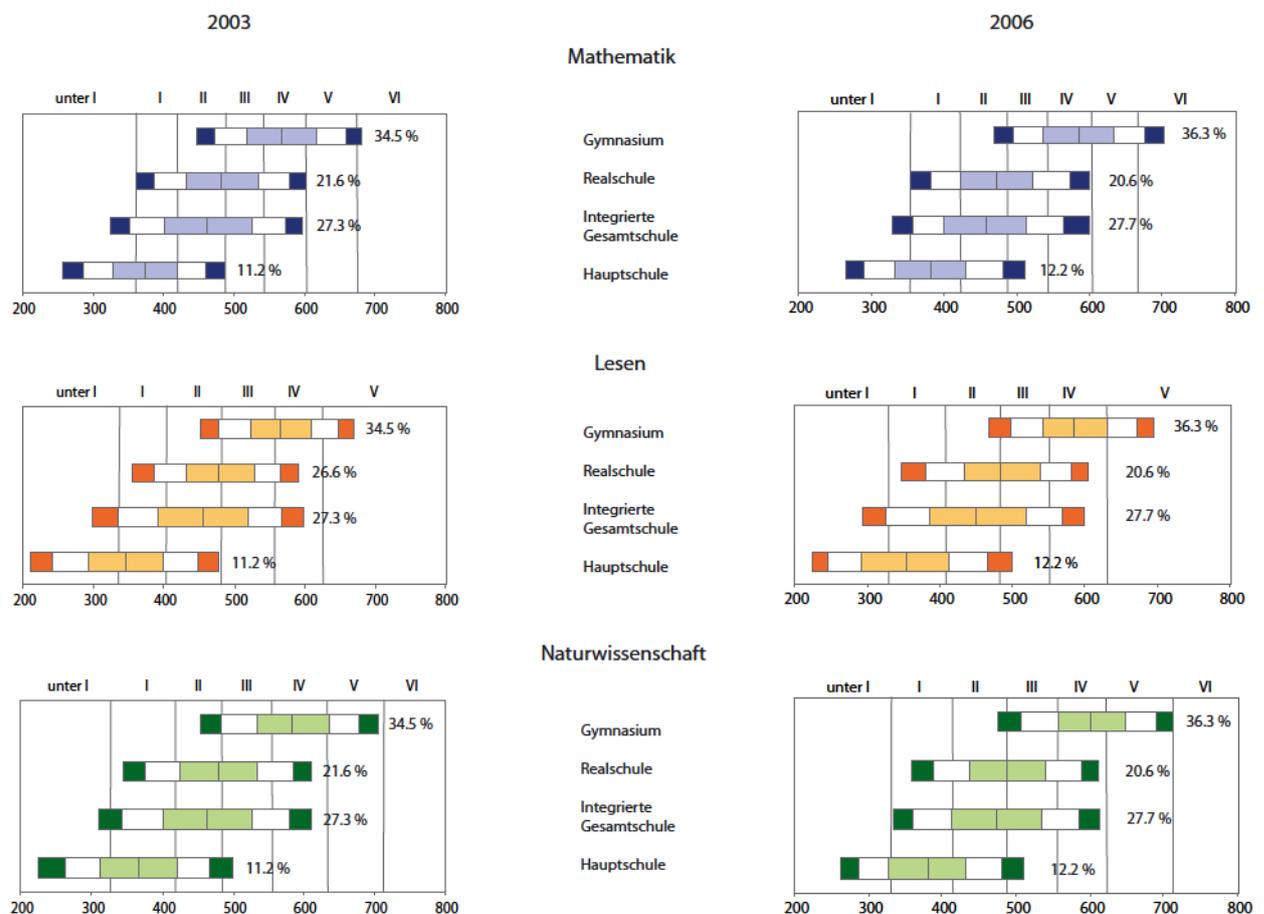
Über Inhaltsbereiche hinweg deutliche Unterschiede zwischen den Schularten

Die großen Unterschiede zwischen den Schularten lassen sich anhand der Darstellungen in Perzentilbändern⁶ verdeutlichen und zeigen sich in Berlin insbesondere im Vergleich der Gymnasien mit den Hauptschulen, zwischen deren Leistungsverteilungen es kaum Überlappungen gibt. So entsprechen die Leistungen der stärksten Hauptschülerinnen und -schüler in etwa den Leistungen der schwächsten Gymnasiastinnen und Gymnasiasten > Abb. H3-6, H3-7.

Die Real- und Gesamtschulen befinden sich bezüglich ihres Leistungsniveaus zwischen den Gymnasien und Hauptschulen. An den Gesamtschulen ist im Vergleich zu den anderen Schularten eine größere Leistungstreuung auszumachen, was darauf zurückzuführen ist, dass hier Schülerinnen und Schüler mit Haupt-, Real- und Gymnasialniveau an einer Schulart gemeinsam unterrichtet werden, die PISA-Ergebnisse aber nicht nach Kursniveaus differenziert berichtet werden.

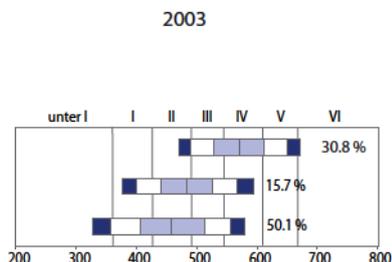
Berlin weist allgemein eine sehr hohe Leistungstreuung auf. Auf Brandenburg trifft dies lediglich auf den Bereich Mathematik zu > Abb. H3-6, H3-7.

H3-6 Perzentilbänder⁶ in den Domänen Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften nach Schularten in Berlin bei PISA 2003 und 2006 > Tab. H3-11

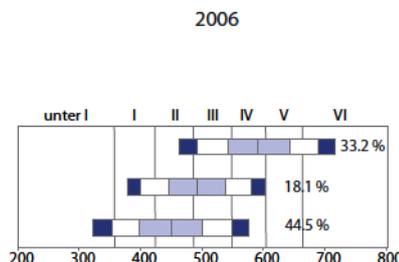


6 Die Prozentangaben in den Grafiken bezeichnen die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Schularten

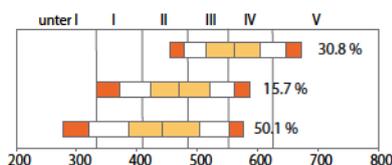
H3-7 Perzentilbänder⁷ in den Domänen Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften nach Schularten in Brandenburg bei PISA 2003 und 2006
 > Tab. H3-12



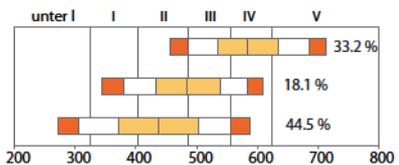
Mathematik



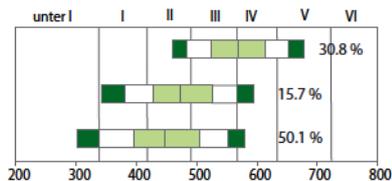
Lesen



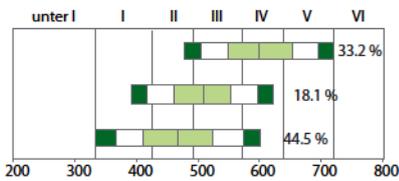
- Gymnasium
- Realschule
- Integrierte Gesamtschule



Naturwissenschaft



- Gymnasium
- Realschule
- Integrierte Gesamtschule



Zusammenhang zwischen Testleistung und sozialer Herkunft als Indikator für die Chancengerechtigkeit eines Bildungssystems

Testleistung und soziale Herkunft (Sozialgradient): Faktoren sozialer Herkunft > A stehen in einem bedeutsamen Zusammenhang mit schulischen Leistungen. Da sich die Schülerschaften der einzelnen Länder in ihrer sozialen Zusammensetzung erheblich unterscheiden, sind schon aus diesem Grund Differenzen in den Länderleistungsniveaus zu erwarten. Eine wichtige Frage ist es, wie hoch der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzstand der Schülerinnen und Schüler in den einzelnen Ländern ist. Der Sozialgradient als ein Indikator für Chancengerechtigkeit quantifiziert die Stärke dieses Zusammenhangs.

Der Sozialgradient ist 2006 in Berlin der zweithöchste aller Länder. In Brandenburg entspricht die Stärke des Zusammenhangs zwischen der sozialen Herkunft und den Leistungen der Schülerinnen und Schüler etwa dem Bundeswert. Allerdings ist der Sozialgradient zwischen 2000 und 2006 in Brandenburg bedeutsam angestiegen. Im Jahr 2000 hatte Brandenburg den niedrigsten Sozialgradienten im Ländervergleich aufgewiesen. Allerdings ist zu beachten, dass die soziale Heterogenität der Berliner Bevölkerung weitaus größer ist als die Brandenburgs, so dass sozial bedingte Bildungsunterschiede in Brandenburg weniger akzentuiert auftreten können.

⁷ Die Prozentangaben in den Grafiken bezeichnen die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Schularten

Die ELEMENT-Studie in Berlin

ELEMENT⁸ ist eine Längsschnittstudie, die die Lernentwicklung von Schülerinnen und Schülern in Deutsch und Mathematik über mehrere Jahre verfolgt hat (Lehmann & Lenkeit, 2008). Bei der letzten Erhebung konnten auch Englischleistungen erfasst werden. Zusätzlich zu den Leistungen der Schülerinnen und Schüler wurde eine Vielzahl von Merkmalen zu schulbezogenen Einstellungen und zum familiären Hintergrund erhoben. Die Rezeption der Studienergebnisse konzentrierte sich auf die Frage, ob der – im Vergleich zur regulären 6-jährigen Grundschulzeit – frühzeitige Übergang besonders leistungsstarker bzw. in Teilbereichen besonders talentierter Schülerinnen und Schüler nach der 4. Jahrgangsstufe auf ein sogenanntes grundständiges Gymnasium bei diesen Kindern zu einer verbesserten Leistungsentwicklung führt.

Anlage der Untersuchung und Datenbasis: Die Erhebung erfolgte in drei Wellen in den Jahren 2003 bis 2005. Die Ausgangsstichprobe umfasste rund 3.300 Berliner Grundschülerinnen und -schüler am Ende der Jahrgangsstufe 4 (140 Klassen aus 71 Schulen) und alle 1.700 Schülerinnen und Schüler des 5. Jahrgangs der grundständigen Gymnasien (59 Klassen aus 31 Schulen). Die Folgeerhebungen fanden jeweils zum Schuljahrsende statt, als sich die Schülerkohorte in der 5. und 6. Jahrgangsstufe befand. Wie bei allen Längsschnittstudien kam es im Laufe der Zeit zu Ausfällen, insbesondere die Zusatzerhebungen. Z. B. zu den häuslichen Rahmenbedingungen, betrafen, aber bei ELEMENT insgesamt relativ gering waren. So nahmen an der dritten Erhebung wiederum alle 71 Grundschulen und 31 grundständigen Gymnasien mit insgesamt 4.664 Schülerinnen und Schülern aus 193 Klassen teil.

Diejenigen 7% der Schülerschaft eines Jahrgangs, die an grundständige Gymnasien übergehen > D4, stellen eine hoch ausgelesene Teilgruppe dar, denn der vorzeitige Übergang ans Gymnasium ist an spezielle Zugangsbedingungen geknüpft.^{M4} Die Berliner grundständigen Gymnasialklassen sind aufgrund dieser Auswahlmechanismen sozial und leistungsmäßig wesentlich homogener als die entsprechenden Grundschulklassen der 5. und 6. Jahrgangsstufe. Sie sind auch homogener als die jeweils in Jahrgangsstufe 7 beim regulären Übergang aus der Grundschule entstehenden Gymnasialklassen. Effekte differenzieller Leistungsentwicklung in dieser hoch selektierten Gruppe der grundständigen Gymnasialschülerinnen und -schüler sind daher nur sehr bedingt als Programmeffekte der Schulform Gymnasium an sich zu interpretieren.

Ergebnisse der ELEMENT-Studie: Sowohl in den Grundschulen als auch in den grundständigen Gymnasialklassen haben die Kenntnisse und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler hinsichtlich des Lese- und Mathematikverständnisses im Verlauf der Untersuchung bis zur Jahrgangsstufe 6 teilweise beträchtlich zugenommen.⁹ In den grundständigen Gymnasialklassen sind gleich zu Beginn der fünften Klasse im Durchschnitt höhere Leistungen zu beobachten als in den altersgleichen Grundschulklassen. Schülerinnen und Schüler mit besonders niedrigem Kompetenzstand sind dort kaum anzutreffen, d. h. der Unterricht kann in den grundständigen Gymnasialklassen auf einem höheren Leistungsniveau beginnen als an den Grundschulen.

In den Grundschulen, zu deren Aufgaben es u. a. gehört, die besonders schwachen Schülerinnen und Schüler zu fördern, sind kompensatorische Erfolge im Leseverständnis erkennbar: Der Leistungszuwachs ist absolut betrachtet etwas höher als in den grundständigen Gymnasialklassen.

Grundschulen fördern leistungsschwächere Schüler in besonderem Maße

⁸ ELEMENT steht für Erhebung zum Lese- und Mathematikverständnis / Entwicklungen in den Jahrgangsstufen 4 bis 6 in Berlin.

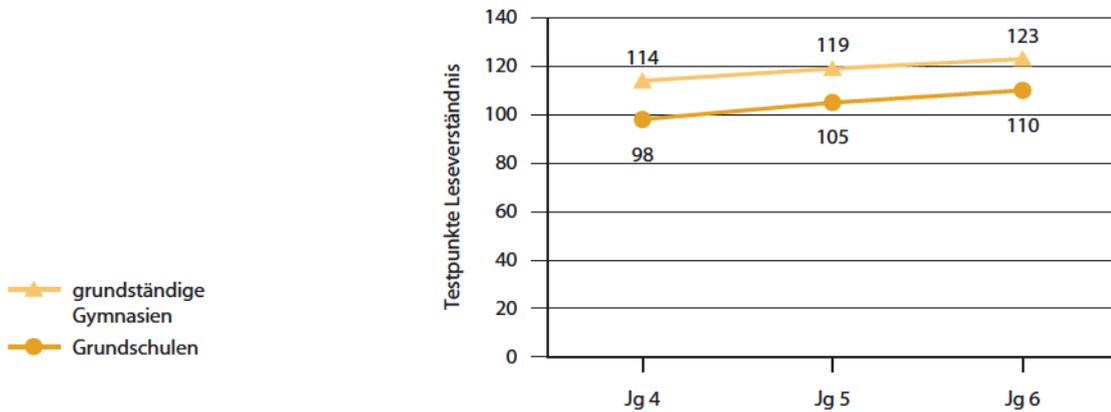
⁹ In Englisch liegen keine Entwicklungsbefunde vor, da Daten nur zum dritten Erhebungszeitpunkt erfasst wurden. Im Vergleich der Schularten sind hier ähnliche Leistungsabstände festzustellen wie in Deutsch und in Mathematik.

**Parallele Lernfortschritte
in Grundschulen und grund-
ständigen Gymnasien**

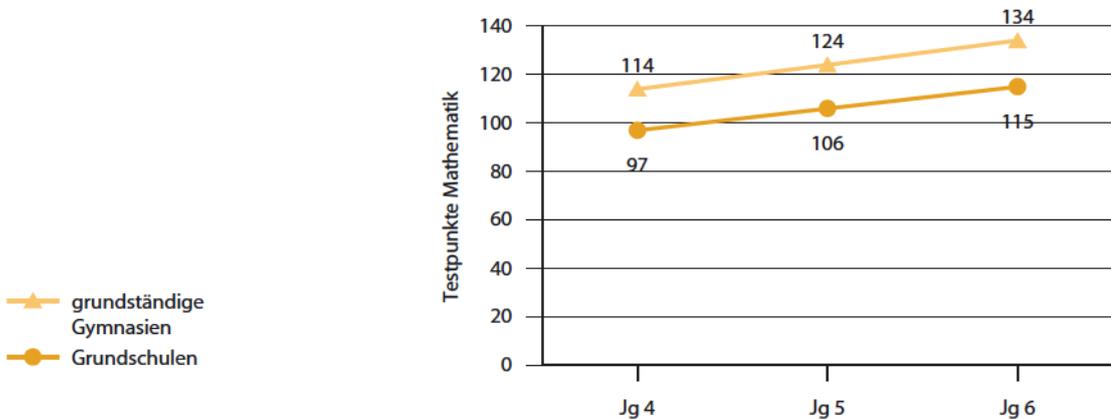
In Mathematik sind die Lernfortschritte in den grundständigen Gymnasialklassen etwas höher, beschränken sich aber auf eine relativ kleine Gruppe innerhalb der Gymnasialschülerinnen und -schüler. Die Unterschiede hinsichtlich der Lernfortschritte sind gemessen am mittleren Leistungsniveau der beiden Gruppen gering. Insgesamt entwickelt sich das mittlere Leistungsniveau der Grundschülerinnen und -schüler im Leseverständnis und in Mathematik fast im selben Maße wie das der grundständigen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, d. h. über die Zeit öffnet sich keine „Leistungsschere“ zwischen den beiden Gruppen > Abb. H4-1, H4-2.

Betrachtet man allerdings die Lernentwicklungen der Schülerinnen und Schüler differenziert nach verschiedenen Leistungsstufen, so sind größere Unterschiede zu entdecken. Dabei schneiden die Grundschulen im Hinblick auf die Kompensation von Lernrückständen vor allem im unteren Segment – wenn auch in Deutsch und Mathematik unterschiedlich akzentuiert – besonders positiv ab.

H3-8 Durchschnittliche Lernstände im Leseverständnis (in Punkten) von Berliner Schülerinnen und Schülern in Grundschulen und grundständigen Gymnasien zu drei Erhebungszeitpunkten > Tab. H3-11



H3-9 Durchschnittliche Lernstände in Mathematik (in Punkten) von Berliner Schülerinnen und Schülern in Grundschulen und grundständigen Gymnasien zu drei Erhebungszeitpunkten > Tab. H3-11



Im Laufe der zwei Schuljahre verändern sich die Leistungsunterschiede (Leistungsheterogenität) innerhalb der beiden Schulformen auf unterschiedliche Weise. In den Grundschulen nähern sich die Leistungen der Kinder im Leseverständnis einander an, in Mathematik dagegen nehmen die Leistungsunterschiede zu. In den grundständigen Gymnasialklassen gibt es diesbezüglich keine klare Tendenz.

Die Analyse, welche Merkmale in besonders engem Zusammenhang mit dem frühzeitigen Übergang in grundständige Gymnasialklassen stehen, stellte als wichtige Faktoren die allgemeinen kognitiven Lernvoraussetzungen und die Fachleistungen fest. Es bemühen sich vornehmlich Eltern solcher Kinder um einen vorzeitigen Übergang aufs Gymnasium, die zuvor in der Grundschule besonders hohe Kompetenzniveaus erreicht haben > D4. Dabei wechseln Mädchen bei gleichen Lernvoraussetzungen etwas häufiger an grundständige Gymnasien als Jungen. Es zeigt sich ein Zusammenhang zwischen der Bildungsnähe sowie dem Ausbildungsabschluss der Eltern und einem vorzeitigen Übergang.

Hinsichtlich des Zusammenhangs von Fachleistungen und familiärem Hintergrund zeigt die Gegenüberstellung von Bildungsabschluss der Eltern und Lernentwicklung einen durchgängigen Zusammenhang zwischen der Fachleistung und der Bildungsnähe des Elternhauses und bestätigt somit die bisherigen nationalen und internationalen Befunde (PISA-Konsortium Deutschland, 2008). Hinsichtlich der Entwicklungsverläufe zeigen Grundschulkindern aus bildungsfernen Elternhäusern vor allem Leistungszuwächse im Leseverständnis, aber nicht in Mathematik.

Kinder mit Migrationshintergrund^{M5} sind in der Grundschule und in den grundständigen Gymnasialklassen in unterschiedlichem Maße vertreten sowie in unterschiedlicher Zusammensetzung hinsichtlich ihrer Herkunftsländer. Die Unterschiede zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund sind an den Grundschulen im Bereich Leseverständnis zu Beginn der Studie ausgesprochen groß; allerdings gelingt es im Untersuchungszeitraum, diese nennenswert zu reduzieren. An den Gymnasien hingegen sind die Differenzen zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund von Beginn an eher unbedeutend.

Zur Frage der Korrelation zwischen den erreichten Fachleistungen und Merkmalen des Herkunftsmilieus (Schulabschluss der Eltern und Bücherbestand zu Hause) stellt die Studie keine Entkopplungseffekte fest.

Statistische Re-Analysen des ELEMENT-Datensatzes (Baumert, Becker, Neumann & Nikolova, Manuskript in Begutachtung) unterstreichen das bildungspolitisch interessante Ergebnis, dass die Entwicklungsverläufe sehr guter Schülerinnen und Schüler in der Grundschule und den grundständigen Gymnasien sich parallel gestalten. Dieser Befund wird von den Autoren nicht nur für die relativ unterrichtsunabhängige Domäne Lesen, sondern auch für Mathematik festgestellt. Insbesondere das Ausbleiben positiv-differenzieller Effekte der Schnellläuferangebote gibt Anlass zu konzeptioneller Reflexion dieser Programme.

Keine Entkopplung von sozialer Herkunft und Fachleistung in beiden Schulformen

Methodische Erläuterungen

> **M1: Kompetenzstufen** (I) Dekodieren von Wörtern und Sätzen; (II) explizit angegebene Einzelinformationen im Text identifizieren; (III) relevante Einzelheiten und Informationen im Text auffinden und miteinander in Beziehung setzen; (IV) zentrale Handlungsabläufe auffinden und die Hauptgedanken des Textes erfassen und erläutern und (V) Abstrahieren, Verallgemeinern und Präferenzen begründen.

> **M2: PISA-Teilnehmerländer** An PISA (2006) teilnehmende Staaten: Finnland, Kanada, Japan, Neuseeland, Australien, Niederlande, Korea, Deutschland, Vereinigtes Königreich, Tschechische Republik, Schweiz, Österreich, Belgien, Irland, Ungarn, Schweden, Polen, Dänemark, Frankreich, Island, USA, Slowakische Republik, Spanien, Norwegen, Luxemburg, Italien, Portugal, Griechenland, Türkei, Mexiko.

> **M3: Perzentilbänder** stellen Verteilungen von Daten vergleichend dar. Bei der Darstellung in Perzentilbändern werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anhand der Perzentilwerte 5, 25, 50, 75 und 95 eingeteilt, welche angeben, wie hoch die erreichte Punktzahl an einer bestimmten Stelle der Verteilung ist. Bei einem Perzentilwert von 95 kann man somit den Punktwert ablesen, ab welchem die besten 5% der Schülerschaft beginnen. Die Perzentilwerte 75 und 25 kennzeichnen das obere und untere Viertel der Schülerschaft und zeigen die Spannweite der mittleren 50% um den Mittelwert, welcher durch einen senkrechten Strich markiert ist.

> **M4: Grundständige Gymnasien** Zu den institutionellen Voraussetzungen, um Gymnasialklassen ab der fünften Jahrgangsstufe einzurichten, zählen altsprachliche oder bilinguale Schwerpunkte im Schulprofil oder Schnellläuferklassen, in denen das Abitur in zwölf Jahren erreicht werden kann, während zum Zeitpunkt der ELEMENT-Untersuchung noch dreizehn Jahre die Regel darstellten.

> **M5: Migrationshintergrund in der ELEMENT-Studie** Die ELEMENT-Studie ist eine auf Berlin beschränkte Längsschnitterhebung, in der zu drei Zeitpunkten die Mathematik- und Lesekompetenzen von Grundschulkindern gemessen wurden. Die Definition des Merkmals Migrationshintergrund wechselte von der zweiten zur dritten Erhebung. In der dritten Erhebung wurden vier Kategorien unterschieden: (1) Schülerinnen und Schüler, bei denen mindestens ein Elternteil in Deutschland geboren und deren Erstsprache Deutsch ist, (2) Kinder, bei denen höchstens ein Elternteil in Deutschland geboren und deren Erstsprache eine andere als Deutsch ist, (3) Kinder, deren Eltern beide im Ausland geboren sind und deren Erstsprache eine andere als Deutsch und (4) Kinder, deren Eltern beide im Ausland geboren sind und deren Erstsprache Deutsch ist.

H4 Vergleichsarbeiten

Vergleichsarbeiten¹ bilden ein weiteres Element des Qualitätssicherungssystems, welches im KMK-Beschluss zum Bildungsmonitoring festgeschrieben wurde > [Einleitung H](#). Vergleichsarbeiten orientieren sich an dem länderübergreifenden Kompetenzmodell der Bildungsstandards und ermöglichen den Lehrkräften einen „externen“ Blick auf das Leistungsprofil der einzelnen Schülerinnen und Schüler sowie der Klasse insgesamt. Mit Hilfe der Vergleichsarbeiten können Stärken und Schwächen der Lernenden auch in Hinblick auf einzelne Inhaltsbereiche und Aufgaben analysiert werden.

Vergleichsarbeiten geben den Lehrkräften somit einen Einblick in die Erträge des Unterrichts sowie deren Entwicklung im zeitlichen Verlauf, sie liefern Hinweise zur gezielten Förderung der Schülerinnen und Schüler und leisten auf diese Weise einen potenziellen Beitrag zur Verbesserung des Unterrichts.

Neben ihrer Orientierung an den Bildungsstandards zeichnen sich Vergleichsarbeiten dadurch aus, dass sie jährlich und flächendeckend an allen öffentlichen Schulen durchgeführt werden. Schulen in privater Trägerschaft können auf Wunsch an den Vergleichsarbeiten teilnehmen. Eltern und Lehrkräfte erhalten differenzierte Rückmeldungen über die Leistungsstände der Schülerinnen und Schüler und den Förderbedarf der Klasse.

Vergleichsarbeiten liefern Hinweise für die gezielte Förderung und die Unterrichts- und Schulentwicklung

Vergleichsarbeiten in der Jahrgangsstufe 3 (VERA 3)

An den Grundschulen in Berlin und Brandenburg wurden seit dem Schuljahr 2004/05 an allen öffentlichen Schulen Vergleichsarbeiten bzw. Orientierungsarbeiten am Ende der Jahrgangsstufe 2 (VG2/OA2) und zu Beginn der Jahrgangsstufe 4¹ (VERA 4) in Mathematik und Deutsch verpflichtend durchgeführt. Mit dem Beschluss der KMK, in allen Ländern eine einheitliche Vergleichsarbeit in der Primarstufe einzuführen, wurden seit dem Schuljahr 2007/08 in Berlin und Brandenburg die VG2/OA2 und VERA4 durch eine Vergleichsarbeit am Ende der Jahrgangsstufe 3 (VERA 3) ersetzt.

VERA 3 umfasst die beiden Fächer Deutsch und Mathematik, wobei die getesteten Teilbereiche pro Fach über die Jahre variieren. Die Entwicklung der Tests für VERA 3 erfolgt in Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen² der Erziehungswissenschaften, Fachdidaktik und Psychologie mit Lehrkräften aller Bundesländer. Bei der Testentwicklung werden mehr Aufgaben entwickelt als eingesetzt werden können, um diese in Vorstudien (sogenannten Pilotierungen) erproben und eine Auswahl geeigneter Aufgaben treffen zu können. Pro Fach umfassen die Tests Aufgaben mehrerer Inhaltsbereiche und verschiedener Schwierigkeitsgrade, um Schülerleistungen verschiedener Leistungsniveaus differenziert erfassen zu können.

Entwicklung und Erprobung von VERA in Zusammenarbeit von Wissenschaft und Lehrkräften

In Berlin und Brandenburg koordiniert das Institut für Schulqualität (ISQ) die Erhebung, unterstützt die Schulen bei der internetbasierten Dateneingabe und fasst die zentralen Ergebnisse pro Land in einem Bericht zusammen, welcher den Schulen zugesandt und auf den Internetseiten des ISQ zum Download bereitgestellt wird (Kuhl & Harych, 2008 a, b).

Zudem meldet das ISQ die Ergebnisse von VERA 3 hinsichtlich der Lösungsanteile der Klasse sowie der einzelnen Schülerinnen und Schüler an die Lehrkräfte und Eltern pro Inhaltsbereich zurück. Zusätzlich wird bei VERA 3 für jeden Inhaltsbereich zurückgemeldet, welches Fähigkeitsniveau jedes Kind erreicht hat, wobei drei Fähigkeits-

Rückmeldung der Lösungsanteile und Fähigkeitsniveaus an Eltern und Lehrkräfte

¹ Die Aufgaben wurden von Wissenschaftlern des ISB (Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung München) für VA 2/OA2 bzw. der Universität Koblenz-Landau für VERA4 gemeinsam mit Lehrkräften entwickelt, in Stichproben getestet und normiert.

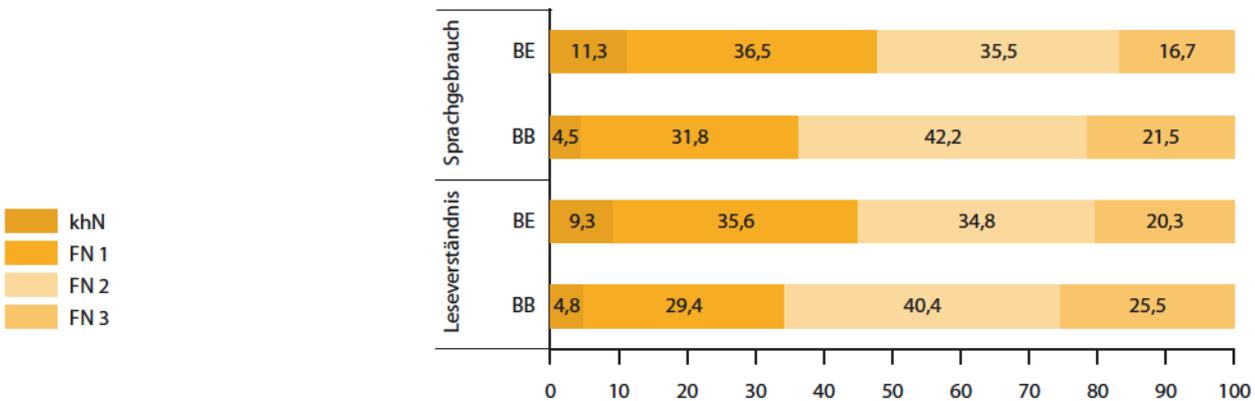
² Die Aufgaben von VERA 3 in den Schuljahren 2007/08 und 2008/09 werden von Lehrkräften gemeinsam mit Wissenschaftlern der Universität Koblenz-Landau entwickelt, getestet und normiert. Ab dem Durchgang 2009/10 geht die Aufgabenentwicklung für VERA 3 an das IQB (Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen) in Berlin über.

Mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler mit erweiterten oder fortgeschrittenen Fähigkeiten in Deutsch

niveaus unterschieden werden³. Schülerinnen und Schüler auf FN1 sind in der Lage, grundlegende Aufgaben mit hinreichender Sicherheit zu lösen, auf FN2 werden auch Aufgaben mittlerer Schwierigkeit mit hinreichender Sicherheit gelöst. Schülerinnen und Schüler auf FN3 sind schließlich auch fähig, Aufgaben zu lösen, die fortgeschrittene Fähigkeiten erfordern.

Bei VERA 3 im Schuljahr 2007/08 umfasste der Deutstest drei Texte mit Aufgaben zu den Inhaltsbereichen Leseverständnis und Sprache & Sprachgebrauch untersuchen. In Berlin und Brandenburg erreichten 55%^{BE} bzw. 65%^{BB} der Schülerschaft im Leseverständnis das Fähigkeitsniveau 2 oder 3 und hatten somit erweiterte oder fortgeschrittene Fähigkeiten gezeigt. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch für den Inhaltsbereich Sprache & Sprachgebrauch untersuchen, mit welchem die Fähigkeit des Umgangs mit Sprache erfasst wird > Abb H4-1.

H4-1 Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Fähigkeitsniveaus im Fach Deutsch bei VERA 3 im Schuljahr 2007/08 in % > Tab. H4-1



Deutliche Leistungsunterschiede zwischen den Inhaltsbereichen in Mathematik

Im Fach Mathematik wurden zum Ende des Schuljahres 2007/08 in der dritten Jahrgangsstufe die Inhaltsbereiche Zahlen & Operationen, Muster & Strukturen und Raum & Form getestet (Kuhl & Harych, 2008 a, b). Beim Vergleich der Verteilungen der Berliner und Brandenburger Schülerinnen und Schüler auf die Fähigkeitsniveaus zeigen sich große Unterschiede zwischen den verschiedenen Inhaltsbereichen > Abb H4-2.

Während die große Mehrheit der Schülerinnen und Schüler im Inhaltsbereich Raum & Form mit FN2 oder FN3 erweiterte bzw. fortgeschrittene Fähigkeiten zeigt (BE: 69%, BB: 82%), gelingt dies im Bereich Zahlen & Operationen in Berlin und Brandenburg nur 52%^{BE} bzw. 60%^{BB}. Im Bereich Muster & Strukturen, welcher nicht als separates Themenfeld in den Berliner und Brandenburger Rahmenlehrplänen verankert ist, gelingt es knapp einem Drittel der Schülerinnen und Schüler nicht, das FN2 zu erreichen.

³ Zusätzlich zu den 3 Fähigkeitsniveaus gab es noch einen Bereich (khN, kein hinreichender Nachweis für FN1), welchem Schülerinnen und Schüler zugeordnet wurden, wenn ihre Leistungen nicht ausreichten, um eine Zuordnung zu FN 1 zu gewährleisten.

H4-2 Verteilungen der Schülerinnen und Schüler auf die Fähigkeitsniveaus im Fach Mathematik bei VERA 3 im Schuljahr 2007/08 in % > Tab. H4-1



Differenziert man die Ergebnisse von VERA 3 nach Geschlecht, so zeigen sich geringe Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen > Tab H4-2. In den beiden Inhaltsbereichen im Fach Deutsch schneiden Mädchen durchschnittlich etwas besser ab als Jungen, in Mathematik zeigte sich in allen drei Inhaltsbereichen das Gegenteil.

Deutlichere Unterschiede als nach Geschlecht wurden bei der Differenzierung nach dem Migrationshintergrund deutlich. Dieser wurde im Rahmen von VERA 3 mithilfe der Angabe der Lehrkraft zur Verkehrssprache des Kindes zu Hause erhoben. Während die Unterschiede zwischen Kindern deutscher und nichtdeutscher Herkunft in Brandenburg relativ gering ausfielen, waren sie in Berlin deutlich. Schülerinnen und Schüler deutscher Herkunft schnitten in allen Inhaltsbereichen von VERA 3 durchschnittlich besser ab als Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunft > Tab H4-3.

Für Berlin und Brandenburg regionalisiert werden die Ergebnisse zum Inhaltsbereich Leseverständnis beispielhaft dargestellt. Die Lesekompetenz von Schülerinnen und Schülern gilt als eine wichtige Schlüsselkompetenz für den Wissenserwerb in der Grundschule und das lebenslange Lernen (Bos et al., 2004). Bei den Berliner Bezirken sowie den Brandenburger Mittelbereichen werden erhebliche Unterschiede in den Anteilen der Schülerinnen und Schüler auf FN 3 deutlich, d. h. der Schülerinnen und Schüler mit fortgeschrittenen Fähigkeiten im Lesen > Abb. H4-3.

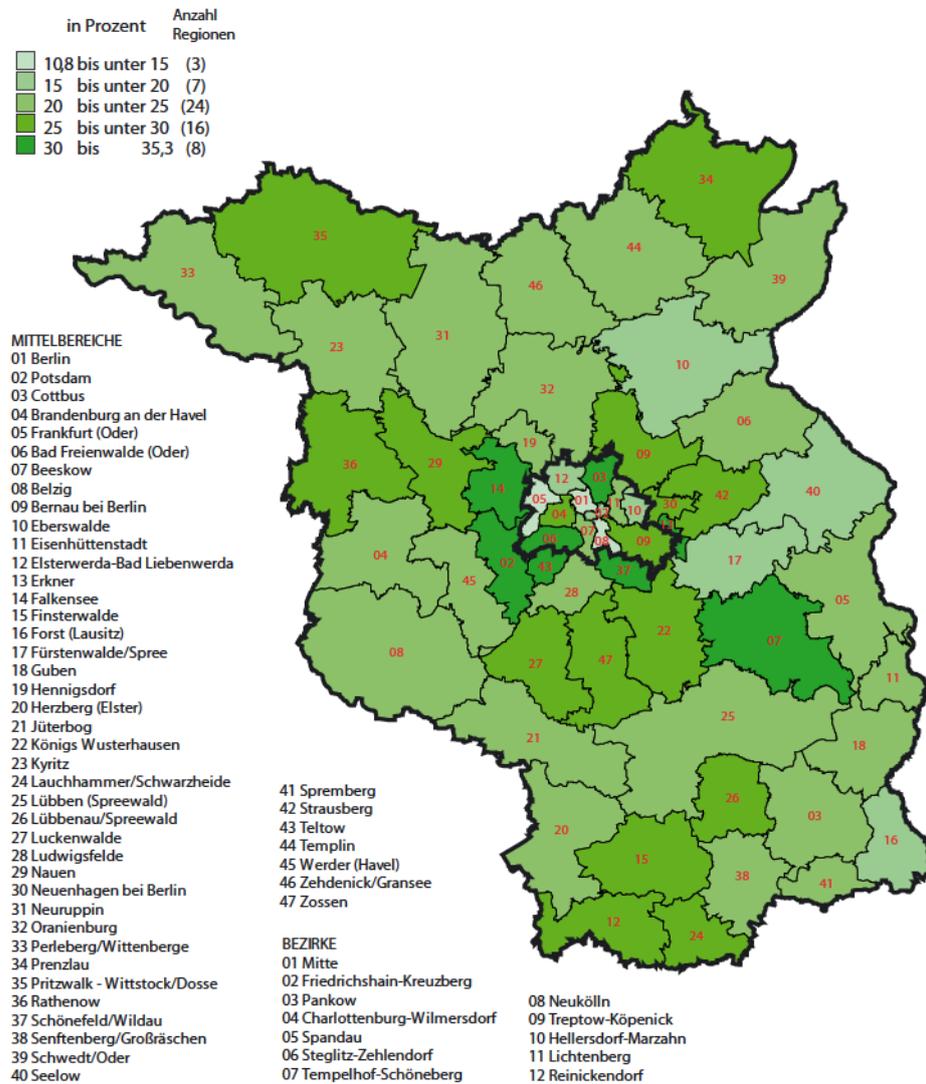
Hohe Anteile von Schülerinnen und Schülern auf FN 3 weisen innerhalb von Berlin vor allem die Bezirke Pankow und Steglitz-Zehlendorf auf. Regionen mit einem hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern auf FN3 finden sich in Brandenburg vor allem in den Randregionen Berlins, aber auch im Mittelbereich Beeskow.

Geringe Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen

In Berlin in allen Inhaltsbereichen deutlich bessere Leistungen der Schülerinnen und Schüler deutscher Herkunft

Erhebliche regionale Leistungsunterschiede in der Metropolregion

H4-3 Anteil der Schülerinnen und Schüler auf Fähigkeitsniveau 3 im Leseverständnis bei VERA 3 2007/08 nach Berliner Bezirken und Brandenburger Mittelbereichen > Tab. H4-4

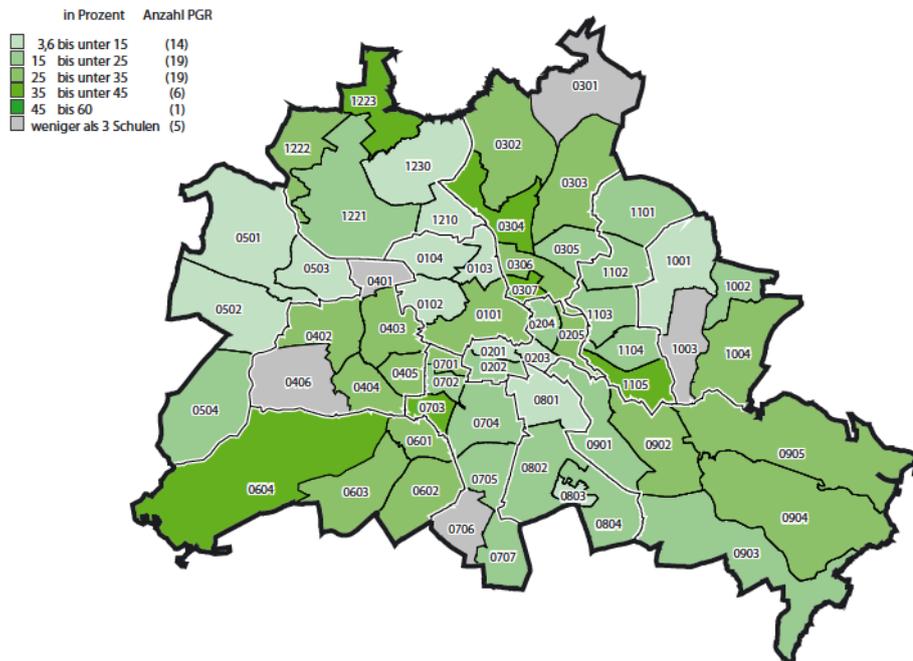


Während die Anteile der Schülerinnen und Schüler in > Abb. H4-3 für Berlin auf der Ebene der 12 Bezirke dargestellt wurden, gibt > Abb. H4-4 ein differenzierteres Bild der Anteile der Schülerschaft auf FN3 in den Berliner Prognoseräumen.

Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in Berlin variieren erheblich, was sich an den großen Differenzen zwischen den Prognoseräumen zeigt. Verdeutlicht man die Darstellungen für Berlin darüber hinaus nach dem Migrationshintergrund der Schülerinnen und Schüler > Abb. 2 und Abb. 4 (im Anhang E) zeigen sich relativ geringe Anteile von Schülerinnen und Schülern auf FN3 häufig in den Regionen, in denen sich auch hohe Anteile von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund fanden > A3. In diesen Regionen finden sich deutlich höhere Anteile von Schülerinnen und Schülern, die über nicht hinreichende oder nur grundlegende Lesekompetenzen verfügen (vgl. Kuhl & Harych, 2008 a).

Lesekompetenzen Berliner Schülerinnen und Schüler variieren bezirklich erheblich

H4-4 Anteil der Schülerinnen und Schüler auf Fähigkeitsniveau 3 im Leseverständnis bei VERA 3 2007/08 nach Berliner Prognoseräumen (PGR)



Die Ergebnisse von VERA 3 lassen sich regionalisiert nicht nur nach dem Anteil der starken Schülerinnen und Schüler auf FN3 verdeutlichen, sondern können auch anhand der Schülerinnen und Schüler verdeutlicht werden, die mit dem Fähigkeitsniveau khN oder FN1 höchstens grundlegende Fähigkeiten im Lesen gezeigt hatten > Abb. 3, Abb. 5 und Abb. 6 (im Anhang E). Der Vergleich der Regionen nach dem Anteil starker bzw. schwacher Schülerinnen und Schüler zeigt in vielen Fällen ein komplementäres Bild. Regionen, in denen ein hoher Anteil der Schülerinnen und Schüler im Leseverständnis das höchste Fähigkeitsniveau FN 3 erreicht hatte, gehören häufig zu den Regionen, in denen ein geringer Anteil der Schülerschaft Leistungen auf maximal FN 1 zeigt.

Vergleichsarbeiten in der Jahrgangsstufe 8 (VERA 8)

Zusätzlich zur Einführung der bundesweit einheitlichen Vergleichsarbeiten am Ende der Jahrgangsstufe 3 wurden im Schuljahr 2007/08 erstmals auch Vergleichsarbeiten in der 8. Jahrgangsstufe durchgeführt⁴ (VERA 8). Neben Berlin und Brandenburg nahmen 10 weitere Bundesländern an diesem diagnostischen Test teil. Da die Teilnahme an VERA 8 in diesem ersten Durchgang im Fach Mathematik freiwillig war, kann über das landesweite Abschneiden der Berliner und Brandenburger Schülerinnen und Schüler noch keine valide Aussage getroffen werden. VERA 8^{M5} wird im Fach Mathematik ab dem Schuljahr 2008/09 in beiden Ländern für öffentliche Schulen verpflichtend durchgeführt. Schulen in Berlin und Brandenburg können im März 2009 auf freiwilliger Basis an den Vergleichsarbeiten in der ersten Fremdsprache (Englisch oder Französisch) teilnehmen, Brandenburger Schulen haben zusätzlich die Möglichkeit, freiwillig auch an Vergleichsarbeiten im Fach Deutsch teilzunehmen.

Seit 2007/08 mit VERA 8
auch Vergleichsarbeiten in
der Sekundarstufe I

⁴ Die Aufgaben werden von Lehrkräften gemeinsam mit Wissenschaftlern unter Koordination des IQB (Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen) entwickelt. Sie entsprechen den Anforderungen der bundesweit geltenden Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz.

>> **Ausblick und Zusammenfassung**

Als Reaktion auf das Abschneiden Deutschlands in internationalen Schulleistungsstudien wurden nicht nur länderübergreifende Maßnahmen des Bildungsmonitorings beschlossen, sondern in Berlin und Brandenburg darüber hinaus auch weitere Maßnahmen der Qualitätssicherung implementiert, die sich in die generelle Umorientierung von der Input- zur Outputsteuerung einfügen.

Berlin und Brandenburg haben mit dem Orientierungs- bzw. Handlungsrahmen Qualitätsmerkmale festgeschrieben, die die schulische Qualität in den Ländern definieren und sichern sollen und u. a. mithilfe der Schulinspektion und -visitation in den Einzelschulen geprüft werden. In der Metropolregion wird der erste Inspektionszyklus in Kürze abgeschlossen sein, d. h. jede Schule wird sich dem Verfahren gestellt haben. Die Ergebnisse der bisherigen Inspektionen bzw. Visitationen zeigten über die Schulen hinweg Stärken und Schwächen der Schulsysteme beider Länder auf.

Weitere Eckpfeiler des Bildungsmonitorings stellten die Teilnahmen Deutschlands an den internationalen Schulleistungsstudien IGLU und PISA dar sowie deren nationale Erweiterungsstudien, die einen Vergleich der Bundesländer ermöglichten. Die Ergebnisse aus dem Jahr 2006, welche Ende 2008 veröffentlicht wurden, zeigten eine deutliche Steigerung Brandenburgs bei IGLU im Vergleich zu 2001 und für beide Länder bei PISA im Vergleich mit 2003. In Berlin und Brandenburg fanden sich relativ viele Schülerinnen und Schüler auf einem sehr hohen Kompetenzniveau, aber auch viele Risikoschülerinnen und -schüler, die am Ende der Klasse 4 (IGLU) bzw. als 15-Jährige (PISA) nicht in der Lage sind, grundlegende Fähigkeiten in den Testbereichen zu zeigen. Künftig wird sich das öffentliche und wissenschaftliche Interesse verstärkt diesen Schülerinnen und Schülern zuwenden, da sie nicht ausreichend für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn vorbereitet sind.

In den kommenden Jahren wird sich Deutschland auch weiterhin an den internationalen Schulleistungsstudien beteiligen. Auf Beschluss der KMK werden die nationalen Erweiterungen künftig durch die Überprüfungen der Bildungsstandards durch das IQB ersetzt, welche in einem fünfjährigen Zyklus einen Vergleich der Leistungsfähigkeit der Schulsysteme der Länder ermöglichen werden.

Schließlich wurde von der KMK beschlossen, in der Primarstufe in Jahrgangsstufe 3 und in der Sekundarstufe in Jahrgangsstufe 8 flächendeckende, bundesweit einheitliche und jährlich stattfindende Vergleichsarbeiten einzuführen (VERA 3, VERA 8). Diese haben zum Ziel, Unterrichts- und Schulentwicklung zu fördern und sollen der Lehrkraft, den Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern eine Diagnose des Leistungsstandes in den Kernfächern ermöglichen. Der Erfolg dieses Instruments der Qualitätsentwicklung wird zum einen davon abhängen, inwiefern Lehrkräfte diagnostisch interpretierbare und als nützlich wahrgenommene Leistungsrückmeldungen erhalten. Zum anderen müssen sie auch über Freiräume verfügen können, als notwendig erkannte Veränderungen ihres Unterrichtshandelns im Schulalltag erproben zu können.

Zeichenerklärung in den Tabellen

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

- = nichts vorhanden
- 0 = Zahlenwert größer als null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
- / = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
- (n) = Aussagewert eingeschränkt, da die Stichprobe sehr klein ist
- = keine Daten verfügbar
- X = Kategorie nicht zutreffend
- x() = die Daten sind in einer anderen Kategorie oder Spalte der Tabelle enthalten

Tab. A1-1 Bisherige und voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerungszahl in Berlin nach Altersgruppen

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren										67 - und älter
		unter 3	3 - 6	6 - 10	10 - 16	16 - 19	19 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 55	55 - 67	
- in 1 000 -												
1995	3 471,4	85,0	97,3	153,9	223,3	104,0	231,7	305,7	354,1	1 014,5	486,2	415,8
2000	3 382,2	86,9	81,6	107,4	213,9	108,1	248,2	232,5	301,9	1 039,5	545,4	416,8
2005	3 395,2	85,6	82,4	106,6	163,7	108,1	260,8	253,7	240,5	1 086,8	516,0	490,9
2006	3 404,0	86,8	81,6	107,4	155,6	105,4	261,4	261,2	236,6	1 087,2	509,4	511,5
2007	3 416,3	88,9	82,8	106,6	154,4	97,3	263,2	267,1	239,5	1 082,9	498,8	534,7
- Vorausrechnung in 1 000 -												
2010	3 412,8	85,1	84,9	105,2	152,9	77,9	254,9	264,7	256,3	1 060,9	477,3	592,8
2015	3 417,7	84,1	83,6	108,0	152,8	77,7	213,2	262,7	263,8	1 036,4	512,8	622,7
2020	3 410,4	81,1	81,7	106,1	155,0	77,2	211,2	231,8	260,6	978,4	563,7	663,5
2025	3 392,8	77,9	78,5	102,9	152,2	77,8	212,0	229,8	236,1	947,7	581,8	696,1
2030	3 367,2	76,2	75,9	98,8	147,7	76,7	211,7	229,0	233,7	934,8	528,7	754,1
- in Prozent -												
1995	100,0	2,4	2,8	4,4	6,4	3,0	6,7	8,8	10,2	29,2	14,0	12,0
2000	100,0	2,6	2,4	3,2	6,3	3,2	7,3	6,9	8,9	30,7	16,1	12,3
2005	100,0	2,5	2,4	3,1	4,8	3,2	7,7	7,5	7,1	32,0	15,2	14,5
2006	100,0	2,5	2,4	3,2	4,6	3,1	7,7	7,7	7,0	31,9	15,0	15,0
2007	100,0	2,6	2,4	3,1	4,5	2,8	7,7	7,8	7,0	31,7	14,6	15,7
- Vorausrechnung in Prozent -												
2010	100,0	2,5	2,5	3,1	4,5	2,3	7,5	7,8	7,5	31,1	14,0	17,4
2015	100,0	2,5	2,4	3,2	4,5	2,3	6,2	7,7	7,7	30,3	15,0	18,2
2020	100,0	2,4	2,4	3,1	4,5	2,3	6,2	6,8	7,6	28,7	16,5	19,5
2025	100,0	2,3	2,3	3,0	4,5	2,3	6,2	6,8	7,0	27,9	17,1	20,5
2030	100,0	2,3	2,3	2,9	4,4	2,3	6,3	6,8	6,9	27,8	15,7	22,4
- Veränderung gegenüber dem vorherigen Zeitpunkt in 1 000 -												
2000	-89,2	1,9	-15,7	-46,5	-9,4	4,1	16,5	-73,2	-52,2	25,0	59,2	1,0
2005	13,0	-1,3	0,8	-0,8	-50,2	0,0	12,6	21,2	-61,4	47,3	-29,4	74,1
2006	8,8	1,2	-0,8	0,8	-8,1	-2,7	0,6	7,5	-3,9	0,4	-6,6	20,6
2007	12,3	2,1	1,2	-0,8	-1,2	-8,1	1,8	5,9	2,9	-4,3	-10,6	23,2
- Vorausrechnung in 1 000 -												
2010	-3,5	-3,8	2,1	-1,4	-1,5	-19,4	-8,3	-2,4	16,8	-22,0	-21,5	58,1
2015	4,9	-1,0	-1,3	2,8	-0,1	-0,2	-41,7	-2,0	7,5	-24,5	35,5	29,9
2020	-7,3	-3,0	-1,9	-1,9	2,2	-0,5	-2,0	-30,9	-3,2	-58,0	50,9	40,8
2025	-17,6	-3,2	-3,2	-3,2	-2,8	0,6	0,8	-2,0	-24,5	-30,7	18,1	32,6
2030	-25,6	-1,7	-2,6	-4,1	-4,5	-1,1	-0,3	-0,8	-2,4	-12,9	-53,1	58,0
- 2000 = 100 -												
2000	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2005	100,4	98,5	101,0	99,3	76,5	100,0	105,1	109,1	79,7	104,6	94,6	117,8
2006	100,6	99,9	100,0	100,0	72,7	97,5	105,3	112,3	78,4	104,6	93,4	122,7
2007	101,0	102,3	101,5	99,3	72,2	90,0	106,0	114,9	79,3	104,2	91,5	128,3
- Vorausrechnung in Prozent -												
2010	100,9	97,9	104,0	98,0	71,5	72,1	102,7	113,8	84,9	102,1	87,5	142,2
2015	101,0	96,8	102,5	100,6	71,4	71,9	85,9	113,0	87,4	99,7	94,0	149,4
2020	100,8	93,3	100,1	98,8	72,5	71,4	85,1	99,7	86,3	94,1	103,4	159,2
2025	100,3	89,6	96,2	95,8	71,2	72,0	85,4	98,8	78,2	91,2	106,7	167,0
2030	99,6	87,7	93,0	92,0	69,1	71,0	85,3	98,5	77,4	89,9	96,9	180,9

Quelle: Bevölkerungsstatistik

Tab. A1-1 Bisherige und voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerungszahl in Brandenburg nach Altersgruppen

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren										
		unter 3	3 - 6	6 - 10	10 - 16	16 - 19	19 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 55	55 - 67	67 - und älter
- in 1 000 -												
1995	2 542,0	39,6	62,3	139,2	225,7	106,7	164,6	175,4	225,6	711,8	403,8	287,4
2000	2 602,0	55,2	50,4	65,9	216,9	116,1	198,3	131,9	186,6	814,3	429,9	336,3
2005	2 559,5	55,6	57,4	75,0	116,1	109,6	197,6	139,4	132,0	868,9	384,3	423,6
2006	2 547,8	55,2	57,1	77,6	102,3	103,3	196,3	142,1	124,4	862,8	381,0	445,6
2007	2 535,7	55,5	57,4	78,3	100,8	86,8	193,5	142,9	124,0	850,8	378,1	467,5
- Vorausrechnung in 1 000 -												
2010	2 497,7	53,4	56,9	78,9	113,6	48,4	172,2	135,7	135,0	800,4	391,6	511,6
2015	2 442,4	49,5	54,3	77,6	121,9	59,8	89,2	135,3	134,1	723,8	481,4	515,3
2020	2 377,7	43,2	49,8	73,6	119,7	62,3	108,6	59,8	136,2	627,2	533,7	563,8
2025	2 292,6	35,7	42,5	66,4	113,8	61,1	113,0	77,3	61,4	580,7	521,5	619,2
2030	2 193,9	32,3	36,2	56,4	103,0	57,9	110,4	81,3	78,6	513,6	427,9	696,3
- in Prozent -												
1995	100,0	1,6	2,5	5,5	8,9	4,2	6,5	6,9	8,9	28,0	15,9	11,3
2000	100,0	2,1	1,9	2,5	8,3	4,5	7,6	5,1	7,2	31,3	16,5	12,9
2005	100,0	2,2	2,2	2,9	4,5	4,3	7,7	5,4	5,2	33,9	15,0	16,6
2006	100,0	2,2	2,2	3,0	4,0	4,1	7,7	5,6	4,9	33,9	15,0	17,5
2007	100,0	2,2	2,3	3,1	4,0	3,4	7,6	5,6	4,9	33,6	14,9	18,4
- Vorausrechnung in Prozent -												
2010	100,0	2,1	2,3	3,2	4,5	1,9	6,9	5,4	5,4	32,0	15,7	20,5
2015	100,0	2,0	2,2	3,2	5,0	2,4	3,7	5,5	5,5	29,6	19,7	21,1
2020	100,0	1,8	2,1	3,1	5,0	2,6	4,6	2,5	5,7	26,4	22,4	23,7
2025	100,0	1,6	1,9	2,9	5,0	2,7	4,9	3,4	2,7	25,3	22,7	27,0
2030	100,0	1,5	1,7	2,6	4,7	2,6	5,0	3,7	3,6	23,4	19,5	31,7
- Veränderung gegenüber dem vorherigen Zeitpunkt in 1 000 -												
2000	60,0	15,6	-11,9	-73,3	-8,8	9,4	33,7	-43,5	-39,0	102,5	26,1	48,9
2005	-42,5	0,4	7,0	9,1	-100,8	-6,5	-0,7	7,5	-54,6	54,6	-45,6	87,3
2006	-11,7	-0,4	-0,3	2,6	-13,8	-6,3	-1,3	2,7	-7,6	-6,1	-3,3	22,0
2007	-12,1	0,3	0,3	0,7	-1,5	-16,5	-2,8	0,8	-0,4	-12,0	-2,9	21,9
- Vorausrechnung in 1 000 -												
2010	-38,0	-2,1	-0,5	0,6	12,8	-38,4	-21,3	-7,2	11,0	-50,4	13,5	44,1
2015	-55,3	-3,9	-2,6	-1,3	8,3	11,4	-83,0	-0,4	-0,9	-76,6	89,8	3,7
2020	-64,7	-6,3	-4,5	-4,0	-2,2	2,5	19,4	-75,5	2,1	-96,6	52,3	48,5
2025	-85,1	-7,5	-7,3	-7,2	-5,9	-1,2	4,4	17,5	-74,8	-46,5	-12,2	55,4
2030	-98,7	-3,4	-6,3	-10,0	-10,8	-3,2	-2,6	4,0	17,2	-67,1	-93,6	77,1
- 2000 = 100 -												
2000	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2005	98,4	100,7	113,9	113,8	53,5	94,4	99,6	105,7	70,7	106,7	89,4	126,0
2006	97,9	100,0	113,3	117,8	47,2	89,0	99,0	107,7	66,7	106,0	88,6	132,5
2007	97,5	100,5	113,9	118,8	46,5	74,8	97,6	108,3	66,5	104,5	88,0	139,0
- Vorausrechnung in Prozent -												
2010	96,0	96,7	112,9	119,7	52,4	41,7	86,8	102,9	72,3	98,3	91,1	152,1
2015	93,9	89,7	107,7	117,8	56,2	51,5	45,0	102,6	71,9	88,9	112,0	153,2
2020	91,4	78,3	98,8	111,7	55,2	53,7	54,8	45,3	73,0	77,0	124,1	167,6
2025	88,1	64,7	84,3	100,8	52,5	52,6	57,0	58,6	32,9	71,3	121,3	184,1
2030	84,3	58,5	71,8	85,6	47,5	49,9	55,7	61,6	42,1	63,1	99,5	207,0

Quelle: Bevölkerungsstatistik

Tab. A1-2 Bevölkerungszahl in Berlin 1995 und 2007 nach Altersgruppen und Bezirken

Bezirk	Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren											
	Insgesamt	unter 3	3 - 6	6 - 10	10 - 16	16 - 19	19 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 55	55 - 67	67 - und älter
- in 1 000 -												
1995												
Mitte	341,0	9,9	10,7	14,8	20,3	9,6	25,2	36,0	40,8	95,2	42,8	35,7
Friedrichshain-Kreuzberg	262,2	8,2	8,4	12,4	16,3	7,3	21,0	30,5	34,8	72,8	27,6	22,8
Pankow	312,1	6,0	7,3	13,4	19,5	9,4	23,7	34,9	33,7	81,0	47,2	36,0
Charlottenburg-Wilmersdorf	324,8	7,7	7,6	9,7	14,2	6,9	18,6	27,0	32,0	104,7	46,2	50,3
Spandau	224,4	5,9	6,6	9,1	13,4	6,2	14,0	17,8	19,9	64,8	35,0	31,7
Steglitz-Zehlendorf	291,5	7,2	7,9	10,5	15,8	7,5	17,4	21,6	24,7	86,6	45,0	47,4
Tempelhof-Schöneberg	345,4	9,4	9,7	12,6	18,2	8,7	21,1	29,4	34,5	106,6	47,3	47,8
Neukölln	314,9	10,1	10,2	13,2	18,3	8,6	21,9	29,0	32,9	89,9	42,8	38,2
Treptow-Köpenick	216,4	3,4	5,1	9,7	13,8	6,5	12,9	16,4	19,6	55,7	43,9	29,4
Marzahn-Hellersdorf	296,9	5,7	9,5	22,4	34,5	15,4	19,4	21,2	32,2	93,7	27,2	15,8
Lichtenberg	288,7	4,7	6,8	16,0	24,1	11,1	21,1	23,3	28,4	88,9	40,9	23,5
Reinickendorf	253,1	6,7	7,5	10,4	14,9	6,8	15,4	18,5	20,7	74,6	40,3	37,3
Berlin	3471,4	85,0	97,3	153,9	223,3	104,0	231,7	305,7	354,1	1014,5	486,2	415,8
2007												
Mitte	328,4	10,3	8,9	10,7	14,4	8,7	29,1	32,9	29,8	104,7	39,0	39,8
Friedrichshain-Kreuzberg	267,9	8,4	7,0	8,4	11,2	6,4	25,2	36,1	31,1	86,9	24,2	23,2
Pankow	363,6	11,3	9,4	10,8	12,6	8,8	27,3	35,6	36,3	123,9	38,7	49,0
Charlottenburg-Wilmersdorf	316,9	6,9	6,5	8,6	12,9	6,9	18,7	20,7	20,2	102,6	57,5	55,4
Spandau	223,7	5,3	5,3	7,8	12,5	7,4	15,6	12,9	11,5	67,9	36,6	41,1
Steglitz-Zehlendorf	290,3	6,4	7,0	9,8	15,3	8,3	17,4	14,9	14,8	87,9	52,1	56,4
Tempelhof-Schöneberg	331,8	7,9	7,8	10,5	16,2	8,8	20,9	21,3	20,7	108,8	54,5	54,4
Neukölln	306,7	8,6	8,2	11,1	17,3	9,6	23,5	23,6	21,2	93,6	44,7	45,2
Treptow-Köpenick	237,8	5,6	5,3	6,8	8,9	7,0	17,4	16,3	13,7	73,6	33,0	50,3
Marzahn-Hellersdorf	249,4	6,2	5,8	7,1	10,2	10,1	26,3	18,0	12,3	84,4	37,3	31,6
Lichtenberg	258,1	6,5	5,7	6,5	8,8	7,6	25,8	22,5	16,2	78,1	38,2	42,1
Reinickendorf	241,7	5,5	5,9	8,5	14,0	7,8	15,8	12,5	11,8	70,8	42,9	46,4
Berlin	3416,3	88,9	82,8	106,6	154,4	97,3	263,2	267,1	239,5	1082,9	498,8	534,7
- Anteil 2007 in % -												
Mitte	100	3,1	2,7	3,3	4,4	2,6	8,9	10,0	9,1	31,9	11,9	12,1
Friedrichshain-Kreuzberg	100	3,1	2,6	3,1	4,2	2,4	9,4	13,5	11,6	32,4	9,0	8,7
Pankow	100	3,1	2,6	3,0	3,5	2,4	7,5	9,8	10,0	34,1	10,6	13,5
Charlottenburg-Wilmersdorf	100	2,2	2,1	2,7	4,1	2,2	5,9	6,5	6,4	32,4	18,1	17,5
Spandau	100	2,4	2,4	3,5	5,6	3,3	7,0	5,8	5,1	30,4	16,4	18,4
Steglitz-Zehlendorf	100	2,2	2,4	3,4	5,3	2,9	6,0	5,1	5,1	30,3	17,9	19,4
Tempelhof-Schöneberg	100	2,4	2,4	3,2	4,9	2,7	6,3	6,4	6,2	32,8	16,4	16,4
Neukölln	100	2,8	2,7	3,6	5,6	3,1	7,7	7,7	6,9	30,5	14,6	14,7
Treptow-Köpenick	100	2,4	2,2	2,9	3,7	2,9	7,3	6,9	5,8	31,0	13,9	21,2
Marzahn-Hellersdorf	100	2,5	2,3	2,8	4,1	4,0	10,5	7,2	4,9	33,8	15,0	12,7
Lichtenberg	100	2,5	2,2	2,5	3,4	2,9	10,0	8,7	6,3	30,3	14,8	16,3
Reinickendorf	100	2,3	2,4	3,5	5,8	3,2	6,5	5,2	4,9	29,3	17,7	19,2
Berlin	100	2,6	2,4	3,1	4,5	2,8	7,7	7,8	7,0	31,7	14,6	15,7
- Veränderung 2007 gegenüber 1995 in % -												
Mitte	-3,7	4,0	-16,8	-27,7	-29,1	-9,4	15,5	-8,6	-27,0	10,0	-8,9	11,5
Friedrichshain-Kreuzberg	2,2	2,4	-16,7	-32,3	-31,3	-12,3	20,0	18,4	-10,6	19,4	-12,3	1,8
Pankow	16,5	88,3	28,8	-19,4	-35,4	-6,4	15,2	2,0	7,7	53,0	-18,0	36,1
Charlottenburg-Wilmersdorf	-2,4	-10,4	-14,5	-11,3	-9,2	0,0	0,5	-23,3	-36,9	-2,0	24,5	10,1
Spandau	-0,3	-10,2	-19,7	-14,3	-6,7	19,4	11,4	-27,5	-42,2	4,8	4,6	29,7
Steglitz-Zehlendorf	-0,4	-11,1	-11,4	-6,7	-3,2	10,7	0,0	-31,0	-40,1	1,5	15,8	19,0
Tempelhof-Schöneberg	-3,9	-16,0	-19,6	-16,7	-11,0	1,1	-0,9	-27,6	-40,0	2,1	15,2	13,8

Bezirk	Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren											
	Insgesamt	unter 3	3 - 6	6 - 10	10 - 16	16 - 19	19 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 55	55 - 67	67 - und älter
Neukölln	-2,6	-14,9	-19,6	-15,9	-5,5	11,6	7,3	-18,6	-35,6	4,1	4,4	18,3
Treptow-Köpenick	9,9	64,7	3,9	-29,9	-35,5	7,7	34,9	-0,6	-30,1	32,1	-24,8	71,1
Marzahn-Hellersdorf	-16,0	8,8	-38,9	-68,3	-70,4	-34,4	35,6	-15,1	-61,8	-9,9	37,1	100,0
Lichtenberg	-10,6	38,3	-16,2	-59,4	-63,5	-31,5	22,3	-3,4	-43,0	-12,1	-6,6	79,1
Reinickendorf	-4,5	-17,9	-21,3	-18,3	-6,0	14,7	2,6	-32,4	-43,0	-5,1	6,5	24,4
Berlin	-1,6	4,6	-14,9	-30,7	-30,9	-6,4	13,6	-12,6	-32,4	6,7	2,6	28,6

Tab.A1-2 Bevölkerungszahl in Brandenburg 1995 und 2007 nach Altersgruppen, kreisfreien Städten und Kreisen

Kreisfreie Städte - Kreise	Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren											
	Insgesamt	unter 3	3 - 6	6 - 10	10 - 16	16 - 19	19 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 55	55 - 67	67 und älter
- in 1 000 -												
1995												
Kreisfreie Städte												
Brandenburg an der Havel	86,8	1,3	2,1	4,5	6,9	3,2	5,4	6,0	7,5	24,4	15,0	10,3
Cottbus	126,3	2,0	3,2	6,9	11,7	5,5	9,0	9,9	12,1	36,2	17,7	12,3
Frankfurt (Oder)	80,8	1,3	2,0	4,6	7,6	3,8	6,3	5,8	7,5	23,2	11,4	7,3
Potsdam	144,1	2,2	3,4	7,7	12,2	5,9	10,1	10,5	13,2	41,7	22,2	15,1
Kreise												
Barnim	151,8	2,3	3,7	8,2	13,5	6,5	9,8	10,0	13,3	44,2	24,1	16,2
Dahme-Spreewald	145,0	2,2	3,5	7,5	12,5	5,8	8,9	9,9	12,5	40,5	24,6	17,1
Elbe-Elster	136,9	2,1	3,3	7,2	12,1	5,7	9,2	9,3	11,3	36,7	21,8	18,2
Havelland	131,8	2,2	3,3	7,4	11,1	5,0	8,0	9,2	11,9	37,2	21,7	14,9
Märkisch-Oderland	172,6	2,7	4,1	9,7	16,2	7,7	10,9	11,1	15,4	47,9	28,4	18,5
Oberhavel	170,5	2,8	4,1	9,2	14,8	6,8	10,2	11,5	15,6	48,5	28,4	18,7
Oberspreewald-Lausitz	156,8	2,4	3,9	8,3	13,5	6,7	10,4	11,1	13,3	42,4	25,8	19,1
Oder-Spree	190,8	2,9	4,5	10,4	17,1	8,5	12,5	13,0	16,7	53,7	30,8	20,8
Ostprignitz-Ruppin	116,0	1,9	3,0	6,7	10,9	5,0	7,6	7,9	10,5	32,2	17,1	13,1
Potsdam-Mittelmark	171,6	2,7	4,1	9,4	15,0	6,7	10,7	11,9	15,6	48,3	26,9	20,3
Prignitz	101,4	1,6	2,5	5,8	8,8	4,1	6,2	6,6	8,8	27,2	16,6	13,2
Teltow-Fläming	148,1	2,4	3,6	8,3	13,2	5,9	9,2	10,5	13,4	40,9	23,3	17,3
Spree-Neiße	150,4	2,2	3,7	8,1	13,9	6,6	9,5	10,2	13,0	41,8	22,9	18,5
Uckermark	160,3	2,7	4,2	9,4	14,9	7,2	10,7	10,9	14,0	44,8	24,9	16,6
Land Brandenburg	2542,0	39,9	62,2	139,3	225,9	106,6	164,6	175,3	225,6	711,8	403,6	287,5
2007												
Kreisfreie Städte												
Brandenburg an der Havel	73,0	1,5	1,4	1,8	2,4	2,2	5,9	4,7	3,4	22,1	11,7	15,8
Cottbus	102,8	2,1	2,0	2,6	3,3	3,3	9,6	7,4	5,5	32,3	15,7	19,1
Frankfurt (Oder)	62,0	1,4	1,3	1,6	2,1	2,0	5,7	4,0	3,0	19,8	9,5	11,5
Potsdam	150,8	4,6	4,1	4,7	5,2	4,3	13,3	12,9	10,6	46,0	20,0	25,2
Kreise												
Barnim	177,6	4,0	4,1	5,4	6,9	6,1	13,7	10,0	8,7	61,2	27,4	30,2
Dahme-Spreewald	161,7	3,5	3,6	5,2	6,6	5,4	11,4	8,8	7,8	54,5	24,1	30,8
Elbe-Elster	117,5	2,3	2,4	3,2	4,5	4,0	8,7	6,1	5,4	38,5	17,8	24,5
Havelland	155,4	3,5	4,0	5,9	7,7	5,6	10,9	7,7	7,4	53,9	22,7	26,2
Märkisch-Oderland	191,6	4,1	4,3	5,7	7,6	7,1	14,6	10,2	9,3	67,3	27,8	33,6
Oberhavel	201,9	4,9	5,3	7,0	9,1	6,8	14,1	10,7	9,8	70,0	29,5	34,9
Oberspreewald-Lausitz	127,3	2,4	2,4	3,4	4,4	4,3	9,5	6,9	5,7	40,7	20,3	27,2
Oder-Spree	188,0	3,9	4,0	5,4	7,1	6,6	14,4	10,4	9,1	62,8	28,5	35,7

Kreisfreie Städte - Kreise	Bevölkerung im Alter von ... bis unter ... Jahren											
	Insgesamt	unter 3	3 - 6	6 - 10	10 - 16	16 - 19	19 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 55	55 - 67	67 und älter
Ostprignitz-Ruppin	105,8	2,2	2,2	3,2	4,1	3,8	8,4	6,0	5,0	35,8	15,5	19,6
Potsdam-Mittelmark	204,5	4,7	5,3	7,6	9,4	7,1	14,3	10,1	9,9	72,2	29,5	34,4
Prignitz	85,7	1,6	1,7	2,3	3,2	3,0	6,5	4,3	3,5	28,0	13,1	18,5
Teltow-Fläming	132,8	2,5	2,6	3,8	4,8	4,7	10,0	6,9	5,8	45,4	20,4	26,0
Spree-Neiße	162,3	3,8	3,9	5,5	7,1	5,7	12,4	9,1	8,1	55,3	23,4	28,2
Uckermark	135,0	2,7	2,8	3,9	5,4	4,9	10,2	6,7	6,1	45,0	21,2	26,2
Land Brandenburg	2 535,7	55,5	57,4	78,3	100,8	86,8	193,5	142,9	124,0	850,8	378,1	467,5
- Anteil 2007 in % -												
Kreisfreie Städte												
Brandenburg an der Havel	100	2,1	1,9	2,5	3,3	3,0	8,1	6,4	4,7	30,3	16,0	21,6
Cottbus	100	2,0	1,9	2,5	3,2	3,2	9,3	7,2	5,4	31,4	15,3	18,6
Frankfurt (Oder)	100	2,3	2,1	2,6	3,4	3,2	9,2	6,5	4,8	31,9	15,3	18,5
Potsdam	100	3,1	2,7	3,1	3,4	2,9	8,8	8,6	7,0	30,5	13,3	16,7
Kreise												
Barnim	100	2,3	2,3	3,0	3,9	3,4	7,7	5,6	4,9	34,5	15,4	17,0
Dahme-Spreewald	100	2,2	2,2	3,2	4,1	3,3	7,1	5,4	4,8	33,7	14,9	19,0
Elbe-Elster	100	2,0	2,0	2,7	3,8	3,4	7,4	5,2	4,6	32,8	15,1	20,9
Havelland	100	2,3	2,6	3,8	5,0	3,6	7,0	5,0	4,8	34,7	14,6	16,9
Märkisch-Oderland	100	2,1	2,2	3,0	4,0	3,7	7,6	5,3	4,9	35,1	14,5	17,5
Oberhavel	100	2,4	2,6	3,5	4,5	3,4	7,0	5,3	4,9	34,7	14,6	17,3
Oberspreewald-Lausitz	100	1,9	1,9	2,7	3,5	3,4	7,5	5,4	4,5	32,0	15,9	21,4
Oder-Spree	100	2,1	2,1	2,9	3,8	3,5	7,7	5,5	4,8	33,4	15,2	19,0
Ostprignitz-Ruppin	100	2,1	2,1	3,0	3,9	3,6	7,9	5,7	4,7	33,8	14,7	18,5
Potsdam-Mittelmark	100	2,3	2,6	3,7	4,6	3,5	7,0	4,9	4,8	35,3	14,4	16,8
Prignitz	100	1,9	2,0	2,7	3,7	3,5	7,6	5,0	4,1	32,7	15,3	21,6
Teltow-Fläming	100	1,9	2,0	2,9	3,6	3,5	7,5	5,2	4,4	34,2	15,4	19,6
Spree-Neiße	100	2,3	2,4	3,4	4,4	3,5	7,6	5,6	5,0	34,1	14,4	17,4
Uckermark	100	2,0	2,1	2,9	4,0	3,6	7,6	5,0	4,5	33,3	15,7	19,4
Land Brandenburg	100	2,2	2,3	3,1	4,0	3,4	7,6	5,6	4,9	33,6	14,9	18,4
Veränderung 2007 gegenüber 1995 in %												
Kreisfreie Städte												
Brandenburg an der Havel	-15,9	15,4	-33,3	-60,0	-65,2	-31,3	9,3	-21,7	-54,7	-9,4	-22,0	53,4
Cottbus	-18,6	5,0	-37,5	-62,3	-71,8	-40,0	6,7	-25,3	-54,5	-10,8	-11,3	55,3
Frankfurt (Oder)	-23,3	7,7	-35,0	-65,2	-72,4	-47,4	-9,5	-31,0	-60,0	-14,7	-16,7	57,5
Potsdam	4,6	109,1	20,6	-39,0	-57,4	-27,1	31,7	22,9	-19,7	10,3	-9,9	66,9
Kreise												
Barnim	17,0	73,9	10,8	-34,1	-48,9	-6,2	39,8	0,0	-34,6	38,5	13,7	86,4
Dahme-Spreewald	11,5	59,1	2,9	-30,7	-47,2	-6,9	28,1	-11,1	-37,6	34,6	-2,0	80,1
Elbe-Elster	-14,2	9,5	-27,3	-55,6	-62,8	-29,8	-5,4	-34,4	-52,2	4,9	-18,3	34,6
Havelland	17,9	59,1	21,2	-20,3	-30,6	12,0	36,3	-16,3	-37,8	44,9	4,6	75,8
Märkisch-Oderland	11,0	51,9	4,9	-41,2	-53,1	-7,8	33,9	-8,1	-39,6	40,5	-2,1	81,6
Oberhavel	18,4	75,0	29,3	-23,9	-38,5	0,0	38,2	-7,0	-37,2	44,3	3,9	86,6
Oberspreewald-Lausitz	-18,8	0,0	-38,5	-59,0	-67,4	-35,8	-8,7	-37,8	-57,1	-4,0	-21,3	42,4
Oder-Spree	-1,5	34,5	-11,1	-48,1	-58,5	-22,4	15,2	-20,0	-45,5	16,9	-7,5	71,6
Ostprignitz-Ruppin	-8,8	15,8	-26,7	-52,2	-62,4	-24,0	10,5	-24,1	-52,4	11,2	-9,4	49,6
Potsdam-Mittelmark	19,2	74,1	29,3	-19,1	-37,3	6,0	33,6	-15,1	-36,5	49,5	9,7	69,5
Prignitz	-15,5	0,0	-32,0	-60,3	-63,6	-26,8	4,8	-34,8	-60,2	2,9	-21,1	40,2
Teltow-Fläming	-10,3	4,2	-27,8	-54,2	-63,6	-20,3	8,7	-34,3	-56,7	11,0	-12,4	50,3
Spree-Neiße	7,9	72,7	5,4	-32,1	-48,9	-13,6	30,5	-10,8	-37,7	32,3	2,2	52,4
Uckermark	-15,8	0,0	-33,3	-58,5	-63,8	-31,9	-4,7	-38,5	-56,4	0,4	-14,9	57,8
Land Brandenburg	-0,2	39,1	-7,7	-43,8	-55,4	-18,6	17,6	-18,5	-45,0	19,5	-6,3	62,6

Quelle: Bevölkerungsstatistik

Tab. A2-1 Familien- und Lebensformen in Berlin und Brandenburg 2000 und 2007

Lebens- und Familienformen	Berlin		Brandenburg	
	2000	2007	2000	2007
in 1000				
Ehepaare und ihre Kinder unter 18 Jahren	828	671	788	523
Lebensgemeinschaften und ihre Kinder unter 18 Jahren	124	144	164	142
Alleinerziehende und ihre Kinder unter 18 Jahren	245	250	158	142
Familien mit Kindern über 18 Jahren	288	317	389	444
Ehepartner ohne Kinder im Haushalt	759	717	592	677
Lebenspartner ohne Kinder im Haushalt	171	184	96	102
Alleinstehende	921	1 091	398	489
Bevölkerung insgesamt	3 336	3 374	2 585	2 519
in %				
Ehepaare und ihre Kinder unter 18 Jahren	24,8	19,9	30,5	20,7
Lebensgemeinschaften und ihre Kinder unter 18 Jahren	3,7	4,3	6,3	5,6
Alleinerziehende und ihre Kinder unter 18 Jahren	7,3	7,4	6,1	5,6
Familien mit Kindern über 18 Jahren	8,6	9,4	15,0	17,8
Ehepartner ohne Kinder im Haushalt	22,8	21,3	22,9	26,9
Lebenspartner ohne Kinder im Haushalt	5,1	5,4	3,7	4,0
Alleinstehende	27,6	32,3	15,4	19,4
Bevölkerung insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Mikrozensus

Tab. A2-2 Armutsgefährdete Familien und ihre Kinder nach Migrationsstatus und Familienform 2007 in Tausend

Migrationsstatus - Familienform	Berlin	Brandenburg
Ehepaare ohne Migrationshintergrund	28	135
Ehepaare mit Migrationshintergrund	129	36
Lebensgemeinschaften ohne Migrationshintergrund	11	40
Lebensgemeinschaften mit Migrationshintergrund	7	-
Alleinerziehende ohne Migrationshintergrund	52	87
Alleinerziehende mit Migrationshintergrund	38	8

Quelle: Mikrozensus

Tab. A2-3 Anteil der Kinder unter 18 Jahren nach wirtschaftlichen, bildungsbezogenen und sozialen Risiken in Berlin und Brandenburg 2000 und 2007 in %

Risiken	Berlin				Brandenburg			
	insgesamt	Ehepaare	Lebensgemein-schaften	Alleinerzie-hende	insgesamt	Ehepaare	Lebensgemein-schaften	Alleinerzie-hende
2000								
wirtschaftliches Risiko	21,5	20,4	14,6	27,7	24,3	18,8	18,8	50,0
Bildungsrisiko*	19,7	18,2	10,4	26,3	6,2	3,8	/	16,3
soziales Risiko	19,9	14,0	16,7	36,5	12,6	5,3	15,6	38,4
mindestens ein Risiko	33,1	28,8	25,0	47,4	27,5	21,0	25,0	52,3
alle drei Risiken	5,0	4,2	/	8,0	2,1	/	/	8,1
2007								
wirtschaftliches Risiko	23,3	21,6	14,0	30,2	30,1	23,2	26,8	51,4
Bildungsrisiko*	21,4	19,9	-	30,2	6,1	3,8	-	14,9
soziales Risiko	24,1	17,5	-	42,4	12,6	4,7	10,7	36,5
mindestens ein Risiko	34,8	30,2	19,3	50,4	32,2	24,6	26,8	56,8
alle drei Risiken	6,4	5,8	-	8,6	2,0	-	-	8,1
Zuwachs oder Abnahme in Prozent								
wirtschaftliches Risiko	8,4	5,9	-4,1	9,0	23,9	23,4	42,6	2,8
Bildungsrisiko*	8,6	9,3	-	14,8	-1,6	0,0	-	-8,6
Soziales Risiko	21,1	25,0	-	16,2	0,0	-11,3	-31,4	-4,9
mindestens ein Risiko	5,1	4,9	-22,8	6,3	17,1	17,1	7,2	8,6
alle drei Risiken	28,0	38,1	-	7,5	-4,8	-	-	0,0

Quelle: Mikrozensus, * = im Nationalen Bildungsbericht 2008 bezeichnet als kulturelles Risiko

Tab. A2-4 Bevölkerung unter 60% des durchschnittlichen Familieneinkommens nach Lebensformen, Erwerbsstatus, Bildungsstand 2000 und 2007 in %

Familieneinkommen - Erwerbsstatus - Bildungsstand	Berlin		Brandenburg	
	2000	2007	2000	2007
Bevölkerung insgesamt	16,7	17,8	18,3	22,9
Bevölkerung nach Lebensformen				
in Familien mit ledigen Kindern insgesamt	17,9	19,2	19,0	24,5
davon Eltern unter 35 Jahre	20,9	22,2	21,7	27,8
darunter:				
Ehepaare insgesamt	17,2	18,0	14,9	20,1
Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren	18,8	19,8	17,5	23,1
Ehepaare 1 Kind unter 18 Jahren	14,2	14,6	13,7	20,0
Ehepaare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	17,3	17,2	16,9	25,6
Ehepaare mit 3 Kindern unter 18 Jahren	24,7	33,0	38,3	25,6
Ehepaare mit 4 und mehr Kindern unter 18 Jahren	54,3	48,6	50,0	45,5
Lebensgemeinschaften insgesamt	11,1	11,4	19,1	24,6
Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren	12,1	12,5	18,9	25,4
Lebensgemeinschaften mit 1 Kind unter 18 Jahren	9,2	9,7	17,4	22,0
Lebensgemeinschaften mit 2 Kindern unter 18 Jahren	-	14,3	-	24,3
Lebensgemeinschaften mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren	-	-	-	42,9
Alleinerziehende insgesamt	23,1	25,4	38,3	40,3
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren	26,9	29,6	46,2	50,7
Alleinerziehende mit 1 Kind unter 18 Jahren	22,9	25,3	40,4	47,5
Alleinerziehende mit 2 Kindern unter 18 Jahren	31,1	36,1	50,0	51,5
Alleinerziehende mit 3 und mehr Kindern unter 18 Jahren	32,1	34,5	75,0	80,0

Familieneinkommen - Erwerbsstatus - Bildungsstand	Berlin		Brandenburg	
	2000	2007	2000	2007
Paare ohne ledige Kinder	7,4	7,9	9,7	13,2
Ehepartner	7,2	7,1	9,0	12,9
Lebenspartner	8,2	10,9	15,6	16,7
Alleinstehende	24,3	24,3	30,2	34,4
männlich	27,4	27,4	30,9	38,0
weiblich	21,7	21,1	29,2	31,0
Bevölkerung 25- bis unter 55 Jahre	16,2	18,5	17,5	23,8
nach Vorhandensein und Art des allgemeinen Schulabschlusses				
Mit allgemeinem Schulabschluss zusammen	15,2	17,0	17,0	23,0
Haupt-(Volks-)schulabschluss	22,7	32,4	30,2	47,5
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	11,2	15,3	16,8	23,1
Fachhochschul-/Hochschulreife	15,3	13,6	8,7	14,1
Ohne Angabe zur Art des vorhandenen allgemeinen Schulabschlusses	19,2	-	30,4	29,2
Ohne allgemeinen Schulabschluss	37,5	43,4	-	66,7
nach Vorhandensein und Art des beruflichen Ausbildungsabschlusses				
Mit beruflichem Ausbildungsabschluss zusammen	11,9	13,1	16,0	21,2
Anlern-/Lehrausbildung	13,7	17,0	19,2	25,8
Fachschulabschluss	7,6	9,2	10,3	11,9
Fachhochschulabschluss	7,8	8,7	-	9,6
Universitätsabschluss/Promotion	11,4	7,7	7,2	9,5
Ohne Angabe zur Art des vorhandenen beruflichen Ausbildungsabschlusses	19,1	-	30,3	46,7
Ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	34,6	38,1	41,5	51,2

Quelle: Mikrozensus

Tab. A3-1 Melderechtlich registrierte ausländische Kinder unter 18 Jahren sowie als Deutsche geborene Kinder ausländischer Eltern (Optionsregelung) in Berlin am 31.12. 2007

Alter in Jahren	Ausländer einschl. Deutsche durch Optionsregelung	Ausländer	Deutsch durch Optionsregelung*	
			absolut	in %
unter 1	3 647	1 907	1 740	47,7
1	4 086	1 722	2 364	57,9
2	4 036	1 713	2 323	57,6
3	4 082	1 873	2 209	54,1
4	4 313	2 014	2 299	53,3
5	4 161	1 992	2 169	52,1
6	4 274	2 036	2 238	52,4
7	4 434	2 216	2 218	50,0
8	4 358	3 941	417	9,6
9	4 416	4 013	403	9,1
10	4 455	4 065	390	8,8
11	4 447	4 080	367	8,3
12	4 396	4 058	338	7,7
13	4 523	4 181	342	7,6
14	4 521	4 187	334	7,4
15	4 668	4 311	357	7,6
16	4 960	4 580	380	7,7
17	4 928	4 558	370	7,5
Insgesamt	78 705	57 447	21 258	27,0

Quelle: Statistischer Bericht Melderechtlich registrierte Ausländer im Land Berlin am 30. Juni 2007 (AI4/S-hj 2/07), Tab.4

* Deutsche Staatsangehörigkeit erworben durch Geburt bzw. auf Antrag (Optionsregelung)

Tab. A3-2 Bevölkerung 2007 in Berlin und Brandenburg nach Migrationshintergrund

Land - Region	Bevölkerung in 1000	Deutsche ohne Migrationshintergrund in %	Personen mit Migrationshintergrund		
			insgesamt in %	Deutsche mit Migrationshintergrund in %	Ausländer in %
Berlin	3 408	76,2	23,8	9,9	13,8
Berlin-Ost	1 285	89,3	10,7	4,9	5,8
Berlin-West	2 123	68,3	31,7	13,0	18,7
Brandenburg	2 541	94,8	5,2	2,6	2,6
Deutschland	82 257	81,3	18,7	8,9	9,8
Neue Länder	13 191	95,2	4,8	2,4	2,4
Früheres Bundesgebiet und Berlin	69 066	78,6	21,4	11,8	10,5

Quelle: Mikrozensus 2007

Tab. A3-3 Einwohner im Alter von unter 25 Jahren in Berliner Bezirken am 31.12.2007 nach Migrationshintergrund und Alter in Tausend

Bezirk	Einwohner insgesamt	Deutsche			Ausländer	Einwohner mit Migrationshintergrund zusammen	Einwohner mit Migrationshintergrund im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		zusammen	ohne	mit			zusammen	0 – 6	6 – 10	10 – 16	16 – 19	19 – 25
			Migrationshintergrund									
Berlin	3 353 854	2 883 851	2 492 385	391 466	470 003	861 469	280 547	72 267	46 227	63 635	30 014	68 404
Mitte	323 017	230 468	179 549	50 919	92 549	143 468	49 911	12 872	7 858	10 428	5 290	13 463
Friedh.-Kreuzbg.	260 441	200 489	165 219	35 270	59 952	95 222	31 935	8 099	5 234	7 056	3 237	8 309
Pankow	354 551	327 986	304 698	23 288	26 565	49 853	12 460	3 938	2 027	2 138	878	3 479
Charlb.-Wilmd.	310 068	251 299	210 437	40 862	58 769	99 631	27 126	6 899	4 427	6 191	2 845	6 764
Spandau	215 927	193 640	162 832	30 808	22 287	53 095	19 237	4 734	3 195	4 831	2 412	4 065
Steglitz-Zehld.	286 970	256 189	226 310	29 879	30 781	60 660	20 008	4 770	3 571	5 111	2 152	4 404
Tempf.-Schönebg.	325 952	274 228	227 771	46 457	51 724	98 181	30 938	7 806	5 249	7 492	3 478	6 913
Neukölln	302 801	234 559	185 912	48 647	68 242	116 889	43 004	11 036	7 241	10 045	4 734	9 948
Treptow-Köpenick	234 975	227 141	211 859	15 282	7 834	23 116	5 452	1 668	929	1 233	535	1 087
Marzahn-Hellersd.	246 195	237 229	216 786	20 443	8 966	29 409	8 841	2 297	1 277	1 799	1 002	2 466
Lichtenbg.	250 808	231 894	210 975	20 919	18 914	39 833	12 375	3 175	1 764	2 385	1 230	3 821
Reinickendorf	242 149	218 729	190 037	28 692	23 420	52 112	19 260	4 973	3 455	4 926	2 221	3 685

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Meldepflichtig registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung in Berlin

Tab. A3-4 Anzahl Lebensweltlich orientierter Räume nach dem Anteil der Personen mit Migrationshintergrund 2007

Alter in Jahren	Anzahl Lebensweltlich orientierter Räume (LOR) mit einem Einwohneranteil mit Migrationshintergrund ...		
	kleiner 20%	20 bis unter 50 %	50 % und mehr
0 bis unter 6	94	194	130
6 bis unter 10	88	195	135
10 bis unter 16	99	203	116
16 bis unter 19	155	185	78
19 bis unter 25	192	181	45
alle Altersgruppen	203	181	34

Quelle: Einwohnerregister; Prozentuierungsbasis: alle Einwohner der jeweiligen Gruppe

Tab. A3-5 Ausgewählte Lebensweltlich orientierte Räume mit einem Anteil der Personen mit Migrationshintergrund größer als 60 %

Bezirk	Planungsraum				Name	Einwohner mit Migrationshintergrund in %
	Schlüssel					
Friedrichshain-Kreuzberg	02	01	01	01	Askanischer Platz	68,1
Mitte	01	04	42	01	Reinickendorfer Str.	67,0
Neukölln	08	01	02	12	Rollberg	66,0
Mitte	01	01	11	04	Körnerstr.	65,7
Friedrichshain-Kreuzberg	02	03	03	01	Oranienplatz	65,2
Friedrichshain-Kreuzberg	02	01	01	04	Wassertorplatz	65,1
Friedrichshain-Kreuzberg	02	01	01	02	Mehringplatz	64,5
Mitte	01	03	32	01	Brunnenstr.	63,4
Mitte	01	02	22	02	Heidestr.	62,5
Neukölln	08	01	01	18	Silbersteinstraße	60,3
Neukölln	08	01	02	11	Flughafenstraße	60,1
Friedrichshain-Kreuzberg	02	01	01	03	Moritzplatz	60,0

Quelle: Einwohnerregister; Prozentuierungsbasis: alle Einwohner der jeweiligen Gruppe

Tab. A4-1 Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen absolut und je Einwohner 2003 bis 2007 nach Ländern

Land	2003		2004		2005		2006		2007	
	BIP	je Einwohner								
Berlin	78 124	23 035	77 573	22 899	79 012	23 295	80 576	23 699	83 555	24 536
Brandenburg	46 919	18 213	48 279	18 791	48 999	19 122	50 209	19 668	52 562	20 678
Deutschland	2 163 800	26 221	2 211 200	26 802	2 244 600	27 219	2 322 200	28 194	2 423 800	29 465
Länder-Min	-	17 906	-	18 452	-	18 609	-	19 206	-	20 352
Länder-Max	-	44 980	-	45 677	-	46 869	-	48 647	-	50 557

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder

Tab. A4-2 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Berlin, Brandenburg und Deutschland 2000 bis 2007
(Index 2000 = 100)

Land	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Berlin	100,0	98,8	97,2	95,1	93,1	93,9	95,0	96,9
Brandenburg	100,0	100,5	100,2	100,0	101,1	102,0	103,4	105,5
Deutschland	100,0	101,2	101,2	101,0	102,1	102,9	105,8	108,5

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, Rechenstand August 2007/Januar 2008

Tab. A4-3 Anteile öffentlicher Bildungsausgaben am Gesamtetat und am Bruttoinlandsprodukt nach Ländern

Land	Bildungsausgaben				Anteile am öffentlichen Gesamthaushalt				Anteile am BIP			
	2004	2005	2006*	2007*	2004	2005	2006*	2007*	2004	2005	2006*	2007*
	in Mio. Euro				in %							
Berlin	4 088	4 123	4 243	4 192	20,3	19,4	21,3	20,9	5,27	5,23	5,27	5,02
Brandenburg	2 130	2 135	2 091	2 167	18,4	18,7	18,8	18,9	4,41	4,36	4,17	4,12
Stadtstaaten	7 031	7 074	7 215	7 311	20,8	20,4	21,8	21,7	3,88	3,82	3,78	3,67
Westliche Flächenländer	62 196	62 464	63 440	64 157	24,4	24,2	24,9	24,7	3,51	3,47	3,40	3,30
Östliche Flächenländer	12 678	12 886	12 759	12 504	21,5	22,2	22,8	22,6	4,93	5,0	4,9	4,49
Bund	4 281	4 290	4 640	7 184	3	2,9	3,1	4,8	0,19	0,19	0,20	0,30
Deutschland	86 178	86 716	88 055	91 158	17,6	17,4	17,8	18,3	3,90	3,86	3,79	3,76
Länder-Min	-	-	-	-	18,4	18,7	18,8	18,9	2,93	2,90	2,89	2,86
Länder-Max	-	-	-	-	26,1	25,6	25,8	25,9	5,06	5,33	5,10	4,66

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bildungsfinanzbericht *vorläufige Istwerte

Tab. A4-4 Erwerbstätige in Berlin, Brandenburg und Deutschland 2000 bis 2007 (Index 2000 = 100)

Jahr	Berlin	Brandenburg	Deutschland	Berlin	Brandenburg	Deutschland
	1 000 Personen			2000 = 100		
2000	1 575,4	1 063,9	39 144,0	100,0	100,0	100,0
2001	1 571,2	1 045,8	39 316,0	99,7	98,3	100,4
2002	1 546,6	1 025,1	39 096,0	98,2	96,4	99,9
2003	1 526,0	1 011,9	38 726,0	96,9	95,1	98,9
2004	1 539,6	1 016,4	38 880,0	97,7	95,5	99,3
2005	1 545,5	1 009,2	38 846,0	98,1	94,9	99,2
2006	1 571,5	1 012,9	39 088,0	99,8	95,2	99,9
2007	1 606,7	1 034,4	39 737,0	102,0	97,2	101,5

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, Rechenstand: August 2007/Februar 2008

Tab. A4-5 Arbeitslosenquote in Berlin, Brandenburg und Deutschland 2000 bis 2007

Jahr	Arbeitslosenquote (alle zivilen Erwerbspersonen)*			Arbeitslosenquote (alle abhängigen Erwerbspersonen)		
	Berlin	Brandenburg	Deutschland	Berlin	Brandenburg	Deutschland
2000	15,8	17,0	9,6	17,6	18,4	10,7
2001	16,1	17,4	9,4	17,9	18,8	10,3
2002	16,9	17,5	9,8	18,9	19,1	10,8
2003	18,1	18,8	10,5	20,2	20,4	11,6
2004	17,7	18,7	10,5	19,9	20,3	11,7
2005**	19,0	18,2	11,7	21,5	19,9	13,0
2006	17,5	17,0	10,8	20,1	18,7	12,0
2007	15,5	14,9	9,0	17,9	16,5	10,1

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Definition BA, ** Jahresdurchschnittswerte wegen Einführung des SGB II ab 2005 nur bedingt vergleichbar

Tab. A4-6 Arbeitslosenquote (abhängige Erwerbspersonen) in Berlin und Brandenburg nach Geschlecht 2000 bis 2007

Jahr	Berlin			Brandenburg		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
2000	17,6	15,5	19,5	18,4	19,7	17,2
2001	17,9	15,6	20,1	18,8	19,3	18,4
2002	18,9	16,2	21,6	19,1	18,9	19,2
2003	20,2	17,1	23,1	20,4	19,9	20,9
2004	19,9	16,9	22,7	20,3	19,6	21,1
2005*	21,5	19,0	24,0	19,9	18,8	20,9
2006	20,1	17,6	22,5	18,7	18,1	19,4
2007	17,9	15,7	20,0	16,5	16,4	16,5

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, * Jahresdurchschnittswerte wegen Einführung des SGB II nur bedingt vergleichbar

Tab. A4-7 Erwerbstätige in Berlin, Brandenburg und Deutschland nach der Stellung im Beruf 2000 bis 2007 in Tausend

Land	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Berlin								
Erwerbstätige	1 575,4	1 571,2	1 546,6	1 526,0	1 539,6	1 545,5	1 571,5	1 606,7
Arbeitnehmer	1 407,4	1 398,9	1 371,6	1 340,6	1 337,4	1 328,1	1 345,5	1 376,2
SVB am 30.06.	1 139,1	1 125,7	1 103,8	1 065,4	1 042,3	1 013,8	1 024,5	1 047,8
Marginal Beschäftigte	-	-	-	143,8	170,5	189,7	199,8	•
Selbständige	168,1	172,4	174,9	185,5	202,2	217,5	226,0	230,6
Brandenburg								
Erwerbstätige	1 063,9	1 045,8	1 025,1	1 011,9	1 016,4	1 009,2	1 012,9	1 034,4
Arbeitnehmer	960,0	938,1	918,4	903,3	901,5	886,4	889,8	909,5
SVB am 30.06.	811,0	778,8	759,8	732,9	715,5	698,9	705,8	724,9
Marginal Beschäftigte	-	-	-	109,3	124,6	131,4	134,4	•
Selbständige	103,9	107,7	106,7	108,5	114,9	122,8	123,1	124,9
Deutschland								
Erwerbstätige	39 144,0	39 316,0	39 096,0	38 726,0	38 880,0	38 846,0	39 088,0	39 737,0
Arbeitnehmer	35 229,0	35 333,0	35 093,0	34 653,0	34 658,0	34 490,0	34 696,0	35 291,0
SVB am 30.06.	27 825,6	27 817,1	27 571,1	26 954,7	26 524,0	26 178,3	26 354,3	26 854,6
Marginal Beschäftigte				5 131,0	5 607,0	5 799,0	5 887,0	•
Selbständige	3 915,0	3 983,0	4 003,0	4 073,0	4 222,0	4 356,0	4 392,0	4 446,0

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, Rechenstand: August 2007/Februar 2008

Tab. A4-8 Arbeitnehmer, sozialversicherungspflichtig und marginal Beschäftigte in Berlin, Brandenburg und Deutschland: Veränderung 2006 gegenüber 2003 in % (Index 2003 = 100)

Arbeitnehmer / Art der Beschäftigung	Berlin	Brandenburg	Deutschland
Arbeitnehmer	0,4	-1,5	0,1
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.06.	-3,8	-3,7	-2,2
Marginal Beschäftigte	38,9	22,9	14,7

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, Rechenstand: August 2007

Tab. A4-9 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen in Berlin, Brandenburg und Deutschland: Veränderung 2006 gegenüber 2000 in %

Wirtschaftsbereich	Berlin	Brandenburg	Deutschland
	1 000 Personen		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			
2000	7,2	42,7	936
2006	5,0	36,6	841
Veränderung 2006 gegenüber 2000 in %	-30,1	-14,2	-10,1
Produzierendes Gewerbe			
2000	285,7	288,6	11 303
2006	214,3	228,2	9 968
Veränderung 2006 gegenüber 2000 in %	-25,0	-20,9	-11,8
Dienstleistungsbereiche			
2000	1 282,5	732,6	26 905
2006	1 352,2	748,0	28 279
Veränderung 2006 gegenüber 2000 in %	5,4	2,1	5,1

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, Rechenstand: August 2007

Tab. A4-10 Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt in Berlin und Brandenburg nach dem Geschlecht im Jahr 2000 und 2006

Land	2000			2006		
	Insgesamt in Tausend	Anteil an insgesamt in %		Insgesamt in Tausend	Anteil an insgesamt in %	
		weiblich	männlich		weiblich	männlich
Berlin	1 472,1	46,4	53,6	1 456,9	47,7	52,3
Brandenburg	1 144,6	45,1	54,9	1 171,5	47,1	52,9

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, Rechenstand: August 2007

Tab. A4-11 Erwerbstätige nach Alterskategorien und Beschäftigungsumfang 2006

Land	Erwerbs- personen	Erwerbstätige								
		insge- samt	insgesamt		Vollzeitbeschäftigt		Teilzeitbeschäftigt (TZB)			
			in %	Differenz zu 2005 in Prozent- punkten	in %	Differenz zu 2005 in Prozent- punkten	in %	Differenz zu 2005 in Prozent- punkten	Anteil der TZB Frauen an TZB insgesamt in %	
										in 1 000
Berlin										
15 bis unter 20	42,7	71,1	-0,2	81,5	0,9	18,5	-0,9	69,6		
20 bis unter 25	152,0	77,1	-0,9	72,0	2,3	28,0	-2,3	61,6		
25 bis unter 30	205,6	80,9	0,1	63,8	-1,1	36,2	1,1	57,4		
30 bis unter 35	202,5	81,5	0,6	73,2	-0,1	26,8	0,1	61,8		
35 bis unter 40	235,9	83,1	0,1	75,0	-3,1	25,0	3,1	68,3		
40 bis unter 45	283,2	83,5	0,5	77,3	-1,9	22,7	1,9	70,9		
45 bis unter 50	215,1	83,1	3,2	77,0	-2,6	23,0	2,6	71,3		
50 bis unter 55	198,1	83,0	1,2	76,9	-3,7	23,1	3,7	71,0		
55 bis unter 60	163,3	78,7	3,0	77,4	-3,0	22,6	3,0	73,3		
60 bis unter 65	73,5	76,2	-3,9	75,9	-1,7	24,1	1,7	64,2		
65 und mehr	18,4	97,2	-1,0	39,9	0,8	60,1	-0,8	41,7		
Insgesamt	1 790,3	81,4	0,7	74,1	-1,7	25,9	1,7	65,4		
Brandenburg										
15 bis unter 20	52,3	83,2	0,5	89,9	-1,3	10,1	1,1	56,8		
20 bis unter 25	126,3	79,7	3,3	82,3	-1,1	17,7	1,1	66,3		
25 bis unter 30	120,3	81,1	3,3	76,8	-4,3	23,2	4,3	64,6		
30 bis unter 35	118,1	86,1	1,5	79,3	-3,2	20,7	3,2	82,5		
35 bis unter 40	180,0	86,1	-0,8	80,6	-2,0	19,3	1,9	83,6		
40 bis unter 45	231,7	85,5	0,9	83,0	-1,9	17,0	1,9	81,9		
45 bis unter 50	210,5	85,1	3,3	80,9	-1,7	19,1	1,7	82,2		
50 bis unter 55	187,2	83,0	2,3	83,2	1,6	16,8	-1,6	80,1		
55 bis unter 60	121,9	75,4	1,6	77,1	-3,7	22,9	3,7	79,5		
60 bis unter 65	46,7	85,0	1,7	69,5	-7,5	30,5	7,5	57,9		
65 und mehr	9,0	98,9	-0,1	/	/	76,4	8,4	39,7		
Insgesamt	1 404,0	83,4	1,6	80,4	-2,0	19,6	2,0	75,8		

Quelle: Mikrozensus 2005, 2006, Auswertung der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Tab. A4-12 Erwerbstätige und Erwerbslose nach Bezirken 2006

Bezirk - Kreisfreie Stadt - Verwaltungsbezirk	Erwerbstätige		Erwerbstätige Differenz zu 2005		Erwerbslose	
	in 1 000	in % von Erwerbspersonen	in 1 000	Prozentpunkte von Erwerbspersonen	in 1 000	in % von Erwerbspersonen
Berlin	1 456,9	81,4	22,7	0,7	333,4	18,6
Mitte	125,0	74,1	-3,6	-1,6	43,8	25,9
Neukölln	112,2	74,2	-0,2	0,4	39,0	25,8
Spandau	79,3	78,7	-4,8	-0,5	21,5	21,3
Friedrichshain-Kreuzberg	123,1	78,8	6,3	3,2	33,1	21,2
Marzahn-Hellersdorf	117,5	79,9	1,3	0,9	29,6	20,1
Lichtenberg	115,4	80,6	-2,1	-1,2	27,8	19,4
Reinickendorf	90,7	82,0	-0,9	-2,0	19,9	18,0
Tempelhof-Schöneberg	142,3	82,2	6,9	2,1	30,7	17,8
Charlottenburg- Wilmersdorf	145,4	84,7	6,9	0,4	26,4	15,3
Treptow-Köpenick	101,5	85,8	5,0	3,4	16,9	14,2
Pankow	182,6	86,3	6,1	0,6	29,0	13,7
Steglitz-Zehlendorf	121,8	88,6	1,6	1,6	15,7	11,4
Brandenburg	1 171,5	83,4	43,0	1,6	232,4	16,6
Frankfurt (Oder)	23,1	74,8	-1,4	-1,1	7,9	25,6
Oberspreewald-Lausitz	50,5	75,7	-0,2	2,9	16,2	24,3
Uckermark	56,3	76,7	0,2	1,8	17,2	23,4
Elbe-Elster	48,3	79,6	0,4	-0,8	12,3	20,3
Cottbus	45,0	79,9	3,7	5,4	11,3	20,1
Spree-Neiße	60,6	82,2	2,9	1,8	13,1	17,8
Märkisch-Oderland	88,4	82,5	5,2	1,8	18,7	17,5
Brandenburg an der Havel	31,6	83,4	0,4	2,6	6,3	16,6
Havelland	76,4	83,4	5,1	-0,8	15,2	16,6
Prignitz	39,7	83,4	2,1	6,8	7,9	16,6
Ostprignitz-Ruppin	49,2	83,5	2,4	5,1	9,7	16,5
Oder-Spree	85,1	84,6	3,0	3,3	15,5	15,4
Oberhavel	92,9	84,7	2,8	0,9	16,8	15,3
Barnim	84,6	84,9	5,2	1,3	15,1	15,1
Dahme-Spreewald	81,4	86,5	5,5	0,5	12,7	13,5
Teltow-Fläming	80,6	86,5	0,6	-1,0	12,6	13,5
Potsdam-Mittelmark	102,6	88,1	5,0	0,7	13,9	11,9
Potsdam	76,0	88,3	1,2	-0,2	10,1	11,7

Quelle: Mikrozensus

Tab. A4-13 Bevölkerung 2007 nach Bezirken, kreisfreien Städten und Kreisen und monatlichem Nettoeinkommen

Bezirk - Kreisfreie Stadt - Verwaltungsbezirk	Ins- gesamt	darunter mit Nettoeinkommen von ... EUR								
		Ohne Ein- kom- men*	unter 300	300 bis unter 500	500 bis unter 700	700 bis unter 900	900 bis unter 1 100	1 100 bis unter 1 300	1 300 bis unter 1 500	1 500 und mehr
		in %								
Berlin	3 373,2	15,8	4,5	6,5	10,2	11,5	11,0	9,7	8,2	22,7
Mitte	325,8	17,6	5,9	9,5	12,4	11,3	9,3	7,7	6,8	19,5
Friedrichshain-Kreuzberg	265,6	12,2	5,0	8,1	16,8	15,1	11,7	8,3	6,1	16,7
Pankow	352,1	12,1	3,8	4,5	10,9	11,3	10,8	9,5	10,0	27,0
Charlottenburg.-Wilmerdorf	315,8	15,7	2,7	6,2	8,8	10,2	9,0	7,5	7,6	32,3
Spandau	222,4	18,5	5,7	6,6	8,7	10,8	10,2	10,1	8,1	21,3
Steglitz-Zehlendorf	285,0	17,2	3,7	5,0	4,7	8,3	10,1	9,1	9,1	32,8
Tempelhof-Schöneberg	332,1	17,0	4,1	6,8	9,5	10,6	10,0	7,8	8,3	26,0
Neukölln	303,3	18,3	5,5	7,3	10,2	14,2	12,2	9,4	7,6	15,3
Treptow-Köpenick	231,3	12,8	3,6	4,6	9,0	13,0	12,2	13,5	10,3	21,0
Marzahn-Hellersdorf	248,6	15,7	5,3	6,5	10,9	12,0	13,9	11,0	8,2	16,5
Lichtenberg	251,3	14,0	4,3	6,5	10,7	11,7	14,3	14,8	8,7	15,0
Reinickendorf	239,7	18,8	4,6	6,5	9,3	9,2	9,4	9,7	7,5	25,1
Brandenburg	2 541,1	17,7	6,3	8,1	10,6	11,5	13,4	10,8	7,1	14,5
Brandenburg an der Havel	73,3	16,1	(7,8)	(9,8)	(12,4)	(12,7)	(11,3)	(10,8)	/	14,1
Cottbus	103,3	13,9	(4,4)	(9,6)	11,4	11,6	13,6	11,8	(9,2)	14,5
Frankfurt (Oder)	62,4	(15,2)	(11,2)	(9,0)	(12,2)	(10,1)	(12,3)	(10,3)	/	(12,2)
Potsdam	148,9	15,4	(5,1)	7,4	9,9	10,9	12,9	11,1	8,3	18,9
Barnim	177,1	18,3	5,9	9,6	8,9	11,0	12,1	11,0	7,7	15,5
Dahme-Spreewald	161,4	20,0	(5,7)	7,0	8,7	11,6	11,5	11,5	9,0	14,9
Elbe-Elster	119,1	16,6	(4,7)	9,9	12,1	13,6	14,5	13,1	(5,9)	9,6
Havelland	155,2	18,6	(6,2)	7,9	8,8	10,6	13,7	10,8	(6,3)	17,1
Märkisch-Oderland	191,6	16,4	8,4	9,6	9,6	10,0	14,4	9,8	7,2	14,6
Oberhavel	201,1	23,6	5,3	8,5	9,4	9,5	11,8	8,7	6,9	16,4
Oberspreewald-Lausitz	128,9	16,2	(5,0)	8,7	12,3	11,6	14,4	11,7	8,5	11,5
Oder-Spree	188,6	17,8	6,4	7,2	11,1	11,9	13,6	10,5	6,2	15,3
Ostprignitz-Ruppin	106,5	16,4	(7,0)	(7,2)	13,2	12,9	15,6	10,9	(5,7)	11,0
Potsdam-Mittelmark	203,7	17,3	8,3	6,7	8,9	10,8	12,2	11,1	7,2	17,3
Prignitz	86,8	17,3	(6,3)	(7,4)	13,0	15,0	15,9	(10,3)	/	(9,7)
Spree-Neiße	134,4	18,6	(5,4)	(7,0)	11,6	13,2	14,9	10,2	(6,3)	12,9
Teltow-Fläming	162,2	17,3	7,0	(5,1)	10,2	10,2	14,4	12,1	7,6	16,2
Uckermark	136,6	16,7	(5,2)	10,6	12,8	13,8	14,0	9,7	(7,0)	10,1

Quelle: Mikrozensus, *einschließlich „ohne Angabe“ sowie ohne Personen, die in ihrer Haupttätigkeit Selbständige in der Land-, Forstwirtschaft/Fischerei sind

Tab. A4-14a Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Berlin 2007 nach Altersgruppen und Bezirken

Bezirk	Personen in Bedarfsgemeinschaften im Alter von ... bis unter ... Jahren										
	Insgesamt	unter 3	3 - 6	6 - 10	10 - 16	16 - 19	19 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 55	55 - 65
in 1 000											
Berlin	604,9	37,2	32,2	39,0	50,5	26,0	52,3	57,3	53,2	203,3	53,9
Mitte	81,9	5,2	4,8	5,8	7,7	3,9	6,8	7,0	7,3	26,8	6,8
Friedrichshain-Kreuzberg	64,2	3,9	3,4	4,4	5,7	2,7	5,1	6,2	6,8	21,5	4,5
Pankow	48,5	3,0	2,3	2,6	3,0	1,5	4,0	5,2	5,1	17,9	3,9
Charlottenburg-Wilmersdorf	39,0	1,9	1,6	2,2	2,9	1,4	2,7	3,2	3,2	14,5	5,4
Spandau	44,8	2,6	2,4	3,0	4,1	2,1	4,2	4,0	3,6	14,9	3,9
Steglitz-Zehlendorf	25,3	1,3	1,1	1,5	2,2	1,1	1,9	2,2	2,1	9,0	3,0
Tempelhof-Schöneberg	52,7	3,1	2,7	3,5	4,7	2,4	3,8	4,4	4,5	18,2	5,4
Neukölln	82,3	5,3	4,8	5,7	7,6	3,7	7,0	7,6	7,4	26,7	6,6
Treptow-Köpenick	30,1	1,9	1,5	1,9	2,0	1,1	2,6	3,2	2,6	10,6	2,7
Marzahn-Hellersdorf	51,4	3,5	2,9	3,1	3,7	2,4	6,1	5,8	3,8	15,8	4,3
Lichtenberg	44,4	3,0	2,4	2,6	3,2	1,8	4,5	5,0	3,6	14,5	3,8
Reinickendorf	39,3	2,5	2,2	2,8	3,8	1,8	3,5	3,5	3,2	12,6	3,4
in % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe											
Berlin	17,7	41,9	38,8	36,6	32,7	26,7	19,9	21,4	22,2	18,8	13,3
Mitte	24,9	50,5	53,4	54,2	53,1	44,6	23,2	21,3	24,5	25,6	21,0
Friedrichshain-Kreuzberg	24,0	46,9	48,4	52,8	50,6	42,2	20,3	17,2	21,9	24,8	22,4
Pankow	13,4	26,4	24,0	24,1	24,0	17,3	14,8	14,6	13,9	14,5	12,8
Charlottenburg-Wilmersdorf	12,3	27,5	25,2	25,2	22,6	20,5	14,3	15,2	15,8	14,2	11,5
Spandau	20,0	49,6	44,7	38,4	32,8	28,9	26,8	31,3	31,4	22,0	13,2
Steglitz-Zehlendorf	8,7	20,9	16,0	15,1	14,3	13,0	10,9	14,4	14,2	10,2	7,0
Tempelhof-Schöneberg	15,9	39,1	35,2	33,1	29,0	26,8	18,4	20,8	21,8	16,7	12,0
Neukölln	26,8	61,0	58,3	51,4	43,7	38,8	29,7	32,3	34,6	28,5	18,1
Treptow-Köpenick	12,7	33,5	28,8	27,5	22,1	15,6	14,9	20,0	19,2	14,4	10,7
Marzahn-Hellersdorf	20,6	56,2	50,7	42,9	35,8	23,9	23,4	32,1	30,7	18,7	13,7
Lichtenberg	17,2	45,7	41,0	39,6	35,9	24,4	17,5	22,0	22,3	18,6	12,4
Reinickendorf	16,3	45,9	38,3	32,8	27,2	23,0	22,3	27,7	27,2	17,8	9,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Prozentuierungsbasis: Bevölkerungsstatistik 31.12.2007

Tab. A4-14b Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Brandenburg 2007 nach Altersgruppen und Kreisen und kreisfreien Städten

Kreisfreie Stadt - Kreise	Personen in Bedarfsgemeinschaften im Alter von ... bis unter ... Jahren										
	Insgesamt	unter 3	3 - 6	6 - 10	10 - 16	16 - 19	19 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 55	55 - 65
in 1 000											
Land Brandenburg	328,2	18,2	15,1	18,0	22,1	14,4	32,2	31,9	22,6	122,2	31,6
Kreisfreie Städte											
Brandenbg. a. d. Havel	12,6	0,7	0,6	0,6	0,7	0,6	1,4	1,3	0,8	4,6	1,3
Cottbus	15,3	0,9	0,7	0,8	0,9	0,6	1,7	1,8	1,2	5,3	1,3
Frankfurt (Oder)	10,7	0,6	0,5	0,6	0,7	0,4	1,2	1,2	0,8	3,7	1,0
Potsdam	16,4	1,2	0,9	1,0	1,0	0,6	1,6	2,0	1,5	5,3	1,4
Kreise											
Barnim	21,9	1,3	1,0	1,2	1,4	1,0	2,2	2,3	1,6	7,9	2,0
Dahme-Spreewald	16,6	1,0	0,8	1,0	1,2	0,8	1,6	1,6	1,2	5,9	1,5
Elbe-Elster	16,4	0,8	0,7	0,8	1,1	0,7	1,4	1,4	1,1	6,6	1,8
Havelland	19,0	1,0	0,9	1,1	1,4	0,9	1,9	1,7	1,2	7,0	1,9
Märkisch-Oderland	26,4	1,4	1,2	1,4	1,8	1,2	2,6	2,6	1,9	9,8	2,4
Oberhavel	22,8	1,3	1,1	1,2	1,5	1,0	2,2	2,2	1,5	8,6	2,2
Oberspreewald-Lausitz	18,8	1,0	0,8	1,0	1,2	0,8	1,8	1,8	1,3	7,2	1,8
Oder-Spree	24,7	1,4	1,1	1,4	1,7	1,1	2,5	2,4	1,7	8,9	2,5
Ostprignitz-Ruppin	17,1	0,8	0,7	1,0	1,1	0,8	1,8	1,6	1,1	6,6	1,5
Potsdam-Mittelmark	16,2	0,9	0,7	0,9	1,1	0,7	1,5	1,5	1,0	6,2	1,7
Prignitz	13,3	0,7	0,6	0,7	1,0	0,6	1,3	1,2	0,8	5,3	1,3
Spree-Neiße	17,5	0,9	0,7	0,9	1,2	0,7	1,5	1,6	1,1	7,1	1,8
Teltow-Fläming	17,2	1,0	0,9	1,1	1,2	0,7	1,6	1,6	1,1	6,2	1,6
Uckermark	25,4	1,2	1,1	1,4	1,8	1,1	2,4	2,2	1,6	9,9	2,6
in % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe											
Land Brandenburg	12,9	32,7	26,4	23,0	21,9	16,6	16,6	22,3	18,2	14,4	10,4
Kreisfreie Städte											
Brandenbg. a. d. Havel	17,3	44,9	39,7	34,2	30,4	24,7	23,4	28,1	24,8	21,0	14,2
Cottbus	14,9	42,9	36,2	29,7	28,8	18,1	18,0	23,8	22,2	16,5	10,4
Frankfurt (Oder)	17,3	44,5	38,9	35,2	31,4	22,4	21,3	30,5	26,7	18,6	12,7
Potsdam	10,9	26,1	22,2	20,7	19,3	14,0	11,9	15,5	14,3	11,5	8,6
Kreise											
Barnim	12,4	32,8	25,4	22,3	20,5	15,8	15,9	23,1	18,2	12,9	9,3
Dahme-Spreewald	10,2	29,6	21,8	19,1	18,1	14,0	14,0	18,1	15,1	10,9	7,8
Elbe-Elster	13,9	35,2	29,7	25,7	24,7	16,5	15,6	22,8	20,3	17,2	12,3
Havelland	12,2	30,1	22,6	18,8	17,8	16,9	17,2	22,5	16,2	12,9	10,4
Märkisch-Oderland	13,8	35,0	28,0	25,1	23,7	16,4	18,0	25,9	20,5	14,6	10,5
Oberhavel	11,3	26,3	20,6	17,2	16,9	14,8	15,9	20,3	14,9	12,3	9,3
Oberspreewald-Lausitz	14,7	40,2	34,8	29,4	27,1	18,7	18,9	26,2	22,3	17,8	11,3
Oder-Spree	13,1	36,1	28,8	25,9	23,6	17,1	17,6	22,8	18,3	14,1	10,7
Ostprignitz-Ruppin	16,1	38,0	33,1	30,1	26,7	21,3	20,7	27,3	22,2	18,5	12,3
Potsdam-Mittelmark	7,9	18,2	13,5	11,2	12,0	10,4	10,2	14,4	10,5	8,6	7,1
Prignitz	15,6	42,4	35,8	29,1	29,9	20,3	20,2	27,1	23,1	18,8	12,0
Spree-Neiße	13,2	34,1	27,3	24,1	24,8	15,6	15,2	23,0	19,4	15,5	11,0
Teltow-Fläming	10,6	27,3	22,3	20,0	17,6	13,1	13,0	17,8	14,1	11,3	8,6
Uckermark	18,8	46,3	39,0	35,5	33,5	23,4	23,9	32,3	26,7	22,0	15,2

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Prozentuierungsbasis: Bevölkerungsstatistik 31.12.2007

Tab. A4-15a Nichterwerbsfähige Personen unter 15 Jahren in alleinerziehenden SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Berlin 2007 nach Altersgruppen und Bezirken

Bezirk	Personen in Bedarfsgemeinschaften im Alter von ... bis unter ... Jahren				
	Insgesamt	unter 3	3 - 6	6 - 10	10 - 15
in 1 000					
Berlin	67,3	13,0	13,4	17,3	23,5
Mitte	7,9	1,4	1,6	2,0	2,9
Friedrichshain-Kreuzberg	6,1	1,2	1,1	1,7	2,1
Pankow	6,4	1,4	1,4	1,7	1,9
Charlottenburg-Wilmersdorf	3,9	0,7	0,7	1,0	1,5
Spandau	5,1	0,9	0,9	1,3	2,0
Steglitz-Zehlendorf	3,0	0,5	0,5	0,8	1,2
Tempelhof-Schöneberg	5,8	1,0	1,1	1,5	2,2
Neukölln	7,9	1,4	1,6	2,0	3,0
Treptow-Köpenick	4,0	0,8	0,8	1,1	1,2
Marzahn-Hellersdorf	6,5	1,5	1,5	1,6	2,0
Lichtenberg	5,6	1,3	1,2	1,4	1,7
Reinickendorf	5,0	0,9	0,9	1,3	1,9
in % der Personen in Bedarfsgemeinschaften					
Berlin	42,4	34,9	41,7	44,4	46,6
Mitte	33,7	27,2	33,5	34,9	37,4
Friedrichshain-Kreuzberg	35,0	31,2	33,4	37,4	36,8
Pankow	58,6	47,2	60,0	63,7	64,3
Charlottenburg-Wilmersdorf	45,4	35,8	43,8	47,5	51,1
Spandau	42,2	32,7	39,9	44,5	47,7
Steglitz-Zehlendorf	49,2	36,6	48,0	50,6	56,4
Tempelhof-Schöneberg	41,4	32,5	38,6	44,4	46,7
Neukölln	34,0	26,2	32,6	35,6	39,2
Treptow-Köpenick	54,8	44,4	54,5	58,4	61,5
Marzahn-Hellersdorf	49,5	42,4	50,6	50,6	54,5
Lichtenberg	50,8	44,8	52,7	53,1	53,4
Reinickendorf	43,6	34,7	41,9	45,6	48,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Tab. A4-15a Nichterwerbsfähige Personen unter 15 Jahren in alleinerziehenden SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Brandenburg 2007 nach Altersgruppen und Kreisen und kreisfreien Städten

Kreisfreie Stadt - Kreise	Personen in Bedarfsgemeinschaften im Alter von ... bis unter ... Jahren				
	Insgesamt	unter 3	3 - 6	6 - 10	10 - 15
	in 1 000				
Land Brandenburg	33,2	7,8	7,1	8,4	9,9
Kreisfreie Städte					
Brandenburg an der Havel	1,3	0,3	0,3	0,3	0,4
Cottbus	1,8	0,4	0,4	0,4	0,6
Frankfurt (Oder)	1,2	0,3	0,2	0,3	0,4
Potsdam	2,1	0,5	0,5	0,5	0,5
Kreise					
Barnim	2,2	0,5	0,5	0,5	0,6
Dahme-Spreewald	1,9	0,4	0,4	0,5	0,6
Elbe-Elster	1,4	0,3	0,3	0,3	0,4
Havelland	2,1	0,4	0,5	0,6	0,7
Märkisch-Oderland	2,6	0,6	0,6	0,7	0,8
Oberhavel	2,3	0,6	0,5	0,6	0,7
Oberspreewald-Lausitz	1,9	0,5	0,4	0,5	0,6
Oder-Spree	2,7	0,7	0,6	0,7	0,8
Ostprignitz-Ruppin	1,0	0,3	0,2	0,3	0,2
Potsdam-Mittelmark	1,6	0,3	0,3	0,4	0,5
Prignitz	1,3	0,3	0,3	0,3	0,4
Spree-Neiße	1,6	0,4	0,3	0,4	0,5
Teltow-Fläming	1,9	0,4	0,4	0,5	0,6
Uckermark	2,3	0,5	0,5	0,6	0,7
	in % der Personen in Bedarfsgemeinschaften				
Land Brandenburg	45,2	42,6	46,8	46,7	44,9
Kreisfreie Städte					
Brandenburg an der Havel	51,2	46,6	50,2	54,5	53,5
Cottbus	54,7	49,2	53,3	56,5	59,6
Frankfurt (Oder)	51,2	45,2	50,0	53,9	55,2
Potsdam	50,6	43,3	51,6	56,1	53,2
Kreise					
Barnim	43,6	38,7	46,5	44,9	44,9
Dahme-Spreewald	46,6	42,5	47,7	50,2	46,3
Elbe-Elster	39,1	40,8	38,8	39,3	37,8
Havelland	47,8	41,7	50,3	49,6	49,4
Märkisch-Oderland	44,5	41,6	46,1	45,2	45,2
Oberhavel	45,0	43,6	48,5	45,8	43,1
Oberspreewald-Lausitz	48,4	47,0	47,7	51,3	47,7
Oder-Spree	47,5	46,6	50,0	49,0	45,4
Ostprignitz-Ruppin	27,4	31,6	31,8	27,2	21,1
Potsdam-Mittelmark	43,8	38,8	44,1	45,6	46,1
Prignitz	45,6	44,8	48,7	46,5	43,6
Spree-Neiße	43,0	41,3	46,9	42,2	42,7
Teltow-Fläming	45,4	41,1	46,1	47,8	46,3
Uckermark	41,9	43,6	44,3	42,5	38,8

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Tab. B1-1 Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben in Berlin und Brandenburg insgesamt

Land	1995	2000	2004	2005	2006*	2007*
Grundmittel in 1000 €						
Berlin	4 836 683	4 067 714	4 088 548	4 132 290	4 243 420	4 192 184
Brandenburg	2 450 747	2 220 386	2 130 710	2 135 255	2 091 667	2 167 382
davon kommunal	837 255	752 351	658 548	661 390	633 958	696 170
Grundmittel in % des öffentlichen Gesamthaushalts						
Berlin	19,9	19,6	20,3	19,4	21,3	20,9
Brandenburg	19,6	19,0	18,4	18,7	18,8	18,9
Flächenländer West	20,0	23,1	24,4	24,2	24,9	24,7
Flächenländer Ost	19,8	21,9	21,5	22,2	22,8	22,6
Stadtstaaten	19,3	20,8	20,8	20,4	21,8	21,7
Länder-Min	17,7	19,0	18,4	18,7	18,8	18,9
Länder-Max	22,0	25,2	26,1	25,6	25,8	26,1
Grundmittel in % des BIP						
Berlin	6,1	5,2	5,3	5,2	5,3	5,0
Brandenburg	6,4	4,9	4,4	4,4	4,2	4,1
Flächenländer West	3,5	3,4	3,5	3,5	3,4	3,3
Flächenländer Ost	6,7	5,7	4,9	5,0	4,8	4,5
Stadtstaaten	4,6	4,1	3,9	3,8	3,8	3,7
Länder-Min	3,0	2,9	2,8	2,7	2,6	2,6
Länder-Max	7,6	6,3	5,4	5,3	5,3	5,0

Quelle: Bildungsfinanzbericht, 2008, Tab. 3-2, Tab. 3.2-1, Tab. 3.3-2,
* vorläufig

Tab. B1-2 Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben in Berlin und Brandenburg nach Bildungsbereichen in Tsd. Euro

Land - Bildungsbereich	1995	2000	2004	2005	2006*	2007*
Berlin						
Bildungsausgaben	4 836 683	4 067 714	4 088 548	4 132 290	4 243 420	4 192 184
Kindertageseinrichtungen ¹⁾	0	0	762 528	751 408	675 201	705 252
Schulen	2 238 772	2 042 342	1 957 328	2 038 066	2 129 216	2 107 654
Hochschulen	1 445 809	1 226 767	1 154 118	1 172 192	1 278 627	1 228 781
Förderung von Schülerinnen, Schülern und Studierenden	113 631	58 859	79 882	85 320	72 515	69 910
Sonstiges Bildungswesen	53 728	89 890	30 964	29 098	24 889	19 255
Jugendarbeit ¹⁾	984 744	649 856	1 344	56 206	62 971	61 332
Brandenburg						
Bildungsausgaben insgesamt	2 450 747	2 220 386	2 130 710	2 135 255	2 091 667	2 167 382
Kindertageseinrichtungen ¹⁾	522 041	431 113	413 941	417 697	405 430	447 076
Schulen	1 562 196	1 385 003	1 375 497	1 322 711	1 283 896	1 315 074
Hochschulen	228 894	237 095	249 938	237 004	248 941	247 978
Förderung von Schülerinnen, Schülern und Studierenden	50 093	78 547	86 850	81 775	78 737	82 138
Sonstiges Bildungswesen	43 598	49 553	40 830	38 237	37 540	35 623
Jugendarbeit ¹⁾	43 926	39 075	37 042	37 831	37 123	39 493

Quelle: Bildungsfinanzbericht, 2008, Tab. 4.1.3-1, Tab. 4.2.1-1, Tab. 4.3.1-1, Tab. 4.4.2-1, Tab. 4.5.1-1, Tab. 4.6.3-1
1) In Berlin wurden die öffentlichen Ausgaben für diesen Bereich 1995 und 2000 anders verbucht
* vorläufig

Tab. B1-3 Entwicklung der Anteile der Bildungsbereiche an den öffentlichen Bildungsausgaben in %

Land - Bildungsbereich	1995	2000	2004	2005	2006*	2007*
Berlin						
Bildungsausgaben insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Kindertageseinrichtungen ¹⁾	0,0	0,0	18,7	18,2	15,9	16,8
Schulen	46,3	50,2	47,9	49,3	50,2	50,3
Hochschulen	29,9	30,2	28,3	28,4	30,1	29,3
Förderung von Schülerinnen, Schülern und Studierenden	2,4	1,5	2,0	2,1	1,7	1,7
Sonstiges Bildungswesen	1,1	2,2	0,8	0,7	0,6	0,5
Jugendarbeit ¹⁾	20,4	16,0	0,03	1,4	1,5	1,5
Brandenburg						
Bildungsausgaben insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Kindertageseinrichtungen ¹⁾	21,3	19,4	19,4	19,6	18,7	20,6
Schulen	63,7	62,4	64,6	62,0	59,2	60,7
Hochschulen	9,3	10,7	11,7	11,1	11,5	11,4
Förderung von Schülerinnen, Schülern und Studierenden	2,0	3,5	4,1	3,8	3,6	3,8
Sonstiges Bildungswesen	1,8	2,2	1,9	1,8	1,7	1,6
Jugendarbeit	1,8	1,8	1,7	1,7	1,7	1,8

Quelle: Bildungsfinanzbericht, 2008, Tab. 4.1.3-1, Tab. 4.2.1-1, Tab. 4.3.1-1, Tab. 4.4.2-1, Tab. 4.5.1-1, Tab. 4.6.3-1. Eigene Berechnungen,
1) In Berlin wurden die öffentlichen Ausgaben für diesen Bereich 1995 und 2000 anders verbucht

*vorläufig

Tab. B1-4 Anteile der Bildungsbereiche an den öffentlichen Bildungsausgaben 2005 in %

Land	Bildungsbereich					
	Kindertages- einrichtungen	Schulen	Hochschulen	Förderung von Schülerinnen und Schülern / Studenten	Sonstiges Bildungs- wesen	Jugendarbeit
Berlin	18,2	49,3	28,4	2,1	0,7	1,4
Brandenburg	19,6	61,9	11,1	3,8	1,8	1,7
Flächenländer West	12,1	61,3	19,7	3,4	1,9	1,6
Flächenländer Ost	15,7	60,0	17,9	3,8	1,5	1,2
Stadtstaaten	16,7	50,3	27,9	2,1	1,3	1,6
Länder-Min	9,0	49,3	11,1	1,8	0,6	0,5
Länder-Max	19,6	67,1	28,8	4,3	3,4	2,1

Quelle: Bildungsfinanzbericht, 2008, Tab. 4.7-2

Tab. B1-5 Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmer 2005 in Euro

Land	Primarbereich	Sekundarbereich			Tertiärbereich		Primar- bis Tertiärbereich
	ISCED 1	ISCED 2	ISCED 3	Insgesamt	ISCED 5A/6	ISCED 5A/6 (ohne FuE)	ISCED 1-6
Berlin	5 100	6 500	9 700	7 700	11 300	6 500	8 100
Brandenburg	4 400	5 800	8 300	6 800	10 000	6 600	6 800
Deutschland	4 500	5 500	9 200	6 800	11 900	7 100	7 000
Länder-Min	4 200	5 100	8 300	6 400	9 200	5 800	6 500
Länder-Max	5 900	6 900	10 200	8 000	15 700	9 500	8 400
OECD-Durchschnitt	5 600	6 600	7 500	7 000	-	-	6 700

Quelle: Bildungsfinanzbericht, 2008, Tab. 5.1.2-1

Tab. B1-6 Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende und berufliche Schulen 2005 je Schüler/in nach Schularten in Euro

Land	Alle Schularten	darunter		
		Allgemeinbildende Schulen	Berufliche Schulen	darunter
				Berufsschulen im Dualen System
Berlin	5 600	6 100	3 600	2 400
Brandenburg	4 600	5 200	2 700	2 400
Deutschland	4 700	5 100	3 500	2 200
Flächenländer West	4 600	4 900	3 500	2 200
Flächenländer Ost	5 000	5 700	3 000	2 100
Stadtstaaten	5 500	6 000	3 800	2 500
Länder-Min	4 300	4 700	2 500	1 800
Länder-Max	5 600	6 400	4 300	2 800

Quelle: Bildungsfinanzbericht, 2008, Tab. 4.2.4-1

Tab. B1-7 Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen 2005 je Schüler/in nach Schularten in Euro

Land	Allgemeinbildende Schulen	darunter						
		Grundschulen	Hauptschulen	Realschulen	SMBG	Gymnasien	Gesamtschulen	Förderschulen
Berlin*	6 100	4 700	9 200	5 200	-	5 700	6 900	14 700
Brandenburg*	5 200	3 700	-	4 200	5 700	4 900	5 700	12 600
Deutschland	5 100	4 000	5 600	4 500	5 600	5 400	5 700	12 300
Flächenländer West	4 900	3 900	5 500	4 400	4 700	5 300	5 400	12 000
Flächenländer Ost	5 700	4 500	6 600	4 600	5 800	5 600	5 700	12 400
Stadtstaaten	6 000	4 800	7 700	5 400	6 900	5 700	6 700	15 100
Länder-Min	4 700	3 700	-	4 000	-	4 800	4 800	9 900
Länder-Max	6 400	5 100	-	5 200	-	6 300	6 900	16 100

Quelle: Bildungsfinanzbericht, 2008, Tab. 4.2.4-2 * ohne 5. und 6. Jahrgangsstufe

Tab. B1-8 Entwicklung der Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende und berufliche Schulen je Schüler/in in Euro

Land	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Berlin	5 100	4 900	5 100	5 200	5 200	5 200	5 600
Brandenburg	3 500	3 700	3 800	4 000	4 500	4 600	4 600
Deutschland	4 300	4 300	4 500	4 600	4 600	4 700	4 700
Flächenländer West	4 300	4 300	4 400	4 500	4 500	4 600	4 600
Flächenländer Ost	3 700	4 000	4 200	4 400	4 800	4 900	5 000
Stadtstaaten	5 300	5 200	5 400	5 400	5 400	5 400	5 500
Länder-Min	3 500	3 700	3 800	3 900	4 200	4 300	4 300
Länder-Max	5 900	6 100	6 300	6 000	6 000	5 900	5 700

Quelle: Bildungsfinanzbericht, 2008, Tab. 4.2.5-1

Tab. B1-9 Lehrkosten* an Berliner Universitäten und der Universität Potsdam 2004 in Euro

Lehrgebiet - Universität	Je Studien- platz RSZ*	Je Absolvent/in	jährliche Kosten je Semester- wochenstunde	Auslastung
Sprach- und Kulturwissenschaften				
FU Berlin	11 306	26 172	3 343	86
HU Berlin	13 541	25 504	3 676	113
TU Berlin	10 982	23 868	3 829	134
U Potsdam	9 581	17 733	3 145	134
Sport				
HU Berlin	14 922	26 945	2 815	148
U Potsdam	15 265	26 333	2 625	86
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften				
FU Berlin	9 110	12 168	4 279	103
HU Berlin	10 677	12 442	5 012	132
TU Berlin	11 105	19 793	4 639	130
U Potsdam	8 517	16 663	4 132	114
Mathematik, Naturwissenschaften				
FU Berlin	19 056	54 276	4 257	88
HU Berlin	20 875	65 240	4 905	97
TU Berlin	17 404	51 081	4 210	97
U Potsdam	19 584	94 270	4 360	80
Agrar- und Ernährungswissenschaft				
HU Berlin	37 193	53 968	7 436	118
TU Berlin	24 172	19 413	5 036	92
U Potsdam	17 294	29 209	3 760	58
Ingenieurwissenschaften				
TU Berlin	23 631	39 088	5 354	112
Kunst, Musik, Design				
FU Berlin	11 629	30 368	3 669	106
HU Berlin	14 248	24 393	4 327	94
U Potsdam	30 716	57 290	1 434	61

Quelle: HIS (Dölle, et. Al 2007; S. 43 ff.), *RSZ = Regelstudienzeit; vollzeitgewichtete und dienstleistungsbereinigte Zahlen; Kosten aus Landes- und Sondermitteln; einschl. lehrbezogener Drittmittel, aber ohne Bewirtschaftungskosten, Bauunterhaltung, Bauinvestitionen und Gebäudemieten

Tab. B1-10 Öffentliche Ausgaben für Hochschulen in Tsd. Euro

Land	1995	2000	2005	2006	2007
Berlin	1 445 809	1 226 767	1 172 192	1 278 627	1 228 781
Brandenburg	228 894	237 095	237 004	248 941	247 978
Deutschland	16 227 940	17 242 563	18 416 579	19 370 893	19 311 202
Flächenländer Ost	2 196 613	2 269 646	2 302 772	2 475 838	2 485 487
Flächenländer West	10 160 149	11 017 350	12 293 488	12 918 894	12 635 784
Stadtstaaten	2 100 975	2 019 109	1 976 847	2 083 262	2 062 179

Quelle: Bildungsfinanzbericht, 2008, Tab. 4.3.1-1

Tab. B1-11 Öffentliche Ausgaben für das Sonstige Bildungswesen in Tsd. Euro

Land	1995	2000	2005	2006	2007
Berlin	53 728	89 890	29 098	24 889	19 255
Stadtstaaten	106 568	145 101	95 033	95 597	84 735
Brandenburg	43 598	49 553	38 237	37 540	35 623
Flächenländer Ost	106 795	206 644	192 872	186 275	161 542
Deutschland	1 430 281	1 626 144	1 965 891	2 037 003	1 854 545
Flächenländer West	737 384	823 584	1 208 489	1 294 084	1 146 456

Quelle: Bildungsfinanzbericht, 2008, Tab. 4.5.1-1

Tab. B1-12 Kumulierte Ausgaben der Bildungseinrichtungen für ausgewählte Bildungskarrieren 2005

Land	Typ A	Typ C	Typ D	Typ E	Typ F
	Hauptschulabschluss und Duale Ausbildung	Mittlerer Abschluss und Duale Ausbildung	Mittlerer Abschluss, Duale Ausbildung, Fachoberschule, FH-Diplom	9 Jahre Gymnasium, Uni-Diplom	9 Jahre Gymnasium, Duale Ausbildung, Uni-Diplom
Berlin	129 600	116 900	145 800	131 700	161 100
Brandenburg	-	80 600	119 400	101 800	123 000
Deutschland	91 100	90 100	120 600	112 200	139 500

Quelle: Bildungsfinanzbericht, 2008, S. 23, Statistisches Bundesamt

Tab. B2-1 Tätige Personen am 15.03.2007 in Tageseinrichtungen nach Altersgruppen und Geschlecht (ohne hauswirtschaftliches und technisches Personal)

Alter	Deutschland		Berlin		Brandenburg	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Insgesamt	366 172	100,0	16 615	100,0	13 210	100,0
Alter von ... bis unter Jahren						
unter 20	9 826	2,7	91	0,6	94	0,7
20 - 25	33 643	9,2	871	5,2	437	3,3
25 - 35	80 175	21,9	2 715	16,3	1 457	11,0
35 - 45	103 984	28,4	6 553	39,4	4 037	30,6
45 - 55	109 520	29,9	4 755	28,6	5 184	39,2
55 und älter	29 024	7,9	1 630	9,8	2 001	15,2
Männlich	11 637	3,2	722	4,4	259	2,0
Alter von ... bis unter Jahren						
unter 20	1 030	8,9	13	1,8	11	4,3
20 - 25	1 847	15,9	69	9,6	33	12,7
25 - 35	3 142	27,0	225	31,2	87	33,6
35 - 45	2 909	25,0	212	29,4	81	31,3
45 - 55	2 039	17,5	144	19,9	30	11,6
55 und älter	670	5,8	59	8,2	17	6,6
Weiblich	354 535	96,8	15 893	95,7	12 951	98,0
Alter von ... bis unter Jahren						
unter 20	8 796	2,5	78	0,5	83	0,6
20 - 25	31 796	9,0	802	5,1	404	3,1
25 - 35	77 033	21,7	2 490	15,7	1 370	10,6
35 - 45	101 075	28,5	6 341	39,9	3 956	30,6
45 - 55	107 481	30,3	4 611	29,0	5 154	39,8
55 und älter	28 354	8,0	1 571	9,9	1 984	15,3

Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

Tab. B2-2 Tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 15.03.2007, Tagespflegepersonen nach Alter und Geschlecht

Alterkategorie	Deutschland		Berlin		Brandenburg	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Insgesamt	33 136	100,0	1 311	100,0	1 042	100,0
Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 20	143	0,4	3	0,2	1	0,1
20 - 25	1 073	3,2	34	2,6	13	1,3
25 - 30	2 526	7,6	47	3,6	61	5,9
30 - 35	4 234	12,8	84	6,4	127	12,2
35 - 40	5 966	18,0	151	11,5	238	22,8
40 - 45	6 526	19,7	260	19,8	205	19,7
45 - 50	4 970	15,0	249	19,0	183	17,6
50 - 55	3 623	10,9	247	18,8	132	12,7
55 - 60	2 230	6,7	156	11,9	64	6,1
60 und älter	1 845	5,6	80	6,1	18	1,7
Männlich	738	2,2	38	2,9	28	2,7
Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 20	8	0,0	-	0,0	-	0,0
20 - 25	36	0,1	2	0,2	-	0,0
25 - 30	51	0,2	2	0,2	3	0,3
30 - 35	74	0,2	1	0,1	3	0,3
35 - 40	115	0,4	7	0,5	6	0,6
40 - 45	123	0,4	6	0,5	2	0,2
45 - 50	109	0,3	10	0,8	5	0,5
50 - 55	78	0,2	5	0,4	6	0,6
55 - 60	53	0,2	2	0,2	-	0,0
60 und älter	91	0,3	3	0,2	3	0,3
Weiblich	32 398	97,8	1 273	97,1	1 014	97,3
Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 20	135	0,4	3	0,2	1	0,1
20 - 25	1 037	3,1	32	2,4	13	1,3
25 - 30	2 475	7,5	45	3,4	58	5,6
30 - 35	4 160	12,6	83	6,3	124	11,9
35 - 40	5 851	17,7	144	11,0	232	22,3
40 - 45	6 403	19,3	254	19,4	203	19,5
45 - 50	4 861	14,7	239	18,2	178	17,1
50 - 55	3 545	10,7	242	18,5	126	12,1
55 - 60	2 177	6,6	154	11,8	64	6,1
60 und älter	1 754	5,3	77	5,9	15	1,4

Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

Tab. B2-3 Hauptberufliche Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen nach Altersgruppen und Geschlecht 2007/08

Land - Alter von ... bis unter ... Jahren	absolut			In %				
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	männlich rel.*	weiblich rel.*
Berlin	25 560	6 745	18 815	100,0	26,4	73,6	100,0	100,0
unter 30	195	19	176	0,8	0,1	0,7	0,3	0,9
30 - 35	780	150	630	3,1	0,6	2,5	2,2	3,4
35 - 40	2 288	495	1 793	9,0	1,9	7,0	7,3	9,5
40 - 45	4 073	849	3 224	15,9	3,3	12,6	12,6	17,1
45 - 50	4 264	1 066	3 198	16,7	4,2	12,5	15,8	17,0
50 - 55	5 523	1 404	4 119	21,6	5,5	16,1	20,8	21,9
55 - 60	6 102	1 852	4 250	23,9	7,3	16,6	27,5	22,6
60 - 65	2 302	894	1 408	9,0	3,5	5,5	13,3	7,5
65 und älter	33	16	17	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1
Brandenburg	18 827	3 474	15 353	100,0	18,5	81,6	100,0	100,0
unter 30	82	2	80	0,4	0,0	0,4	0,1	0,5
30 - 35	423	64	359	2,3	0,3	1,9	1,8	2,3
35 - 40	1 750	295	1 455	9,3	1,6	7,7	8,5	9,5
40 - 45	3 681	608	3 073	19,6	3,2	16,3	17,5	20,0
45 - 50	4 044	761	3 283	21,5	4,0	17,4	21,9	21,4
50 - 55	4 153	764	3 389	22,1	4,1	18,0	22,0	22,1
55 - 60	3 771	695	3 076	20,0	3,7	16,3	20,0	20,0
60 - 65	892	264	628	4,7	1,4	3,3	7,6	4,1
65 und älter	31	21	10	0,2	0,1	0,1	0,6	0,1

Quelle: Schulstatistik, *Alterskategorie-Anteile

Tab. B2-4 Hauptberufliche Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen nach Altersgruppen und Geschlecht 2007/08

Land - Alter von ... bis unter ... Jahren	absolut			In %				
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	männlich rel.*	weiblich rel.*
Berlin	4 650	2 337	2 313	100,0	50,3	49,7	100,0	100,0
unter 30	19	4	15	0,4	0,1	0,3	0,2	0,7
30 - 35	103	30	73	2,2	0,7	1,6	1,3	3,2
35 - 40	417	167	250	9,0	3,6	5,4	7,2	10,8
40 - 45	771	329	442	16,6	7,1	9,5	14,1	19,1
45 - 50	757	330	427	16,3	7,1	9,2	14,1	18,5
50 - 55	939	431	508	20,2	9,3	10,9	18,4	22,0
55 - 60	1 146	686	460	24,7	14,8	9,9	29,4	19,9
60 - 65	485	350	135	10,4	7,5	2,9	15,0	5,8
65 und älter	13	10	3	0,3	0,2	0,1	0,4	0,1
Brandenburg	3 024	1 206	1 818	100,0	39,9	60,1	100,0	100,0
unter 30	14	2	12	0,5	0,1	0,4	0,2	0,7
30 - 35	59	17	42	2,0	0,6	1,4	1,4	2,3
35 - 40	217	77	140	7,2	2,6	4,6	6,4	7,7
40 - 45	533	178	355	17,6	5,9	11,7	14,8	19,5
45 - 50	674	227	447	22,3	7,5	14,8	18,8	24,6
50 - 55	645	263	382	21,3	8,7	12,6	21,8	21,0
55 - 60	662	304	358	21,9	10,1	11,8	25,2	19,7
60 - 65	200	122	78	6,6	4,0	2,6	10,1	4,3
65 und älter	20	16	4	0,7	0,5	0,1	1,3	0,2

Quelle: Schulstatistik*Alterskategorie-Anteile

Tab.B2-5 Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal nach Altersgruppen, Art des Beschäftigungsverhältnisses und Personalgruppen 2007

Land - In der Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	davon								
		hauptberufliches Personal					nebenberufliches Personal			
		insgesamt	darunter				insgesamt	darunter		
			Professoren	Dozenten und Assistenten	wiss. und künstl. Mitarbeiter	Lehrkr. f. bes. Aufgaben		Gastprof., Emeriti	Lehrbeauftragt., Honorarprof., PD, apl. Prof.	wiss. Hilfskr., Tutoren ¹⁾
Berlin										
Insgesamt	24 879	12 196	2 696	442	8 648	410	12 683	87	6 528	6 068
unter 25	1 838	55	–	–	55	–	1 783	–	9	1 774
25 - 30	5 762	2 155	3	–	2 148	4	3 607	1	190	3 416
30 - 35	3 785	2 667	51	31	2 573	12	1 118	1	415	702
35 - 40	2 753	1 955	226	135	1 563	31	798	6	682	110
40 - 45	2 463	1 522	424	168	878	52	941	14	879	48
45 - 50	1 915	1 019	437	68	443	71	896	8	880	8
50 - 55	1 576	845	424	19	310	92	731	3	726	2
55 - 60	1 573	906	462	8	343	93	667	5	657	5
60 - 65	1 388	903	542	10	299	52	485	2	482	1
65 und älter	820	167	127	3	34	3	653	31	622	–
ohne Angabe	1 006	2	–	–	2	–	1 004	16	986	2
Brandenburg										
Insgesamt	6 488	2 886	842	30	1 787	227	3 602	–	1 202	2 400
unter 25	1 141	26	–	–	25	1	1 115	–	2	1 113
25 - 30	1 498	450	1	–	441	8	1 048	–	54	994
30 - 35	857	511	15	1	478	17	346	–	130	216
35 - 40	600	362	57	3	281	21	238	–	190	48
40 - 45	553	331	109	7	184	31	222	–	210	12
45 - 50	433	279	133	3	109	34	154	–	147	7
50 - 55	496	357	200	3	113	41	139	–	137	2
55 - 60	447	325	163	10	111	41	122	–	120	2
60 - 65	303	215	138	3	41	33	88	–	85	3
65 und älter	160	30	26	–	4	–	130	–	127	3

Quelle: Hochschulstatistik, Statistisches Bundesamt Fachserie 11 Reihe 4, 1) einschl. stud. Hilfskräfte

Tab. B2-6 Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal nach Art des Beschäftigungsverhältnisses und Geschlecht 2007

Land - Ge- schlecht	Insgesamt	davon								
		hauptberufliches Personal					nebenberufliches Personal			
		insgesamt	davon				insgesamt	davon		
			Professoren	Dozenten und Assistenten	wiss. und künstl. Mitarbeiter	Lehrkr. f. bes. Aufgaben		Gastprof., Emeriti	Lehrbeauftragt., Honorarprof., PD, apl. Prof.	wiss. Hilfskr., Tutoren ¹⁾
Berlin										
insgesamt	24 879	12 196	2 696	442	8 648	410	12 683	87	6 528	6 068
männlich	15 113	7 620	2 053	288	5 123	156	7 493	66	4 246	3 181
weiblich	9 766	4 576	643	154	3 525	254	5 190	21	2 282	2 887
Brandenburg										
insgesamt	6 488	2 886	842	30	1 787	227	3 602	-	1 202	2 400
männlich	3 976	1 916	687	22	1 087	120	2 060	-	820	1 240
weiblich	2 512	970	155	8	700	107	1 542	-	382	1 160

Quelle: Hochschulstatistik, Statistisches Bundesamt Fachserie 11 Reihe 4, 1) einschl. stud. Hilfskräfte

Tab. B2-7 Tätige Personen am 15.03.2007 in Tageseinrichtungen nach Berufsausbildungsabschluss

Berufsausbildungsabschluss	Deutschland		Berlin		Brandenburg	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Tätige Personen insgesamt	425 547	100,0	19 228	100,0	15 418	100,0
darunter ¹⁾						
Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl.-Sozialarbeiter/-innen (Fachhochschule oder vergleichbarer Abschluss)	8 549	2,0	373	1,9	128	0,8
Dipl.-Pädagogen/-innen, Dipl.-Sozialpädagogen/-innen, Dipl. Erziehungswissenschaftler/-innen (Universität oder vergleichbarer Abschluss)	3 076	0,7	184	1,0	82	0,5
Dipl.-Heilpädagogen/-innen (Fachhochschule oder vergleichbarer Abschluss)	806	0,2	41	0,2	24	0,2
Erzieher/-innen	257 020	60,4	14 407	74,9	11 776	76,4
Heilpädagogen/-innen (Fachschule)	5 237	1,2	134	0,7	263	1,7
Kinderpfleger/-innen	47 144	11,1	150	0,8	90	0,6
Assistenten/-innen im Sozialwesen ²⁾	1 760	0,4	4	0,0	7	0,1
Sonstige soziale/sozialpädagogische Kurzausbildung	1 628	0,4	49	0,3	33	0,2
Sonstige Sozial- und Erziehungsberufe	3 390	0,8	76	0,4	159	1,0
(Fach-)Kinderkrankenpfleger, -schwestern, Krankenpfleger, -schwestern	1 337	0,3	183	1,0	70	0,5
Sonstige Gesundheitsdienstberufe	2 534	0,6	39	0,2	9	0,1
Lehrer/-innen	1 513	0,4	90	0,5	102	0,7
Anderer Hochschulabschluss	947	0,2	90	0,5	35	0,2
Verwaltungs- und Büroberufe	2 013	0,5	81	0,4	65	0,4
Hauswirtschaftsleiter/-innen, Wirtschaftler/-innen, Oekotrophologen/-innen, (Fach-)Hauswirtschaftler/-innen	401	0,1	12	0,1	12	0,1
Sonstiger Berufsausbildungsabschluss	6 199	1,5	297	1,5	139	0,9
Praktikanten/-innen im Anerkennungsjahr	10 721	2,5	23	0,1	32	0,2
Anderweitig noch in Berufsausbildung	4 178	1,0	106	0,6	81	0,5
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	7 719	1,8	276	1,4	103	0,7

Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik, 1) pädagogisches und Verwaltungspersonal nach Berufsausbildungsabschluss zusammen, 2) Sozialassistenten/-innen, Sozialbetreuer/-innen, Sozialpflegeassistenten/-innen, sozialpädagogische Assistenten/-innen

Tab. B2-8 Voll- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen: Zu- und Abgänge hauptberuflicher Lehrkräfte des Schuljahres 2006/07 nach Gründen

Gründe	Berlin			Brandenburg		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Bestand im Schuljahr 2006/07 (Vorjahr) ...	25 932	6 939	18 993	18 275	3 297	14 978
Zugänge	2 590	627	1 963	1 808	364	1 444
Neueintritt in den Schuldienst mit abgelegter 2. Staatsprüfung oder anderweitig erfüllter Eingangsvoraussetzung	457	114	343	115	21	94
Übertritt aus dem Schuldienst eines anderen Bundeslandes	127	30	97	35	5	30
Wechsel innerhalb des Landes von einer anderen Schule an die berichtende Schule	1 399	351	1 048	1 466	284	1 182
Wiedereintritt in den Schuldienst	365	73	292	100	3	97
Sonstige Zugänge	242	59	183	92	51	41
Abgänge	2 962	821	2 141	2 549	554	1 995
Eintritt in den Ruhestand	282	128	154	604	195	409
Dienst-, Erwerbs-, Berufsunfähigkeit	315	82	233	42	11	31
Tod	29	16	13	20	6	14
Übertritt in den Schuldienst eines anderen Bundeslandes	53	10	43	92	20	72
Wechsel innerhalb des Landes von der berichtenden Schule an eine andere Schule	1 397	351	1 046	1 472	284	1 188
Befristete Abgänge	677	162	515	143	13	130
Sonstige Abgänge	209	72	137	176	25	151
Bestand im Schuljahr 2007/08 ...	25 560	6 745	18 815	17 534	3 107	14 427

Quelle: Schulstatistik

Tab. B2-9 Tätige Personen am 15.03.2007 in Kindertageseinrichtungen nach Beschäftigungsumfang

Beschäftigungsumfang	Deutschland		Berlin		Brandenburg	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Tätige Personen insgesamt	425 547		19 228		15 418	
davon hauswirtschaftlicher/technischer Bereich	59 375	14,0	2 613	13,6	2 208	14,3
Nach Beschäftigungsumfang						
Hauptberuflich tätige Personen	413 616	97,2	18 962	98,6	15 246	98,9
Vollzeittätige Personen	148 128	34,8	7 167	37,3	2 511	16,3
Teilzeittätige Personen	265 488	62,4	11 795	61,3	12 735	82,6
Nebenberuflich tätige Personen	11 931	2,8	266	1,4	172	1,1

Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

Tab. B2-10 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen nach Beschäftigungsumfang und Geschlecht 2007

Land	Vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte ¹⁾			Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte ²⁾			Stundenweise beschäftigte Lehrkräfte ³⁾			VZÄ
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
Berlin										
Schulen insgesamt	19 265	5 861	13 404	6 295	884	5 411	1 555	390	1 165	23 957
Öffentliche Schulen	18 288	5 464	12 824	5 408	705	4 703	1 393	333	1 060	22 338
Private Schulen	977	397	580	887	179	708	162	57	105	1 619
Brandenburg										
Schulen insgesamt	8 271	1 980	6 291	10 556	1 494	9 062	894	343	551	16 673
Öffentliche Schulen	7 557	1 766	5 791	9 977	1 341	8 636	535	220	315	15 415
Private Schulen	714	214	500	579	153	426	359	123	236	1 258

Quelle: Schulstatistik

- 1) Vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Beamten-, Angestellten- oder sonstigen Dienstverhältnis, die mit voller Regelpflichtstundenzahl (Pflichtstunden = Unterrichtsstunden + Abminderungsstunden) tätig sind
- 2) Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Beamten-, Angestellten- oder sonstigen Dienstverhältnis, deren individuelle Pflichtstundenzahl aufgrund länderspezifischer Regelungen bis zu 50% der Regelpflichtstunden ermäßigt worden ist
- 3) Stundenweise beschäftigte Lehrkräfte stehen im Beamten-, Angestellten- oder sonstigen Dienstverhältnis und sind mit weniger als 50% der Regelpflichtstunden einer vollzeitbeschäftigten Lehrkraft tätig

Tab. B2-11 Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen nach Beschäftigungsumfang und Geschlecht 2007

Land	Vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte ¹⁾			Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte ²⁾			Stundenweise beschäftigte Lehrkräfte ³⁾			VZÄ
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
Berlin										
Schulen insgesamt	3 595	2 040	1 555	1 055	297	758	736	302	434	4 482
Öffentliche Schulen	3 327	1 906	1 421	834	220	614	219	86	133	3 973
Private Schulen	268	134	134	221	77	144	517	216	301	509
Brandenburg										
Schulen insgesamt	2 173	940	1 233	851	266	585	449	182	267	2 980
Öffentliche Schulen	1 921	822	1 099	763	245	518	10	5	5	2 503
Private Schulen	252	118	134	88	21	67	439	177	262	477

Quelle: Schulstatistik

- 1) Vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Beamten-, Angestellten- oder sonstigen Dienstverhältnis, die mit voller Regelpflichtstundenzahl (Pflichtstunden = Unterrichtsstunden + Abminderungsstunden) tätig sind
- 2) Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Beamten-, Angestellten- oder sonstigen Dienstverhältnis, deren individuelle Pflichtstundenzahl aufgrund länderspezifischer Regelungen bis zu 50% der Regelpflichtstunden ermäßigt worden ist
- 3) Stundenweise beschäftigte Lehrkräfte stehen im Beamten-, Angestellten- oder sonstigen Dienstverhältnis und sind mit weniger als 50% der Regelpflichtstunden einer vollzeitbeschäftigten Lehrkraft tätig

Tab. B2-12 Zu- und Abgänge hauptberuflicher Lehrkräfte¹⁾ an beruflichen Schulen des Schuljahres 2006/07 nach Gründen

Gründe	Berlin			Brandenburg		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Bestand im Schuljahr 2006/2007 (Vorjahr)	4 662	2 382	2 280	2 786	1 124	1 662
Zugänge	310	112	198	203	61	142
Eintritt in den Schuldienst mit abgelegter 2. Staatsprüfung oder anderweitig erfüllter Eingangsvoraussetzung	52	18	34	17	3	14
Übertritt aus dem Schuldienst eines anderen Bundeslandes	12	6	6	2	1	1
Wechsel innerhalb des Landes von einer anderen Schule an die berichtende Schule	95	39	56	146	42	104
Wiedereintritt in den Schuldienst nach Beurlaubung	44	14	30	15	3	12
Sonstige Zugänge	107	35	72	23	12	11
Abgänge	322	157	165	305	118	187
Eintritt in den Ruhestand	49	30	19	72	53	19
Dienst-, Erwerbs-, Berufsunfähigkeit	31	20	11	5	1	4
Tod	7	5	2	3	2	1
Übertritt in den Schuldienst eines anderen Bundeslandes	9	3	6	15	9	6
Wechsel innerhalb des Landes von der berichtenden Schule an eine andere Schule	83	30	53	147	42	105
Befristete Abgänge	97	50	47	18	7	11
Sonstige Abgänge	46	19	27	45	4	41
Bestand im Schuljahr 2007/2008	4 650	2 337	2 313	2 684	1 067	1 617

Quelle: Schulstatistik

1) Hauptberufliche Lehrpersonen sind: Vollzeitbeschäftigte Lehrpersonen im Beamten-, Angestellten- oder sonstigen Dienstverhältnis, die mit voller Regelpflichtstundenzahl (Pflichtstunden = Unterrichtsstunden + Abminderungsstunden) tätig sind. Teilzeitbeschäftigte Lehrpersonen im Beamten-, Angestellten- oder sonstigen Dienstverhältnis, deren individuelle Pflichtstundenzahl aufgrund länderspezifischer Regelungen bis zu 50% der Regelpflichtstundenzahl ermäßigt worden ist.

Tab. B2-13 Hochschulpersonal nach Art des Beschäftigungsumfangs und Geschlecht 2007

Land	Insgesamt	davon							
		wissenschaftliches und künstlerisches Personal					Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal		
		insgesamt	davon			nebenberuflich	insgesamt	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
			insgesamt	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte				
Berlin	41 641	24 879	12 196	8 534	3 662	12 683	16 762	11 822	4 940
männlich	19 456	15 113	7 620	5 889	1 731	7 493	4 343	3 666	677
weiblich	22 185	9 766	4 576	2 645	1 931	5 190	12 419	8 156	4 263
Brandenburg	8 926	6 488	2 886	1 924	962	3 602	2 438	1 980	458
männlich	4 865	3 976	1 916	1 412	504	2 060	889	798	91
weiblich	4 061	2 512	970	512	458	1 542	1 549	1 182	367

Quelle: Hochschulstatistik

Tab. B2-14 Entwicklung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals¹⁾ von 1998 bis 2007

Jahr	Deutschland	Berlin	Brandenburg
1998	216 425	18 679	3 422
1999	219 222	18 497	3 431
2000	219 296	18 248	3 368
2001	224 959	18 525	3 453
2002	231 542	18 890	3 615
2003	237 162	19 467	3 841
2004	236 378	18 869	4 009
2005	240 186	19 258	4 092
2006	248 938	19 725	4 285
2007	260 064	20 192	4 494

Quelle: Hochschulstatistik, 1) ohne studentische Hilfskräfte, s.a. Statistisches Bundesamt Fachserie 11 Reihe 4.4 Tab. Zus-01

Tab. B2-15 Entwicklung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals¹⁾ 1998 bis 2007 in Vollzeitäquivalenten in Tausend

Jahr	Deutschland	Berlin	Brandenburg
1998	146,8	11,5	2,4
1999	148,6	11,5	2,4
2000	148,8	11,3	2,3
2001	151,1	11,3	2,4
2002	155,9	11,6	2,5
2003	157,1	11,6	2,5
2004	153,5	11,2	2,5
2005	153,7	11,4	2,5
2006	157,1	11,7	2,6
2007	164,8	11,7	2,7

Quelle: Hochschulpersonalstatistik, 1) ohne studentische Hilfskräfte

Tab. B3-1 Höchster allgemeinbildender Schulabschluss der Erwachsenenbevölkerung (15 Jahre und älter) 2007 in % (ohne Personen noch in schulischer Ausbildung)

Land	Alterskategorie	Ohne allgemeinbildenden Schulabschluss	ISCED 2A				ISCED 3A
			Insgesamt	darunter			Hochschulreife, Fachhochschule
				Hauptschulabschluss	Realschul- bzw. Mittlerer Schulabschluss	Abschluss einer Polytechnischen Oberschule	
Berlin	15 bis unter 20	8,1	80,4	26,8	53,6	-	11,5
	20 bis unter 25	4,8	47,2	14,9	32,3	-	48,0
	25 bis unter 30	4,0	38,9	11,7	27,2	-	57,2
	30 bis unter 35	5,5	39,3	12,9	23,7	2,7	55,2
	35 bis unter 40	5,8	48,5	13,2	19,8	15,5	45,6
	40 bis unter 50	6,2	55,9	14,9	19,8	21,3	37,9
	50 bis unter 65	6,6	59,9	27,8	17,7	14,4	33,5
	65 und älter	4,9	72,8	55,2	14,7	2,9	22,4
Brandenburg	15 bis unter 20	4,7	80,3	16,7	63,6	-	15,0
	20 bis unter 25	2,2	54,9	10,8	44,1	-	42,9
	25 bis unter 30	2,8	57,2	9,8	47,4	-	39,9
	30 bis unter 35	1,9	64,2	10,0	29,1	25,2	33,9
	35 bis unter 40	1,6	76,8	5,5	7,4	63,9	21,6
	40 bis unter 50	1,4	77,4	8,4	5,1	63,9	21,2
	50 bis unter 65	1,2	76,5	24,5	3,4	48,7	22,3
	65 und älter	2,3	85,4	74,6	4,0	6,8	12,2
Deutschland	15 bis unter 65	3,5	67,4	33,3	25,2	8,8	29,1
	25 bis unter 65	3,4	67,9	34,4	23,4	10,1	28,7

Quelle: Mikrozensus